Dienstag, 23. Dezember 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

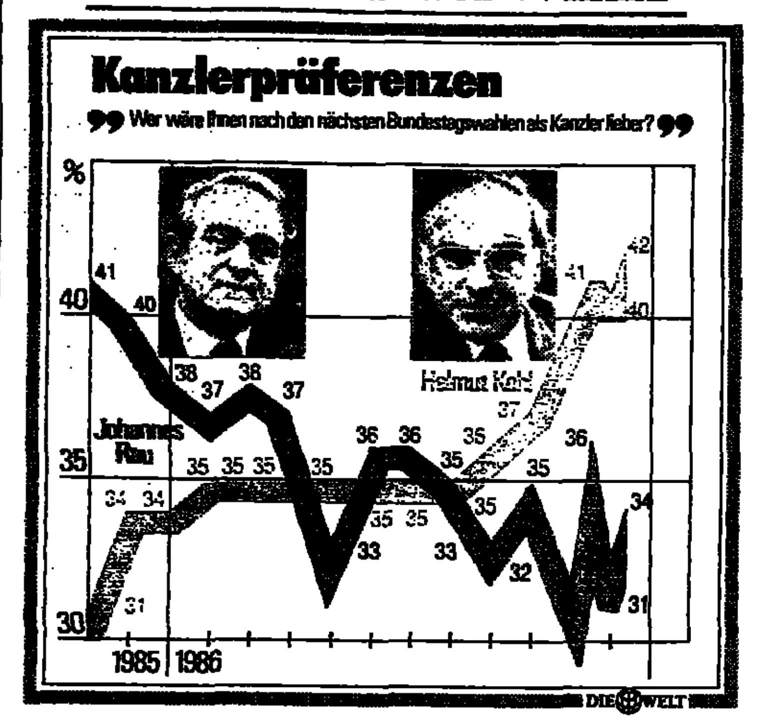
DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 298 - 52. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 850 TL.

exklusiv in der WELT



CDU setzt sich im Norden durch

Bundeskanzler Kohl hat bei den Meinungsumfragen weiterhin einen Vorsprung von acht Punkten vor seinem Herausforderer Rau. Die CDU/CSU liegt zur Zeit bei einem Zweitstimmen-Anteil von 46,9 Prozent (SPD: 33,4 – Grüne 10,8 – FDP 8,5 Prozent). In den letzten Wochen hat die Union vor allem in Norddeutschland an Boden gewonnen, wo sie die SPD von Platz 1 verdrängt hat. Elisabeth Noelle-Neumann analysiert die Umfrageergebnisse für das WELT-Wahlbarometer. Seite 6

Heute in der WELT

Flexible Mediziner

Die Wohngemeinschaft verliert bei den Studenten immer mehr an Interesse; eine Ausnahme bilden dabei Sozial- und Erziehungswissenschaftler. Mediziner wechseln die Hochschule am häufigsten, Ingenieur- und Naturwissenschaftler am seltensten. Die meisten, die auf ein anderes Fach umsteigen, entscheiden sich für Jura und Wirtschaftswissenschaften: Eine Analyse der Hochschul-WELT. Seite 9

POLITIK

Störsender: Nachrichten und Kommentare im Programm der Deutschen Welle zum Besuch von Außenminister Genscher in Bulgarien sind dort überhaupt nicht oder nur stark verzerrt zu hören gewesen. – Störsender in Osteuropa gehen systematisch vor.

Pakistan: Präsident Zia-ul-Haq hat sein stark verkleinertes Kabinett vereidigt. Ihm gehören nur noch 16 Minister an. Zuvor war die 36 Mitglieder umfassende Regierung nach den jüngsten Unruhen in Karatschi geschlossen zurückgetreten. (S. 2 und 5)

Polen: Das staatliche polnische Fernsehen wird in diesem Jahr erstmals die von Papst Johannes Paul II. zelebrierte Mitternachts-Christmette aus dem Petersdom in Rom übertragen.

Haft: Der ehemalige KZ-Aufseher Otto Heidemann ist in Berlin wegen Mordes in einem Fall zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Andere Morde, die er verübt haben soll, blieben unbewiesen.

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Die Wirtschaft geht „in guter Kondition ins neue Jahr". Zuversicht überwiegt, auch wenn die exportabhängigen Industriezweige nicht mehr ganz so optimistisch sind. (S. 11)

Börse: Die Kurse an den deutschen Aktienbörsen lagen zu Beginn der Weihnachtswoche nach äußerst lustlosem Geschäft schwächer. Auch am Rentenmarkt war die Umsatztätigkeit sehr gering. WELT-Aktienindex: 275,67 (276,95). BHF-Rentenindex: 106,570 (106,597). BHF-Performance-Index: 108,441 (108,439). Dow-Jones-Index (19.12.): 1928,85. Dollarmittelkurs: 1,9858 (2,0065) Mark. Goldpreis je Feinunze: 394,60 (394,80) Dollar.

KULTUR

Albert Ehrenstein: Ein fast vergessener Name, ein fast vergessenes Werk von Prosa, Lyrik, Essays und Übersetzungen. Wiens Beitrag zum Expressionismus. Der 100. Geburtstag. (S. 17)

„Tosca": Giancarlo del Monaco hat Puccinis Oper in Bonn als ein opulentes Mahl angerichtet, in einer üppigen Ausstattung. Starsänger aus aller Welt tummeln sich in der „operbonn". (S. 17)

SPORT

Fußball: Nationalspieler Lothar Matthäus hat seinen Vertrag mit dem FC Bayern München um weitere drei Jahre bis 1990 verlängert. Matthäus war von italienischen Klubs umworben worden. (S. 15)

Theorie: Die „DDR"-Sportführung erwartet bei den Olympischen Spielen in Seoul 50 Goldmedaillen. Der Bundesausschuß Leistungssport rechnet mit 38 für die Bundesrepublik. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Zur Kö": Dichtgedrängt parken die Busse am Rheinufer. Sie bringen tagtäglich Tausende Niederländer nach Düsseldorf, denn die Stadt lockt zu ausgedehntem Einkaufsbummel. (S. 18)

„Dekadenz": Das Ergebnis war niederschmetternd – sechs Prozent der 14jährigen in einer Moskauer Schule waren süchtig. Drang zur Flasche, zu Tabletten und Hasch in Moskau. (S. 18)

Schnee und Eis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten unsere Abonnenten um Verständnis für eventuelle Verspätungen.

Unsicherheit über Gorbatschows Pläne für neue „Kaderpolitik"

Augenzeugen berichten von 22 Toten in Kasachstan / Truppen eingesetzt?

DW./RMB. Moskau

Die Unruhen in der asiatischen Sowjetrepublik Kasachstan, die nach westlichen Informationen erheblich ernster waren, als von der Kreml-Spitze zugegeben, haben offenbar eine für die KPdSU prekäre innenpolitische Situation geschaffen.

Bis gestern nachmittag war unklar, wann das Zentralkomitee der Partei zu seiner seit langem angekündigten Sitzung über die „Kaderpolitik" zusammentreten wird. In Moskau wurde damit gerechnet, daß das ZK-Plenum auf jeden Fall noch in diesem Jahr stattfinden soll. Die jüngsten Schwierigkeiten waren möglicherweise auch der Grund dafür, daß Außenminister Eduard Schewardnadse seinen angekündigten Besuch in Ost-Berlin nicht angetreten hat. Schewardnadse ist im Politbüro eine der maßgeblichen Stützen von Parteichef Michail Gorbatschow.

Augenzeugen berichteten westlichen Journalisten in der Sowjetunion, daß bei den Ausschreitungen nach der Ablösung des bisherigen Parteichefs von Kasachstan, Kunajew, 15 Studenten und sieben Polizisten ums Leben gekommen sind. Aus Moskau sickerte durch, es seien Grenztruppen nach Alma Ata gebracht worden, um wieder Ordnung herzustellen. In der ersten Meldung der Nachrichtenagentur Tass einen Tag nach den Auseinandersetzungen hatte es geheißen, daß Studenten von „nationalistischen Elementen aufgestachelt" worden seien. Das Politbüro-Mitglied Michail Solomentsew,

SEITE 2:
Der Osten und die Freiheit

Vorsitzender der Kontrollkommission der KPdSU, wurde zur Unterstützung der regionalen Parteiführung nach Alma Ata entsandt. Dies gilt als ein Hinweis darauf, daß die Kreml-Spitze mögliche weitere Unruhen in Kasachstan befürchtet.

Solomentsew meldete sich mit einer scharfen Kritik an der regionalen Parteileitung zu Wort, die seit Mitte vergangener Woche einen neuen Chef hat: den Russen Kolbin. Auf einer erweiterten Sitzung des kasachischen Ministerrats wurden am Sonntag erhebliche Mängel in der Landwirtschaft, im Baubereich sowie in der medizinischen und Lebensmittelversorgung in der Bevölkerung scharf kritisiert. Möglicherweise war die Angst vor einer „Russifizierung" dieser asiatischen Sowjetrepublik nicht der alleinige Grund der Unruhen.

Seit Beginn der Amtszeit von Generalsekretär Gorbatschow sind die Verhältnisse in Kasachstan wiederholt angeprangert worden. Erst im vergangenen Monat wurde der kasachische Transportminister wegen Verwicklung in einen Bestechungsskandal verhaftet.

Heute wird mit dem Eintreffen des Ehepaares Sacharow in der sowjetischen Hauptstadt gerechnet. Gorbatschow hatte bereits am Dienstag mit dem prominenten Regimekritiker in Gorki telefoniert. Sacharow bezeichnete später die Unterredung als „kompliziert". Er hatte dem Generalsekretär der KPdSU unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß er auch nach der Rückkehr nach Moskau nicht daran denke, seinen Kampf für die Menschenrechte einzuschränken.

DER KOMMENTAR

Winteranfang

JOACHIM NEANDER

Würden Autofahrerflüche Rauch entwickeln, über Mitteleuropa wäre an diesem Wochenende vor Weihnachten so etwas wie ein Atompilz gen Himmel gestiegen. Flüche gegen Petrus, weil der sich doch für seinen Winteranfang wirklich ein anderes Datum hätte aussuchen können; Flüche gegen die Behörden, weil nicht gestreut wurde, Flüche gegen die anderen Autofahrer, die allesamt soviel unvernünftiger oder einfach schlechter fahren als man selbst.

In jedem Jahr von neuem muß man staunen, wie leicht die Masse der zivilisierten Menschen durch ein paar Zenti- oder sogar nur Millimeter Schnee und Eis aus der Fassung zu bringen ist. Wer nicht flucht, macht sich Selbstvorwürfe. Wieder zu spät an die Winterreifen gedacht. Wieder vergessen, daß – wenn der Fernsehwetterfrosch mit Zahnpastalächeln etwas von weißer Weihnacht säuselt – dies wirklich ungetrübte Wonne immer nur für Skiläufer und schlittenfahrende Kinder fernab von jedem Autoverkehr bedeutet.

Dem Atompilz der Verwünschungen und Vorwürfe folgen in der Regel die Vorsätze. Nie mehr mit dem Auto in den Wintersport, schon gar nicht am Wochenende. Nie mehr Geschenke im letzten Moment besorgen. Nie mehr an der Kreuzung auf sein Schleudertalent oder sein Autofahrerglück vertrauen. Zuletzt, sozusagen als Quintessenz – nie mehr fluchen, schon gar nicht zu Weihnachten.

Das Merkwürdige ist nur: Es nützt nichts. Jeden Winter die gleiche erste Rutschpartie, der gleiche Ärger. Wer mit seinem Urlaubsauto in den Stau oder in den Graben geschliddert ist und dennoch dem Himmel dankt, daß es nicht noch schlimmer kam, ist fast ein menschliches Wundertier. Die meisten schaffen es erst Tage später.

Vielleicht hat die Natur das sogar mit Bedacht so eingerichtet. Alle Jahre wieder zu merken, daß man nichts dazugelernt hat, ist nicht die schlechteste Lehre.

Höffner: Gestörtes Verhältnis zur Natur

Der Kardinal nennt die Vertrauenskrise vieler Bürger zu den Politikern „gefährlich"

GERNOT FACIUS, Bonn

Kardinal Joseph Höffner hat eine Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zur Bundestagswahl in Aussicht gestellt. In einem WELT-Interview formulierte Höffner, der morgen sein 80. Lebensjahr vollendet, als Maxime: „Die christlichen Staatsbürger sind berechtigt, sich nach den Grundsätzen ihres Glaubens politisch zu betätigen. Es wäre kränkend, wenn man von den christlichen Bürgern verlangen würde, ihren Glauben im politischen Bereich aufzugeben und nach sonstigen – nicht christlichen – Leitbildern zu handeln." Der Kardinal verband diese Aussage mit der Betonung der „eigenen Verantwortung" und fügte hinzu: „In diesem grundsätzlichen Sinne halte ich auch ein Wort der Deutschen Bischofskonferenz zur kommenden Bundestagswahl für denkbar."

Höffner hatte im Sommer dieses Jahres mit Äußerungen über die Nicht-Wählbarkeit der Grünen großes Aufsehen erregt. Er bezog dies vor allem auf deren Haltung zur Abtreibung. Jetzt stellte er nochmals heraus: „Aufgabe des kirchlichen Amtes ist es, für die Würde des Menschen, für Gerechtigkeit und Liebe unter den Menschen, Rassen und Völkern, für den Frieden in der Welt und für ein maßvolles Umgehen mit den Kräften und Schätzen der Natur einzutreten." Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz entwarf einen „Politikerspiegel", der

SEITE 8:
WELT-Interview

auch die Forderung enthält, „Mut zu unpopulären Entscheidungen" zu zeigen. Er bezeichnete die „Krise des Vertrauens vieler Bürger zu den Politikern und zahlreicher Politiker untereinander" als „gefährlich".

Der Kardinal diagnostizierte eine andere Bewertung von Wissenschaft und Technik als Folge auch der Katastrophen des Jahres 1986. Der Stolz auf den technischen Fortschritt werde „mehr und mehr von der Angst vor seinen Folgen verdrängt". Es zeige sich, daß die für das technische Zeitalter charakteristische Art und Weise der Beherrschung der Natur „im Grunde auf einem gestörten Verhältnis zur Natur beruht". Als „Herausforderung unserer Zeit" gilt für Höffner nach wie vor der Schutz des Lebens. Er will diesen Schutz aber nicht auf die 218-Diskussion beschränkt wissen. „Inhuman handelt, wer als Arzt die Tötung auf Verlangen durchführt. Das strafgesetzliche Verbot einer solchen Tötung ist Ausdruck der Achtung und Würde des Menschen." Zwischen dem Sterbenlassen und dem aktiven Herbeiführen des Todes gebe es keinen fließenden Übergang. „Im ersten Fall handelt es sich um passive Sterbehilfe, im zweiten um absichtliche Tötung. Der Arzt wird dem sterbenden Patienten durch menschliche Zuwendung helfen und seine Schmerzen lindern." Er sei aber nicht verpflichtet, „Maßnahmen der Lebensverlängerung durchzuführen, wenn der Tod nach ärztlicher Erkenntnis sicher bevorsteht."

Parteichef in Schanghai erklärt Protestaktionen jetzt für illegal

„Im Gegensatz zur Kulturrevolution Initiative von unten"

DW. Schanghai

Die chinesischen Behörden haben ihre Bewertung der dreitägigen Massendemonstrationen der vergangenen Woche in der Hafenstadt Schanghai geändert. Während bis einschließlich Sonntag die Rechtmäßigkeit von Demonstrationen versichert worden war, ließ der örtliche Parteisekretär gestern Plakate in der Stadt anschlagen, in denen mitgeteilt wurde, daß alle nicht ausdrücklich genehmigten Versammlungen verboten seien.

Rund 2000 Polizisten hielten den Platz des Volkes abgeriegelt. Passanten wurden scharf kontrolliert. Über Lautsprecher vor dem Gebäude des Volkskongresses warnten die Behörden davor, daß „Kriminelle" aus der „chaotischen Situation" Nutzen ziehen könnten.

Trotz des Versammlungsverbots überquerten mehrere hundert Studenten mit Spruchbändern den Platz des Volkes entlang einer Kette von Polizisten und zogen zum Rathaus. Sie wurden von Polizisten auseinandergetrieben. Außerdem versammelten sich mehrere tausend Arbeiter vor dem Parteigebäude und am Platz des Volkes. Weitere 15 000 Menschen drängten sich in den Straßen und schienen die weiteren Ereignisse zunächst abzuwarten.

Zugleich starteten die Behörden eine Propaganda-Kampagne. In der Tageszeitung „Wen Hui Bao" hieß es, „Kriminelle" hätten eine Gelegenheit genutzt, mit Demonstrationen, die zu schweren Verkehrsproblemen, Produktionsausfällen und Störungen der sozialen Ordnung geführt hätten, „Ärger" zu machen. Radio Schanghai warnte die Bürger, sich nicht in „Aktivitäten einer kleinen Gruppe von Leuten mit schlechten Absichten" hineinziehen zu lassen. Es war das erste Mal, daß Schanghais Medien auf die Proteste eingingen.

Die überwiegende Mehrheit der Studenten nahm wieder an den Vorlesungen teil. An den Eingängen werden alle Studenten kontrolliert. Studentenvertreter lehnten Vergleiche mit den Massendemonstrationen während der Kulturrevolution ab. „Damals kam die Anweisung von oben und ging nach unten", sagte ein Hochschüler. „Aber diesmal kam die Initiative von unten."

Agenten-Austausch erst nach der Wahl

Will Ost-Berlin 1987 höhere Prämien für politische Gefangene? / Treffen dementiert

WERNER KAHL, Bonn

Erstmals seit 1964 wird es zum Ende dieses Jahres zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" keinen Agentenaustausch geben. Das wurde der WELT gestern von zuständigen Stellen beider Seiten erklärt. Der „eingefrorene" Gefangenen-Tausch wird in politischen Kreisen in Bonn mit einem härteren Auftreten des „DDR"-Staatssicherheitsdienstes in Zusammenhang gebracht.

Von Ostberliner Seite wurde der WELT erklärt, man sei über die Bonner „Schelte" vor allem für die Menschenrechtspolitik der „DDR" verstimmt. Zugleich wurde jedoch betont, daß wegen der Bundestagswahl vor dem 25. Januar 1987 keine neuen Vereinbarungen getroffen werden sollen.

Mit dem vorerst letzten Häftlingstransport von Ost nach West waren am 10. Dezember im Notaufnahmelager Gießen 36 Männer und Frauen aus Zuchthäusern in Mitteldeutschland eingetroffen. Durch die besonderen Bemühungen der Bundesregierung konnten in diesem Jahr 1360 politische Gefangene freigekauft werden. Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), appellierte an die Verantwortlichen in Ost-Berlin, alle politischen Gefangenen freizulassen.

In Bonn geht man von gegenwärtig etwa 2000 „DDR"-Bewohnern aus, die wegen Opposition gegen das Regime inhaftiert wurden. Von ihnen sind der Bundesregierung mehr als 1000 Personen namentlich bekannt. Daneben gibt es eine Dunkelziffer von Häftlingen, die zum Teil in Sonderanstalten des Staatssicherheitsdienstes gefangen gehalten werden.

Aufmerksam wird in Bonn verfolgt, welche Bedingungen die Ostberliner Führung für den Fall neuer Häftlingsfreikäufe stellt. Es spricht einiges dafür, daß die „DDR" unter dem Druck des Staatssicherheitsdienstes nach der Bundestagswahl höhere „Kopfpreise" erzielen will. Eine Fortsetzung der Haftentlassungen im Rahmen humanitärer Aktionen wird nicht vor dem Frühjahr erwartet. Bis dahin wird es, wie zuständige Stellen gegenüber der WELT erklärten, auch nicht zu einem Austausch von Spionen kommen.

Spekulationen, im Januar würden sich die Bevollmächtigten beider Seiten zu Verhandlungen treffen, bei denen ein Austausch der Bonner Spionin Margarete Höke gegen die Ostberliner Ärztin Christa-Karin Schumann im Vordergrund stehe, wurden gestern als gegenstandslos bezeichnet. Für die Freilassung der Ärztin, die als frühere Lebensgefährtin des „DDR"-Konteradmirals Winfried Baumann in eine Spionageaffäre verstrickt wurde und eine fünfzehnjährige Freiheitsstrafe in einem Sondergefängnis verbüßt, hat sich jetzt auch Bundesminister Windelen eingesetzt. Die Ärztin ist bereits seit 1979 in Haft. Ihr Lebensgefährte war unter der Beschuldigung, für den Westen spioniert zu haben, ohne Prozeß erschossen worden. Gegen eine vorzeitige Freilassung sperrte sich bisher der „DDR"-Geheimdienst.

Wieder Anschläge in Hamburg

DW. Hamburg

In Hamburg sind gestern morgen weitere Brandanschläge verübt worden, nachdem es am Sonntag bereits acht solcher Terrorakte gegeben hatte. In einem Kaufhaus in der City lösten nach Polizeiangaben zwei Brandsätze die automatische Löschanlage aus. In einem Geldinstitut im Stadtteil Bergedorf wurde später im Briefkasten ein Brandsatz entdeckt. Die Polizei schloß einen Zusammenhang mit den Protesten gegen die geplanten Hausräumungen im Stadtteil St. Pauli nicht aus.

Seiten 2 und 4: Weitere Beiträge

Stuttgart fordert Geld von Sandoz

gü. Stuttgart

Baden-Württemberg wird von dem Schweizer Chemiekonzern Sandoz eine erste Entschädigungsleistung in Höhe von rund acht Millionen Mark fordern. Wie Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) gegenüber der WELT erklärte, werden bei dieser Zwischenbilanz der Totalverlust des Aalbestandes im Oberrhein mit fast fünf Millionen Mark und die „ökologischen Maßnahmen" baden-württembergischer Umweltbehörden mit 2,5 Millionen Mark veranschlagt. Außerdem vertritt Stuttgart 62 geschädigte Berufsfischer.

Streit um die Sozialattachés

HH, Bonn

Nach langem Tauziehen können 1987 die Sozialreferentenposten an sechs deutschen Botschaften besetzt werden. Mit der Einigung zwischen dem Arbeitsministerium und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) auf eine Vorschlagsliste für das Auswärtige Amt sind jedoch die Meinungsverschiedenheiten nicht beigelegt, die zwischen Blüm und dem DGB einerseits und Blüm und Genscher andererseits bestehen. Das Arbeitsministerium will zwar Personalvorschläge des DGB für die Besetzung der insgesamt 19 Sozialreferentenposten an deutschen Botschaften auch künftig „wohlwollend" prüfen, aber dem DGB kein „faktisches Besetzungsrecht" mehr einräumen, wie es in der Vergangenheit üblich war. Auch sollen andere Gewerkschaftsorganisationen zum Zuge kommen. Genscher möchte die bisherige Praxis nicht ändern.

Seite 4: Tauziehen

Tausend tauschten Führerschein um

R.Z. Bonn

Führerschein gegen Freifahrtschein: Seit Februar 1984 bieten die Bonner Stadtwerke älteren Mitbürgern von 60 Jahren an die Möglichkeit, ihren Führerschein gegen eine Halbjahres-Freifahrkarte umzutauschen. Jetzt hat sich die tausendste Seniorin von ihrem Führerschein getrennt, sie darf deshalb ein ganzes Jahr lang in Bonn und Umgebung kostenfrei Bahn und Bus fahren. Die auf zwei Jahre angesetzte Aktion wurde bis Februar 1988 verlängert.

Nach der Statistik der Stadtwerke trennten sich wider Erwarten gleich viele Männer wie Frauen von dem „grauen Lappen". In der Regel waren jedoch die Herren wesentlich älter bei der Rückgabe als die Damen, der älteste zählte immerhin 95 Lenze. Als prominentester Führerscheininhaber gab im Dezember 1985 Konrad Adenauers letzter Fahrer, Peter Seibert (53), seine Fahrlizenz zurück.

Seite 18: Rückgabe ist freiwillig

BGAG muß 58 Millionen zahlen

breu. Düsseldorf

Die Gewerkschaftsholding BGAG kann die Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen nur erhalten, wenn sie innerhalb von sechs Wochen an ihre Firmentochter in Düsseldorf 58 Millionen Mark zurückzahlt. Mit dieser „abschließenden Entscheidung" billigte gestern der nordrhein-westfälische Städtebauminister Zöpel (SPD) einen entsprechenden Vorschlag des Düsseldorfer Regierungspräsidenten. Damit wurde nach 26 Monaten ein von der Oberfinanzdirektion Düsseldorf gestellter Antrag erledigt, der wegen schwerer Verstöße gegen das Gemeinnützigkeitsrecht die Aberkennung der Steuerprivilegien der NH-Tochter gefordert hatte. Mit dieser Rückzahlung, durch die auch Schäden für das gemeinnützige Vermögen der überschuldeten NH-Tochter ausgeglichen werden sollen, erklärte sich auch Bundesfinanzminister Stoltenberg einverstanden.

Iran-Affäre: Überlegungen über Straffreiheit verworfen

US-Regierung fürchtet eine „politische Katastrophe"

DW. Washington/London

Die amerikanische Regierung ist jetzt von ihrer früheren Überlegung wieder abgerückt, den an der Iran-Affäre beteiligten Mitarbeitern des Weißen Hauses Straffreiheit zu gewähren, falls sie zu den Hintergründen dieser Affäre aussagen würden. Ein hoher Regierungsbeamter erklärte dazu, der Vorschlag für Straffreiheit sei zwar vorgebracht, aber nicht wirklich in Betracht gezogen worden. Als Grund gab er an, dies wäre „eine politische Katastrophe".

Die unter anderen von Präsident Reagan ins Spiel gebrachte Überlegung sollte vor allem den zurückgetretenen Sicherheitsberater Poindexter und dessen entlassenen Mitarbeiter North zum Reden bringen. Vor den Kongreßausschüssen, die die Waffengeschäfte und die Abzweigung von Geldern für die Contras in Nicaragua untersuchen, hatten beide die Aussage mit der Begründung verweigert, sie würden sich möglicherweise selbst belasten.

Im Zusammenhang mit der Iran-Affäre beurteilen die Amerikaner die Leistungen Reagans immer kritischer. In einer Meinungsumfrage der Zeitung „Des Moines Register" erklärten jetzt 55 Prozent der Befragten, sie seien mit der Amtsführung des Präsidenten nicht zufrieden. Innerhalb von drei Monaten ist diese Zahl damit um 16 Prozentpunkte gestiegen. 24 Prozent forderten Reagans Rücktritt. Aufgrund dieser Entwicklung sorgen sich die Republikaner bereits darum, daß die Affäre 1988 einem demokratischen Kandidaten zum Einzug ins Weiße Haus verhelfen könnte.

In den Waffenhandel zwischen Washington und Teheran soll nach einem Bericht der britischen Wochenzeitung „Observer" der älteste Sohn des iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandschani, Mehdi Bahremani, verwickelt sein. Unter Berufung auf iranische Kreise berichtet das Blatt, Bahremani habe sich mit sechs Millionen Dollar nach Kanada abgesetzt, nachdem er erfahren hätte, daß ein iranischer Untersuchungsbeamter ihn in seiner Brüsseler Wohnung dazu habe verhören wollen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kommt Attentat

Von Uwe Bahnsen

Bundesrepublik, wir lieben dich brennend!" skandierten vermummte Demonstranten am Sonnabend, während sie als „revolutionärer Block" durch die Hamburger Innenstadt zogen. Wenig später legten bisher unbekannte Täter in etlichen Kaufhäusern Feuer.

In ähnlicher Weise haben Brandanschläge schon einmal, am 5. Oktober vorigen Jahres, nach einer Demonstration an einem verkaufsoffenen Sonnabend Millionenschäden angerichtet. Wie man sieht, folgt also der Parole die Tat. Das ist nichts Neues. Man erinnert sich an den Frankfurter Kaufhausbrand vom April 1968. Und an den Weg, den seine Urheber Gudrun Ensslin und Andreas Baader nahmen.

Ein anderer Schlachtruf der Hafenstraße vom vergangenen Wochenende lautete „Kommt Zeit, kommt Rat, kommt Attentat!" Der Staat tut nicht nur gut daran, sondern seine Sicherheitsorgane *sind verpflichtet, auch diese Drohung so ernst zu* nehmen, wie sie offenbar gemeint ist.

Die Krise der inneren Sicherheit in Hamburg als Folge der Zustände an der Hafenstraße steht erst noch bevor – darüber sind sich die Experten ziemlich einig. Während die Brandstifter am Werke sind, deuten politische Biedermänner das Geschehen, natürlich in getragener, staatsmännischer Manier. Zu ihnen gehört der Hamburger SPD-Landesvorsitzende Ortwin Runde. Auf dem SPD- Landesparteitag am 12. Dezember belehrte er seine Genossen und die Öffentlichkeit dahingehend, daß man die Begriffe Hafenstraße und Gewalt nicht gleichsetzen dürfe, denn „da wohnen auch Menschen". Demzufolge dürfe es nicht heißen „da hausen die Chaoten".

Nach der „Demonstration" vom Wochenende wurde er gefragt, welche Auswirkungen sie wohl haben werde. Runde, der mit Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und dem SPD-Fraktionschef Henning Voscherau an einem „Arbeitsprogramm" für eine Bürgerschaft ohne SPD-Mehrheit strickt, sprach: „Ich vermag heute nicht zu sagen, welche Auswirkungen sie entfalten wird". Die Bürger, die offenbar fürchten sollen, beim Weihnachtseinkauf ihr Leben zu riskieren, haben eine ziemlich klare Vorstellung von dem, was sich da entfaltet.

Protest der Mohadschirs

Von Peter Dienemann

Der Konflikt zwischen Paschtunen und der urdu-sprechenden Bevölkerung in Karatschi, den Mohadschirs, ist fast so alt wie das 1947 gegründete Pakistan selbst. Doch haben die Schlachten in Karatschi, die von der Armee trotz Ausgangssperre nicht unter Kontrolle gehalten werden können, ein Ausmaß angenommen, das den Bestand Pakistans bedroht.

Daß es soweit kommen konnte, ist einmal dem Regime Ziaul Haq anzulasten. Nicht nur, daß unter ihm Paschtunen und Pandschabis gehätschelt wurden, weil sie beide in Grenzregionen – die einen mit Afghanistan, die anderen mit Indien – leben und aus Sicherheitsgründen bei der Stange gehalten werden müssen. Unter dem Militärregime Zias hatte die Armee jahrelang freie Hand im Waffen- und Rauschgifthandel zwischen der paschtunischen Nordwest-Grenzprovinz mit Afghanistan und der Hafenstadt Karatschi. Zum anderen ist die Karatschi-Krise auch eine Folge der sowjetischen Besatzung Afghanistans.

Denn nur wegen ihr, wegen der unsicheren Situation im afghanischen Grenzbereich, war es den Armeeoffizieren möglich, Waffen „umzuleiten", die für afghanische Freiheitskämpfer bestimmt waren; konnte unter den Augen der Armee Roh-Opium in der Grenzregion zu Heroin destilliert werden.

Daß damit Schluß sein müsse, hat Pakistans Verbündeter Amerika, daß einen weltweiten Kampf gegen den Drogenhandel führt, unlängst Zia zur Bedingung für weitere Unterstützung gemacht. Die Tragik ist, daß einmal mehr die Schwächsten unter den Machenschaften jener leiden, die mit indirekter staatlicher Protektion ihre illegalen Geschäfte betrieben.

Premier Mohammed Khan Junejo hat schnell auf mögliche internationale Vorwürfe und verstärkte Opposition im Lande reagiert, indem er seine Minister zum Rücktritt bewog. Doch auch mit einer fairen Besetzung des Kabinetts, sodaß Paschtunen und Pandschabis nicht mehr dominieren, wird er die Mohadschirs kaum besänftigen können. Nur die von ihnen geforderte Gleichberechtigung mit den Belutschen, Sindhis, Paschtunen und Pandschabis, mit der Erklärung der Mohadschirs zur fünften Nationalitätengruppe Pakistans, kann den Frieden im Land bringen.

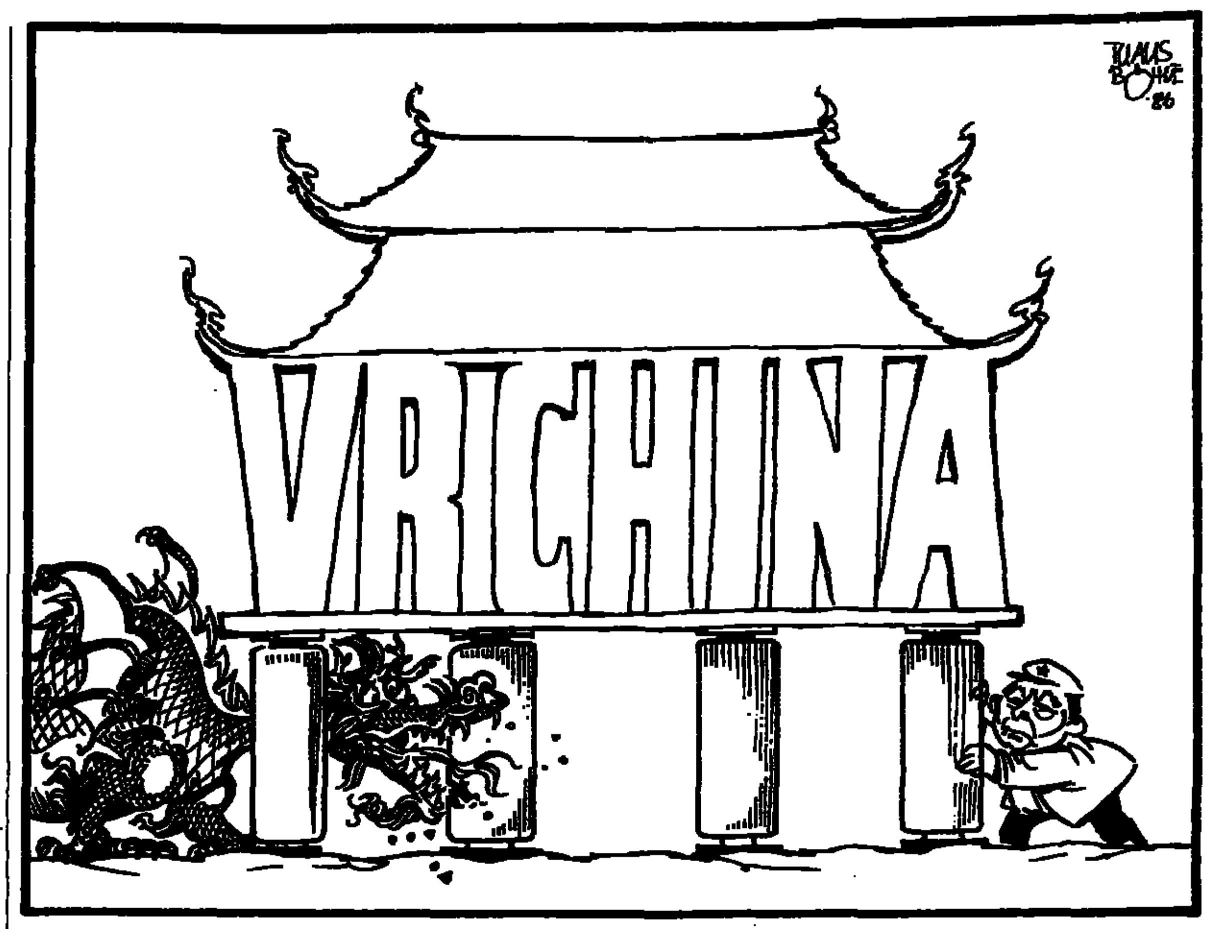
Noch eine Denkschrift?

Von Enno v. Loewenstern

Man muß es nicht goutieren, aber man muß es irgendwie bewundern, wie einfallsreich die Kräfte von Frieden, Fortschritt und Systemveränderung alles zu unterlaufen wissen, selbst die Kirche. Das Rezept klingt simpel, aber die Ausführung will organisatorisch gekonnt sein. Erstens: man gründe nicht etwa eine Kampfgruppe, sondern viele Grüppchen. Das liest sich dann stark in der Aufzählung. Zweitens: man verleihe ihnen klangvoll-christlich-friedliebende Namen. Drittens: man finde geistliche Herren als Galionsfiguren. Viertens: man produziere medienwirksame Papiere. Fünftens: man unterwandere die Synoden und verschaffe sich Mehrheiten unter den Christenmenschen von jenem Typus, der auch vor Jahrzehnten schon für die Richtigen stimmte.

Derzeit kurbeln die Wölfe im Talar an dem Vorhaben, der EKD eine neue „Ostdenkschrift" abzunötigen, „an die Völker der Sowjetunion". Mit dem eindrucksvollen Aufhänger der „unermeßlichen" Schuld der Deutschen. Sind nicht zwanzig Millionen Sowjetbürger im Zweiten Weltkrieg umgekommen? Am Ende soll dann eine „Sicherheitspartnerschaft" stehen und der „Antikommunismus" soll gebrandmarkt werden.

Einfach wäre eine solche Denkschrift nicht. Sie müßte nämlich damit beginnen, den Völkern der Sowjetunion ihren Antikommunismus vorzuwerfen, als ersten jetzt den Kasachen. Sie müßte neben den zwanzig Millionen Opfern des Nationalsozialismus („unsere Schuld") die, nach Robert Conquest, wohl sechzig bis achtzig Millionen Opfer des Sowjetkommunismus (vermutlich niemandes Schuld) zur Sprache bringen. Sie müßte besonders jene Sowjetvölker ansprechen, die durch unsere *Schuld – oder unser Verdienst?* – des Segens des Prokommunismus teilhaftig und entsprechend dezimiert wurden; die Polen, Litauer, Letten, Esten usw. Sie müßte die Rolle der orthodoxen Kirche, insbesondere ihrer Patriarchen, im Sowjetsystem würdigen. Und sie müßte so abgefaßt werden, daß die hiesige Kirche sich nicht wieder eines absehbaren Tages anklagen muß wie im August 1945, nicht stärker geglaubt, gebetet und geliebt zu haben. Aber unsere Antiantikommunisten werden ihr schon die Feder zu führen wissen.



KLAUS BÖHLE

Der Osten und die Freiheit

Von Carl Gustaf Ströhm

Kurz nachdem in der Sowjetrepublik Kasachstan Studenten und Schüler schwere Unruhen ausgelöst hatten, gingen in Schanghai – und, wie man hört, auch in anderen Städten Chinas – gleichfalls Studenten auf die Straße. Beide Ereignisse scheinen in einem tieferen Zusammenhang zu stehen: Es geht den Kasachen um mehr nationale Freiheit und um den Kampf gegen die russische Überfremdung. Den Studenten von Schanghai, denen sich inzwischen sogar Arbeiter angeschlossen haben, geht es um persönliche Freiheit (nicht zuletzt um Pressefreiheit) und Demokratie.

Nun ist das kommunistische System seit jeher mit der Behauptung aufgetreten, es habe sowohl die Frage der nationalen wie der individuellen Freiheiten gelöst. Arbeiterklasse, werktätige Bauern und „schöpferische Intelligenz" stünden unverbrüchlich in monolithischer Einheit hinter der ideologischen Führungsmacht der Partei, die als „Avantgarde" ohnedies alle Antworten bereits im vorhinein wisse. Zwar ist diese kühne Behauptung mehr als einmal durch die geschichtlichen Ereignisse widerlegt worden. Von den Kronstädter Matrosen bis zu den Millionen von Russen, die im Zweiten Weltkrieg sogar bereit waren, sich den Deutschen anzuschließen, weil sie vom System genug hatten; von den Rebellionen in den von Moskau unterworfenen Ländern bis jetzt nach Alma Ata und Schanghai zieht sich eine Kette von Widerstandshandlungen. Doch ist es bisher vor allem der Sowjetunion gelungen, diese Zeichen der Unzufriedenheit unter den Teppich zu kehren.

Es gab, wie wir heute wissen, seit dem Zweiten Weltkrieg in vielen Gebieten der UdSSR Häftlingsrevolten und Aufstandsbewegungen. In Rostow am Don wurden sogar Panzer eingesetzt. In der usbekischen Hauptstadt kam es nach einem Fußballspiel zu „anti-weißen", das heißt: anti-russischen Ausschreitungen, ähnlich wie jetzt in Kasachstan. In Reval, der estnischen Hauptstadt, fanden zuletzt 1981 Studentendemontrationen gegen das Regime statt.

Alle diese Vorgänge blieben im Westen unbemerkt. Oder man erfuhr spät davon, als sie längst Geschichte waren; da wir aber im audiovisuellen Zeitalter leben, in dem die Ereignisse der letzten Woche von neuen Eindrücken überlagert werden, blieb in weiten Kreisen der westlichen Welt ein seltsames Bild des Ostens bestehen.

Da drüben, so schien es, lebten Völker, die ihr Schicksal – nämlich die Unfreiheit – wenn schon nicht verdient hatten, dann doch durch ihre „Leidensfähigkeit" tragen konnten und mußten. So konnte es *auch geschehen, daß – zur gleichen* Zeit, da sich Gorbatschow anschickte, die Menschenrechtsfrage um den rusischen Bürgerrechtler Andrej Sacharow zu lösen, und als in Kasachstan der nationale Unmut überkochte – die angeblich liberale „Zeit" wider den „Mißbrauch der Menschenrechte" zeterte und das Problem mit der Frage vom Tisch wischte, ob denn wirklich „die Demokratie, so wie wir sie verstehen, unbedingt die Zukunft der ganzen Menschheit sein muß?".

Sie predigt die Angst vor der „Destabilisierung", aber es zeigt sich, daß der Osten sich in Wirklichkeit selber destabilisiert. Von Lenin stammt die Erkenntnis, daß eine revolutionäre Situation dann gegeben sei, wenn die Herrschenden nicht mehr können und die Beherrschten nicht mehr wollen. Nun wäre es vorschnell, eine Revolution in der kommunistischen *Welt anzukündigen. Aber die inneren* Widersprüche des Systems treten gerade jetzt deutlich hervor.

Bemerkenswert ist, daß Menschen ganz verschiedener Kulturen und Mentalitäten offenbar ganz ähnlich reagieren. Die weitverbreitete Meinung, daß etwa die Chinesen – dank ihrer konfuzianischen Tradition und des Fehlens von westlicher Aufklärung, Renaissance und Reformation in ihrer Geschichte – für persönliche Freiheiten nichts übrig hätten, ist jetzt auf den Straßen Schanghais zumindest in Frage gestellt worden.



Nach Konfuzius und Mao der Ruf nach Demokratie: Schanghai
FOTO: HARTUNG

Was die Russen betrifft: Wir haben uns unter dem Einfluß marxistischer Geschichtsmanipulationen angewöhnt, sie als ein dumpfes Volk von Untertanen zu betrachten – und die asiatischen Sowjetvölker als Hintersassen des Imperiums, von denen allenfalls ein wenig Exotik zu erwarten ist. Im übrigen: Sind die Sowjetmenschen nicht glücklich und froh, weil es ihnen doch um so viel besser geht als unter dem Zaren? Sogar bürgerliche westliche Historiker merken nicht, wie sie der Propaganda der Gegenseite aufgesessen sind – denn im Rußland des Zaren gab es unvergleichlich viel mehr intellektuelle Freiheit und Freizügigkeit als heute in der UdSSR.

Es ist deshalb wichtig, sich gerade jetzt daran zu erinnern, daß die Völker des Ostens auch eine lange Geschichte des Aufbäumens gegen aufgezwungene Herrschaft haben. Jetzt werden wir Zeugen eines un*heimlichen Vorgangs: Die* erste große russische Revolution begann, als das Riesenreich im Osten von der industriellen Revolution aus dem Westen erreicht wurde. Heute, sieben Jahrzehnte später, sieht sich die kommunistische Welt mit der technologischen Revolution, mit dem Zeitalter der Informatik, des Computers, der weltweiten Verbindungen konfrontiert.

Es ist das Unheil dieser kommunistischen Systeme, daß sie auf absoluter Wahrheit und absoluter Herrschaft aufbauen. Beides ist nicht mehr zu verwirklichen, es sei denn, man zöge sich aus dieser Welt zurück und bliebe auf dem Niveau von Nordkorea oder Rumänien stehen. Die kommunistischen Führer sind vor die Notwendigkeit gestellt, die Fenster zu öffnen und frische Luft hereinzulassen. Dabei kann es passieren, daß der Sturm das gesamte ideologische Mobiliar aus dem Haus fegt. Der Westen muß sich auf schwierige und vielleicht nicht ungefährliche Entwicklungen in der gesamten kommunistischen Welt gefaßt machen. Gesundbeten aber rettet das System nicht.

IM GESPRÄCH Hans Hartl

Filser modern – und rot

Von Peter Schmalz

Seinen mächtigen Rundschädel bedeckt er gern mit einem Dachauer Trachtenhut. Als Hans Hartl in seiner mit Silbertalern geschmückten Jacke und den schwarzen Schaftstiefeln zur ersten Sitzung des neuen Bayerischen Landtags den Plenarsaal betrat, da schien es, als habe Ludwig Thoma seinen Josef Filser endlich leibhaft ins Maximilianeum geschickt.

Nur: Der Hartl Hans ging nicht hinüber zu den Konservativen, sondern nahm Platz in den Reihen der Sozialdemokraten, wo er hingehört, wie er und seine Wähler meinen. Daß aber seine Fraktions-Genossen und auch der südbayerische Bezirksvorstand ihn am liebsten wieder draußen sehen würden, das ist eine Geschichte, an der auch ein Thoma seine Freude hätte.

Hartl ist, wie er selbst sagt, kein geborener, sondern ein gewordener Sozialdemokrat. Vor zwölf Jahren war der heute Einundvierzigjährige für ein knappes Jahr Mitglied der CSU. „Eine Jugendsünde", sagt er jetzt. Im Sog des Kreuther Beschlusses gründete er eine christliche Wählervereinigung, kandidierte in seiner Heimatstadt Dachau zum Landrat und kam von Null auf 28 Prozent. Der SPD-Konkurrent blieb bei 22 Prozent, zur Stichwahl gegen den CSU-Gewinner fehlten Hartl 364 Stimmen. Wenig später wurde er Stadtrat. 1980 trat er zur SPD über.

Es war der südbayerische SPD-Chef Jürgen Böddrich, dem Hartl angenehm auffiel als einer, der, statt im Hinterzimmer zu theoretisieren, dort Politik macht, wo die Menschen sind. „Die SPD", sagt Hartl, „muß eine Volkspartei bleiben und muß sich entwickeln zu einer modernen Partei, die bei allem Engagement für den sozial Schwächeren Heimat wird für die Ingenieursgesellschaft." Nur Minderheiten nachzulaufen scheint ihm fruchtlos: „In der Politik werden aus zehn mal fünf Prozent keine 50, sondern höchstens 25 Prozent." Auch außerhalb der Politik weiß der Vater zweier halbwüchsiger Kinder mit Prozenten erfolgreich zu jonglieren.



Die SPD muß sich der Ingenieursgesellschaft öffnen: Hartl FOTO: DPA

Er ist Rechtsanwalt – im selben Anwesen, in dem auch Ludwig Thoma seine Kanzlei hatte – und wurde wohlhabend als Inhaber einer mittel*ständischen Wohnungsbaugesell*schaft. Daß er einen Teil seines Vermögens während des bayerischen Landtagswahlkampfes dafür verwendete, eine Million Bürger in Oberbayern um ihre Zweitstimme zu bitten, und daß er dadurch ein Mandat erhielt, kreiden ihm nun die Genossen an. Von Stimmenkauf ist die Rede.

Doch Hartl, der die Paragraphen kennt, kann darin nichts Ehrenrühriges finden. Nach bayerischem Wahlrecht sei es jedem Kandidaten gestattet, im gesamten Regierungsbezirk um Zweitstimmen zu werben. Nun will man ihn aus der Partei ausschließen. Böddrich war gegen dieses Strafgericht und zog die Konsequenz, indem er als Vorstand zurücktrat. Aber Hartl will kämpfen: In Dachau jedenfalls stünden 90 Prozent hinter ihm.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Sie schreibt zu den Hamburger Krawallen:

An der Spitze des Zuges marschieren Jungsozialisten zusammen mit Mitgliedern der DKP und der Grün-Alternativen Liste ... Dieser Gruppe folgt in Hamburg ein „revolutionärer Block" von 800 bis 1000 maskierten und behelmten Provokateuren. Sie rufen unter anderem „Solidarität mit der RAF" und „Wir lieben dich brennend, Bundesrepublik". Es ist bekannt, daß solche Leute Fensterscheiben einschlagen und Autos demolieren. Daher ist es die Pflicht der *Polizei, diesen Schlägertrupp zu* begleiten – ähnlich wie es die Bobbys in London bei viel harmloseren Anlässen tun. Was soll man davon halten, daß die Jungsozialisten im Verein mit der DKP von einer „unbeschreiblichen Provokation" der Polizei sprechen? Sind ihnen die maskierten Gewalttäter recht, damit sie nach der erwarteten Auseinandersetzung an ihrem Zerrbild des „Polizeistaates" zeichnen können?

THE TIMES

Die Londoner Zeitung meint zu den chinesischen Studentenunruhen:

Wenn die Studenten in China im Namen der Demokratie zu marschieren beginnen, dann ist dies eine laute Warnung der Geschichte. Die chinesischen Studenten sind bei jeder Wende in Chinas dauernder Revolution seit Beginn des Jahrhunderts in der Avantgarde gewesen.

Kieler Nachrichten

Das Blatt kritisiert das Fahrverhalten vieler:

Die Landespolizei stellte fest, daß 98,8 Prozent – also fast alle – von 2241 Schwerlastern zu schnell fuhren, einige sogar mit 115 km/h über die Autobahn rasten. Die Ursache des während der Polizeikontrolle festgestellten Fahrverhaltens kann nicht nur in fahrlässiger Selbstüberschätzung, Abgestumpftsein gegenüber dem Anblick schwerer Unfallfolgen, teilweiser *Verantwortungslosigkeit* liegen ... Einige sollen von ihren Betrieben das zu erwartende Verwarnungsgeld gleich mit auf den Weg bekommen haben, die Polizei spricht von eingeplanten und damit vorsätzlich begangenen Verstößen.

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung bemerkt zu den französischen Streiks:

Die Streikwelle ist nicht aus einer festgefahrenen Lage entstanden. Sie ergab sich vielmehr aus einer vielleicht voreiligen, aber doch entscheidenden Beurteilung der Widerstandsfähigkeit der Regierung. Sie wurde als schwach genug angesehen, um nachgeben zu müssen; hinreichend aus der Fassung gebracht, um zur Ohnmacht verurteilt zu sein. So beginnt man nun, das Ausmaß des Schadens abzuschätzen, den sie sich selbst zufügte, als sie den Fall der Studenten und Schüler so mangelhaft behandelte.

Basler Zeitung

Sie kommentiert zur Opec:

Pokern ist als Glücksspiel in sehr vielen Ländern in öffentlichen Lokalen aus moralischen Gründen verboten. Für die 13 Opec-Länder ist es jedoch die Grundlage ihres Geschäfts. Sie *spielen regelmäßig* Poker, am liebsten vor Festtagen, wenn die abendliche Welt nicht auf dem „Quivive" ist, wie gerade jetzt wieder in Genf. Als Heizöl- und Benzinverbraucher sind wir gezwungenermaßen alle Mitspieler.

Die Familie hat sich durchgesetzt und setzt sich durch

Wie sich das Weihnachtsfest gegen den Progressismus behauptet / Von Peter R. Hofstätter

Die frühesten Darstellungen der Geburt Christi sind uns auf römischen Sarkophagen des 4. Jahrhunderts überliefert. Sie zeigen das in Windeln gewickelte Jesuskind in einem geflochtenen Korb und daneben die beiden Tiere, Ochs und Esel, die in den Evangelien überhaupt nicht vorkommen. Legitimiert ist ihre Erscheinung durch die Worte des Propheten Jesaja (1,3): „Ein Ochse kennt seinen *Herrn und ein Esel die Krippe sei*nes Herrn, Israel aber kennt's nicht, und mein Volk vernimmt's nicht." Der Ochse wird dabei als Vertreter des Judentums gedeutet, weil er das wahre Gesetz kennt, während der mit der Sünde des Götzendienstes behaftete Esel – das heilige Tier des Dionysos-Kultes – das Heidentum repräsentiert. Später erst tritt in den Reliefs der Hirte als Symbol für die auf Erlösung wartende Menschheit hinzu.

Seltsamerweise fehlt zunächst die Mutter des Kindes. Erst nachdem sie das Konzil von Ephesus im Jahre 431 als Gottes Gebärerin anerkannte, findet Maria einen festen Platz an der Krippe – allerdings nur dann, wenn zugleich auch die Heiligen drei Könige zu sehen sind. Viel später erst erscheint Joseph in der Szene. Diese konnte anfangs kein Familienbild sein, weil Jesus selbst die Bindung an seine Herkunftsfamilie abgelehnt hat: Wer sein Jünger sein will, darf Vater oder Mutter, Sohn oder Tochter nicht mehr lieben als ihn (Matth. 10,37), ja, er muß sie sogar hassen (Luk. 14,26), denn seine Jünger sind für ihn Mutter und Brüder (Matth. 12,49; Mark. 3,35; Luk. 8,21).

„Weib, was habe ich mit dir zu schaffen?", fragt Jesus unwirsch Maria auf der Hochzeit zu Kana (Joh. 2,4). Die religiöse Gemeinschaft wird denn auch in manchen Sekten an die Stelle der Familie gesetzt – „denn auch seine Brüder glaubten nicht an ihn", heißt es im Johannes-Evangelium (7,5).

Trotzdem ist unser Weihnachtsfest seit dem Mittelalter in ganz besonderer Weise zum Fest der Familie, der andächtigen Begrüßung des neuen Lebens, der elterlichen Freude über Kinder und der kindlichen Geborgenheit in der Liebe der Eltern geworden. Von erheblicher Bedeutung war dafür ein Wesenszug des Christentums, das von Anfang an und zum Unterschied von nahezu allen anderen Kulten seiner Entstehungszeit eine Lehre für beide Geschlechter war. Dagegen war der Sonnenkult des Mithras, dessen Geburt am 25. Dezember gefeiert wurde, eine durchaus maskuline Religion.

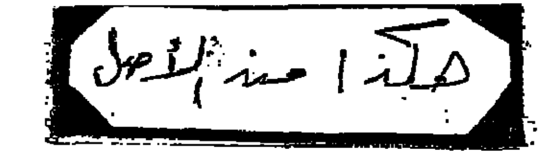
Nach einigem Zögern hat freilich auch das Christentum die Feste seines Kirchenjahres an den Sonnenlauf gebunden. Indem er sich recht willkürlich auf ein Wort des Täufers bezog – „er muß wachsen, und ich muß abnehmen" (Joh. 3,30) –, stellte schon Augustinus um 395 die Geburt von Johannes dem Täufer am Tag der Sommersonnenwende (25. Juni) und von Jesus an dem der Wintersonnenwende (25. Dezember) gegenüber, da „an dem Tag die Tage wieder länger zu werden beginnen" (Serm. 194).

Das Fest der wiederkehrenden Sonne („Sol invictus"), das Kaiser Aurelian im Jahre 274 in den heidnischen Staatskult am 25. Dezember eingefügt hatte, gab offenbar auch den Christen einen Halt angesichts der sich ausbreitenden Dunkelheit. Noch um 450 klagte Papst Leo der Große darüber, daß sich die Besucher der Weihnachtsmesse in St. Peter vor dem Betreten der Basilika umwandten, um die aufgehende Sonne zu begrüßen.

Das Weihnachtsfest ist ein Bekenntnis zum Glauben an das Leben, das mit dem Jubel der Lichter über die aus der Finsternis aufsteigende Urangst siegt. Gewiß, es ist auch ein Fest der gläubigen Gemeinde, jedoch hat sich sein Schwerpunkt verlagert, seit die Mitglieder der Gemeinden ihre Tage eher neben- als miteinander verbringen. Aus vollem Herzen das aus der Tiefe wiederaufsteigende Leben zu feiern gelingt uns mit vielen zusammen nur selten. Dagegen versinkt der Lebensmut vieler, die auf sich allein gestellt sind, am Ende eines jeden Jahres leicht in unbestimmten Ängsten und in Depressionen. Da hilft es nicht viel, wenn man sich in aller Stille überlegt, daß es nun laut Kalender wieder heller werden wird und daß man eigentlich ja nur das elektrische Licht *anzuknipsen* braucht. Derlei Vernünftigkeit bleibt wirkungslos an der Oberfläche.

Zwischen der fremd gewordenen Gemeinde und den Zweifeln gegenüber ohnmächtigen einzelnen stellt sich die Frage nach den Menschen, mit denen man zusammen echt und unmittelbar die lebensbejahende Freude empfinden und ausdrücken kann, um auf diese Weise ein wirkliches Fest zu feiern. Das ist im Regelfall unserer Gesellschaft – allen Protesten „Progressiver" zum Trotz – die Familie.

Auch wenn ihr und dem traditionellen Weihnachtsfest die Angriffe von politischer Seite nicht erspart blieben, hat sie sich doch seit einigen Jahren überall in der westlichen Welt wieder gegen die als „Reformen" gepriesenen Surrogate durchgesetzt. Leidvollen Irrwegen verdanken wir die Erfahrung, daß nur die Familie das Bollwerk gegen die Angst und der Garant der Lebensfreude ist.



Im Erzgebirge ist der Nußknacker der Herr geblieben

Im deutschen Weihnachtsland, dem Erzgebirge, beißen die Nußknacker heute zu 90 Prozent für den West-Export. Doch auch Pyramiden und musizierende Engel sind eine rare Ware in den Geschäften der „DDR". Bedrängt werden die traditionellen Spielzeughersteller von Billig-Importen aus dem Fernen Osten.

Von HANS-R. KARUTZ

Der Bus kurvt durch das mitteldeutsche „Allgäu": Sanfte Kurven, liebliche Dörfchen, seit Jahrzehnten wie unter Mehltau begraben – ein gottverlassener Winkel an der Grenze zur CSSR. Auf dem Kamm jenseits des Baches die ersten verdorrten, wie im Todeskampf erstarrten Fichten. Ein knappes Viertel der 4,5 Millionen Hektar tschechischen Waldes sind nicht mehr zu retten – auf der deutschen Seite sieht es ein wenig freundlicher aus.

Die Grenze scheint belanglos: „Halt, Staatsgrenze – Passieren verboten", steht auf den weißen Schildern. Die Luft schmeckt nicht nach Braunkohle. Das Gift in der Luft tötet die Fichten geruchlos.

Noch einige Windungen seitab der Landstraße hinauf in einen Talkessel: Seiffen, Deutschlands Spielzeugdorf. Sommers über wandern hier die Urlauber der Staatsgewerkschaft FDGB und spähen – „antizyklisch", wie man drüben kaufen muß – schon hin und wieder nach Festtagsdingen aus. Denn wenn nicht in Seiffen, wo sonst im Erzgebirge?

650 Meter hoch, 3680 Seelen, vier Staatsbetriebe, die Produktionsgenossenschaft „Seiffener Volkskunst" und knapp 100 private Handwerksmeister – mehr als zehn Mitarbeiter sind allerdings nicht erlaubt. Seiffen, da wird die Nußknacker-Suite in sozialistischem Dur gespielt. Hinter vielen sägespänebestäubten Werkstattscheiben beiderseits der Hauptstraße werkeln die Künstler der Volkskunst das ganze Jahr über.

Struwwelpeter-Dichter Heinrich Hoffmann schrieb diese Hymne auf die traditionsreichste Holzfigur dieses Landstrichs: „König Nußknacker, so heiß ich. / Harte Nüsse, die zerbeiß ich. / Süße Kerne schluck ich fleißig / doch die Schalen, ei, die schmeiß ich / lieber andern hin, / weil ich König bin."

Könige, nein Monarchen, sind im anderen deutschen Staat nicht einmal mehr als Weihnachts-Zierat gelitten: in Bergmannskluft und als Jägersmann (mit dem Schießgewehr), als Engel mit kostbarem Kleid und grünen Flügeln – andere Nußknacker-Motive stehen nicht auf dem Produktionsprogramm.

In der Schauwerkstatt marschieren die Herren mit dem starken Gebiß in Blau-Rot-Tönen in Reih und Glied auf. In den Vitrinen kleine Schildchen mit dem Text „Schaustücke, unverkäuflich". Denn Herstellen ist das eine, Kaufen-Können in „DDR"-Läden das andere.

„90 Prozent der Dinge gehen in den Export. Wenn etwas übrig ist, verkaufen wir es hier", lautet die freundliche Auskunft im winzigen Büro der Schauwerkstatt. „Und die Preise?" „28 Mark für den großen, 21 Mark für den kleinen Nußknacker."

Preiswert, wenn man diese Ost-Preise mit den Fest-Offerten des SED-eigenen „Genex"-Versandhauses in Kopenhagen zum Beispiel vergleicht. 28 und 35 Mark, West wohlgemerkt, kosten der Typ „Förster" (Katalogtext: „Der Freund aus dem Walde ist auch ein Freund der Kinder") und Typ „Weihnachtsmann" („Er darf zum Fest nicht fehlen").

Irgendwo dudelt ein kleines Radio. In der Werkstatt, wo die Fachmänner und -frauen vor aller Augen die eingefahrenen Handgriffe vollführen, ertönen sonst nur gedämpfte Arbeitsgeräusche. Im Vorraum hängt, augenfällig unter Glas placiert, eine Urkunde: „In Anerkennung und Würdigung hervorragender Ergebnisse im sozialistischen Wettbewerb und Verpflichtung im Karl-Marx-Jahr 1983." Man erinnert sich, daß jene zwölf Monate vor drei Jahren auch drüben eher als Luther-Jahr begriffen wurden. Der Erfurter Mönch hatte schließlich die „Kindleinsbescherungen" am Heiligen Abend eingeführt...

Die Räuchermännlein im Verkaufsladen hinter dem stattlichen Spielzeugmuseum schmauchen ihr sozialistisches Pfeiflein: „Engel oder Nußknacker? Nein, leider nicht", bedauern die jungen Blondinen hinter dem Verkaufstisch.

Dafür hält das Kollektiv für 15 Mark einen soliden Autotransporter aus Holz, „made in Poland", bereit. Oder läßt für 4,60 Mark aus dem „VEB Plastaform Gräfenthal" einen Plaste-Panzer T 54 S vertreiben: tarngrün, mit um 360 Grad beweglichem Turm und Plaste-Rädern. „Für Kinder ab vier Jahren", lautet die Empfehlung auf der Pappverpackung.

Apfel-Nuß-und-Mandelkern-Atmosphäre umfängt den West-Besucher indessen im benachbarten Spielzeugmuseum. Weihnachtspyramiden-Flügel kreisen. Die kinderaugenbeglänzte Welt des Behütetseins und Behagens breitet sich aus.

Direktor Dr. Bilz, seit 32 Jahren Museumsdirektor, erzählt auch von Sorgen: „Aus dem Fernen Osten kommen Nachahmungen, die unseren Erzeugnissen täuschend ähnlich sehen." Importeure aus der Bundesrepublik – die besten Kunden der „Wäldler" – fochten juristisch gegen die schlitzohrige Nachahmungskunst – mit geringem Erfolg.

Eine Schautafel lüftet ein wenig die Geheimnisse um den Exportanteil in Richtung Westen: 1979 seien 22 Millionen Einheiten hergestellt, acht Millionen exportiert worden. Heute wäre das Verhältnis von 9:1 wohl korrekt – neun gegen Valuta in die festlich ausgeleuchteten Kunstgewerbeläden – zum Beispiel einige Autostunden südlich im Nürnberger Zentrum – gebracht, ein Weihnachtsmann für die „DDR"-Kundschaft.

250 000 Touristen bevölkern jährlich die ehemalige, 1936 in Konkurs gegangene Strumpffabrik, das heutige Museum: „Darunter 15 000 Ausländer aus mehr als 40 Ländern", berichtet der Direktor. Eine Arche Noah mit 200 Tierarten entzückt. Irgendwo steht der Spruch „Mei Hoamit is in Aczgebirg". Auch wenn die Tannen nicht mehr rauschen, weil die Nadeln fehlen.

Nicht nur der uralte Werbespruch „Das Spielzeug aus dem Seiffener Land ist in der ganzen Welt bekannt" berichtet von diesem Dörfchen. Seine Kirche, auf einer Anhöhe gelegen, schmückt Hunderttausende von Postkarten.

Hier wohnen noch immer fromme Leute. „Zur Ehre Gottes und zum Heil der Menschen, geweiht 1779", heißt es über dem Portal. „Jesus lädt dich ein", verheißt ein Plakat im Schaukasten.

Nahe dem alten Kriegerdenkmal („Für das Vaterland fielen im Weltkriege 1914–18") mit seinen 64 Namen hängt ein Anschlag im Rathaus-Kasten für die „lieben Gäste". „Auch wenn dies eine Grenze zu einem sozialistischen Staat ist, muß diese geachtet und geschützt werden." Ein anderer Ton als an anderen deutschen Orten ist das schon.

Als der Bus wieder auf die Landstraße einbiegt, summt jemand das Lied: „Die Pfefferkuchenfrau, die Pfefferkuchenfrau, mit ihrem Mann aus Olbernhau; er knackt ihr eine Nuß, er knackt ihr einen Kern, und hat sie, auch, zum Fressen gern. Weihnacht, Weihnacht, Weihnacht ist ein schönes Fest. eija."



Advent im Erzgebirge: Die Weihnachtspyramide gehört zur Tradition FOTO: BfH

„Fußball ist in Bonn unsere einzige Freude"

Viele Volksvertreter verlassen in diesen Tagen das Parlament, für immer. Einer wird – zumindest einem Teil der Abgeordneten – besonders fehlen: der Abgeordnete Adolf Müller-Emmert, seit 21 Jahren Spielführer der parlamentarischen Fußballer.

Von KLAUS J. SCHWEHN

Sie benötigen keine Transfer-, meist aber Landeslisten; von Ablösesummen ist nichts bekannt. Man weiß nicht genau, wie man ihre Mannschaft einordnen soll – als heimliches Nationalteam oder als Wasserwerksmannschaft. Die Rede ist von der Fußballelf des Deutschen Bundestages, die jetzt nicht nur das Ende der Legislaturperiode feierte, sondern mit Wehmut Abschied nahm von ihrem Spielführer, der immerhin 21 Amtsjahre in den Waden hat.

Dr. Adolf Müller-Emmert (SPD), sportfreudiger Volksvertreter aus Kaiserslautern, ist zwar nach Ansicht seiner Sportfreunde mit 64 Jahren noch nicht zu alt für das parlamentarische Fußball-Geschäft mit Querpaß und Steilvorlage – aber er steht nicht mehr auf der Landesliste. 1961 war „die Walz von der Pfalz" in den Bundestag eingezogen, vier Jahre später gründete der Parlamentarier mit Gleichgesinnten aus den verschiedensten Fraktionen die Fußballmannschaft. Und nicht nur dies, er war auch Vorsitzender der Gesamt-Sportgemeinschaft des Deutschen Bundestages, die sich, wer weiß es schon, mit 1400 Mitgliedern in 14 Abteilungen zu einem Großverein gemausert hat.

„Fußball ist unsere einzige Freude, die wir in Bonn haben", sagte Müller-Emmert häufig. Was sein bisheriger Stellvertreter, der Mannschafts-Mitbegründer und Nürtinger CDU-Parlamentarier Anton Stark, seinem SPD-Kapitän lebhaft bestätigt. Und Stark nennt einen wichtigen Punkt: „Unser Team hat alle Koalitionen überdauert."

Bei der Abschiedsfeier jetzt in Bonn ging mancher Blick zurück, aber keiner im Zorn. Die Elf war immer eine große Koalition, aber nicht, weil sie zur Zeit der großen politischen Koalition gegründet worden war. Den Auftakt machte seinerzeit ein Match vor 3000 Zuschauern im Bonner Gronau-Stadion gegen eine Prominenten-Elf der Münchner Lach- und Schießgesellschaft. Weil der frisch gekürte Sport-Staatssekretär im Innenministerium, Wolfram Dorn (FDP), trotz Goldenem Sportabzeichen und einiger Praxis im Tor des Dorfvereins Werdohl ein Unsicherheitsfaktor war, verpflichtete man gegen Sammy Drechsel u. Co. Weltmeister-Torwart Toni Turek. Es half nicht viel, die Elf mit Bundesminister Bruno Heck (CDU), dem früheren Handball-As Konrad Porzner (SPD), Minister Richard Stücklen (CSU) und Müller-Emmert unterlag mit 4:7.

Doch der Fußball-Ehrgeiz trieb die Bonner weiter. 1968 kam es zur ersten internationalen Begegnung – gegen die Schweiz. Mit einem stolzen 5:1-Sieg verließ das Bonner Team – weißes Trikot, schwarze Hose, Adler überm Herzen – am 21. September Bern, die Stätte deutschen Fußball-Ruhms. Nur böse Zungen konnten an diesem Erfolg mit dem Hinweis auf den aus der Bundeshauptstadt mitgebrachten Schiedrichter mäkeln: Es war der dem Auswärtigen Amt entlehnte Walter Eschweiler.

In jenen Tagen wurde ein Star auf dem grünen Rasen geboren. Obwohl er heute Verteidigungsminister ist, entwickelte sich damals Manfred Wörner (CDU), der Flugzeugpilot, zum Stürmer und Torjäger mit viel Spielwitz. Dem Hang zum Angriff, sagen Mitspieler, frönte er allerdings manchmal etwas ungestüm. Sein späterer Vorgänger auf der Hardthöhe, Hans Apel (SPD), führte rauhes Regiment in der Abwehr, allerdings manchmal nicht ganz nach dem Geschmack seines Fraktionsvorsitzenden. „Was du da treibst, hab' ich früher mit links gemacht", soll Herbert Wehner einmal vom Spielfeldrand rübergerufen haben.

Richard Stücklen gehörte auch zu den eisernen Burschen im Team, wie Mitglieder der „Bunten Tinte", das ist die Fußballmannschaft der Bonner Parlamentsjournalisten, zu berichten wissen. Auch der Hamburger Abgeordnete Wilhelm Nölling (SPD), ein Verteidiger alter Schule mit dem Motto „Kraft ist oft wichtiger als Technik", war beim Gegner gefürchtet. Im Eröffnungsspiel für den neuen Bonner Sportpark Nord aber tat es plötzlich einen Schrei, und Nölling fand sich wenig später in dem Gebäude wieder, das er als Mitglied des „Krankenhaus-Ausschusses" auch von innen kennen sollte. Diagnose: Wadenbeinbruch. Dem entging der Bundesminister Erhard Eppler (SPD), dem man viel Ballgefühl auch im Spiel gegen junge afrikanische Diplomaten (5:3) nachsagte. Die Chronik hat indessen nicht registriert, wie oft er ins Abseits lief.

„So trimmt sich Bonn..." Die Akteure haben ihre Geschichten vor Jahren schon einmal in einem Buch aufgeschrieben, jetzt, bei Müller-Emmerts Abschied, wurden sie aufgefrischt.

Die Tradition ist gewahrt. Das Spiel der großen Fußball-Koalition – die sich zwischendurch auch von Wolfgang Overath ausfeilen ließ – geht weiter, neuerdings auch mit Grünen auf dem grünen Rasen. Die Akteure haben sich inzwischen, ohne an parteipolitischen Proporz zu denken, auf einen Nachfolger für Müller-Emmert geeinigt. Es ist der Vilshofener CSU-Abgeordnete Klaus Rose, der auch die internationalen Kontakte – zusammen mit SPD-Mitkicker und Staatssekretär a. D. Fred Zander – emsig pflegt.

So ist es kein Wunder, daß auf dem Spielplan für 1987 beispielsweise ein Match in Luxemburg und im September eine Begegnung gegen römische Parlamentarier in der Höhle der Tifosi steht. Die Bonner Presse wollen sich die Parlamentarier dann im November wieder vorknöpfen.

Einladungen gibt es zuhauf, immer wieder in dem 15 Jahre alten Zuschnitt: „Fröhliche Weihnachten und ein gutes Neues Jahr – BSG Gewerkschaft Deutscher Lokomotiv-Beamter, Bahnbetriebswerk Kaiserslautern. Wir würden uns freuen, wenn wir im Jahr 1971 bei Ihnen einen Termin zu einem Spiel bekämen."

Müller-Emmert (SPD) geht, Klaus Rose (CSU) hat jetzt das Team zu formen, und der Ball ist rund.



Der Abgeordnete Adolf Müller-Emmert: Internationaler Star auf dem grünen Rasen FOTO: JUPP DARCHINGER

Deutsch lernen ohne die Tortur der Grammatik

Deutsch, das war bis 1968 für jeden Holländer, der eine weiterführende Schule besuchte, Pflichtfach. Heute, achtzehn Jahre nach der großen Schulreform, lernt nur noch jeder zweite – freiwillig – die Sprache des Nachbarn. Eine Aktion „Deutsch macht Spaß" soll den Trend umkehren, denn vor allem die Wirtschaft klagt über fehlende Deutschkenntnisse.

Von HELMUT HETZEL

Als der Pausengong ertönt, stürmen die Schüler scharenweise auf einen weißgedeckten Tisch zu. Dort gibt es Kaffee und Milch. Jeder will der erste sein. Gejohle und Gegröhle erfüllt den Raum. Es ist der letzte Schultag dieses Jahres. Anstatt des normalen Unterrichts steht eine Weihnachtsfeier auf dem Stundenplan. Die meisten Schüler sind bereits in Ferienstimmung.

Die Schule, in der gerade der Kaffeeduft durch das Foyer zieht, steht im Haager Stadtteil Bezuidenhout, besitzt sogar ein eigenes Restaurant und wurde auf den Namen „François Vatel" getauft. Vatel war Gourmet und Meisterkoch. Er nahm sich das Leben, als er für den Sonnenkönig Ludwig XIV. ein Menü zubereiten sollte und erfuhr, daß der dazugehörige Fisch nicht mehr rechtzeitig zum Servieren der Speisenfolge eintreffen würde. Da griff Vatel zu seinem Degen und beging Selbstmord.

Ausgebildet wird an der Schule der Nachwuchs für das Dienstleistungsgewerbe. Die Vatel-Schule ist ein Schultyp, den es in dieser Form in der Bundesrepublik nicht gibt. Sie ist allgemeinbildend und berufsqualifizierend zugleich. Eine Fachschule für Jugendliche zwischen 12 und 16 Jahren. Wer einmal Koch oder Kellner, Hotelmanager oder Rezeptionist(in) in einem Hotel werden will, der ist hier richtig. Da dieses Dienstleistungsgewerbe traditionell viel mit Tourismus zu tun hat – im letzten Jahr buchten rund zwei Millionen Deutsche in Holland ein Zimmer –, stehen auch die Fächer „Englisch, Deutsch und Französisch" regelmäßig auf dem Stundenplan.

Deutsch, so meint man, müßte aufgrund der überwältigenden Übernachtungszahlen hier und anderswo in Holland als Fach eigentlich sehr stark gefragt sein. Doch dem ist nicht so, obwohl einer der Deutschlehrer, Emil Lut, zwar mächtig die Werbetrommel für „sein Fach" rührt. Lut ist auch einer der niederländischen Pädagogen, die sich für die seit kurzem bestehende Initiative „Deutsch macht Spaß" engagiert haben. Einer Initiative, deren Ziel es ist, das Erlernen der deutschen Sprache in den Niederlanden wieder populärer zu machen. Bisher nämlich ist es um die deutsche Sprache in Holland schlecht bestellt.

Deutsch ist in den Niederlanden seit langem auf dem Rückzug. In den letzten zehn Jahren nahm die Zahl der Schüler an den allgemeinbildenden Schulen, die Deutsch als Examensfach wählten, um 15 Prozent ab. An den Pädagogischen Hochschulen sank die Zahl der Erstsemester für Germanistik um 33 Prozent und an den Universitäten um 27 Prozent.

Wer Deutsch spricht, hat bessere Berufschancen

In den öffentlichen weiterbildenden Schulen, die etwa zwei Drittel der Schüler unterrichten, wurde das Fach Deutsch 1980 noch von etwa 58 Prozent der Schüler belegt, 1985 waren es nur noch etwa 54 Prozent. Wenn man vergleicht, daß es vor 1968 noch 100 Prozent waren, ein dramatischer Rückschritt.

Das ist nicht nur eine „alarmierende Entwicklung", wie Emil Lut meint, sondern es sind leichtsinnig vergebene und oft hervorragende Berufschancen für zahlreiche niederländische Schüler, die sie mangels Qualifikation einfach links liegenlassen.

Denn Hollands Wirtschaft sucht händeringend Fachkräfte, die das Deutsche gut bis perfekt in Wort und Schrift beherrschen. „Sie sind einfach nicht zu finden", klagen in letzter Zeit immer mehr Firmen. „Rund 62 Prozent der Unternehmen", so fand Frans Beersmans vom Fremdspracheninstitut der Universität Tilburg in einer Studie heraus, „geben an, daß sie mit Englisch und Deutsch zu tun haben". Beide Sprachen, das Englische und das Deutsche, rangieren also gleichauf. „Nur circa 43 Prozent der Betriebe benötigen Französisch", dennoch wollen immer weniger Niederländer Deutsch lernen.

Was sind also die Gründe für dieses Sprachdefizit? Woher kommt das Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt, wo Deutschkenntnisse so heiß begehrt sind? Boykottieren niederländische Schüler etwa das Deutsche? Hegen sie noch immer Ressentiments gegenüber der Sprache, die von den Soldaten gesprochen wurde, welche vor nunmehr 46 Jahren das Land besetzten?

„Das spielt für uns überhaupt keine Rolle mehr", sagt die 14jährige Karin Baun. „Das ist doch vorbei, und wir sind eine ganz andere Generation." Auch ihre Mitschülerin Genevieve de Verteuil (15) schließt sich dieser Meinung spontan an: „An den Krieg denke ich in der Deutschstunde nie." Die drei Jungens, die bei dieser Diskussion mit am Tisch sitzen, Dick, Martin und Martijn, sehen das ebenso. Trotzdem: „Deutsch lernen", sagt Martijn, „Deutsch lernen ist doch heutzutage absolut überflüssig. Es reicht mir, wenn ich Englisch sprechen kann."

Das ist eine in der letzten Zeit viel gehörte These im einst so vielsprachigen Holland, wo es bis in die sechziger Jahre nicht nur zum guten Ton, sondern auch zur schulischen Grundausbildung gehörte, Deutsch und auch Französisch so zu beherrschen, daß man sich in diesen Sprachen ausdrücken konnte. Doch dann kam, 1968, das sogenannte „Mamoetwet", jene Schulreform, die das klassische dreigliedrige Bildungssystem fast völlig umkrempelte und auflöste und den Schülern die Möglichkeit gab, sich ihre „Examenspakete" weitgehend selbst zusammenzustellen. An kaum einer holländischen Schule gibt es seither noch die Pflicht, dem Prüfungspaket eine Fremdsprache beizumischen. Wenn überhaupt, dann wird allenfalls Englisch gewählt.

Hinzu kam, so argumentiert Adrie Keij, Sekretär der neugegründeten „Stiftung zur Förderung der deutschen Sprache in den Niederlanden", die Anglisierungswelle nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Anglisierungswelle, die auch maßgeblich durch die zahlreichen über das dichte holländische Kabelnetz zu empfangenden englischsprachigen Satellitenkanäle wie „Sky Channel" unterstützt wurde, habe auch mit zur uneingeschränkten Dominanz der englischen Sprache beigetragen. „Außerdem", so meint Keij weiter, „hätten sich die Holländer anscheinend darüber gefreut, daß sie Deutsch abwählen und auf Englisch umsteigen konnten." Haben sie damit nur einem allgemeinen Trend hin zum Englischen Rechnung getragen?

„Fest steht, daß dieses Umsteigen auf Englisch den Niederländern so leicht gemacht wurde, weil der Deutschunterricht hierzulande lange Zeit altmodisch und fast völlig auf die Grammatik fixiert war", erklärt Gisela Delwel, die in Leiden Deutschlehrer ausbildet, die holländischen Aversionen gegenüber eine doch im Grunde vom Wortstamm her ähnliche und daher für Niederländer leicht erlernbare Sprache.

Die hierzulande allseits bekannte Anekdote vom autoritären Deutschlehrer, der mit der Stoppuhr seinen Schülern die Präpositionen „durch, für, ohne, hinter, neben, in, über, vor zwischen" abhörte, kam der Realität des Deutschunterrichtes in Holland lange Zeit ziemlich nahe. Und als die Schüler dann vom Gesetzgeber endlich die Chance bekamen, aus dieser grammatikalischen deutschen Tortur auszusteigen, da taten sie das auch und sagten dem Deutschunterricht ade.

Hier setzt die Initiative „Deutsch macht Spaß" nun mit Verbesserungen an. In einer großangelegten Werbeaktion unter dem gleichnamigen Titel verschickte man an alle 6000 Deutschlehrer in Holland modernstes Unterrichtsmaterial, veranstaltete Preisausschreiben und legte Kontakte zu deutschen Schülern, die nur einen Steinwurf über die Grenze in Kleve, in Münster oder in Emmerich wohnen. Anstatt nur Grammatik zu pauken, sollen die niederländischen Schüler jetzt in erster Linie die Sprechfertigkeit erlernen. Mit Hilfe eines lockeren „Hallo, wie heißt du?" mit einem „Märchenprogramm" oder in einem durch die Niederlande fahrenden „deutschen Kulturladen" der „Lust und Frust in der Schule" behandelt, hofft man dies alles erreichen zu können.

Schirmherr ist der deutsche Botschafter

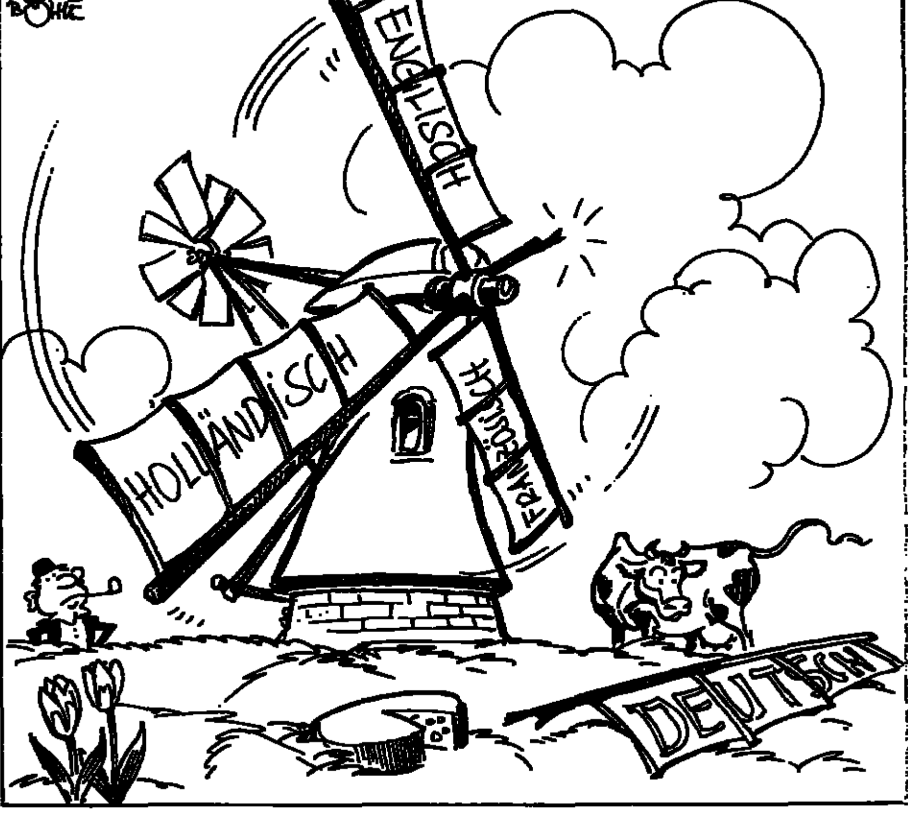
Unterstützt wird diese Offensive für die deutsche Sprache von dem Goethe-Institut in Amsterdam und Rotterdam. Als Schirmherr der Aktion „Deutsch macht Spaß" stellte sich der deutsche Botschafter Otto von der Gablentz zur Verfügung.

Auf Genevieve de Verteuil scheint diese neue Unterrichtsmethode motivierend zu wirken. Sie will, wenn sie im nächsten Jahr die Vatel-Schule erfolgreich absolviert haben wird „weiter Sprachen und auch noch mehr Deutsch lernen", so ihr Berufswunsch, und eines Tages „Hotelmanagerin werden". Dick Meultjk hat sogar einen weiteren Vorteil der deutschen Sprache entdeckt: „Deutsch ist gut", meint er, „damit kann man auch mit den Türken reden." Dick kennt einige gleichaltrige türkische Jugendliche, die mit ihren Eltern aus der Bundesrepublik in die Niederlande übersiedelten.

Die fünf Vatel-Schüler, sie sich in der letzten Deutschstunde mit ihrem Lehrer „übers Auto unterhielten", diskutieren allerdings auf niederländisch und ganz angeregt jede gestellte Frage nach ihrem Deutschlandbild. Dann fallen Antworten wie: „Alles ist dort so sauber, die haben fast gar keinen Dreck auf der Straße" und Karin, die mühelos die Überschriften deutscher Tageszeitungen lesen und ins Niederländische übersetzen kann, findet sie, gemeint sind die Deutschen, „alle ganz nett". Auf die Frage, ob sie denn wüßten, warum es zwei deutsche Staaten gibt, antworten sie mit plakativer und undifferenzierter Offenheit: „In dem einen Teil wohnen die Deutschen und hinter der Mauer, das sind die Russen." Dennoch sind die Bundesrepublik und die „DDR" für sie „ein Land". Antworten auf das „Warum?" der Teilung allerdings haben sie nicht parat.

Helfer sind „Derrick" und „Tatort"

Auf die Frage: „Welchen deutschen Schriftsteller kennt ihr überhaupt?" fällt ihnen nur der Name Siegfried Lenz ein. Bei Heinrich Böll, dessen Werke in allen niederländischen Buchhandlungen zu finden sind, kommt eine provokante Gegenfrage: „Hat er auch Comics geschrieben?" Die englischsprachigen Pop-Sendungen in den niederländischen Kabelnetzen, die in der Regel zwölf Programme anbieten, bekommen von deutscher Seite manchmal auch mächtig Konkurrenz. Wenn „Derrick" oder „Tatort" flimmert, schalten diese niederländischen Jugendlichen auf das deutsche Fernsehen um. Aber auch die „Lindenstraße" ist in ihren Augen „ganz prima". Befragt, ob ihnen denn auch spontan irgendein deutscher Satz einfalle, wird nur Martin in seinem Gedächtnis fündig „Herzliche Weihnachten und eine glückliche neue Jahr", sagt er mit unverkennbar niederländischem Akzent.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Brandserie und Sprengstoffanschlag: Wer sind die Täter?

Polizei befürchtet mehr Krawalle in Hamburg

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

Die Serie von Brandanschlägen nach den schweren Ausschreitungen während der Demonstration vom Sonnabend riß auch gestern in Hamburg nicht ab. In den frühen Morgenstunden flammten im Kaufhaus Karstadt im dritten und vierten Stock erneut Brände auf, die von den Sprinkleranlagen jedoch schnell gelöscht wurden. Obwohl es bisher keinen Hinweis auf die Täter gibt, schließt die Polizei einen Zusammenhang mit der großen Demonstration „Solidarität mit der Hafenstraße" vom Samstag nicht aus, bei der 120 Personen verletzt worden waren.

Der Bundesvorsitzende der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (PDB), Egon Franke, hat die Krawalle als eine Herausforderung für den Rechtstaat bezeichnet. Während „vermummte Verbrecher", die zu allem bereit seien, eine ganze Stadt lahmlegen könnten, stritten sich Politiker immer noch darum, ob sie ein Vermummungsverbot beschließen sollten oder nicht, kritisierte Franke. Dem Hamburger Innensenator Pawelczyk warf Franke Versagen vor. Er habe durch seine Unentschlossenheit zu dieser Eskalation in Hamburg beigetragen.

Die Serie der Anschläge hatte in der Nacht zum Sonntag begonnen, als in einem Kaufhaus in Barmbek Feuer ausbrach. Kurz darauf kam es im Stadtteil Bergedorf zu mehreren Bränden, so in einem Möbelhaus, in einem Supermarkt, in Textilgeschäften, einer Bank, im Warenhaus Karstadt, wo eine ganze Etage in Flammen stand, und bei der Versicherungsgesellschaft Volksfürsorge.

In allen diesen Fällen wurden die Anschläge offenbar durch Brandsätze mit Säurezünder ausgelöst, die die Größe einer Zigarettenschachtel hatten. Experten der Sicherheitsbehörden haben in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß es Anfang Oktober 1985 nach einer Demonstration anläßlich des Todes von Günter Sare, der in Frankfurt von einem Wasserwerfer der Polizei überrollt worden war, in Hamburg zu einer ähnlichen Serie von Anschlägen mit derartigen Brandsätzen kam.

In Kreisen der Sicherheitsbehörden wurde gestern noch einmal nachdrücklich auf den bundesweiten Hintergrund der Demonstration vom Wochenende hingewiesen. Eine wichtige Rolle spielt dabei ein vor diesem Aufzug vom Sonnabend verteiltes Flugblatt, in dem ein „bundesweiter revolutionärer Block" sich zu den überregionalen Aspekten des Themas Hafenstraße äußert. Es heißt darin: „Wir haben uns zu einem bundesweiten rev. Block entschlossen, weil wir finden, daß es eine Möglichkeit ist, der isolierten Situation, in der jede Stadt mit den Bullenaktionen umgehen muß, einen gemeinsamen prakt. Schritt entgegenzusetzen ..."

Sicherheitsexperten zeigten sich gestern überzeugt, daß es nach dem Auslaufen der Mietverträge für die Bewohner der ehemals besetzten städtischen Häuser an der Hafenstraße zu einer weiteren Eskalation in dieser Auseinandersetzung mit der alternativen Szene kommen werde.

Unklarheit über Attentat auf Heim der Ebert-Stiftung

DW. **Bad Münstereifel**

Der Sprengstoffanschlag auf die Bildungsstätte der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Bad Münstereifel bei Bonn am Sonntag abend hat nach Angaben der Polizei einen Schaden von rund 100 000 Mark verursacht. Bisher liegen den Fahndungsbehörden noch keinerlei Hinweise auf die Täter vor. Personen wurden bei dem Anschlag nicht verletzt.

Wie die Polizei weiter mitteilte, hatten die Bombenleger den Sprengsatz in einem Kellerfensterschacht des Gebäudes versteckt. Bei der Explosion am Sonntagabend gegen 21.30 Uhr gerieten im Keller gelagerte Möbel in Brand. Mehrere Fensterscheiben im Erdgeschoß der Bildungsstätte wurden zertrümmert.

Eine Viertelstunde vor der Explosion hatte ein unbekannter Mann die 55jährige Hausverwalterin des Bildungszentrums telefonisch aufgefordert, das Gebäude zu verlassen, da in wenigen Minuten eine Bombe hochgehe. Weitere Anrufe erhielten zwei Geistliche.

Der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Alexander Prechtel, erklärte gestern, seine Behörde habe die Ermittlungen noch nicht übernommen, da bislang kein Bekennerschreiben vorliege. Die Vorgehensweise lasse jedoch auf illegale Militante aus dem Umfeld der Rote Armee Fraktion als Täter schließen.

In der Bildungsstätte in Bad Münstereifel hatte sich die SPD-Führung wiederholt zu mehrtägigen Klausurtagungen getroffen.

Miltner fordert europaweite Fahndungsunion gegen Terroristen

„Schutz von Menschenleben muß Vorrang vor Datenschutz haben" / WELT-Gespräch

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Der internationalen Herausforderung durch den Terrorismus muß nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der Unionsfraktion im Bundestag, Karl Miltner, auch mit unkonventionellen Mitteln begegnet werden. Als Beispiele nannte Miltner, der auch die Arbeitsgruppe der Fraktion „Terrorismusbekämpfung" leitet, den verstärkten Einsatz von verdeckten Ermittlern, die Einrichtung eines europaweiten Kommunikationsnetzes und *Lagedienstes zur* terroristischen Bedrohung sowie die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die „Nacheile" der Fahnder ins benachbarte Ausland. Im Gespräch mit der WELT sagte Miltner: „Nur mit einer europäischen Fahndungsunion werden wir dieser Herausforderung durch den internationalen Terrorismus auf Dauer wirksam begegnen können."

Bei den heutigen Terroristen handelt es sich nach Einschätzung Miltners um „konspirativ, planmäßig und rücksichtslos vorgehende Kriminelle", die noch gefährlicher sind als beispielsweise ihre Vorläufer bei der Entstehung der Rote Armee Fraktion (RAF) in den siebziger Jahren. Deshalb müßten alle zur Verfügung stehenden Fahndungsmethoden der Polizei angewandt und ausgeschöpft werden. „Wir können uns beispielsweise bei allem Verständnis für die Belange der Datenschützer die von diesen geforderte Zurückhaltung bei der Rasterfahndung nicht länger leisten, wenn wir bei der Fahndung nach terroristischen Gewalttätern Erfolg haben wollen. Datenschutz ist kein Selbstzweck. Der Schutz von Menschenleben muß in jedem Falle *Vorrang haben."*

Miltner verlangt unter anderem folgende konkrete Maßnahmen:

- verstärkter Einsatz und Schutz von sogenannten V-Leuten und verdeckt ermittelnden Beamten
- langfristige Observierung der Terroristenszene
- konsequente Anwendung der Rasterfahndung unter Entwicklung neuer Fahndungsmuster
- strikte Einhaltung der melderechtlichen Bestimmungen
- bundesweite Großfahndungen.

Von besonderer Bedeutung sei die „permanente öffentliche Fahndung" in den Medien, vor allem im Fernsehen, unter Nutzung moderner Darstellungsmöglichkeiten, sagte Miltner. Zwar sei das große öffentliche Interesse unmittelbar nach Anschlägen zu begrüßen und für die Arbeit der Sicherheitsbehörden hilfreich, leider flaue dieses Interesse aber meist rasch wieder ab. Noch immer komme den Hinweisen aus der Bevölkerung bei der Fahndung nach Terroristen eine besondere Bedeutung zu.



Der Sicherheitsexperte der Unionsfraktion, Karl Miltner FOTO: HEER

Den international operierenden terroristischen Vereinigungen müsse auch mit einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden begegnet werden, sagte der Sicherheitsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Miltner tritt für eine „europäische Fahndungsunion" ein und verlangt dazu:

- Die Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Kommunikationsnetzes und eine gemeinsame Analyse der Bedrohungslage durch den Terrorismus, wie sie bei der Sitzung der EG-Innenminister Anfang vergangener Woche in London erstmals erstellt worden ist (*WELT vom 11.12.86*)
- einen vollständigen Informationsaustausch bei der Verfolgung terroristischer Aktivitäten
- Austausch von Verbindungsbeamten und Einrichtung gemischter Fahndungsgruppen
- europaweite Ausschreibung von Terroristen bei der Öffentlichkeitsfahndung.

Von besonderer Bedeutung ist nach Auffassung Miltners die Möglichkeit der sogenannten „Nacheile" bei der Verfolgung von Terroristen nach Anschlägen durch die jeweiligen Fahndungsbehörden. Bürokratische Hemmnisse gegen ein solches grenzüberschreitendes Tätigwerden von Behörden innerhalb der Staatengemeinschaft der EG müßten ausgeräumt werden.

Steuersenkung wird bei der FDP Wahlkampfthema

dpa, **Bonn**

Die FDP will die von ihr geplante Steuersenkung zum Schwerpunkt der heißen Phase des Bundestagswahlkampfs machen. Die Partei unterscheide sich in dieser Frage deutlich von der SPD, aber auch von der Union, sagte der Generalsekretär der Freien Demokraten, Helmut Haussmann, gestern in Bonn. Das Steuersenkungskonzept der FDP sieht nach Darstellung Haussmanns Steuer- und Subventionssenkungen von insgesamt 45 Milliarden Mark vor, bei denen der Bürger um rund 20 Milliarden Mark steuerlich entlastet werden soll. Welche Subventionen gekürzt werden sollen, teilte Haussmann nicht mit. Die FDP plant im Januar noch 21 000 Wahlveranstaltungen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene.

„Steuerrecht ist familienfeindlich"

idea, **Hannover**

Vor allem kinderreiche Familien werden nach Meinung von Axel Freiherr von Campenhausen durch das gegenwärtige Steuer- und Rentenrecht benachteiligt. Der Leiter des kirchenrechtlichen Instituts der evangelischen Kirche in Deutschland kritisierte in Leitsätzen zum Thema „Verfassungsgarantie und sozialer Wandel" vor allem, daß beim „Ehegattensplitting" kinderlose Paare und Eltern mit wenigen Kindern begünstigt würden. Ein „Familiensplitting" habe sich politisch noch nicht durchsetzen lassen. Allgemein würden existenzsichernde Aufwendungen für die Familie im Steuerrecht nicht ausreichend berücksichtigt. Auch der verstärkte Übergang auf indirekte Steuern wirke sich familienfeindlich aus. *Der Begriff „Familienlastenausgleich"* zeige, „daß der Normalfall der Familie als ein Unglück empfunden wird, deren Lasten verteilt werden sollen". Von Campenhausen kritisierte außerdem, daß die Kindererziehung bei der Mutter nicht ausreichend berücksichtigt werde. Die mit Kindern verbundenen Nachteile im Leben kinderreicher Familien würden durch keinerlei Vorteile im Rentenalter ausgeglichen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Der „Sender Freies Berlin" in der Zwickmühle aus Geld- und Hörerschwund

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

„Das wäre eine große Katastrophe!" So beschrieb SFB-Intendant Günter Herrmann (55), erst zum 1. September 1986 als Friedensstifter und Nothelfer ins SFB-Haus geholt, was der Stadtsender fürchten muß: die Folgen einer Kündigung des Finanzausgleichsabkommens 1987. Der jetzt erfolgte Ausstieg aus dem Gebührenstaatsvertrag durch die süddeutschen Länder und Niedersachsen spielt an der Spree dagegen keineswegs die erste Geige, „weil die Gebührenzahlpflicht ja in den anderen Bundesländern fortbesteht", so der Ex-Justitiar des WDR in einem Radiointerview. Bekanntlich folgten weder Diepgen noch Barschel als Premiers zweier CDU-Länder den forschen Entscheidungen ihrer Kollegen Ministerpräsidenten der eigenen Couleur.

„Ein WDR für Arme"

Tatsächlich lebt der Sender Freies Berlin mit seinen 1402 festen Mitarbeitern als Kostgänger fremder Taschen: Rund 67 Millionen Mark fließen jährlich als Finanzausgleich an den SFB mit seinem Acht-Prozent-Fernsehanteil. „Das ist ein Viertel unserer Einnahmen", rechnete Herrmann vor. Der Sender – gleichsam der „WDR für Arme" in der ARD-Familie – kann wegen Berlins Altersaufbau, der hohen Zahl von Nichtzahlern sowie Millionen „DDR"-Kunden nicht aus dem eigenen Finanztopf leben.

Der jüngste Wirtschaftsplan für 1987 weist aus, daß der Gebührenertrag abermals um 2,15 Millionen Mark schrumpft. Am Theodor-Heuss-Platz in Westend leben die, die die „Herrmann"-Schlacht auf der Walstatt der umgepflügten Berliner Medienlandschaft wagen wollen, seit Monaten mit dem Gespenst der Pleite. „Unsere Zahlungsfähigkeit ist gesichert, mittelfristig droht jedoch eine Überschuldung", merkte Verwaltungsdirektor Dirk-Jens Rennefeld an. Dafür sei aber lediglich die vorgeschriebene Art der Bilanzrechnung verantwortlich – Pensionsrückstellungen in Millionenhöhe (Funk-Pensionäre leiden bekanntlich nicht Hunger) müßten sofort in voller Höhe als Ausgaben verbucht werden.

Schon, schon: Aber 1987 ergibt sich abermals ein Defizit – der SFB nimmt 275,7 Millionen Mark ein, gibt aber 294,6 Millionen Mark aus. Intendant Herrmann sparte, wie es sich für einen preußisch denkenden Sachsen ziemt.

Zwar nimmt man im weißen SFB-Bau das Ergebnis der „Treuarbeit"-Wirtschaftsprüfer durchaus ernst, 1990 werde der Sender wohl Konkurs anmelden müssen, wenn sich nichts Einschneidendes ändere: Aber als offizielle „Landesrundfunkanstalt" kann dem SFB im Prinzip niemand den Garaus machen.

In seiner mitunter kauzigen Juristensprache verwies Herrmann in einem „taz"-Interview auf das zuständige „Muttergemeinwesen", das alles ins Lot bringen müsse. Mutter Berlin nämlich, für das Kultursenator Volker Hassemer (CDU) auf dem Höhepunkt der SFB-Krise mit ihrem Loewe(n)fell-Verteilen eine Betandsgarantie abgab.

Der weißhaarige Professor wäre kein exzellenter Jurist, wenn er nicht auch im jüngsten Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Medienlage die Forderung der roten Roben von Karlsruhe entdeckt hätte, eine öffentlich-rechtliche Anstalt müsse in jedem Falle „arbeitsfähig" bleiben.

Eher mit Grund besorgt war Herrmann, als er die alarmierende Hörerflucht vom SFB weg zum RIAS als Altlast übernehmen mußte. Die Stadtsender-Wellen verloren bis zur Hälfte ihrer Lauscher an die „durchgestylten" Mikrofon-Künstler von RIAS 2 und ihre anfangs originelle Mixtur von Hard Rock, Happy Music und heißen News.

Wetteifern mit RIAS

Hörer fort, Geld weg: Nach dieser simplen Gleichung schossen den SFB-Kassenwarten wegen der Werbe-Einnahmeverluste die Tränen in die Augen: Nun soll nach dem Motto des „Radio-Frühlings", den einst *Herrmanns Vor-Vorgänger Wolfgang* Haus (SPD) knospen ließ, der SFB-Funk frisch geföhnt und mit Pop-Strähnen eingefärbt werden.

Herrmann mußte sich, nach seinen eigenen Worten, auf das „galoppierende Pferd" der schon unter Lothar Loewe „angedachten" Radioreform schwingen. Viermal läßt Herrmann nun von Neujahr an um den Grand Prix der Hörergunst reiten – mit dreieinhalb Vollprogrammen. Ohne einen Pfennig mehr Geld ausgeben zu können, ohne frische Stimmen und neue Namen schicken Herrmann und seine Crew vom 1. Januar an SFB 2 als „schnelle Welle", SFB 1 mit „schöner Musik", SFB 3 ausgesprochen klassisch getrimmt in den Äther. RIAS-Chef Peter Schiwy höflich: „Alles, was dem Hörer dient, ist gut ..."

„Die Republikaner" auch in Stuttgart

dpa, **Stuttgart**

Die im November 1983 gegründete Partei „Die Republikaner" (REP) ist jetzt mit einer Landesgeschäftsstelle *auch in Baden-Württemberg präsent.* Ziel der Republikaner ist es nach den Worten des Bundesvorsitzenden Franz Schönhuber, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Der baden-württembergische Landesvorsitzende Karl Mechtersheimer betonte, er erwarte, daß die konservativ-patriotische Zielsetzung bei den Bürgern des Landes auf nachhaltige Resonanz stoßen werde.

Gespräche über Raumstation vertagt

dpa, **Bonn**

Die für Mitte Januar vorgesehene Fortsetzung der Gespräche mit den USA über die Beteiligung der West*europäer an einer ständig bemannten* US-Raumstation sind vertagt worden. Dies bestätigte gestern ein Sprecher des Bundesforschungsministeriums. Zu der Meldung einer Fachzeitschrift, wonach die Vertagung im Zusammenhang mit der Forderung der USA stehe, diese Raumstation auch für militärische Forschung zu nutzen, hieß es, eine solche Klausel sei nicht bekannt.

Ermittlungen gegen Elektronikhändler

AP, **Karlsruhe**

Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe hat gestern Ermittlungen gegen mehrere deutsche Elektronikunternehmen bestätigt, die unter dem Verdacht stehen, illegal Waffen- und Raketenteile nach Libyen geliefert zu haben. Auch die Zollfahndungsstelle Karlsruhe sei eingeschaltet. Ermittelt werde wegen des Verdachts von Verstößen gegen das Kriegswaffenkontroll- und das Außenwirtschaftsgesetz. Es gehe um die Lieferung „hochtechnologischer Teile", u. a. geeignet zum Einbau in Waffen und Raketen.

Tauziehen um ein altes Sonderrecht des DGB

HEINZ HECK, **Bonn**

Nach monatelangem Tauziehen zwischen dem Bundesarbeitsministerium und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) können an sechs Botschaften der Bundesrepublik *Deutschland die Posten* der Sozialreferenten neu besetzt werden. Hauptgrund für die Verzögerung war die Weigerung von Außenminister Genscher, eine Vorschlagsliste von Arbeitsminister Blüm zu akzeptieren, die nicht mit dem DGB abgestimmt war.

In der Vergangenheit hat sich ein Vorschlagsmonopol des DGB bei der Besetzung der 19 Sozialreferentenposten an deutschen Botschaften eingebürgert. Genscher ist, wie in der Fragestunde des Deutschen Bundestages erst kürzlich deutlich wurde, entschlossen, diese Tradition fortzusetzen. Dagegen bestreitet Clever, seit einem Jahr Leiter der Abteilung VII für Internationale Sozialpolitik im Bundesarbeitsministerium und enger Vertrauter Blüms, dem DGB „ein faktisches Besetzungsrecht", das sich in der Vergangenheit eingebürgert hatte. Personalvorschläge des DGB für die Besetzung freiwerdender Stellen seien allerdings „erwünscht" und würden „wohlwollend geprüft werden".

Angesichts der zwischen Blüm und Genscher bestehenden Meinungsverschiedenheiten hatte sich Frau Fuchs (SPD) im Oktober in der Fragestunde des Bundestages beim Außenminister erkundigt, ob er eine Notwendigkeit sehe, „die bisherige Praxis der Besetzung von Sozialreferentenstellen an deutschen diplomatischen Vertretungen im Ausland zu ändern".

Das Auswärtige Amt besetze diese Stellen „in Abstimmung" mit DGB und Arbeitsministerium. „Dabei unterbreitet in der Regel eine dieser beiden Stellen nach interner Abstimmung mit der anderen einen Personalvorschlag. Wenn die fachliche Qualifikation des Kandidaten überzeugt, folgt das Auswärtige Amt üblicherweise diesem Vorschlag", erwiderte Staatsminister Möllemann.

In einer Zusatzfrage erbat Frau Fuchs die Bestätigung dafür, „daß diesem Verfahren im Auswärtigen Amt die historische Erkenntnis zu*grunde liegt, daß Gewerkschaften* in diesem Bereich Sozialreferenten bestellen können". Möllemann bestritt zwar sowohl diese „historische Erkenntnis" wie auch ein Recht der Gewerkschaften zur Bestellung von Sozialreferenten, betonte aber: „Das Auswärtige Amt legt Wert darauf, daß es nach Möglichkeit auch weiterhin zu einer einvernehmlichen Regelung dieser Frage kommt."

Als dann der CDU-Abgeordnete und Sekretär der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG), Günther, wissen wollte, ob sich die Abstimmungspraxis des Auswärtigen Amtes mit dem DGB „auch auf andere Spitzenorganisationen im gewerkschaftlichen Bereich ausweiten läßt", wurde Möllemann noch deutlicher. Es handele sich um „die Praxis der Bundesregierung", bei der das AA federführend sei. Neben dem DGB wollte Möllemann aber keine weiteren Spitzenorganisationen zulassen: „Wir stimmen uns dabei ... mit dem DGB und dem Bundesminister für *Arbeit ab. Wir setzen voraus, daß die* Vorschläge, die von dem einen oder dem anderen gemacht werden, mit dem jeweils anderen abgestimmt sind. Das sollte nach unserer Überzeugung auch weiter so bleiben."

Angesichts dieser restriktiven Haltung des AA kann Blüm immerhin insofern einen Teilerfolg verbuchen, als sich durch die für 1987 anstehenden Besetzungen in Brüssel, Genf, Ottawa, Pretoria, Tel Aviv und Tokio eine erste Auflockerung ergibt: Waren bisher alle 19 Sozialattachés DGB-Mitglieder, so werden es nunmehr „nur" noch 17 sein. Hinzu kommen ein DAG-Mitglied und eine nicht der Gewerkschaft angehörende Expertin auf dem wichtigen Posten Genf. Mitte 1987 stehen weitere Personalentscheidungen an.

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn, Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.). Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Strohm, Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1; Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-12 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Oktober 1986.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Die Contras fühlen sich im Stich gelassen

Auflagen des US-Kongresses erschweren Operationen / Auswirkungen der Iran-Affäre befürchtet / Versorgungsmängel

WERNER THOMAS, Managua

Die, die überleben, taumeln oft mit letzter Kraft zurück in die honduranischen Basislager. Ausgemergelte Männer, physisch und psychisch erschöpft. Sie tragen zerschlissene Uniformen und Waffen ohne Munition. Als letzte Woche eine dieser Rückkehrer-Gruppen der antisandinistischen Contras die Zeltstadt bei Yamales erreichte, war zu hören: „Ein Wunder, daß sie es geschafft haben."

Der Krieg der Contras gegen das sandinistische Regime in Managua scheint die Endphase zu erreichen. Frustration kennzeichnet die Stimmung der Rebellen, aber auch Fassungslosigkeit über die bizarren Ereignisse in Washington.

Rebellen glauben nicht mehr an einen Sieg

Enttäuscht sind sie, und sie fühlen sich im Stich gelassen. Die „New York Times" zitierte Anfang Dezember Elliott Abrams, den Lateinamerika-Chef des State Departments, mit den Worten: „Sie (die Contras) sind jetzt auf sich selbst angewiesen. Wir können beim Kongreß nichts mehr für sie tun."

Viele Contras befürchten, daß die Untersuchungen in Washington wegen der heimlichen Waffenlieferungen der Regierung an Iran und dem illegalen Geldertransfer für ihren Kampf fatale Auswirkungen signalisiert. Wird der Kongreß unter diesen Umständen noch einmal finanzielle Mittel gewähren? Ein Führer der Demokratischen Kräfte Nicaraguas (FDN), der größten Guerrilla-Bewegung, bekennt: „Die Aussichten stehen schlecht."

Aber schon vor der Iran-Krise waren sich die Contra-Kommandanten nicht mehr sicher, ob sie diesen Krieg gewinnen können. Die mit der Billigung von 100 Millionen Dollar verbundenen Kongreß-Auflagen erschwerten die Operationen. So dürfen die Rebellen keine Ziele angreifen, wenn Zivilisten gefährdet sind. Ein Angriff auf die einzige Ölraffinerie Nicaraguas in Managua wäre aus diesem Grund nicht möglich. Der Kongreß bestand auf der Einrichtung einer Menschenrechtskommission und ließ diese generös finanzieren (drei Millionen Dollar).

Ausbildungskosten verschlangen einen großen Teil der bereits verteilten 60 Millionen Dollar. Bisher reichten die Mittel nicht zur Reparatur der beiden defekten Versorgungsflugzeuge oder zur Anschaffung anderer Maschinen. Vergangene Woche trafen in dem „Comando Estratégico", dem Basislager, die ersten Lebensmittellieferungen seit Monaten ein. Ein FDN-Vertreter führt die hohen Verluste in den letzten 16 Monaten auf die akuten Versorgungsmängel zurück. Seit September 1985 hätten die Rebellen 3000 Mann verloren. Die Schätzungen der gesamten Truppenstärke liegen weit auseinander, zwischen 6000 und 20 000.

Die Invasion von etwa 1500 sandinistischen Soldaten und die schweren Grenzzwischenfälle in der ersten Dezemberhälfte haben den von linken Kreisen geschürten Druck auf die Regierung des Präsidenten José Azcona Hoyo verstärkt, die Contras ultimativ zum Verlassen des Landes aufzufordern.

Manchmal marschieren sie drei Wochen lang

„Es gibt kein Ultimatum", wird von Contra-Seite versichert. Die Azcona-Regierung will jedoch die Basislager in ein Gebiet 50 Kilometer von der Grenze verlegen lassen, um weitere Konfrontationen mit der Sandinistischen Volksarmee zu verhindern. Damit würden die Marschwege der Rebellen noch länger werden. Sie marschieren manchmal drei Wochen, um Nicaragua in den weniger scharf kontrollierten östlichen Regionen zu erreichen. Die Rückkehr verläuft ähnlich. Niemand weiß genau, wieviele Contra-Kämpfer sich ständig in Nicaragua aufhalten. Polilitische Beobachter in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa zweifeln an den von einem FDN-Sprecher genannten Zahlen, die zwischen 6000 und 8000 liegen. Es seien weniger.

Die Contras fühlen sich unter Leistungsdruck. Sie sollen mit Blick auf den Kongreß militärische Erfolge bringen, so lautet eine Empfehlung Washingtons. Die Sandinisten sind jedoch mittlerweile zu stark für spektakuläre Operationen.

„Die Amerikaner liefern das Geld und wir die Todesopfer", sagte ein Rebellenführer bitter. Er erinnerte daran, daß die Comandantes 1984 und 1985 einen entscheidenden Vorsprung erzielen konnten, als der Kongreß die militärische Hilfe stoppte. Allein in diesem Jahr seien die sowjetischen Waffenlieferungen an Nicaragua höher gewesen als die gesamte bisherige Militärhilfe der Amerikaner an die Contras. „Der Kreml kennt keinen Kongreß-Hürden", bemerkte ein Diplomat in Tegucigalpa.

Schon fragt man: Was tun mit einer geschlagenen Guerrilla-Armee? Niemand kennt die Antwort. Es fällt das Stichwort „Schweinebucht". Vor fast 27 Jahren war die Invasion einer vom Geheimdienst CIA formierten exilkubanischen Brigade gescheitert, Präsident John F. Kennedy, wenige Wochen zuvor ins Weiße Haus gekommen, wollte damals keine militärische Rückendeckung leisten.

Der „wilde Streik" trifft Chiracs Schwäche

Der Ausstand der Transportunternehmen / Mitterrands Rolle

PETER RUGE, Paris

Kaum hat sich die Regierung Chirac vom Alptraum der Studentenunruhen erholt, sieht sie sich unvermutet mit einem „wilden Streik" der Transportunternehmen in Frankreich konfrontiert.

Die Franzosen sind verärgert, ihre Vorwürfe richten sich gegen die Streikenden. Doch: je länger der Ausstand anhält, desto eher läßt sich eine Richtungsänderung der Stimmungslage erzielen. Der Unmut wird letztlich die Regierung treffen, weil sie in den Augen der Bevölkerung dem Chaos kein Ende bereitet.

Premier Chirac hatte sich auf eine neue „soziale Runde" bereits eingestellt. Streiks vor Feiertagen sind in Frankreich nämlich ein erprobtes Mittel, Forderungen durchzusetzen. Um also vor Überraschungen gefeit zu sein, hatte die Regierung für den 6. Januar zu einer Verhandlung eingeladen.

Die Gewerkschaften stimmten zu. Keine Seite stellte Vorbedingungen. Jeder Streikabsicht schien damit der Boden entzogen zu sein. Daß der Ausstand dennoch losbrach, muß folglich andere Ursachen haben.

Weder Regierungsmitglieder noch Gewerkschafter wagen es bisher offen auszusprechen, daß hinter der Protestbewegung dieselben Agitatoren vermutet werden, die auch die Schüler und Studenten „politisierten": Trotzkistische und marxistisch-leninistische Gruppen.

Jede Aufstachelung hätte, wie sonst üblich, bei den Arbeitern abprallen müssen. Eine rein sozialistische Ideologie hätte kaum verfangen, wenn nicht Umstände eingetreten wären, die nun das Bild der 5. Republik zeichnen.

Da ist einmal das erneute Versagen der Gewerkschaften. Ihr Führungsanspruch steht im Widerspruch zu der aufkommenden Eigendynamik der Basis. Die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Transportbereich in Frankreich hat sich von der etablierten Arbeitnehmervertretung abgewendet und radikalisiert. Sie läuft den Gewerkschaften aus dem Ruder und ist damit unkontrollierbar geworden.

Es ist zum anderen das Verhalten der Regierung selbst, das überzogene Erwartungen auslöst: Die Auffassung macht sich allerorten breit, jeder Widerstand der Bürgerlichen könne mit Druck der Straße gebrochen werden. Dem Marsch auf Paris Anfang Dezember durch die Jugend schloß sich die Traktoren-Parade der Bauern vor wenigen Tagen an.

Doch schon vorher hatte die Regierung Chirac Schwächen gezeigt, bei der Abwehr des internationalen Terrorismus. Um den Bombenterror auf Paris im September zu stoppen, um aber auch die französischen Geiseln im Nahen Osten freizubekommen, erlebte Frankreich einen Premier, der nach starken Worten auf die weiche Welle umzuschalten schien.

Das mußte Begehrlichkeiten erwecken: Orientalische Preise seien nach Nahost gezahlt worden, wird in Paris gemunkelt – den Studenten opferte Chirac seinen Hochschulminister – den Bauern wurden angeblich zwei Milliarden Franc für die Brüsseler Agrarbeschlüsse versprochen.

Chirac trägt seither das Image eines „Regierungschefs auf dem Rückzug". Dazu beigetragen hat auch sein gutgemeintes Wort von der „Verschnaufpause", die Regierung wolle das Tempo des Reformkurses vorerst einmal drosseln.

Der dritte Umstand für ein Umschlagen des sozialen Klimas ist bei Staatspräsident Mitterrand zu suchen. Seit drittes Nein gegenüber Chiracs Reformen hat die Regierung nicht an ihrem Kurs irritiert, aber es hat deren Rhythmus gestört.

Mitterrand machte seine Sympathien für den Jugendprotest deutlich, was viele Franzosen jetzt als Ermunterung verstehen, ihrerseits auf die Barrikaden zu gehen. So wurde das eigentliche Signal ausgelöst für die sich ausweitende „wilde" Streikbewegung.

Spaniens Wirtschaft muß mit Schwarzarbeit leben

Nur so bleibt soziale Ruhe erhalten / Drei Millionen ohne Job

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Zahl der Arbeitslosen in Spanien hat nach Schätzungen des Arbeitsministeriums Ende dieses Jahres zum ersten Mal die Drei-Millionen-Marke erreicht. Unter ihnen seien ungewöhnlich viele Schulabgänger. Bei einer aktiven Bevölkerung von etwa 13 Millionen sind dies 23 Prozent.

Das Amt für Statistik ermittelt zwar nur 2,86 Millionen Beschäftigungslose, also etwa 21 Prozent. Nach Ansicht des Arbeitsministeriums müßten hierzu jedoch noch 180 000 Tagelöhner gezählt werden, die durchschnittlich weniger als sieben Tage im Monat beschäftigt sind.

Diesen Zahlen hielt vor kurzem der Minister für Wirtschaft und Finanzen, Carlos Solchaga, eine andere, wesentlich realistischere Aufrechnung entgegen. Danach sind mindestens eine Million der registrierten Arbeitslosen durch Schwarzarbeit versorgt. Solchaga stieß mit dieser Gegenüberstellung auf heftigste Kritik der kommunistischen und sozialistischen Gewerkschaften sowie des linken Flügels der regierenden Sozialisten.

Wirtschaftskreise aber zweifeln nicht an dieser Feststellung. Tatsächlich dürfte es nur der Schwarzarbeit zu verdanken sein, daß bisher größere soziale Unruhen vermieden werden konnten. Die Regierung drückt ein Auge, manchmal auch beide zu. Die Ungenauigkeiten, die sich in der Arithmetik der einzelnen Ministerien spiegeln, zeugen von einem Spielraum, ohne den die spanische Wirtschaft an den Normen der Europäischen Gemeinschaft scheitern müßte.

So haben manche Zulieferbetriebe für die Automobilindustrie im Madrider Industriegürtel aufgrund zu hoher Kosten schließen müssen. Als Arbeitsstätten blieben diese Kleinbetriebe jedoch als Kooperativen der Arbeiter erhalten. Diese Firmen sind nur deshalb wettbewerbsfähig, weil sie geringere Löhne zahlen und Sozialabgaben auf einen Mindestlohn – wenn überhaupt – berechnen.

Die unterschiedlichen Kostenstrukturen Spaniens und der übrigen EG-Länder griff der Präsident des Unternehmerdachverbandes, Jośe Maria Cuevas, auf, um die Regierung vor einem weiteren Rückgang des Exportes zu warnen. Da die bürgerliche Opposition im Parlament in einer schweren Führungskrise steckt, kommt der geharnischten Kritik von Cuevas auch eine politische Bedeutung zu. Denn er vertritt zwei Millionen „Unternehmer", darunter viele Kleinstunternehmer und „Autonome", die in manchen Statistiken als Arbeiter erscheinen. (SAD)

Manila unterbreitet „Versöhnungsplan"

AP, Manila

Das philippinische Kabinett hat gestern einen Plan für „nationale Versöhnung und Entwicklung" gebilligt. Er soll heute als Teil des Ende November unterzeichneten Waffenstillstandsabkommens den kommunistischen Aufständischen vorgelegt werden. Teil des Regierungsplanes sind unter anderem eine Amnestie für Häftlinge der kommunistischen Neuen Volksarmee und eine Reihe ländlicher Entwicklungsprojekte. Rebellensprecher Zumel forderte unter anderem eine Landreform.

Entwicklungshelfer wieder frei

dpa, Bonn

Ein am 8. November von regierungsfeindlichen Rebellen in Mosambik entführter deutscher Entwicklungshelfer, seine Lebensgefährtin und deren dreijährige Tochter sind gestern an der Grenze zum Nachbarstaat Malawi freigelassen worden. Das teilte das Auswärtige Amt in Bonn mit. Der Entführte war Leiter eines Entwicklungsprojektes der EG. Bundesaußenminister Genscher dankte Großbritannien, das den EG-Vorsitz hat, und dem Roten Kreuz für die Bemühungen um die Freilassung.

Mängel in der Produktion mit Lagerhaft bestraft

AFP, Moskau

Drei Leiterinnen einer Textilfabrik in der Ukraine sind wegen mangelhafter Produktion des Betriebs zu zwei Jahren Arbeitslager und hohen Geldstrafen verurteilt worden. Das meldete gestern die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass.

Die Direktorin, die Chef-Ingenieurin und die Chef-Inspektorin des Werks wurden wegen „systematischer Herstellung unvollständiger und nicht normgerechter Produkte schlechter Qualität" bestraft. Ihre Geldbußen belaufen sich auf 10 000 Rubel, was mehr als ihrem Jahresgehalt entspricht.

Dieses Urteil ist exemplarisch. Bisher wurden derartige Fälle mit Geldstrafen oder Entlassung geahndet. Der mangelhaft geführte Betrieb hat offenbar im vergangenen Jahr wegen seiner fehlerhaften Produktion, die keine Abnehmer fand, einen Verlust von 200 000 Rubel gemacht.

Die Bestrebungen, die Industrieproduktion qualitativ zu verbessern, um international konkurrenzfähig zu werden, stehen in der Sowjetunion seit der Machtübernahme von Parteichef Michail Gorbatschow im Vordergrund. Am 1. Januar des kommenden Jahres treten darum neue Kontrollverfahren in Kraft.

Karatschis Krieg um Drogen und Waffen

Moslems bekämpfen Moslems / Das Los der ungeliebten Mohadschir / Neues Kabinett

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

„Auch wenn Karatschi nicht zu einem Klein-Beirut wird", so rechnen westliche politische Beobachter, „wird es niemals mehr die gleiche Stadt sein wie noch vor einigen Monaten". Etwa 200 Tote, Hunderte von Verletzten, unvorstellbare Grausamkeiten der sich Straßenschlachten liefernden Bevölkerung, Plünderungen: In der pakistanischen Hafenstadt bekämpfen sich die aus Indien stammenden Mohadschir und Paschtunen, die aus dem Grenzgebiet mit Afghanistan kommen.

Am Wochenende ist die Regierung von Premier Mohammed Khan Junejo zurückgetreten, gestern wurde ein neues Kabinett vereidigt.

„Als Pakistan geschaffen wurde", meint ein junger Führer der Mohadschir-Bewegung, „dachten wir alle eine Nation zu sein, gemeinsam mit Pandschabis, Sindhis, Pathanen und Belutschen. Die anderen haben uns Mohadschir genannt, nicht wir".

Eigene Kultur

Tatsächlich waren jene moslemischen Flüchtlinge, die mit der Teilung Indiens 1947 ihren indischen Heimatstaat Bihar erst nach Bangladesch und dann Richtung Pakistan verlassen hatten, bisher stets ein Fremdkörper in Pakistan betrachtet worden: Sie sprechen Urdu, leben als Gemeinschaft in geschlossenen Stadtgebieten und halten ihre eigene Kultur und Tradition hoch.

Sie haben sich vor allem in Karatschi niedergelassen, in einer Stadt, die in den letzten zwei Jahrzehnten immer mehr von den aus dem Nordosten Pakistans, der an Afghanistan grenzenden Nordwest-Provinz stammenden Paschtunen beherrscht wurden.

Sie kontrollieren den internationalen und einheimischen Drogenhandel und verfügen seit der sowjetischen Invasion in Afghanistan und dem damit verbundenen Waffenfluß über die pakistanisch-afghanische Grenze über immense Waffenlager in Karatschi. Unterstützt wurden sie bislang in dem profitträchtigen Rauschgift-Waffen-Geschäft von einflußreichen Angehörigen der Armee – gegen entsprechende Gewinnbeteiligung.

Zu den blutigen Ausschreitungen in der Hafenstadt kam es, als eben jene Armee auf Order von Präsident Ziaul Haq, der damit wiederum einem Wunsch seiner amerikanischen Verbündeten folgte, in der vergangenen Woche einen entscheidenden Schlag gegen illegalen Handel in Karatschi führte. Es wurden große Mengen Rauschgift beschlagnahmt, Waffen sichergestellt und führende Drogenhändler verhaftet.

Doch statt den Sicherheitskräften eine Schlacht zu liefern, eröffneten die Paschtunen aus den immer noch reichlich vorhandenen Waffen das Feuer auf die verhassten Mohadschir.

Denn schließlich galt es auch noch eine Rechnung zu begleichen. Der ethnische Konflikt zwischen den beiden Volksgruppen begann im Oktober durch einen Busunfall; der Fahrer war ein Paschtune, die Toten und Verletzten aber waren Mohadschir.

Bitterkeit und Haß

Der Schlag der Paschtunen trifft die Verwundbarste der pakistanischen Volksgruppen. Paschtunen und Pandschabis genossen schon immer die Unterstützung der Herrschenden in der Hauptstadt Islamabad, die meist Angehörige dieser Volksgruppen waren.

„Die frühere Loyalität der Mohadschir gegenüber der Regierung", so meint einer ihrer Führer, „ist vor allem unter der Jugend, die keine Jobs findet, Bitterkeit und Haß gewichen".

Politische Folge dieses Umschwungs: Die Mohadschir unterstützen seit diesem Jahr die oppositionelle pakistanische Volkspartei Benazir Bhuttos. Sie fordern, als künftige Nationalität anerkannt zu werden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Aids und Volksgesundheit

„Was macht ein Kranker eigentlich, wenn er weiß, daß er Aids hat?"; WELT vom 16. Dezember

Ich begrüße die Äußerungen von Frau Prof. Süssmuth, die sie in ihrem Gespräch mit Ihrer Zeitung gemacht hat, insbesondere die Ablehnung der allgemeinen Meldepflicht. Angesichts des spezifischen Krankheitsbildes, fehlender Heilungsmöglichkeiten sowie der langen Latenzzeit zwischen Infektion und möglichem Ausbruch der Krankheit würde eine allgemeine Meldepflicht zu gesundheitspolitisch kontraproduktiven und schädlichen Auswirkungen führen, weil ihre eigentlichen Ziele, Vermeidung neuer Infektionen und Erkennung der Infektionsquelle, nicht oder nicht mehr erreicht werden können.

Allerdings bin ich der Meinung, und habe dies dem Ministerium gegenüber schon geäußert, daß bei der turnusmäßig festgesetzten Untersuchung der nach Paragraph 5, Abs. 2 Geschlechtskrankheitengesetz erfaßten Personen, künftig auch auf HIV geprüft werden sollte, mit der Konsequenz, daß zum Beispiel infizierte Prostituierte mit einem Berufsverbot belegt werden, wie dies bereits in München und Karlsruhe geschieht.

Anneliese Augustin, MdB, CDU

Ich halte es für untragbar, daß, wie es in meiner Heimatstadt Kassel geschieht, eine den Behörden bekannte infizierte Prostituierte weiterhin ihrem Beruf nachgehen kann.

Mit freundlichen Grüßen
Anneliese Augustin, MdB, CDU
Mitglied im Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Kollektivschuld auf ewig?

„Was ist denn einzigartig in der Geschichte der Völker?"; Geistige WELT vom 13. Dezember

Seit einem halben Jahr führen in verschiedenen Zeitschriften Historiker die sogenannte „Revisionismus-Debatte" um die NS-Vergangenheit. Dabei taucht der Begriff von der Kollektivschuld aller Deutschen immer wieder auf, der durch die These von der Einzigartigkeit ihrer Verbrechen in der Geschichte erhärtet werden soll.

Während ausländische Stimmen, vor allem im Westen, das Gespräch versachlichen, indem sie den Begriff von der Kollektivschuld ablehnen oder eingrenzen, sind es vor allem die deutschen Wortführer, die ihn am gründlichsten vertreten und am undifferenziertesten gebrauchen.

Da ist das besonnene Urteil des amerikanischen Völkerrechtlers und Historikers Alfred de Zayas zu begrüßen: Einzigartig waren die deutschen Kriegsverbrechen keineswegs, wenn sie auch heute noch als verabscheuungwürdig gelten müssen, Abstufungen zwischen Stalins („verwerflich") und Hitlers („besondere Verwerflichkeit") Greueln wirken grotesk, und darum kann von Einzigartigkeit deutscher Schuld, die als kollektiv gültig anzusehen sei, nicht gesprochen werden. Im politischen, historischen oder juristischen Sinne ist dies nicht anwendbar, nur im sittlichen.

Wie ist demgegenüber die innerdeutsche Über-Reaktion zu erklären? Die übertriebene Beschäftigung mit sich selbst verführte hierzulande zu einem maßlosen Nationalismus in der Vergangenheit, heutzutage zu einer ebenso maßlosen Selbstbezichtigung. Dieser schon metaphysisch zu nennende Hang zur Maßlosigkeit bestimmt auch die in ihrer Art sicher ehrlichen und gründlichen Beiträge vieler Autoren bei uns!

Dr. de Zayas ist zu danken, daß er als unverdächtige Stimme, nämlich als Amerikaner nichtdeutscher Abstammung, zur Entkrampfung in der Diskussion beiträgt. Von ihm können wir lernen, die Beschäftigung mit sich selbst zu versachlichen, damit die Vergangenheit ohne Vorurteile betrachtet und die Gegenwart oder gar die Zukunft von ihr nicht beschlagnahmt wird.

Dr. Roland Vetter,
Wiesbaden

*

Im Grunde ist diese Einzigartigkeitsthese noch viel unmenschlicher als die Behauptung einer Kollektivschuld, denn nach christlichem Verständnis kann jede Schuld durch Reue und Buße gesühnt werden. Die Behauptung, daß diese Verbrechen einzigartig seien aber ist ein Rückfall in die Justiz der Sieger von 1945, die in Nürnberg keine Diskussion über Katyn, Dresden und die Vertreibungsverbrechen an Deutschen zuließen.

Diese amerikanische Stimme ist um so wichtiger, als es leider auch deutsche Staatsmänner und Politiker gibt, die immer nur von den Jahren 1933–1945 reden, als ob es davor 1918 kein Versailles gegeben hätte. Durch diesen Diktatfrieden wurde Deutschland schon einmal die Alleinschuld aufgebürdet, und ohne ihn hätte der Nationalsozialismus im deutschen Volk keine Chance gehabt.

Ich selbst gehöre noch zur Kriegsgeneration und glaube, daß von uns seither wohl genug Beweise dafür erbracht wurden, daß es uns um die Verurteilung der in jener Zeit begangenen Verbrechen ernst ist.

Dr. Walter Vorbach,
Heidelberg

*

Sehr geehrte Herren,

dem jungen Historiker Alfred-Maurice de Zayas sei mitgeteilt, daß ein betagtes Relikt der Wehrmacht kein Verständnis dafür hat, wenn durch vielfältige Hinweise auf die Greuel in der Weltgeschichte die Singularität der Nazi-Verbrechen in Frage gestellt wird. Im großen Rückblick hat sich der erste Satz in dem berühmten Thomas-Mann-Essay „Bruder Hitler" als ein Axiom erwiesen: „Der Bursche ist eine Katastrophe!"

Es ist nicht zu fassen, daß für den falschen Nachruhm dieser Kreatur Millionen Menschen qualvoll sterben mußten und große Teile Europas in Trümmer sanken. Das darf nie vergessen werden.

Deshalb sind solche Beiträge wie die des Historikers de Zayas der Entwicklung eines gesunden politischen Bewußtseins keineswegs dienlich!

Kurt Asendorf.
Beppen/Thedinghausen

Gefahr Alkohol

„Trunkenheit am Steuer: Weniger Verurteilungen"; WELT vom 8. Dezember

Die Überschrift des Artikels erweckt leider vordergründig den Eindruck „Aha, es ist also gar nicht mehr so schlimm mit der Trunkenheit im Straßenverkehr" – mit der vorauszusehenden verheerenden Folge, daß sich dann wieder mehr Kraftfahrer gehen lassen werden, wenn es darum geht, nur nüchtern ein Fahrzeug im Straßenverkehr zu lenken.

Die Gefährlichkeit der Trunkenheit im Straßenverkehr wäre richtig gekennzeichnet worden, wenn als Überschrift der im Text stehende Satz gewählt worden wäre: „Jeder zweite verurteilte Verkehrsstraftäter war bei seiner Tat betrunken."

Bitte helfen Sie uns – auch durch den Abdruck dieser Zuschrift – in unserem Kampf gegen das Delikt „Trunkenheit im Straßenverkehr".

Franz Thiedemann.
Bund gegen Alkohol
im Straßenverkehr e. V., Hamburg

Wort des Tages

„Es ist keine Kunst, geistreich zu sein, wenn man vor nichts Respekt hat."

Johann Wolfgang Goethe (1749–1832)

Personen

EHRUNGEN

Reinhold Vöth, Intendant des Bayerischen Rundfunks (BR), ist von Papst **Johannes Paul II.** für seine Verdienste um die katholische Kirche zum Komtur des Ritterordens des heiligen Gregorius ernannt worden.

*

Für ihre Verdienste um die Kriminalpolitik und die kriminologische Wissenschaft hat die Deutsche Kriminologische Gesellschaft den früheren österreichischen Justizminister Dr. **Christian Broda** aus Wien und den amerikanischen Kriminalwissenschaftler Professor Dr. **Albert G. Hess** aus Florida mit der Beccaria-Medaille ausgezeichnet. Der Preis ist nach dem italienischen Strafrechtsreformer Cesare Beccaria benannt.

*

Der Joost-van-den-Vondel-Preis der Hamburger Stiftung F. V. S. ist für 1986 Professor **Gilbert de Smet** aus Gent in Belgien zugesprochen worden. Der 1960 gestiftete Preis ist mit 20 000 Mark dotiert und wird für hervorragende kulturelle Leistungen im nordniederländischen, flämischen und niederdeutschen Raum vergeben.

GEBURTSTAGE

Gerechnet hatte er damit nicht mehr. Schon mehrfach war Professor **Ernst Ruska**, der am Donnerstag seinen 80. Geburtstag feiert, für den Physiknobelpreis vorgeschlagen worden. Es sei schon „sehr merkwürdig", für eine vor über 50 Jahren gemachte Entdeckung den Nobelpreis zu bekommen, war einer seiner ersten Kommentare, als er von der Vergabe dieser höchsten wissenschaftlichen Auszeichnung an ihn erfuhr. Rund zwei Wochen vor seinem 80. Geburtstag nahm er am 10. Dezember aus der Hand des schwedischen Königs den Nobelpreis für die Entwicklung und Konstruktion des ersten Elektronenmikroskops entgegen. Das Elektronenmikroskop gilt als eine der wichtigsten Erfindungen dieses Jahrhunderts. Es hat heute seinen festen Platz in der Medizin und Biologie und auch in der Festkörperphysik. Zu Beginn der Entwicklungsarbeiten glaubten nur wenige Wissenschaftler an seine Realisierung, bei den meisten stieß es auf Skepsis.

*

Der Ehrenpräsident des Bayerischen Bauernverbandes (BBV), **Otto Freiherr von Feury**, feiert am Samstag seine 80. Geburtstag. Er, der über 20 Jahre lang die Geschicke des größten deutschen Landesbauernverbandes geleitet hat, fehlt auch heute noch auf kaum einer Präsidiumssitzung seines Verbandes. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt im Jahre 1977 ist sein Interesse an der Agrarpolitik so wenig erloschen wie das an der Bundes- und Landespolitik. Bodenständigkeit und Weltläufigkeit waren und sind diesem bedeutenden Repräsentanten der deutschen Landwirtschaft gleichermaßen eigen.



Otto Freiherr von Feury

ERNENNUNG

Als Senior der deutschen Verfassungsschutzämter ging jetzt der Berliner Senatsdirigent **Franz Natusch** mit 62 Jahren in den Ruhestand. Sein Vorgesetzter, Innensenator Professor **Wilhelm A. Kewenig**, lehnte eine mögliche Hausberufung ab und gewann den bisherigen obersten baden-württembergischen Verfassungsschützer als Nachfolger: Dr. **Dieter Wagner** (53), Präsident des Landesamtes in Stuttgart. Natusch war 33 Jahre beim Verfassungsschutz tätig und galt unter den Innensenatoren verschiedener Parteien als eine Berliner Institution. Seit 1975 leitete er die Behörde auch, die auf dem komplizierten Berliner Pflaster arbeitet. Kewenig nannte den Gewinn von Dieter Wagner einen „Glücksfall". Der neue Chef leitete seit 1973 das Stuttgarter Landesamt.

BERUFUNG

Die Medienpädagogin und Journalistin **Imme de Haen** (44) ist vom Vorstand des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik (GEP) zur neuen Leiterin der Fachabteilung Christliche Presse-Akademie (cpa) berufen worden. Die bisherige Leiterin, **Verena Metze-Mangold** (40), übernimmt nach mehr als zehnjähriger Tätigkeit im Gemeinschaftswerk am 1. April 1987 die Leitung der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit beim Hessischen Rundfunk.

KIRCHE

Papst **Johannes Paul II.** hat den 57jährigen **Franc Perko** zum neuen Erzbischof von Belgrad ernannt. Der Papst hat gleichzeitig das Rücktrittsansuchen des bisherigen Erzbischofs **Alojz Turk** angenommen. Perko, 1953 zum Priester geweiht, unterrichtet seit 1963 orientalische Theologie und Kirchenlehre in Laibach. Er spricht neben Slowenisch und Serbokroatisch auch Deutsch, Italienisch, Französisch, Englisch, Russisch und Griechisch.

GESTORBEN

In Köln ist kurz nach Vollendung seines 80. Geburtstages der frühere Direktor des Kölner Kunstgewerbemuseums, **Erich Köllmann**, gestorben. Er hat nicht nur große Verdienste um den Wiederaufbau der Kölner Sammlungen nach dem Kriege, sondern sich auch international als maßgeblicher Experte mit zahlreichen Publikationen für Berliner Porzellan profiliert. Eine Überarbeitung seines großen Werkes über Berliner Porzellan stand unmittelbar vor der Vollendung.

Die politische Stimmungslage vor der Bundestagswahl am 25. Januar ist stabil. Wenn man Wahlabsichten und Kanzler-Präferenz nur von Woche zu Woche vergleicht, erkennt man fast keine Bewegung. Aber bei genauerem Hinsehen zeigen sich Verschiebungen, die langfristig Bedeutung haben können. – Dies ist der fünfte Bericht des WELT-Wahlbarometers. Er stützt sich auf wöchentliche Allensbacher Umfragen mit mehr als 1000 Interviews.

Die CDU legt im Norden und bei den Männern zu

Von ELISABETH NOELLE-NEUMANN

Die erste Halbzeit des Wahlkampfes ist vorbei. Das Bild, das die WELT seit November Woche für Woche gezeichnet hat, kann jetzt zusammengefaßt werden.

Die Koalitionsparteien CDU, CSU und FDP haben bei der Zweitstimmen-Wahlabsicht der Bevölkerung ihren Anteil von 52,9 auf 55,4 Prozent gesteigert. Die Grünen hielten ihren Anteil zweistellig nahezu konstant. 10,0 Prozent am Beginn der Beobachtungszeit, jetzt 10,8 Prozent. Der ganze Zugewinn der Koalitionsparteien wurde der SPD abgenommen, die von 36,6 Prozent auf 33,4 Prozent zurückfiel (Tabelle 1).

Bei den Koalitionsparteien hat vor allem die FDP profitiert, die mit leichtem Auf und Ab von 6,4 auf 8,5 Prozent Zweitstimmenanteil gestiegen ist.

Von einem Höhenflug der CDU/CSU mit Aussicht auf eine absolute Mehrheit ist noch immer nichts zu erkennen. Aber gekräftigt ist die Union, vor allem, wenn man an 1985 und das erste Halbjahr 1986 denkt, als ihr Zweitstimmenanteil zwischen 42 und 43 Prozent lag, während er jetzt um 47 Prozent beträgt.

Bei welchen Wählergruppen hat sich die CDU/CSU verbessert? Überwiegend da, wo sie eher auf kritische Wähler stößt: Sie hat sich verbessert bei Männern, nicht bei Frauen (Tabelle 2); eher in Norddeutschland (Tabelle 3); eher bei jungen Leuten mit höherer Schulbildung, so daß die CDU/CSU in dieser Wählergruppe jetzt die SPD überrundet hat und sogar die Grünen, die bei jungen Leuten mit höherer Schulbildung gute Chancen hatte, stärkste Partei zu werden (Tabelle 4); schließlich bei kirchennahen Protestanten (Tabelle 5).

Eine Tendenz der Wähler, die Zweitstimme der FDP zu geben, zeigt sich vor allem bei kirchennahen Katholiken und Protestanten. Stetig wächst hier die Absicht, FDP zu wählen. Es ist nicht schwer zu entnehmen, daß es sich für diese Wähler darum handelt, die Koalition zu stützen, also der FDP über die Fünf-Prozent-Hürde zu helfen (Tabelle 5).

Die kalkulierenden Wähler haben verstanden, daß die Zweitstimme der FDP hilft. Bei der einfachen „Sonntagsfrage", bei der man sich, ohne von Erst- oder Zweitstimme zu reden, nur erkundigt: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, wie würden Sie wählen?", entfallen nur 4,6 Prozent Stimmen auf die FDP.

Aus den 4,6 Prozent werden erst dann 8,5 Prozent, wenn man das Thema Erststimme und Zweitstimme anschneidet und ausdrücklich nach der Zweitstimmen-Wahlabsicht fragt.

Dabei wirkt besonders irritierend, daß die meisten Wähler seit 1983 wieder vergessen haben, welche Bedeutung die Zweitstimme eigentlich hat. Auf die Frage: „Wissen Sie, welche Stimme für die Stärke der Parteien im Bundestag den Ausschlag gibt: die Erststimme oder die Zweitstimme, oder sind beide gleich wichtig?" antworten nur 33 Prozent richtig: „Auf die Zweitstimme kommt es an." Kaum besser sieht es bei den Wählern aus, die ausdrücklich sagen, daß sie ihre Stimme splitten wollen: Auch unter ihnen wissen nur 34 Prozent über die Bedeutung der Zweitstimme Bescheid (Tabelle 6).

Bis Mitte Dezember hatten sich die Stärkeverhältnisse zwischen Kohl und Rau nicht wesentlich verschoben. Kohl liegt als bevorzugter Kanzler mit einer klaren Führung von sieben bis acht Prozent vor Rau (Graphik auf Seite 1).

Überblickt man die Entwicklung in der ersten Halbzeit des Wahlkampfes, so fällt auf, daß die Absicht, bestimmt wählen zu gehen, stetig abnimmt: Anfang November erklärten noch 72 Prozent der Befragten, sie würden „ganz gewiß wählen gehen"; Mitte November gaben nur 70 Prozent diese Antwort und Anfang Dezember nur noch 68 Prozent.

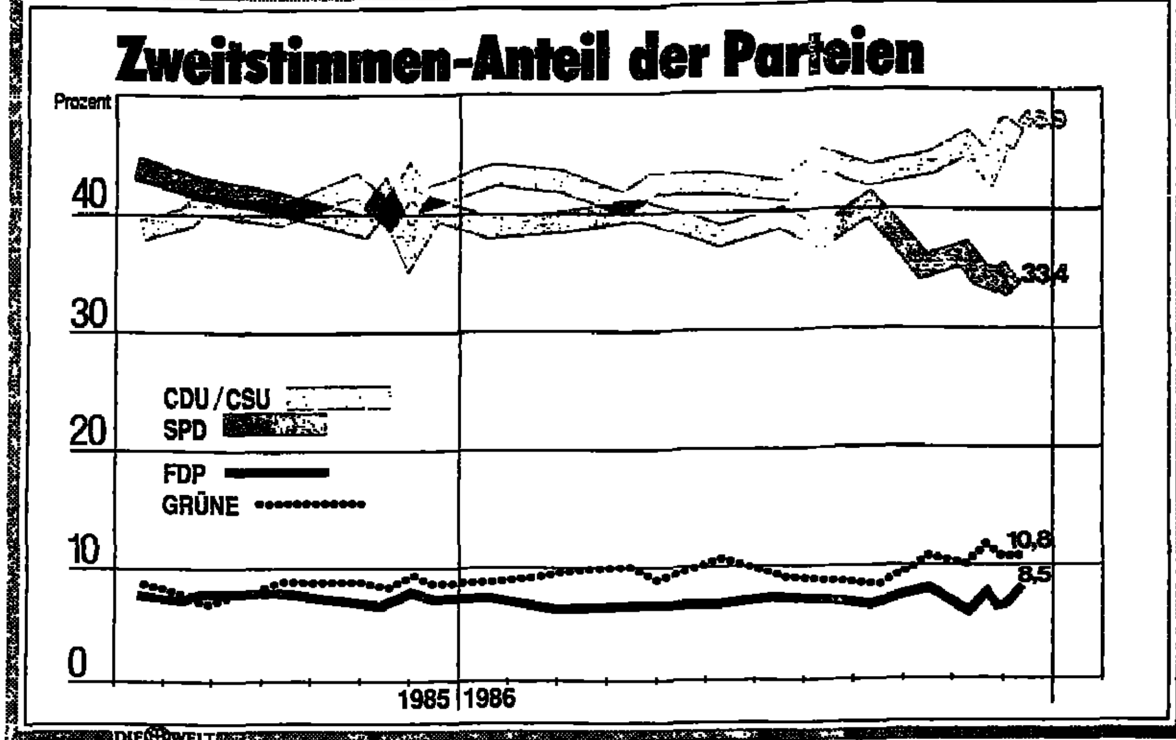
Ob das mit Weihnachten zu tun hat oder auch mit der weit verbreiteten Überzeugung, die bisherige Regierungskoalition werde siegen? (Anfang Dezember rechneten 69 Prozent damit, daß CDU/CSU und FDP zusammen die meisten Stimmen bekommen, nur 11 Prozent erwarteten einen Sieg von SPD und Grünen.) Die Antwort auf diese Frage werden wir Anfang Januar erhalten.

Wenn Sie die ersten Beiträge von Elisabeth Noelle-Neumann versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54/ 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie Ihnen gerne zu.

WELT ? Wahlbarometer

Am nächsten Dienstag lesen Sie in der WELT:

Politiker-Profile und Partei-Profile – Ist Bangemann in den den Augen der Wähler der beste FDP-Chef oder wer wäre der beste? – Soll Strauß nach Bonn? – Wenn ja: Welche Aufgabe sollte er dort übernehmen?



1. Die Koalition baut ihren Vorsprung aus

Zweitstimmen-Wahlabsicht:	29.10.–10.11.1986 %	14.11.–17.11.1986 %	21.11.–25.11.1986 %	28.11.–02.12.1986 %	08.12.–09.12.1986 %
CDU/CSU	46,5	45,2	47,2	48,0	46,9
FDP	6,4	8,2	6,5	6,9	8,5
CDU/CSU und FDP zusammen	52,9	53,4	53,7	54,9	55,4
SPD	36,6	34,6	34,7	35,0	33,4
Grüne	10,0	11,7	11,2	10,0	10,8

2. CDU/CSU gewinnt bei Männern, Grüne gewinnen bei Frauen

	Männer			Frauen		
Zweitstimmen-Wahlabsicht:	29.10.–10.11.1986 %	14.11.–25.11.1986 %	28.11.–09.12.1986 %	29.10.–10.11.1986 %	14.11.–25.11.1986 %	28.11.–09.12.1986 %
CDU/CSU	45,2	47,2	49,5	47,5	45,4	45,5
FDP	6,1	8,0	7,6	6,8	6,8	7,8
SPD	37,6	36,1	34,0	35,8	33,3	34,4
Grüne	10,3	8,5	8,5	9,7	14,1	12,1

4. Der Kampf um die jüngeren Wählergruppen

	Unter 30jährige mit: Volksschul-Abschluß			höherem Schulbesuch		
Zweitstimmen-Wahlabsicht:	29.10.–10.11.1986 %	14.11.–25.11.1986 %	28.11.–09.12.1986 %	29.10.–10.11.1986 %	14.11.–25.11.1986 %	28.11.–09.12.1986 %
CDU/CSU	33,2	32,2	35,2	27,6	31,7	35,9
FDP	7,8	4,6	8,3	5,9	6,2	8,6
SPD	39,6	43,6	37,9	35,8	29,0	30,9
Grüne	19,4	18,9	18,6	29,9	32,8	24,6

3. SPD verliert in Nordrhein-Westfalen, CDU verbessert sich in Norddeutschland

	Norddeutschland			NRW			Südwest			Bayern		
Zweitstimmen-Anteil:	29.10.–10.11.1986 %	14.11.–25.11.1986 %	28.11.–09.12.1986 %	29.10.–10.11.1986 %	14.11.–25.11.1986 %	28.11.–09.12.1986 %	29.10.–10.11.1986 %	14.11.–25.11.1986 %	28.11.–09.12.1986 %	29.10.–10.11.1986 %	14.11.–25.11.1986 %	28.11.–09.12.1986 %
CDU/CSU	41,0	42,7	44,7	40,9	43,4	42,9	48,8	46,9	48,8	57,4	53,7	55,8
FDP	6,3	9,2	7,9	5,9	6,3	6,9	7,9	8,2	8,6	4,8	5,4	7,0
SPD	41,4	37,8	36,2	43,6	38,6	39,4	34,1	31,4	31,3	24,4	30,4	29,3
Grüne	10,5	10,1	10,9	9,6	11,3	10,6	8,5	13,1	11,0	12,6	10,1	8,5

5. Bei kirchennahen Wählern wächst die Neigung zur FDP

	Protestanten Kirchennah			Protestanten Kirchenfern			Katholiken Kirchennah			Katholiken Kirchenfern		
Zweitstimmen-Anteil:	29.10.–10.11.1986 %	14.11.–25.11.1986 %	28.11.–09.12.1986 %	29.10.–10.11.1986 %	14.11.–25.11.1986 %	28.11.–09.12.1986 %	29.10.–10.11.1986 %	14.11.–25.11.1986 %	28.11.–09.12.1986 %	29.10.–10.11.1986 %	14.11.–25.11.1986 %	28.11.–09.12.1986 %
CDU/CSU	47,1	46,9	51,3	31,3	30,2	33,3	78,4	76,9	74,2	50,4	47,1	49,1
FDP	6,1	8,3	9,3	8,4	7,7	9,3	4,8	5,7	7,6	5,4	6,9	4,9
SPD	41,1	37,1	32,0	48,4	45,3	43,8	14,9	13,1	16,3	32,6	34,4	34,6
Grüne	4,9	7,5	7,4	11,9	16,2	13,4	1,3	3,9	1,9	11,0	11,4	11,0

6. „Bei der Bundestagswahl kommt es ja vor allem darauf an, wieviele Abgeordnete eine Partei in den Bundestag bringt. Wissen Sie zufällig, welche Stimme für die Stärke der Parteien im Bundestag den Ausschlag gibt: die Erststimme oder die Zweitstimme, oder sind beide gleich wichtig?"

	Vor der Bundestagswahl 1983: Wahlberechtigte insgesamt %	Vor der Bundestagswahl 1987: Wahlberechtigte insgesamt %	Vor der Bundestagswahl 1987: Wähler, die ihre Stimme splitten wollen %
Ausschlaggebend ist:			
Zweitstimme	63	33	34
Erststimme	10	24	29
Beide gleich wichtig	19	32	27
Weiß nicht	8	11	10

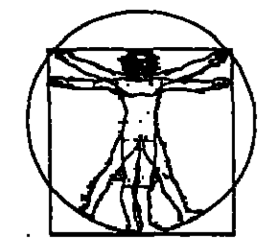
NOTIZEN

Vogel des Jahres

Bonn (dpa) – Eine positive Bilanz hat der Deutsche Bund für Vogelschutz (DBV) für die Rettung der Saatkrähe, „Vogel des Jahres 1986", gezogen. Wie der Verband gestern in Bonn mitteilte, sei es den etwa 1000 Ortsgruppen des DBV gelungen, für die verbliebenen 18 000 Brutpaare Baumbestände als Nistplätze zu erhalten. Rabenvögel hätten als „Gesundheitspolizei" wichtige Aufgaben im Naturhaushalt.

Weniger Industriemüll

Wiesbaden (dpa) – Die Menge des Mülls, der von der Industrie deponiert oder verbrannt wird, ist leicht zurückgegangen. Nach vorläufigen Ergebnissen, die das Statistische Bundesamt gestern in Wiesbaden veröffentlichte, wuchs der Abfallberg aus der Produktion



und aus Krankenhäusern 1984 verglichen mit 1982 zwar um 4,6 Millionen Tonnen auf 198 Millionen Tonnen an. Davon wurden aber fünf Millionen Tonnen mehr als 1982 weiterverarbeitet oder wiederverwendet. Damit fielen 1984 400 000 Tonnen weniger Abfall an als zwei Jahre zuvor.

Aids in der DDR

Ostberlin (rtr) – Die DDR hat der Weltgesundheitsorganisation (WHO) das erste Aids-Opfer gemeldet. Gestern hieß es, der junge Mann, der an Hämophilie (Bluterkrankheit) gelitten habe, sei Anfang des Monats an der Immunschwäche verstorben. Ein klinischer Fall von Aids aus der DDR war bislang nicht bekannt, obwohl nach offiziellen Angaben das Aids-Virus bereits bei etwa einem Dutzend Menschen nachgewiesen werden konnte. In der DDR ist Aids meldepflichtig.

Durch den Einsatz von über zweihundert Kläranlagen ist es in der Bundesrepublik gelungen, die Konzentration von Phosphaten in den Abwässern deutlich zu reduzieren. Damit ist aber nur ein Teil der Probleme gelöst: Was geschieht mit den Abfällen im Klärschlamm?

Wie man aus Schlamm nützliche Rohstoffe zurückgewinnen kann

Von ARNO NÖLDECHEN

Phosphate im Klärschlamm, die aus Waschmittel-Resten und natürlichen Quellen stammen, können als Düngestoffe für die Landwirtschaft und als Rohstoffe für die chemische Industrie weiterverwendet werden. Prinzipiell gibt es zwei unterschiedliche Verfahren, um Phosphate aus den Abwässern zu entfernen: ein Fällungsverfahren durch Zugabe von Eisen- oder Aluminiumsalzen sowie die biologische Aufarbeitung.

Beide Verfahren führen zu einer Wasserqualität, die den vorgegebenen Normen (ein bis zwei Milligramm Phosphat pro Liter) entspricht. Verfahrenstechnisch ist der biologische Weg zwar mittelfristig kostengünstiger, aber bei großen Schwankungen der Phosphatkonzentration im Abwasser oder in den Wintermonaten wird die Norm überschritten. Die Gründe sind bislang nur unzureichend erforscht, da die Zusammenarbeit der abbauenden Kleinlebewesen (Bakterien, Pilze, Algen, Würmern) schwer zu verfolgen ist.

So entdeckten beispielsweise Mikrobiologen der amerikanischen Cornell University kürzlich, daß im Abwasser lebende Einzeller (Protozoen) die Bakterien nicht an die abzubauenden Stoffe heranließen oder sie sogar auffraßen. Dadurch kam es zu einem verzögerten Abbau der Schlammstoffe. Professor Ivan Sekoulov (Hamburg), der sieben biologische Kläranlagen in Norddeutschland untersuchte, ist der Auffassung, daß auch der Einfluß von Tageslicht eine wichtige Rolle spielt. Wenn der Abbau phosphatreicher Abwässer in den frühen Morgenstunden begonnen werden kann, funktioniert die Phosphatentsorgung zufriedenstellend.

Dementsprechend können sich die kommunalen Kläranlagen der billigeren biologischen Verfahren bedienen, solange die Normmengen eingehalten werden. Erst bei ihrer Überschreitung ist es erforderlich, auf die chemischen Behandlungsverfahren zurückzugreifen. Die Kombination von biologischem und chemischem Abbau hält die Kosten in vertretbaren Grenzen. Sie können aber völlig wegfallen, wenn es gelingt, aus dem Klärschlamm verkäufliche Wertstoffe zurückzugewinnen.

Hierzu gibt es zahlreiche ermutigende Lösungen, die bereits in einigen Kläranlagen erprobt werden: die Verbrennung zur Energiegewinnung, die Pyrolyse zur Ölgewinnung oder aber auch die Rückgewinnung von Phosphaten, die wieder als Dünger oder als Chemierohstoff benutzt werden können.

Der hohe Phosphatanteil im Klärschlamm macht seine Anwendung als Dünger sinnvoll. Es gibt allerdings zahlreiche Landwirte, die wegen der Schwermetalle, die in Klärschlämmen vorhanden sind, zögern, ihn als kostengünstigen Dünger auf die Felder zu streuen. Es wäre wünschenswert, wenn nachgewiesen werden könnte, ob aufgebrachte Schwermetallreste eine Gefährdung für die Nahrungskette darstellen.

Auch der Hinweis, daß Pflanzen einige dieser Metallsalze als Spurenelemente dringend benötigen, ist bis jetzt weder quantitativ noch qualitativ erforscht. So gehört beispielsweise Cadmium zu den wichtigen Gerüststoffen in Champignons. Es kann aber vom menschlichen Organismus weder verdaut noch in sich aufgenommen werden.

Daher scheint auch einem großen Teil umweltbewußter Bürger eine Verarbeitung von Giftstoffen aus den Klärschlämmen als die derzeit bessere Lösung des Problems. Die Verbrennung läßt sich relativ einfach bewerkstelligen, obwohl zur Zündung



Trotz der Klärwerke fließen immer noch erhebliche Phosphatmengen in die Gewässer, wie hier am Einfluß der Emscher in den Rhein FOTO: DIE WELT

und zum Dauerbetrieb Kohlenstaub oder Heizöl zugegeben werden muß. Leider reicht bei den meisten derartigen Verbrennungsanlagen der Energieinhalt des Schlamms zur Stromerzeugung nicht aus. Im günstigsten Fall können die Kosten zwischen dem zusätzlichen Aufwand und der erwirtschafteten Energie ausgeglichen werden. Allerdings bleibt das Problem mit den anfallenden Aschen, die nur ganz selten zu Wertmetallen aufgearbeitet werden können: sie müssen schließlich doch deponiert werden.

Vielversprechender scheint es hingegen, mittels Pyrolyse Heizgas, Öle oder andere wiederverwendbare Chemierohstoffe zurückzugewinnen. Nicht minder interessant ist eine Verfahrenstechnik, die Techniker der deutschen und niederländischen Hoechst AG herausgefunden haben: Auch sie verwenden einen sogenannten Wirbelbett-Reaktor, um aus unbehandelten Abwässern in einem Schritt Calciumphosphat als wertvollen Dünger oder als Rohstoff für die Phosphatindustrie zu gewinnen.

Eine entsprechende Pilotanlage wird im kommenden Jahr in Holland in Betrieb gehen. Sie soll das Abwasser einer etwa 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinde aufarbeiten.

Geladener Lückenbüßer

Batterie-Speicher ersetzt in Berlin veraltete Generatoren

Von RICHARD SCHWALBE

Die erste Batteriespeicheranlage der Welt für ein Stromnetz hat jetzt in Berlin ihren Betrieb aufgenommen. Sie gleicht mit mehr als 7000 Akkumulatorzellen Schwankungen aus, die das An- und Abschalten elektrischer Geräte im Netz bewirken. Der Batteriespeicher ersetzt mehrere veraltete Stromgeneratoren in den Berliner Kraftwerken. Von deren Stillegung versprechen sich die Planer eine verminderte Luftbelastung in Berlin und eine wirtschaftlichere Netzregelung.

Generatoren überflüssig

Die in der Bundesrepublik übliche Wechselspannung von 220 Volt hat eine Frequenz von 50 Schwingungen in der Sekunde. Das bedeutet, daß sich in der Steckdose Plus- und Minuspol 50 Mal in der Sekunde umkehren. Diese Frequenz kommt durch eine entsprechend hohe Drehzahl der Stromgeneratoren in den Kraftwerken zustande.

Höherer Stromverbrauch, beispielsweise beim Einschalten der Straßenbeleuchtung, bremst nach den physikalischen Gesetzen die Generatoren. Geringerer Verbrauch beschleunigt sie entsprechend. Die Schwankungen müssen deshalb durch höhere oder geringere Stromproduktion ausgeglichen werden. Dafür schaltete man bisher weitere Generatoren zu, oder – bei sinkendem Verbrauch – auch ab.

Das erfordert einen großen technischen Aufwand, da die tonnenschweren Generatoren sich nicht in beliebig kurzer Zeit in Schwung bringen lassen. Batterien besitzen dagegen den Vorteil, nach dem Anschalten den Strom sofort in der gewünschten Stärke zu liefern oder ihn aufnehmen zu können.

Die Frequenzregelung mit Batterien wird jetzt erstmals im Berliner Kraftwerk Steglitz erprobt. Der Batteriespeicher, der in einem eigenen zweigeschossigen Gebäude untergebracht ist, besteht aus insgesamt fast 1500 Einzelbatterien zu je fünf Zellen. Die damit erzeugte Spannung beträgt 1180 Volt. Sinkt die Frequenz auf einen kritischen Wert ab, so schaltet eine elektronische Steuerung die Batterien an das Netz. Der in den Akkumulatoren gespeicherte „Saft" ersetzt damit den Strom aus einem zusätzlichen Generator.

Umgekehrt können die Batterien beim Ansteigen der Frequenz automatisch aus dem Netz aufgeladen werden. Sie übernehmen dann die Funktion eines zusätzlichen Stromverbrauchers. Sind die Batterien zu mindestens 90 Prozent geladen, stellen sie bis zu 15 Minuten lang über 1000 Ampere bereit. In dieser Zeit kann eine der schnell startenden Gasturbinen auf volle Leistung gebracht werden. Regelturbinen, die bisher im Leerlauf – aber mit vollem Brennstoffverbrauch – zur Überbrückung dieses Zeitraums mitdrehen mußten, sind so überflüssig geworden. Bei Störungen im Netz läßt sich die Leistung des Speichers sogar kurzzeitig noch steigern, so daß er dann auch die Funktion eines Notstromaggregats übernehmen kann.

Als Batterien verwendet man in Berlin Bleiakkumulatoren, die ähnlich wie die viel kleineren Fahrzeugbatterien arbeiten. Ein automatisches Wassernachfüllsystem und ein besonders großer Auffangraum für den entstehenden Batterieschlamm machen die ganze Anlage fast wartungsfrei.

Das Berliner Stromversorgungs-Unternehmen Bewag will deshalb jetzt die bisher zur Frequenzregelung eingesetzten Generatoren abschalten. Sie sind technisch veraltet und erfordern neben einem hohem Bedienungsaufwand auch eine intensive Wartung. Außerdem können in die zugehörigen Kessel keine Filter zur Abgasreinigung eingebaut werden.

Kostengünstiger Betrieb

Weil Berlin nicht an das Stromverbundnetz der Bundesrepublik angeschlossen ist, lassen sich die alten Generatoren, wie sonst üblich, nicht durch den Stromaustausch mit benachbarten Versorgungsgebieten ersetzen.

Der 25 Millionen Mark teure Batteriespeicher arbeitet wesentlich billiger als eine vergleichbare Kraftwerkseinheit. Bei positiven Erfahrungen will man daher in Berlin weitere ähnliche Anlagen bauen. Interesse haben inzwischen auch schon andere Stromversorger angemeldet. Inselnetze wie in Berlin gibt es beispielsweise auch in Singapur, Hongkong und in Israel.

Über 15 Millionen Fluggäste 1986 sind ein schönes Kompliment. Wir danken für Ihr Vertrauen.



Lufthansa

Kardinal Joseph Höffner wird morgen 80 Jahre alt / In einem WELT-Interview äußert er sich zu Fragen der Zeit

„Vielleicht haben wir in den letzten Jahren zu viel diskutiert und genörgelt“



FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Unter den 145 Kardinälen der Weltkirche nimmt er einen hochgeachteten Platz ein: Der Theologe und Wirtschaftswissenschaftler Joseph Höffner vollendet morgen sein 80. Lebensjahr. Der Bauernsohn aus dem Westerwald, einer der Väter der dynamischen Rente, ist Erzbischof von Köln und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. Mit Höffner sprach Gernot Facius

Herr Kardinal, Sie sind kurz vor Ihrem 80. Geburtstag in 14 Tagen um die Welt gereist. Mit Ihrer Kondition haben Sie jüngere Reisebegleiter verblüfft. Ganz schlicht die Frage: Wie schaffen Sie das?

Höffner: Gott hat mir die entsprechenden Voraussetzungen bis ins hohe Alter hinein geschenkt. Dafür bin ich sehr dankbar. Ich habe diese Reise in Hoffnung und großer Zuversicht angetreten. Man kann selbst dazu beitragen, daß ein solches Programm bewältigt wird. Hier spielt der Schlaf, die richtige Ernährung, aber auch eine innere Gelassenheit eine große Rolle.

Ihre Äußerungen in Mittelamerika sind hierzulande stark beachtet worden. Aussagen wie die, arme Länder bräuchten ihre Schulden bei reichen Industrienationen nicht zurückzuzahlen, wenn es für sie unzumutbar sei, haben Verwunderung erregt. Die gängige Einschätzung: Ansichten, die man in Mittelamerika vom Vorsitzenden der Bischofskonferenz der als überwiegend „konservativ“ eingestuften Kirche in Deutschland nicht erwartete. Resultieren diese Bemerkungen aus dem Eindruck vor Ort, oder sind sie Bestandteil Ihrer politisch-ökonomischen Philosophie?

Höffner: Was ich in den einzelnen Ländern gesagt habe, ist natürlich in die konkrete Lage vor Ort hineingesprochen. Andererseits finden sich aber viele grundsätzliche Aussagen und Überlegungen in meiner vor mehr als zwanzig Jahren erschienenen „Christlichen Gesellschaftslehre“ wieder. Das hängt damit zusammen, daß die christliche Soziallehre normative Vorgaben kennt, die dann konkretisiert werden müssen. Die Unverzichtbarkeit des „normativen Charakters“ der christlichen Gesellschaftslehre wird immer deutlicher und bestärkt die Glaubwürdigkeit kirchlicher Aussagen.

Die „Befreiungstheologie“ hat Sie in den vergangenen Jahren stark beschäftigt. Sind Sie während Ihrer jüngsten Reise zu einer anderen Bewertung gekommen?

Höffner: Es gibt mittlerweile verschiedene „Theologien der Befreiung“. Sofern diese Formen auf dem Fundament der christlichen Gesellschaftslehre beruhen, sind sie legitim und notwendig. Auch wenn die Theologie der Befreiung kein einheitliches System darstellt, sondern in verschiedene Richtungen gespalten ist, läßt sich doch ein gemeinsames Anliegen erkennen: Befreiung wird an erster Stelle als Errettung der ausgebeuteten Armen aus gesellschaftlicher Unterdrückung verstanden. Im Hinblick auf das Heilswerk Jesu Christi ist diese Ausrichtung nicht unbedenklich. Es droht die Gefahr, die gültigen Maßstäbe zu verlieren. Jesus Christus hat uns durch sein Leiden und Sterben von der Sünde erlöst und durch seine Auferstehung den Tod überwunden. Er hat allen, nicht einer bestimmten gesellschaftlichen Klasse, das Heil gebracht. Der Glaube an den Auferstandenen ist befreiend, freilich nur dann, wenn er rein und unverkürzt verkündigt wird und von fremden, etwa marxistischen Einschüben, frei bleibt. Letztlich geht es also um die grundlegende Frage, wie sich die Theologie der Befreiung zur Soziallehre der Kirche verhält; denn auch der Katholischen Soziallehre geht es um die Würde und Freiheit des Menschen. Die Verfechter der Theologie der Befreiung haben oftmals ein gestörtes Verhältnis zur Soziallehre der Kirche. Es kümmert sie wenig, daß die Soziallehre der Kirche vom authentischen Lehramt verkündigt wird, während es sich bei der Theologie der Befreiung um die privaten Äußerungen etlicher Professoren handelt. Die Autorität der Soziallehre der Kirche ist aber qualitativ eine andere als die der Professoren.

Es heißt, Sie haben auch gegen den Rat von Kardinal Obando y Bravo das Gespräch mit dem Staatspräsidenten Nicaraguas, Ortega, gesucht. Wollten Sie damit ein Zeichen setzen, daß noch nicht alle Möglichkeiten des Dialogs mit der sandinistischen Führung verschüttet sind?

Höffner: In allen Ländern habe ich immer ohne Einschränkung das Programm der dortigen Bischofskonferenz übernommen, deren Gast ich war. Es ist für mich überhaupt nicht denkbar, einen solchen Besuch gegen den Willen von Kardinal Obando zu machen. Meine Reise in die verschiedenen Länder hatte zum Ziel, ein persönliches Zeichen der Solidarität mit den Kirchen in Lateinamerika zu setzen. Weiter ging es darum, Eindrücke vor Ort zu gewinnen und mich zur Kollegialität mit den Bischöfen zu bekennen. In Nicaragua ist das Leben der Kirche sehr stark behindert. Der Radiosender ist verboten, es gibt keine Kirchenzeitung, die sandinistischen Jugendverbände sind antikirchlich ausgerichtet. Hinzu kommt die Ausweisung vieler Priester und des Bischofs Vega. Der Versuch des Regimes, die Kirche zu spalten, ist nicht zu übersehen. Ich habe aber die feste Überzeugung gewonnen, daß die Kirche selbst stark genug ist, die Einschränkungen und Bedrohungen zu bestehen. *Das Volk in seiner überwiegenden Mehrheit steht treu auf seiten der Kirche.* In der Zukunft wird es für dieses Land darauf ankommen, daß der Dialog zwischen Staat und Kirche fortgesetzt wird. Bisher sind von seiten der Regierung leider keine konkreten Schritte erfolgt, weil zuerst das grundsätzliche Verhältnis geklärt werden soll. Es war nicht zu übersehen, wie sehr das nicaraguanische Volk darunter leidet, in den Ost-West-Konflikt hineingezogen zu sein. Sein sehnlichster Wunsch ist es, einen eigenen Weg frei von äußeren Einflüssen zu gehen. So wird es beispielsweise abgelehnt, daß Schulkinder zur Ausbildung nach *Kuba geschickt werden, weil man eine* Indoktrinierung befürchtet.

1986 war ein Jahr bitterer Erkenntnisse: Stichwort Challenger, Tschernobyl, Umweltkatastrophen am Rhein ...

Höffner: Die wissenschaftliche und technische Beherrschung der Natur ist lange Zeit als großartige Leistung des menschlichen Geistes gerühmt worden. Wissenschaft und Technik, so meinten viele, hätten die Zauberformel gefunden, mit der alle Rätsel der Natur und des Menschen gelöst werden könnten.

Inzwischen wird der Stolz auf den technischen Fortschritt mehr und mehr von der Angst vor seinen Folgen verdrängt. Es zeigt sich, daß die für das technische Zeitalter charakteristische Art und Weise der Beherrschung der Natur im Grunde auf einem gestörten Verhältnis zur Natur beruht.

Um nicht mißverstanden zu werden: die katholische Kirche ist keineswegs technikfeindlich, sie verschließt auch nicht die Augen vor wirklichem Fortschritt. Doch die Kirche muß vor Grenzüberschreitungen warnen, die dem Menschen nicht zustehen. Wissenschaft und Technik müssen Diener des Menschen sein; der Mensch darf nicht zu ihrem Sklaven werden. Entscheidend ist, ob es gelingt, das gestörte Verhältnis der Menschen zur Natur zu überwinden. Die Natur ist – wie auch der Mensch – Gottes Geschöpf: in ihr erkennen wir „Gottes Spur“. Gott liebt seine Schöpfung. Deshalb darf auch der biblische Auftrag, der Mensch mache sich die Erde untertan, nicht so verstanden werden, als dürfe der Mensch die Natur „vergewaltigen“ und sie ausbeuten. Mensch und Natur bedürfen eines partnerschaftlichen Verhältnisses zu- und miteinander. Die Heilige Schrift mahnt uns, die Erde nicht zu zerstören, sondern zu „bebauen und zu hüten“.

> **„Die Menschen erkennen immer mehr, daß sie nicht alles tun dürfen, was sie tun können. Sie haben erkannt, daß es unüberschreitbare Grenzen gibt. Hierin kann der Ansatz eines Bewußtseinswandels liegen“**

Erkennen Sie einen Bewußtseinswandel, der auch zu einer Wiederbelebung religiös-sittlicher Haltung führen kann?

Höffner: Die Menschen erkennen immer mehr, daß sie nicht alles tun dürfen, was sie tun können. Sie haben erkannt, daß es unüberschreitbare Grenzen gibt: Grenzen der Technik, Grenzen des Fortschritts, Grenzen des Konsums. Hierin kann der Ansatz eines Bewußtseinswandels liegen. Charakteristisch für unsere Zeit scheint mir die „totale Diskussion“ zu sein, die vor keinem überkommenen Wert halt macht, sondern alles erörtert und in Frage stellt, was bisher als heilig galt. Eine verwirrende Vielfalt und Gegensätzlichkeit der Anschauungen über letzte Lebensfragen stürmt auf die Menschheit ein. Auf dem Markt der Lebens- und Weltdeutungen herrschen reges Angebot und lebhafte Nachfrage, aber noch größerer Verschleiß. Aufgabe der Kirche ist es, in der Welt gegenwärtig zu sein, sich mit der Welt einzulassen. Dies ist *von jeher für die Kirche ein Wagnis* gewesen. Dabei verstehe ich Wagnis im Doppelsinn einer Entscheidung, die zur Gefährdung, aber auch zur Befreiung führen kann; Wagnis ist zugleich Chance. Die Kirchenfremden werden nur dann zurückgewonnen werden können, wenn von den Kerngemeinden eine missionarische Kraft ausgeht. Eine Zelle der Erneuerung muß vor allem die katholische Familie sein. Die Erfahrung lehrt, daß hohe Ideale auch heute die Menschen, vor allem die Jugendlichen, zu begeistern vermögen. Vielleicht haben wir in den letzten Jahren zuviel diskutiert, kritisiert und genörgelt und zu wenig gebetet und zu wenig Begeisterung für Christus und die Kirche ausgestrahlt.

Der letzte Katholikentag in Aachen war ein überragendes Zeugnis dafür, daß die Menschen begriffen haben, worum es geht. Ihre Begeisterung hat gezeigt, wie sehr sie die Gemeinschaft der Kirche, des „Volkes Gottes auf dem Weg“ schätzen und bereit sind, die Zukunft aus dem Glauben zu gestalten. Aachen wurde zu einer Stadt der Begegnung: der Begegnung mit dem Ursprung, und zugleich der Begegnung miteinander.

„Bewahre das Leben“ – dieses Motto prägt seit dem Katholikentag 1982 in Düsseldorf die Diskussion in der Kirche. Die Thematik wird also nicht eingegrenzt auf die 218-Debatte. Bleibt diese Problematik das alles überwölbende Thema der nächsten Jahre?

Höffner: Der Schutz des Lebens ist die Herausforderung unserer Zeit. Die Deutsche Bischofskonferenz hat deshalb gemeinsam mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken im Jahre 1982 die Initiative „Wähle das Leben“ bundesweit gestartet. Ziel dieser Bewegung ist es, auf die vielfältigen Bedrohungen menschlichen Lebens aufmerksam zu machen und ein neues Bewußtsein vom Wert und von der Würde des Lebens zu fördern. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß neuere demoskopische Umfragen eine Bewußtseinsänderung in der Bevölkerung bereits feststellen konnten. So weiß die Mehrheit der Bevölkerung heute, daß bei einem Schwangerschaftsabbruch ein wirklich lebender Mensch getötet wird. Die alte Auffassung, bei einem Embryo handele es sich ja nur um einen „Zellklumpen“, wird aufgrund der wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht mehr vertreten. Es kommt jetzt darauf an, daß die neu gewonnenen und bewußt gewordenen Einsichten auch zu einer Änderung der unhaltbaren gegenwärtigen Praxis führen.

Lebensschutz bedeutet aber auch Schutz des kranken, alten und sterbenden Menschen. Inhuman handelt, wer als Arzt die Tötung auf Verlangen durchführt. Das strafgesetzliche Verbot einer solchen Tötung ist Ausdruck der Achtung und Würde des Menschen. Es bewahrt Sterbende vor der Verfügbarkeit durch Dritte. Die katholische Kirche lehrt, daß es zwischen dem Sterbenlassen und dem aktiven Herbeiführen des Todes keinen fließenden Übergang gibt. Im ersten Fall handelt es sich um passive Sterbehilfe, im zweiten um absichtliche Tötung. Der Arzt wird dem sterbenden Patienten durch menschliche Zuwendung helfen und seine Schmerzen lindern. Er ist nicht verpflichtet, Maßnahmen der Lebensverlängerung durchzuführen, wenn der Tod nach ärztlicher Erkenntnis sicher bevorsteht. In besonderer Weise ist heute also die ärztliche Ethik gefordert, *wenn es sich um Fragen des* Beginns und um das Ende des menschlichen Lebens handelt.

Die Diskussion um die Gen-Technologie hat auch die politische Ebene erreicht. Wo müssen die Politiker hier Grenzen markieren?

Höffner: Auch für die politisch Handelnden gilt die ethische Einsicht: „Der Mensch darf nicht alles machen, was er machen kann.“ Nach dem heute weithin geltenden Wissenschaftsverständnis soll die Wissenschaft „wertfrei“ sein, woraus man folgert, daß Werte und Normentscheidungen nicht zum Inhalt des wissenschaftlichen Prozesses gehörten. Hier zeigt sich ein fundamentales Problem: Wissenschaft, die eine Beherrschung des von ihr erschlossenen Bereichs gestattet und es zugleich ausdrücklich ausschließt, die regelnden sittlichen Normen für diese Beherrschung zu erbringen, begibt sich unter den Einfluß fremder Lenkung und gerät so in Gefahr, beliebig von außen manipuliert zu werden und – was noch schlimmer ist – mitzuhelfen, den Menschen zu manipulieren.

Die Kirche stellt sich schützend vor die Würde des Menschen, die heute durch ideologische, publizistische, pädagogische, chemische und medizinische Manipulation bedroht ist. Es sollte uns bedenklich stimmen, daß die Manipulation von der Pille über Sterilisation, Abtreibung, künstliche Zeugung, in den jüngsten Diskussionen bis hin zur Ermordung siecher Menschen und zur Mensch-Tier-Kreuzung ausgedehnt wird. Was die Möglichkeiten gentechnologischer Eingriffe betrifft, so sind Experimente mit Embryonen ethisch nicht erlaubt. Therapeutische Maßnahmen, die dem ausschließlichen Zweck der Heilung dienen, sind möglich, wenn der Aufwand in einem entsprechenden Verhältnis zu den Erfolgsaussichten steht.

Die Zahlen, die wir aus Umfrageergebnissen kennen, weisen einen Schwund an kirchlichen Bindungen nach. Ist im Gegenzug ein „qualitatives Wachstum“ zu erkennen?

Höffner: Zunächst sollte man bedenken, daß die Lage der Kirche nicht überall so ist wie bei uns. Die Gewichte verlagern sich immer mehr von der nördlichen auf die südliche Halbkugel der Erde. Dort herrscht vielfach ein erstaunlicher Aufbruch der Kirche. Die Zahl der Katholiken nimmt jährlich um 15 Millionen zu, allerdings nicht bei uns, sondern in anderen Erdteilen. Es läßt sich nicht leugnen, daß bei uns die Wandlungsprozesse der letzten Jahrzehnte auch krisenhafte Züge tragen. Nach meiner Überzeugung ist die Not der Kirche eigentlich keine Krise, die innerkirchlich aus dem Ringen um den rechten Glauben entstanden wäre, wie es etwa bei den christologischen und trinitarischen Auseinandersetzungen der ersten christlichen Jahrhunderte oder im Streit um die Ikonenverehrung oder in den Auseinandersetzungen um die Rechtfertigung der Reformationszeit der Fall gewesen ist. Die gegenwärtige Krise der Kirche ist vielmehr weithin durch das Einbrechen der säkularisierten Welt in die Kirche, vor allem in der Form einer maßlosen Emanzipation, des Subjektivismus, des Horizontalismus, des Verharmlosens der Sünde zum „abweichenden Verhalten“ und des Konsumismus bedingt, wenn auch hinter diesem Verhalten ein gestörtes Verhältnis zu Gott steht. Besonders der Traditionsbruch der Jahre 1969 bis 1973 hat sich verhängnisvoll ausgewirkt. Eine schwere Lebenskrise ist über unser Volk gekommen. Mehr Särge als Wiegen, jährlich 130 000 Ehescheidungen, das massenhafte Umbringen ungeborener Kinder, Alkoholismus, Drogensucht, Krise der sittlichen Vorstellungen usw. Auf die Frage, wie das nichteheliche Zusammenleben von Männern und Frauen zu beurteilen sei, sagten 1967 65 Prozent der 18- bis 21jährigen Frauen: „Das geht zu weit.“ 1973 waren es nur noch zwei Prozent.

Das alles bleibt einem Volk nicht in den Kleidern hängen. Aber es gibt auch Hoffnungsvolles: Das Bewußtsein für eine weltweite Verantwortung ist in der Kirche gewachsen. Insbesondere die Jugend ist bereit, sich uneigennützig für die Lebensnöte der Menschen in den Ländern der Dritten Welt einzusetzen, aber auch hier bei uns. Der Aachener Katholikentag hat das überzeugend belegt. Die Menschen sind nachdenklicher geworden. Sie haben erkannt, daß wir in vielen Bereich an unüberschreitbare Grenzen gekommen sind: Grenze des Machens, Grenze des Fortschritts, Grenze des Überlebens in einer von der Selbstzerstörung bedrohen Welt. Die Frage nach dem Sinn wird heute nicht mehr nur gestellt, sondern vielfach auch aus dem Glauben der Kirche beantwortet.

Positive Aspekte, die sich auch auf ein „qualitatives Wachstum“ auswirken, sehe ich einerseits im Ernstnehmen der Welt und ihrer vielfältigen Bedrohungen, andererseits in der unverkürzten Verkündigung der Frohbotschaft Jesu Christi. Diese Botschaft ist für unsere Welt das Aktuellste, was es gibt. Die Kirche ist zwar nicht „von“ dieser Welt, sie lebt und wirkt aber „in“ dieser Welt.

„Frieden“ wird, dieser Eindruck drängt sich auf, manchmal zum politischen Kampfbegriff. Die Kirche bleibt von den Spannungen nicht verschont. Wie definieren Sie den Begriff des Friedens am Ausgang des 20. Jahrhunderts?

Höffner: Die Hoffnung auf den „Ewigen Frieden“ verstellt den Christen nicht den Blick auf den Frieden in dieser Zeit. Im Gegenteil, die Erwartung des „Ewigen Friedens“ ist der stärkste Antrieb zum Dienst am Frieden in den irdischen Bereichen. Seit dem Beginn der Neuzeit hat die Friedensidee weithin ihre religiöse Grundlage verloren. Gerade dadurch wurde sie anfällig für Ideologie, Demagogie und Manipulation. Politische Klugheit und geschicktes Paktieren vermögen letztlich den Frieden nicht zu erhalten. „Alle Versuche“, so schrieb Max Horkheimer 1970, „die Moral anstatt durch den Hinblick auf ein Jenseits auf irdischer Klugheit zu begründen ..., beruhen auf harmonistischen Illusionen.“ Der Positivismus vermöge „keine die Menschen transzendierende Instanz“ anzugeben, „die zwischen Hilfsbereitschaft und Profitgier, Güte und Grausamkeit, Habgier und Selbsthingabe unterscheide“. Es gebe „keine logisch zwingende Begründung dafür, warum ich nicht hassen soll, wenn ich mir dadurch im gesellschaftlichen Leben keine Nachteile zuziehe“. Diese Aussage gilt auch für das Verhältnis zwischen den Staaten. Der Friede verwirklicht sich nach christlichem Verständnis als Friede mit Gott, als Friede im eigenen Herzen und als Friede unter den Menschen.

Wie ist Ihr Standpunkt in der Diskussion um ein „Friedenskonzil“, wie es von evangelischer Seite angeregt worden ist?

Höffner: In der Tradition der katholischen Kirche ist der Begriff des Konzils mit spezifischen Inhalten gefüllt. Dieser Begriff läßt sich nicht auf andere Zusammenkünfte übertragen, da bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Mit seiner Einladung an die Vertreter aller christlichen Konfessionen und an die Repräsentanten der Weltreligionen durch Papst Johannes Paul II. zu einem Gebetstreffen in Assisi ist aber deutlich geworden, daß die katholische Kirche das Anliegen eines „Friedenstreffens“ nicht nur teilt, sondern nach Kräften unterstützt und mitträgt. Das Gebetstreffen vom 25. Oktober in Assisi war ein erster Impuls, das Thema des weltweiten Friedens an der Schwelle zum dritten Jahrtausend wirklich ökumenisch, das heißt „weltweit“, zu aktualisieren.

Sie haben immer ein besonders enges Verhältnis zur Kirche in Polen gepflegt. Man sagt Ihnen nach, Sie seien es gewesen, der die Weichen für die Wahl des heutigen Papstes gestellt hat. Welchen Ratschlag geben Sie Ihren Glaubensbrüdern in Polen in der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche dieser Tage?

Höffner: Ich kann natürlich nichts darüber sagen, was im Konklave zur

> **„Die Krise des Vertrauens vieler Bürger zu den Politikern und zahlreicher Politiker untereinander ist gefährlich. Man sollte Andersdenkende nicht durch höhnische Ironie und zynischen Spott verletzen.“**

Papstwahl 1978 geschehen ist. Den Kardinal von Krakau, Karol Wojtyla, kannte ich längst vor dem Konzil. Wir waren gemeinsam Mitglied in mehreren römischen Kongregationen. Und jedesmal ist man dann eine Woche lang zusammen, mit etwa 20 Kardinälen und Bischöfen, da lernt man sich kennen. Ich habe es sehr begrüßt, daß Kardinal Wojtyla zum Papst gewählt worden ist, und zwar aus zwei Gründen. Ich habe ihn kennengelernt als einen Menschen, Priester und Bischof, von dem eine begeisternde Wirkung auf die Menschen ausgeht. Heute nun, nachdem er Papst ist, spüren wir alle, wie sehr der Heilige Vater ein Zeichen der Einheit der Kirche ist. In einer so zerrissenen Welt, wie wir sie heute haben, politisch und militärisch und wirtschaftlich, bedeutet es schon eine übermenschliche Leistung, 886 Millionen Gläubige im selben Glauben, in derselben Liebe zusammenzuhalten. Gott hat diesen Papst mit dem Charisma ausgestattet, diese Leistung zu vollbringen.

Noch aus einem zweiten Grund habe ich die Wahl begrüßt: Kardinal Wojtyla stammt aus einem Land jenseits der eisernen Vorhänge. Diese Tatsache halte ich für die Zukunft der Kirche für sehr bedeutsam, weil an der Spitze der katholischen Kirche jemand steht, der die Verhältnisse in diesen Ländern kennt. Als Papst lebt er in Rom, in der anderen, der westlichen Welt. Er hat aber die gesamte Erfahrung der östlichen Welt und auch die kulturellen und sprachlichen Verbindungen in dieses Amt integriert. Wir alle müssen dankbar für diesen Papst sein.

Es wäre vermessen, aus meiner Sicht, aus der Sicht der westlichen Welt, den Glaubensbrüdern in Polen einen Ratschlag in der Frage der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche zu geben. Das, was unsere Glaubensbrüder in Polen brauchen, ist der sichtbare und wirksame Ausdruck von Solidarität und Hilfe.

Der Papst hat sich für 1987 in Deutschland angesagt. Seine Visite 1980 stand stark unter ökumenischen Aspekten. Können Sie kurz Ihre Erwartungen an die Reise von Johannes Paul II. formulieren?

Höffner: Wenn der Papst im Mai 1987 nach Deutschland kommt, besucht er einzelne Bistümer auf Einladung der jeweiligen Bischöfe. Streng genommen müßten die Erwartungen also von denen formuliert werden, die den Papst zu einem Besuch eingeladen haben. Ich bin davon überzeugt, daß auch diese zweite Pastoralreise des Papstes nach Deutschland zu einem überwältigenden Ereignis wird, das uns alle in der Einheit des Glaubens stärkt und uns dazu aufruft, Zeugen christlicher Liebe zu sein. Die Impulse, die ein Papstbesuch vermittelt, sind nicht von heute auf morgen festzustellen, sondern haben eine langfristige Wirkung, wie auch der erste Besuch des Heiligen Vaters bei uns im Jahre 1980 gezeigt hat.

Am 25. Januar wird ein neuer Bundestag gewählt. Im Sommer haben Sie mit Bemerkungen über die Grünen große Aufmerksamkeit erregt. Vielfach wurde Ihre Position verkürzt dargestellt. Werden Sie sich als Vorsitzender der Bischofskonferenz noch einmal mit einem besonderen Wort an die Wähler wenden? Welche konkreten Forderungen stellen Sie an die Politik?

Höffner: Ich bin erstaunt, daß das Interview vom vergangenen Sommer für einen solch großen Wirbel gesorgt hat. Denn auch davor hat ja die Kirche ihren Standpunkt zu Fragen des Lebensschutzes unmißverständlich deutlich gemacht. Ich erinnere an die Stellungnahmen zu Gewerkschaftsbeschlüssen und zu den Äußerungen des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes. Es gilt klar festzustellen: Aufgabe des kirchlichen Amtes ist es, für die Würde des Menschen, für Gerechtigkeit und Liebe unter den Menschen, Rassen und Völkern, für den Frieden in der Welt und für ein maßvolles Umgehen mit den Kräften und Schätzen der Natur einzutreten. Hier handelt das kirchliche Amt kraft seiner Verkündigungsautorität, nicht kraft einer irgendwie verstandenen politischen Vollmacht.

Von der Verantwortung des kirchlichen Amtes im politischen Bereich ist die Zuständigkeit der *einzelnen* Gläubigen oder der Gruppen von Gläubigen zu unterscheiden. Die christlichen Staatsbürger sind berechtigt, sich nach den Grundsätzen ihres Glaubens politisch zu betätigen. Es wäre kränkend, wenn man von den christlichen Bürgern verlangen würde, ihren Glauben im politischen Bereich aufzugeben und nach sonstigen – nicht christlichen – Leitbildern zu handeln. Die Gläubigen werden die Botschaft Christi, wie das zweite Vatikanische Konzil sagt, „an jenen Stellen und in den Verhältnissen gegenwärtig und wirksam machen, wo die Kirche nur durch sie Salz der Erde werden *kann*“. Dabei werden sie sich an den christlichen Grundsätzen ausrichten, im übrigen jedoch in eigener Verantwortung handeln. In diesem grundsätzlichen Sinne halte ich auch ein Wort der Deutschen Bischofskonferenz zur kommenden Bundestagswahl für denkbar.

Forderungen an die Politik zu stellen bedeutet, Anforderungen an Politiker zu formulieren. So wurden beispielsweise in früheren Jahrhunderten für die verschiedenen Stände Leitbilder aufgestellt, so daß sich der Leser wie in einem Spiegel prüfend betrachten konnte. Heute sind manche der Auffassung, es sei kaum möglich, das *Ethos des Politikers*, das heißt das Insgesamt seiner moralischen, das politische Handeln bestimmenden Überzeugungen, zu umschreiben. Die Politik verderbe nämlich den Charakter, so sagt man. Bei den Politikern sei ein Gesichtsverlust zu beklagen. Skandale und Korruptionsfälle hätten zu einer Krise des Vertrauens geführt. Wenn ich einen „Politikerspiegel“ aufstelle, so sollte er folgende sieben Züge aufweisen:

1. Charakterfestigkeit
2. Bekenntnis zu sittlichen Grundwerten
3. Schöpferische Kombinationsgabe
4. Sachlichkeit, Nüchternheit und Gelassenheit
5. Dienstbereitschaft
6. Mut zu unpopulären Entscheidungen
7. Bereitschaft zum Miteinander.

Die Krise des Vertrauens vieler Bürger zu den Politikern und zahlreicher Politiker untereinander ist gefährlich. Nur die sachliche Auseinandersetzung hilft weiter. Bei aller Entschiedenheit im Vertreten der eigenen Meinung sollte man Andersdenkende nicht durch höhnische Ironie und zynischen Spott persönlich verletzen, sondern miteinander das Wohl des Volkes anstreben und dabei auch zur Versöhnung und zum Kompromiß bereit sein.

Computer statt Kollegheft

DW. Stuttgart

Die Universitäten Stuttgart und Tübingen haben einen gemeinsamen Forschungsschwerpunkt „Maschinelle Sprachverarbeitung" eingerichtet; das Land bewilligte dafür zwölf zusätzliche Personalstellen und Sachmittel in Höhe von 1,55 Millionen Mark. In der Bundesrepublik gibt es bereits zwei solcher Zentren in Saarbrücken und Hamburg. Die Errichtung eines weiteren wird vom Bundesforschungsministerium geplant. Die internationale Forschung auf diesem Gebiet ist weit vorangeschritten, vor allem in den USA und Japan. Entsprechende Institute, die meist eng mit der Industrie kooperieren, wurden jetzt auch in Edinburgh, Marseille, Toulouse und Paris gegründet. An der Universität Karlsruhe wurde im Sommer ein „Braille-Butler" entwickelt. Hier können mithilfe einer auf die Blindenschrift Braille ausgerichteten Tastatur Texte in einen Rechner eingegeben werden. Dies ermöglicht beispielsweise blinden Studenten die Mitschrift von Vorlesungen, die sich in Braille ausdrucken lassen. Zur Zeit wird in Karlsruhe an Vorleseautomaten gearbeitet, die auch nicht in Blindenschrift erstellte Texte erfassen.

Frist bei der ZVS läuft

DW. Dortmund

Ein wichtiger Termin: Wer im Sommersemester in einem Numerus-clausus-Fach sein Studium aufnehmen will, muß sich bis spätestens 15. Januar bei der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) bewerben (Sonnenstraße 171, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231/10811). Für das Sommersemester 1987 rechnet die ZVS mit insgesamt 43 000 Antragstellern. Rund 18 600 junge Leute werden sich dabei um 4700 Studienplätze in Medizin und Zahnmedizin bewerben, die nach verschiedenen Quoten (Mischnote aus Abitur und Test, Wartezeit, Auswahlgespräch an Hochschulen) vergeben werden. Die erwarteten 11 000 Interessenten für die Fächer Betriebs- und Volkswirtschaft sowie Jura haben zwar den Studienplatz schon jetzt sicher, möglicherweise jedoch nicht an der Wunsch-Uni. Auch sie müssen sich in Dortmund bewerben. In Biologie, Forstwissenschaft, Haushalts- und Ernährungswissenschaft, Lebensmittelchemie, Pharmazie und Psychologie werden 60 Prozent der Plätze nach der Abiturnote, 40 Prozent nach der Wartezeit vergeben.

Studium Außenwirtschaft

DW. Nürnberg

Die Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule Nürnberg bietet als erste in Bayern im Fachbereich Betriebswirtschaft einen neuen Schwerpunkt „Außenwirtschaft" an. Im 7. und 8. Semester werden in insgesamt zwanzig Semesterwochenstunden internationales Marketing, internationale Finanzierung, Außenwirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht und technische Abwicklung von Auslandsgeschäften als Teildisziplinen angeboten. Fallstudien und Planspiele sind obligatorisch. Es wird empfohlen, zumindest eine der Wirtschaftssprachen Englisch oder Französisch zu belegen. Eines der beiden Praxissemester soll im Ausland verbracht werden. Basis dafür ist die Partnerschaft mit der Ecole Supérieure de Commerce in Toulouse; mit Hochschulen in Großbritannien befinden sich ähnliche Absprachen in Vorbereitung. Auskünfte: Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule, Keßlerplatz 12, 8500 Nürnberg 21, Telefon 0911/5880-1.

WHU: Bewerbungsschluß

DW. Koblenz

Wer an der privaten, staatlich anerkannten „Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung" (WHU) in Koblenz im kommenden Wintersemester studieren möchte, muß sich einem Auswahlwettbewerb unterziehen. Bewerbungsschluß hierfür ist der 10. April. Über die näheren Einzelheiten und den Studienaufbau informiert eine kostenlose Broschüre. Die Studiengebühren erhebende Stiftungshochschule (5000 Mark pro Semester, ca. 20 Prozent Freiplätze) bietet den ersten deutschen Vollstudiengang Unternehmensführung in acht Semestern an. Integriert sind Auflandsaufenthalte. Auskünfte: WHU, 5400 Koblenz, Zwickauer Str. 23.

Die Bundespost als Mäzen

DW. Essen

Die Bundespost hat für die Universität-Gesamthochschule Essen die Spendierhosen angezogen. Im Rahmen eines Forschungsvertrags zur Anwendung von Bildschirmtext-Datenbänken wurde ein Großrechner zur Verfügung gestellt. Als erste europäische Hochschule hat Essen in einem Bild Text-Informationssystem universitätseigene Datenbänke auch für externe Benutzer zugänglich gemacht. Die Informationen können mit Hilfe der überregionalen EDV-Netze, vor allem das Bildschirmtext-System der Post, über Telefonanschluß abgerufen werden. Premiere für den Einsatz des Großrechners ist der 17. Februar, anläßlich des Kongresses „Neue Medien".

Samstags: Die Serviceseiten Beruf-WELT. Die Hochschul-WELT erscheint jeden Dienstag in Zusammenarbeit mit dem RCDS.

Jedem Fünften macht Studieren einen Heidenspaß

Aber allgemein kritisiert werden die spröden Kontakte zu Professoren / Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung

Von CHRISTIAN GEYER

Glaubt man den Ergebnissen der soeben veröffentlichten 11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, dann macht Studieren nicht selten einen Heidenspaß. Die Mehrheit der befragten Jungakademiker gibt an, damit „mehr oder weniger" zufrieden zu sein. Jeder Fünfte fühlt sich in der Alma Mater nahezu geborgen wie in Abrahams Schoß und wähnt sich „sehr zufrieden". Doch immerhin ein Sechstel der Kommilitonen äußern sich „unzufrieden" bis „sehr unzufrieden" über ihre Arbeit.

Woran immer es liegen mag: Am glücklichsten sind die Mediziner. Ansonsten ist das „Zufriedenheitsgefühl" beim Studium relativ fachunabhängig. Auch in Disziplinen mit katastrophalen Berufsaussichten gibt es die unverdrossen Fachmotivierten, die sich die gute Laune nicht nehmen lassen. Eine Ausnahme bilden die Lehramtsstudenten, bei denen die äußerst düsteren beruflichen Perspektiven schon einmal eher auf die Psyche drücken. Aber viele von ihnen sind stark auf ihre Laufbahn fixiert und wollen nur ungern umsatteln.

Unabhängig davon entschlossen sich 21 Prozent aller Studierenden zu einem Fachwechsel. An wissenschaftlichen Hochschulen tendiert man – mit 23 Prozent – häufiger dazu als an Fachhochschulen (13 Prozent), und dies eher in geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Richtungen (32 Prozent) als in technischen Disziplinen (10 Prozent). In den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, die schon bei den Anfängern stark gefragt sind, ist der Stamm der „Zuwechsler" mit 15 Prozent relativ am höchsten. Grund: Hier locken zumindest für überdurchschnittliche Absolventen gute Berufsperspektiven. Die Mediziner verzeichnen eine nach wie vor hohe absolute Fachwechselquote (29 Prozent).

So zufrieden die jungen Akademiker auch immer mit ihrer Arbeit sein mögen, die „Studieneuphorie" sinkt, je mehr Semester man sich auf den Buckel lädt. Ältere Kommilitonen, die ihre Abschlußprüfung womöglich schon seit Jahren vor sich herschieben oder den Hörsaal als Fluchtburg vor der steifen Brise des Berufsalltags betrachten, fallen hier vor allem negativ aus dem Rahmen.

An den Unis werden besonders die spröden Kontakte zu den Dozenten und die didaktisch mangelhafte Vermittlung des Lehrstoffes kritisiert. Fast alle Studenten nehmen die Hochschule dort ins Visier, wo es um den Brückenschlag zur Arbeitswelt geht. Bemängelt werden praxisfremde Vorlesungen, Scheu vor der eindeutigen Leistungsbeurteilung und vor allem die schwach ausgeprägte Bereitschaft der Uni, Zusatzqualifikationen zu vermitteln und beim Knüpfen beruflicher Kontakte zu helfen.



Die Neigung zur Untermiete nimmt ab. Hochgeschätzt wird die Nestwärme der eigenen vier Wände
FOTO: HANS JÜRGEN FRATZER

Da tritt so mancher die Flucht an eine andere Hochschule an, obwohl mindestens einmaliger Wechsel des Studienorts heute längst nicht so selbstverständlich ist wie in früheren Generationen. 17 Prozent der Befragten haben indes diesen Schritt vollzogen. Am attraktivsten erweisen sich dabei die Universitäten mit altehrwürdiger Tradition. Besonders wechselfreudig sind Mediziner (28 Prozent).

Dabei spielt sicher eine Rolle, daß viele im Zuge des zentralen Zulassungsverfahrens nicht auf Anhieb an der Wunsch-Hochschule einen Platz erhalten haben. Aber es folgen auf Nummer zwei die Sprach- und Kulturwissenschaftler (19 Prozent), die ja von einem generellen Numerus clausus verschont sind. Am bodenständigsten sind die Natur- und Ingenieurwissenschaftler, von denen nur 11 bzw. 8 Prozent den Studienort wechseln.

Sehr hoch veranschlagt die heutige Studentengeneration die Nestwärme der eigenen vier Wände. Gestiegen ist die Zahl der (vor allem männlichen) Kommilitonen, die bei ihren Eltern wohnen bleiben. Ob aus Familiensinn, finanzieller Notwendigkeit oder schlicht aus Bequemlichkeit: 26 Prozent der Uni-Besucher und 37 Prozent der Fachhochschüler haben sich in ihrem Elternhaus eingerichtet.

Die eigene Wohnung bleibt freilich mit einem Anteil von 38 Prozent die häufigste studentische Wohnform. Entsprechend abgenommen hat die Tendenz zur Untermiete: 1985 hatten nur noch acht Prozent der jungen Akademiker eine „Bude bei der Wirtin". Zum Vergleich: Ende der fünfziger Jahre waren es 50 Prozent.

Leicht gesunken ist auch die Attraktivität von Wohngemeinschaften. Gegenüber 17 Prozent im Vergleichsjahr 1982 bevorzugen jetzt nur noch 15 Prozent diese Form, ein Unterkommen zu finden. Das Bedürfnis nach dieser Art häuslicher Kommunikation scheint besonders bei den Sozialwissenschaftlern, Psychologen und Pädagogen zu bestehen, von denen jeder vierte einer Wohngemeinschaft angehört, während sich unter den Ingenieurwissenschaftlern lediglich jeder zehnte dafür entscheidet.

Ungeachtet der vielfach konkurrenzlosen Preisgünstigkeit stehen auch Studentenheime nicht auf der Favoritenliste der Wohnungssucher. Der Hang zum „Alleinsein" nimmt zu. Manch einer kapselt sich sogar bewußt von seiner Studienumgebung ab, um sich ganz auf sein Fach konzentrieren zu können. Damit verzichtet er nicht nur auf eine Chance, Arbeit und soziales Leben miteinander in Einklang zu bringen. Auch der fächerübergreifende Gedankenaustausch wird schwieriger. Dies scheint umso bedauerlicher, als immer mehr Studenten über Kontaktschwierigkeiten und depressive Verstimmungen berichten.

Daß 87 Prozent der Befragten über „psychische Probleme" klagen, ist freilich nicht gar so beängstigend, wie es sich auf den ersten Blick ausnehmen könnte. Denn welcher geistige Schwerarbeiter hätte nicht schon einmal das Phänomen der „Konzentrationsschwäche" bei sich verspürt, das die Sozialerhebung gleich neben neurotischen Erkrankungen als „psychisches Problem" einstuft?

In Fragen der Ethik fühlen sich angehende Ärzte im Stich gelassen

Orientierungshilfen für Krisenentscheidungen fallen häufig dem Lehrplan zum Opfer

Die ethischen Grenzen des ärztlichen Handelns werden in der Öffentlichkeit breit diskutiert. Dennoch erhält dieses Thema in der Ausbildung der Medizinstudenten nur selten die ihm gebührende Bedeutung. Viele der angehenden Ärzte fühlen sich mit den ethischen Problemen, vor die sie ihr künftiger Beruf stellt, alleine gelassen. Um diesem Mißstand zu begegnen, erörterte die Hanns-Seidel-Stiftung auf einer Fachtagung jetzt „Grenzfragen medizinischer Ethik am Beispiel der künstlichen Befruchtung".

Gleich zu Beginn des Seminars wurden die dem Thema entwöhnten Studenten – neben Medizinern, Chemikern und Biologen auch Juristen, Philosophen und Theologen – von dem Freiburger Medizinhistoriker Eduard Seidler mit der Frage herausgefordert: Würden Sie bei einer pränatal diagnostizierten Schädigung das Kind so annehmen, wie es ist, oder versuchen, seine Geburt zu verhindern? Hatten doch die wissenschaftlichen Väter des ersten sogenannten Retortenbabys, Edwards und Steptoe, die vorgeburtliche „Qualitätsprüfung" der Embryonen als Hauptzweck der In-Vitro-Fertilisation – wie die Befruchtung außerhalb des Mutterleibs in der Fachsprache heißt – bezeichnet.

In dem Maße, wie die „Machbarkeit des neuen Menschen" zunimmt, verstärkt sich, so Seidlers These, in Teilen der Gesellschaft die Abwehr gegenüber dem körperlich oder geistig behinderten Kind. Aus humangenetischen Beratungsstellen werde berichtet, daß die pränatal diagnostizierte Schädigung fast automatisch zur Abtreibung führt, manchen Behinderten damit von Anfang an das Lebensrecht genommen wird. Für den angehenden Mediziner werfen solche Tatsachen Fragen auf, die er mit seinem Fachwissen allein nicht beantworten kann.

Auf weitere Probleme wies der Erlanger Rechtsmediziner Hans-Bernhard Wuermeling die Studenten hin. Was soll mit den Embryonen geschehen, fragte er, die bei der Reagenzglas-Befruchtung nicht in die Gebärmutter der Frau übertragen werden? Darf man übriggebliebene Embryonen für die Forschung verwenden oder sie gar nur zu diesem Zweck erzeugen? Sie werden während der Experimente „verbraucht" oder am Ende „weggeschüttet".

Ein Student erinnerte zur Verdeutlichung des Problems an das erste außerhalb des Mutterleibes erzeugte „Exemplar": Louise Brown ist heute ein achtjähriges englisches Schulmädchen. Man hat ihr das Recht zum Weiterleben nicht genommen, als sie noch als Zweizellen-Embryo in der Nährlösung eines Reagenzglases schwamm. Die Frage des Studenten: Mit welcher Begründung will man es ihren möglichen Spielkameraden verweigern, die heute in den Labors der Reproduktionsmediziner erzeugt werden?

Doch die Produktion der „überzähligen" Embryonen verschärft nur die ethische Fragestellung nach der prinzipiellen Berechtigung der In-Vitro-Fertilisation, bei der die naturale Einheit von Liebe und Zeugung auseinanderfällt. Schon die Probleme, die sich aus dieser Überlegung ergeben, so bemerkte ein Teilnehmer, stellen den Mediziner vor grundlegende Fragen seines Menschenbildes.

Woher rührt die Scheu der Universitäten, im scharfen wissenschaftlichen Disput die Möglichkeiten für einen Konsens auszuloten? Wer im Sinne Humboldts die Einheit von Lehre und Forschung propagiert, darf aus der Ausbildung nicht unbequeme. der Routine enthobene Fragen ausklammern. Viele Tagungsteilnehmer empfanden es als Zumutung, daß für die Behandlung derartiger Probleme im dichtgedrängten Lehrplan der Studienordnung kein Platz zu sein scheint. Nur wenige Professoren, so wurde beklagt, reagieren auf das ethische Orientierungsbedürfnis der Studenten mit besonderen Seminaren oder Ringvorlesungen. Bleibt also nur die Möglichkeit, sich in einer Arbeitsgemeinschaft mit Gleichgesinnten das Rüstzeug für die unweigerlich bevorstehenden Entscheidungssituationen anzueignen. Dies wäre ein Armutszeugnis für die Medizinischen Fakultäten.

RAINER BECKMANN



Tutorengruppe Anatomie: Wie weit trägt reines Fachwissen?
FOTO: GERHARD E. LUDWIG

Stipendiaten bekommen mehr Geld vom Bund

Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft hat seine mehrfach geäußerte Absicht, sich verstärkt um die Förderung besonders qualifizierter Studenten und junger Wissenschaftler zu bemühen, jetzt in neuen Richtlinien für die acht Begabtenwerke (HOCHSCHUL-WELT v. 28. 10.) in zum Teil erhebliche Verbesserungen umgesetzt. 1986 stehen für die über 10 000 Stipendiaten rund 79 Millionen Mark zur Verfügung.

Die verbesserten Förderrichtlinien erlauben vor allem auf drei Gebieten eine Ausweitung der bisherigen Arbeit. Zunächst unterstützen die Rahmenrichtlinien die Bemühungen um eine verstärkte Förderung der Studenten an Fachhochschulen. Zweitens wird die Graduiertenförderung für alle Ausländer geöffnet, die in der Bundesrepublik Deutschland die Zulassung zur Promotion oder zu einem Aufbaustudium erworben haben.

Drittens können Stipendiaten, die einen Teil ihres Studiums an einer ausländischen Universität verbringen, künftig mit einer realistischeren Anpassung an die in den jeweiligen Gastländern entstehenden zusätzlichen Lebenshaltungskosten und Studiengebühren rechnen. Außerdem ist es jetzt möglich, auch Sprachkurse zur Vorbereitung auf einen Studienaufenthalt im Ausland in die Förderung einzubeziehen.

Für ein Studium in der Bundesrepublik vergeben die Werke Stipendien an deutsche Studenten, wenn deren Begabung und Persönlichkeit besondere Leistungen in Studium und Beruf erwarten lassen. Ausländische Bewerber kommen für ein Stipendium der Deutschen Studentenförderung nur unter bestimmten Bedingungen in Frage, so wenn sie als Asylbewerber anerkannt sind oder wenn sie sich vor Beginn ihres Studiums bereits fünf Jahre in der Bundesrepublik aufgehalten haben und in dieser Zeit erwerbstätig gewesen sind. In der Promotionsförderung gibt es neuerdings dagegen keine Nationalitätsvorgabe.

Die neuen Vergaberichtlinien erlauben auch die Förderung eines Zusatz- oder Aufbaustudiums. Diese Stipendien sind allerdings auf maximal zwei Jahre beschränkt. Bewerber, die nach ihrem ersten berufsqualifizierenden Examen ein komplettes Zweitstudium absolvieren, können dagegen unter bestimmten Bedingungen auch Förderung für das gesamte Zweitstudium erhalten.

K. J. H.

PRAKTIKANTEN-BÖRSE

Für eine Reihe von Studiengängen sind Praktika erforderlich, in anderen wünschenswert und nützlich. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) bietet in der Hochschul-WELT wöchentlich solche Stellen für einzelne Tätigkeitsbereiche an. Während der Semesterferien besteht in begrenztem Umfang eine kostengünstige Unterbringungsmöglichkeit in Studentenheimen. Angebote und Nachfragen bitte ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Tel. 02 28 / 46 00 55.

Informatik

lfd. Nr.	Einsatzort	Branche	Einsatz-Schwerpunkt	Besch.-Dauer
1	München	Computertechnik	n.V.	20 Wo.
2	Konstanz	EDV-Unternehmen	Kfm.Bereich/Marketing	n.V.
3	Lippstadt	Energie	Entwicklg.v.Software	n.V.
4	Bremen	Software	Programm./Organisat.	ab 2 Mo.
5	Nürnberg	Metall	n.V.	b.26 Wo.
6	Kahl	Energie	Datenausw./Überwach.	n.V.
7	Asperg	Metall	n.V.	6 Mo.
8	Pfullingen	Software	Programm./Organisat.	min.6Wo.
9	Pfronten	Meßtechnik	Controlling/Marketing	3–6 Mo.
10	Lünen	Einzelhandel	Einzelh./Versandh.	n.V.
11	Schw.Gmünd	Autohandel	EDV, Buchführung	mehr.Wo.
12	Poing	Software/Ber.	Anwendungsentwicklg.	n.V.
13	Neunkirchen	Metall	EDV-Einführung	8 Wo.
14	Neuwied	Elektronik	n.V.	n.V.
15	Stuttgart	Meßtechnik	Datenerf./Programm.	n.V.
16	Viersen	Elektronik	n.V.	n.V.
17	Koblenz	Büroeinrichtungen	Kfm. Bereich	n.V.
18	Stuttgart	EDV-Dienstleistung	Programmierung	min.6Mo.
19	Heldenstein	Handel	Umstellung auf EDV	1 Jahr
20	Dorsten	Fertigbau	Programmierung	n.V.
21	Kehl-Sundh.	Blechverarbeitung	Weiterentw.v.EDV-Pro.	6 Mo.
22	Stuttgart	EDV	Softwareentwicklung	3–6 Mo.
23	Lutten	Apparatebau	Elektro	n.V.
24	Heidelberg	Metall	Kfm. Bereich/EDV	n.V.
25	Düsseldorf	Datensysteme	Programmierung	3 Mo.
26	Schönborn	Med.-Rehabilitation	Verwaltung	3 Mo.
27	Hofheim	Systembau	Programmentwicklung	1–3 Mo.
28	Frankfurt	Druckindustrie	EDV-Entwicklung	4–6 Mo.
29	Paderborn	EDV-NT	Datenverarbeitung	2–3 Mo.
30	Schwerte	EDV-Orga	Softwareentwicklung	6 Mo.
31	Konstanz	Computer	Softwareentwicklung	6 Mo.
32	Isernhagen	Unternehmensberatung	Unternehmensanalysen	2–4 Mo.

Pharmazie

lfd. Nr.	Einsatzort	Branche	Einsatz-Schwerpunkt	Besch.-Dauer
1	Konstanz	Pharma/Chemie	n.V.	n.V.
2	Ludwigshafen	Pharma/Chemie	n.V.	n.V.
3	Bottrop	Apotheke	allge. Arbeiten	6–12 Mo.
4	Lichtenfels	Apotheke	Rezeptur, Laborarbeit	1–2 Mo.
5	Neustadt	Pharma/Chemie	Produktion, Technik	2–6 Mo.

In der nächsten Woche: Wirtschaftswissenschaften

STUDIENPLATZ-TAUSCH

Die Anfragen und Antworten für die Tausch-Börse nimmt ausschließlich der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon: 02 28 / 46 49 33, entgegen. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. In der Tabelle ist jeweils an erster Stelle der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort des Anbieters genannt. Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1987. Die Semester-Angabe in der Tabelle bezieht sich dagegen auf das Wintersemester 1986/1987.

Betriebswirtschaft

1.Semester

	von	nach
1	Uni Bamberg	Uni Hamburg
2	Uni Bamberg	Uni Kiel
3	Uni Bamberg	Uni Mannheim
4	Uni Bamberg	Uni Münster
5	Uni Bamberg	Uni Tübingen
6	Uni Bamberg	Uni Würzburg
7	Uni Bielefeld	RWTH Aachen
8	Uni Bielefeld	Uni Bonn
9	Uni Bielefeld	Uni Köln
10	FU Berlin	Uni München
11	Uni Bayreuth	Uni Hamburg
12	Uni Bayreuth	Uni Mannheim
13	Uni Bayreuth	Uni München
14	Uni Bayreuth	Uni Tübingen
15	Uni Erlangen	Uni Göttingen
16	Uni Erlangen	Uni Hamburg
17	Uni Erlangen	Uni Kiel
18	Uni Erlangen	Uni Mannheim
19	Uni Erlangen	Uni München
20	Uni Erlangen	Uni Oldenburg
21	Uni Erlangen	Uni Stuttgart
22	Uni Erlangen	Uni Tübingen
23	Uni Frankfurt	Uni Erlangen
24	Uni Frankfurt	Uni Mannheim
25	Uni Gießen	RWTH Aachen
26	Uni Gießen	Uni Frankfurt
27	Uni Marburg	RWTH Aachen
28	Uni Marburg	Uni Göttingen
29	Uni Marburg	Uni Hamburg
30	Uni Marburg	Uni Köln
31	Uni Marburg	Uni Kiel
32	Uni Osnabrück	Uni Hamburg
33	Uni Osnabrück	Uni Kiel
34	Uni Passau	RWTH Aachen
35	Uni Passau	Uni Köln
36	Uni Passau	Uni Mannheim
37	Uni Passau	Uni Münster
38	Uni Passau	Uni München
39	Uni Regensburg	Uni München
40	Uni Saarbrücken	Uni Hamburg
41	Uni Saarbrücken	Uni Kiel
42	GHS Siegen	RWTH Aachen
43	GHS Siegen	Uni Göttingen
44	GHS Siegen	Uni Hamburg
45	GHS Siegen	Uni Köln
46	GHS Siegen	Uni Münster

2.Semester

	von	nach
47	Uni Mannheim	Uni Hamburg
48	Uni Mannheim	Uni Köln
49	Uni München	Uni Würzburg

3.Semester

	von	nach
50	TU Berlin	Uni Oldenburg
51	FU Berlin	Uni München
52	FU Berlin	Uni Regensburg
53	Uni Erlangen	Uni München
54	Uni Frankfurt	Uni München
55	Uni Kiel	Uni München
56	GHS Siegen	Uni Köln

4.Semester

	von	nach
57	Uni Erlangen	Uni München
58	Uni Hamburg	Uni Tübingen

5.Semester

	von	nach
59	FU Berlin	Uni Hamburg
60	Uni Göttingen	Uni Hamburg
61	Uni Köln	Uni München
62	Uni Passau	Uni München

7.Semester

	von	nach
63	Uni Erlangen	Uni München

Pharmazie

1.Semester

	von	nach
1	Uni Bonn	Uni Hamburg
2	FU Berlin	Uni Bonn
3	FU Berlin	Uni Braunschweig
4	FU Berlin	Uni Düsseldorf
5	FU Berlin	Uni Freiburg
6	FU Berlin	Uni Heidelberg
7	FU Berlin	Uni Hamburg
8	FU Berlin	Uni Kiel
9	FU Berlin	Uni Münster
10	FU Berlin	Uni Würzburg
11	Uni Frankfurt	Uni Bonn
12	Uni Frankfurt	Uni Düsseldorf
13	Uni Frankfurt	Uni Freiburg
14	Uni Frankfurt	Uni Heidelberg
15	Uni Frankfurt	Uni Münster
16	Uni Marburg	Uni Hamburg
17	Uni Marburg	Uni Kiel
18	Uni Marburg	Uni Münster
19	Uni München	Uni Hamburg
20	Uni München	Uni Kiel
21	Uni Regensburg	Uni Erlangen
22	Uni Regensburg	Uni Tübingen
23	Uni Regensburg	Uni Würzburg

2.Semester

	von	nach
24	Uni Braunschweig	Uni Heidelberg
25	Uni Braunschweig	Uni Hamburg
26	Uni Braunschweig	Uni Kiel
27	Uni Braunschweig	Uni Münster
28	Uni Braunschweig	Uni München
29	Uni Braunschweig	Uni Tübingen
30	Uni Braunschweig	Uni Würzburg
31	FU Berlin	Uni Bonn
32	FU Berlin	Uni Mainz
33	FU Berlin	Uni Saarbrücken
34	Uni Düsseldorf	Uni Bonn
35	Uni Erlangen	Uni Heidelberg
36	Uni Erlangen	Uni München
37	Uni Erlangen	Uni Tübingen
38	Uni Erlangen	Uni Würzburg
39	Uni Frankfurt	Uni Tübingen
40	Uni Freiburg	Uni Heidelberg
41	Uni Heidelberg	Uni Bonn
42	Uni Heidelberg	Uni Düsseldorf
43	Uni Kiel	Uni Hamburg
44	Uni Marburg	Uni Bonn
45	Uni Marburg	Uni Frankfurt
46	Uni Marburg	Uni Münster
47	Uni Marburg	Uni München
48	Uni Regensburg	Uni München
49	Uni Würzburg	Uni Hamburg

3.Semester

	von	nach
50	Uni Erlangen	Uni Bonn
51	Uni Erlangen	Uni Düsseldorf
52	Uni Erlangen	Uni Münster
53	Uni Freiburg	Uni Bonn
54	Uni Regensburg	Uni Bonn
55	Uni Saarbrücken	Uni München

4.Semester

	von	nach
56	Uni Frankfurt	Uni Heidelberg
57	Uni Frankfurt	Uni München
58	Uni Frankfurt	Uni Tübingen
59	Uni Freiburg	Uni Mainz
60	Uni Marburg	Uni Bonn

Experten fragen nach der künftigen Rolle Sacharows

Soll der Physiker an neuen Defensiv-Systemen mitarbeiten?

SAD/idea, **London**

Die Aufhebung der Verbannung von Andrej Sacharow muß – das ist die Ansicht westlicher Verteidigungs- und Kreml-Fachleute – im Zusammenhang mit der sowjetischen Forschung gesehen werden, die dem amerikanischen SDI-Projekt entspricht.

Der „Vater der sowjetischen Wasserstoffbombe" gilt als einer der bedeutendsten Physiker der Welt. Selbst in der Verbannung in Gorki hielt sich Sacharow, so gut es ging, über die wissenschaftliche und theoretische Entwicklung in seinem Fachgebiet auf dem Laufenden. Sollten Moskau und Washington auf einem Gipfel nicht die Einstellung der SDI-Forschung beschließen, würde Sacharow – so die Expertenmutmaßung – zur Mitarbeit am sowjetischen Abwehrsystem gegen Interkontinentalraketen herangezogen werden.

„Sacharow ist genau der Typ, der auf einen Gorbatschow-Appell, zur Vaterlandsverteidigung mitanzupakken, ansprechen würde", erklärte Professor John Erikson von der Universität Edinburgh, einer der führenden UdSSR-Experten der Welt. Er verwies darauf, daß Sacharow an den Anfängen des sowjetischen Pendants zur SDI-Forschung mitgearbeitet hat. Die Kritik des Friedensnobelpreisträgers an der Nuklearpolitik bezog sich auf die Entwicklung von Offensiv-, nicht Defensivsystemen.

In einem Gespräch mit der Londoner „Times" wies der Moskauer Biologe Walerij Soifer, der sich seit sieben Jahren um seine Auswanderung bemüht, nach einem Telefonat mit Sacharow darauf hin, daß Gorbatschow den Physiker aufgefordert habe, sich an „patriotischer Arbeit" zu beteiligen.

Das Missionswerk „Friedensstimme" in Gummersbach, das direkte Kontakte zur Gemeinde der Evangeliumschristen-Baptisten in der Sowjetunion unterhält, hat daran erinnert, daß Moskau nach wie vor einen radikalen Kampf gegen Regimekritiker und Christen führt. Ein Mitglied des Vorstandes der Gemeinde von Dedowsk bei Moskau, Wasilij Ryshuk, sei erst kürzlich zu zweijähriger strenger Lagerhaft verurteilt worden.

Die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International hat ihren Aufruf zu einer Generalamnestie für alle Häftlinge in der Sowjetunion, der in der Vergangenheit auch von Sacharow unterstützt worden war, gestern in London erneuert.

Ermittelt Rebmann in der U-Boot-Affäre?

dpa, **Kiel**

Mit der Lieferung von U-Boot-Plänen an Südafrika wird sich möglicherweise Generalbundesanwalt Kurt Rebmann beschäftigen müssen. Nachdem die „Kieler Nachrichten" gemeldet hatten, daß es in diesem Zusammenhang zu einem Verrat militärischer Geheimnisse gekommen sei, erklärte der Sprecher der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, Oberstaatsanwalt Alexander Prechtel, zwar gebe es bislang keine hinreichenden Anhaltspunkte für eine Straftat, bei der der Generalbundesanwalt ermitteln müsse. Allerdings gehe die Karlsruher Behörde davon aus, daß die zuständige Staatsanwaltschaft in Kiel den Sachverhalt gegebenenfalls zur Prüfung einer möglichen Übernahme vorlegen werde.

Grundlage der Pretoria gelieferten Konstruktionspläne sind nach dem Zeitungsbericht die in diesem Jahr von der Howaldtswerke/Deutsche Werft AG (HDW) für Indien gebauten U-Boote, eine weiterentwickelte Version des Typs 209. Ihr praktisch geräuschloser Motor, vor allem aber das Torpedosystem, stellen nach Informationen der „Kieler Nachrichten" militärische Geheimnisse dar. Außerdem habe Südafrika Akten und Mikrofilme mit den neuesten hochtechnologischen Entwicklungen auf dem Gebiet des konventionellen U-Boot-Baus erhalten.

Genscher: Mit ruhiger Hand eine „stetige Außenpolitik" weiterführen

Minister zieht positive Bilanz / Weichen für größeren Stellenwert Europas gestellt

gba. **Bonn**

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat die erfolgreiche Europapolitik und die Einflußnahme der Bundesregierung auf die amerikanische Position im Abrüstungsdialog mit der Sowjetunion in den Mittelpunkt einer durchweg positiven Bilanz der zu Ende gehenden Legislaturperiode gestellt. „Wie angekündigt" sei die Europapolitik zu einem wichtigen Schwerpunkt seiner Arbeit geworden, sagte der Außenminister vor der Presse in Bonn. Die deutsche Außenpolitik müsse als kontinuierlicher Faktor aus der Zeit vor dem Regierungswechsel Ende 1982 und über die Bundestagswahl 1987 hinaus gesehen werden. Genscher verlangte, auch in den kommenden Jahren mit „ruhiger Hand eine stetige Außenpolitik" zu führen. Die Bundesrepublik Deutschland werde in der Zukunft in einer kaum absehbaren Weise gefordert sein. Durch das West-Ost-Gipfeltreffen von Reykjavik „ist mehr in Bewegung geraten" als man aufgrund des Ergebnisses auf den ertsen Blick vermuten könne.

Umso wichtiger sei es, auch in Zukunft die europäischen Interessen in den Dialog der beiden Weltmächte einzubringen. Vor Reykjavik sei dies gelungen, betonte der Außenminister. Die Amerikaner hätten dabei die deutsche Position vertreten. Als „wichtiges Datum" bezeichnete Genscher in diesem Zusammenhang die NATO-Konferenz des letzten Frühjahrs in Halifax, bei der das Bündnis Verhandlungen für eine konventionelle Stabilisierung in Europa angeboten habe, die jetzt in Brüssel präzisiert worden seien. Dies entspreche „der Logik deutscher Außenpolitik seit derUnterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki". Basis für diese Verhandlungen seien vertrauensbildende Maßnahmen, wie sie jetzt in Stockholm erstmals für ganz Europa „vom Atlantik bis zum Ural" vereinbart worden seien.

Als zwei wichtige Ergebnisse der Abrüstungsbemühungen für Europa führte der Außenminister die Entscheidung der NATO-Verteidigungsminister vom 28. Oktober 1983 an, 1400 atomare Sprengköpfe aus Europa abzuziehen – wovon etwa 1000 schon beseitigt worden seien – und die Vereinbarung auf dem Weltwirtschaftsgipfel von Tokio, daß bis 1992 alle in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten chemischen Waffen abtransportiert würden. Im Bereich der chemischen Waffen habe die Bundesregierung mit ihren Vorschlägen für die Verifikation eines Kontrollabkommens in Genf einen entscheidenden Beitrag geleistet. Genscher hält es für möglich, 1987 hier zu einem Verhandlungsabschluß zu kommen. Dasselbe gelte für die angestrebte Nullösung bei den Mittelstreckenraketen.

Auf Fragen nach dem deutsch-sowjetischen Verhältnis hob der Außenminister die Bedeutung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau für das gesamte West-Ost-Verhältnis hervor. *Die Bundesregierung* erwarte, daß der Charakter dieses Verhältnisses, wie es von beiden Seiten bei seinem Moskauer Besuch vom Sommer umrissen worden sei, im Interesse beider Seiten weiter zugrundegelegt bleibe.

Als wichtiges Merkmal der erfolgreichen Europapolitik unter seiner Amtsführung nannte Genscher die „Revitalisierung" der WEU. Zusammen mit seinen jeweiligen französischen Amtskollegen habe er hier wie auch in anderen Bereichen – etwa die KVAE oder die technologische Zusammenarbeit bei der Eureka-Initiative – entscheidende Weichen stellen könnne, um den Stellenwert Europas in der Weltpolitik zu verbessern.

Traditionalisten rechnen mit dem Papst ab

DW. **Hamburg**

Das Oberhaupt der weltweiten katholischen Traditionalisten-Bewegung, der gemaßregelte Erzbischof Marcel Lefebvre (81), hat dem Papst einen vollen Bruch mit der kirchlichen Lehre vorgeworfen. In einer vom Deutschen Distrikt seiner Priesterbruderschaft St. Pius X. verbreiteten Erklärung heißt es, daß der mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962 bis 1965) begonnene „Bruch mit dem bisherigen Lehramt der Kirche" sein volles Ausmaß am 27. Oktober bei der Papst-Visite in Assisi erreicht habe, „nachdem der Besuch am 13. April in einer Synagoge vorausgegangen" war.

„Diese öffentliche Sünde gegen die Einzigkeit Gottes, gegen das fleischgewordenen Wort und seine Kirche ruft Schauder und Entsetzen hervor: Johannes Paul II. ermutigt die falschen Religionen, zu ihren falschen Göttern zu beten – ein Ärgernis ohne Maß und Beispiel" heißt es dort weiter.

Der Papst hatte zu dem Gebetstreffen in der Stadt des heiligen Franziskus Vertreter der verschiedenen christlichen Kirchen und auch anderer Religionen eingeladen.

Lefebvre meint zu der damit vom Papst bekundeten Gemeinsamkeit auch mit Menschen nichtchristlicher Religionen: „Alles, was in den vergangenen Jahrhunderten zur Verteidigung des Glaubens von der Kirche ins Werk gesetzt wurde, sowie alles, was durch die Missionare – bis hin zum Martyrium – zu seiner Ausbreitung geleistet wurde, wird nunmehr als eine Fehlentwicklung angesehen ..."

Malaysia setzt sich durch

„Bonn akzeptiert Entscheidung, Förster nicht freizugeben"

dpa, **Kuala Lumpur**

Der deutsche Botschafter in Kuala Lumpur, Wolfram Dufner, ist gestern vom malaysischen Außenminister Rais Yatim im Zusammenhang mit dem Fall Förster zu einem Gespräch empfangen worden. Wie die nationale malaysische Nachrichtenagentur Bernama anschließend meldete, hat Bonn „Malaysias Entscheidung, den Westdeutschen Frank Förster nicht auszuliefern, akzeptiert". Botschafter Dufner lehnte gegenüber dpa einen Kommentar über sein Gespräch mit Rais ab.

Der Außenminister berichtete, er habe dem Botschafter die Angelegenheit erläutert. Dufner habe keinen „spezifischen Appell" vorgetragen und die Bereitschaft seines Landes ausgedrückt, auf die Gerichtsentscheidung im Fall Förster zu warten. Rais: „Der Botschafter versteht auch die rechtlichen und diplomatischen Schwierigkeiten des Falles, und es gibt kein Problem in den diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern."

Der seit dem 20. November 1983 in Georgetown auf Penang inhaftierte Förster ist nach Paragraph 39b des verschärften malaysischen Rauschgiftgesetzes angeklagt, zum Zeitpunkt seiner Festnahme im Besitz von 239,7 Gramm Haschisch gewesen zu sein. Dieser Paragraph sieht dafür im Falle eines richterlichen Schuldspruchs automatisch die Todesstrafe vor. Der Prozeß gegen Förster vor dem Gericht von Penang soll am 12. Januar fortgesetzt werden.

Malaysische Zeitungen hatten bereits in der vergangenen Woche über Äußerungen von Rais berichtet, daß Malaysia Förster nicht an die Bundesrepublik ausliefern werde.

„SPD muß links wenig Raum lassen"

dpa, **Hamburg**

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat seine Partei davor gewarnt, politische Schwierigkeiten durch Abspaltungen lösen zu wollen. Es werde keine SPD geben, „die darauf verzichtet, auch um die Menschen zu werben und sich um die Inhalte zu kümmern, die heute überwiegend bei den Grünen anzutreffen sind", sagte Brandt in einem Interview des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes". Die SPD komme nicht daran vorbei, ihr neues Selbstverständnis so zu gestalten, „daß sie nach links möglichst wenig Freiraum läßt". Der SPD-Chef äußerte gleichzeitig Zweifel daran, „ob die Partei der Grünen die Fähigkeit hat, sich in den Parlamenten wirklich festzusetzen".

Warnke spricht von „Durchbruch"

Die EG-Agrarbeschlüsse eröffnen auch für Entwicklungshilfe-Politik neue Perspektiven

HH, **Bonn**

Die deutsche öffentliche Entwicklungshilfe hat 1986 mit rund 8,7 Milliarden Mark einen Höchststand erreicht. Wie Minister Warnke (CSU) gestern in einer „Entwicklungspolitischen Bilanz" vor Journalisten erklärte, dürfte dieser Betrag 1987 erneut übertroffen werden.

In der von Warnke vollzogenen Neuorientierung wurde unter anderem die Wirksamkeit öffentlicher Hilfe durch ein verbessertes Projektplanungsverfahren, eine systematische Erfolgskontrolle, den Politikdialog mit den Empfängerländern und eine verstärkte Koordinierung mit anderen Gebern erhöht.

Ungewöhnlich optimistisch zu den Auswirkungen auf die Dritte Welt äußerte sich Warnke zu den jüngsten agrarpolitischen EG-Beschlüssen. Sie seien „ein Durchbruch auch für die Entwicklungspolitik". Durch die Verminderung struktureller Überschüsse in der EG würden der Weltmarkt entlastet und den Produzenten in der Dritten Welt erhöhte Absatzchancen für ihre Agrarerzeugnisse eröffnet.

Zurückhaltend äußerte sich Warnke zu Fragen nach der zwischen seinem Haus und dem Finanzministerium offenen Behandlung der Rückflußprobleme. Einige Entwicklungsländer – Warnke nannte beispielhaft Indien und die Türkei – zahlen heute für früher gewährte Kapitalhilfe bereits mehr zurück als sie an neuer Hilfe erhalten oder stehen kurz davor. Warnke will zunächst von Fall zu Fall durch entsprechende Dotierung eine solche Entwicklung vermeiden.

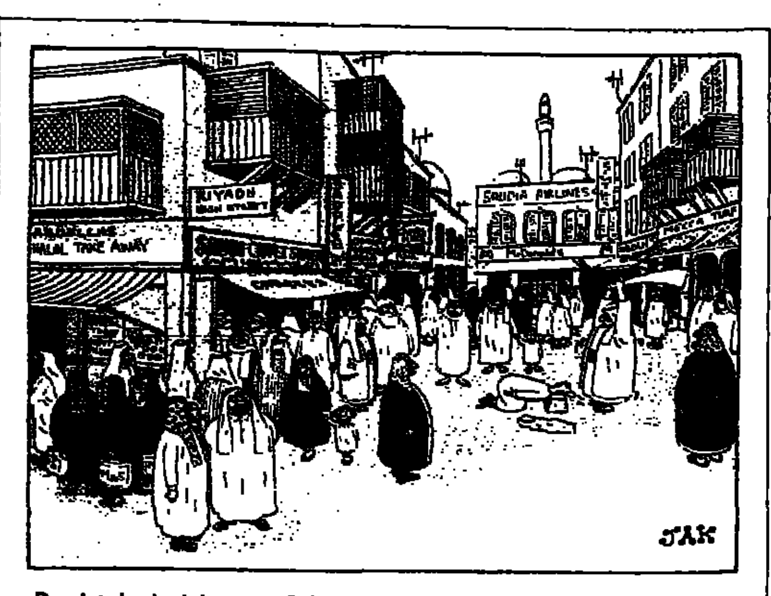
Dagegen antwortete er nicht auf Fragen nach einer Lösung zum Beispiel durch ein Fondsmodell, das vor allem von der Bonner Opposition gefordert wird, aber auch im Regierungslager Befürworter findet. Dabei sollen die Rückflüsse aus der Tilgung der früher gewährten Kapitalhilfekredite einem Fonds zugeführt werden, der dann außerhalb des Bundeshaushalts für neue Hilfe verwandt würde. Nicht nur das Finanzministerium hat Bedenken gegen einen solchen Schattenhaushalt.

Warnke erklärte lediglich, daß sich die Bundesregierung nach dem 25. Januar mit der Frage zu befassen habe, falls die Nettoentwicklung deutscher Hilfe (also nach Abzug der Rückflüsse) negativ werden sollte.

Erstmals ist in den 87er Etat ein Instrument der Strukturhilfe eingesetzt worden. Damit sollen in enger Zusammenarbeit mit der Weltbank Entwicklungsländer bei Reformmaßnahmen und strukturellen Anpassungen unterstützt werden.







„Das ist doch nicht etwa Scheich Jamani, der gefeuert worden ist?"
QUELLE: THE LONDON STANDARD, 31. OKTOBER 1986

FÜR DEN ANLEGER

Dollar: Wieder unter zwei Mark fiel zum Wochenbeginn die US-Währung. Der amtliche Mittelkurs wurde in Frankfurt mit 1,9858 (Freitag: 2,0065) DM festgestellt.

Schlichter: In Zukunft sollen zwei Gremien, das Financial Services Ombudsman Bureau und die Financial Compensation Scheme Manager Ltd., die Streitfälle zwischen Privatanlegern und Anlageunternehmern in Großbritannien schlichten. Diesen Vorschlag unterbreitete die Securities Investment Board.

Lizenz: Nach einer Entscheidung des japanischen Finanzministeriums darf die Commerzbank Securities in Kürze ihre Tätigkeit als Investment-Bank für alle Bereiche des Wertpapiergeschäfts in Tokio aufnehmen.

WELT-Aktien-Indizes:		
Gesamt:	275,67	(276,95)
Chemie:	166,79	(167,20)
Elektro:	353,50	(357,82)
Auto:	735,94	(738,00)
Maschinenbau:	136,04	(137,74)
Versorgung:	170,67	(169,99)
Banken:	401,51	(405,28)
Warenhäuser:	180,18	(180,22)
Bauwirtschaft:	537,80	(532,52)
Konsumgüter:	178,94	(178,87)
Versicherung:	1355,43	(1354,68)
Stahl:	119,46	(121,18)

Nachbörse: leichter

Kursgewinner:	DM	+ %
Deckel	205,00	7,89
Hoogovens	42,00	6,87
Pakhoed	62,00	5,98
Schiess	220,00	4,76
Stumpf	136,00	4,62

Kursverlierer:	DM	– %
Hann. Pap.	228,00	5,00
Seitz Enz.	160,00	4,76
Varta	400,00	4,53
Dt. Conti Rück.	1250,0	3,85
Bay. Hypo	543,00	3,72

(Frankfurter Werte)

MÄRKTE & POLITIK

Opec-Beschlüsse: Die Nachricht über die Drosselung der Ölförderung hat zusammen mit dem plötzlichen Wintereinbruch zu einem kräftigen Preisanstieg bei Ölprodukten in Rotterdam geführt. Die Preise für Nordseeöl liegen zwischen 17,60 und 17,95 Dollar je Barrel, verglichen mit 16,30 Dollar am vergangenen Freitag.

Schulden: Die Verschuldung Lateinamerikas ist (ohne Paraguay, Nicaragua und El Salvador) 1986 auf 356,8 Mrd. Dollar gestiegen. (S. 12)

Kohle: Trotz gedrosselter Förderung wachsen im Saarland die Halden. Die Saarbergwerke haben in diesem Jahr mit rund 10,7 Mill. Tonnen Steinkohle 300 000 Tonnen weniger gefördert als 1985. Der Lagerbestand stieg um 200 000 Tonnen auf eine Mill. Tonnen.

Öl: Die sehr niedrigen Preise und der Kursanstieg der D-Mark gegenüber dem Dollar haben die deutsche Rohölrechnung in den ersten elf Monaten um 57 Prozent verbilligt. Nach Angaben des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft mußten trotz einer Steigerung der Einfuhren um 3,8 Prozent nur 16,1 Mrd. DM gezahlt werden.

Schiffbau: Beratungen über die künftigen staatlichen Beihilfen haben gestern die Wirtschaftsminister der EG in Brüssel begonnen. Meinungsunterschiede bestehen besonders über die Höhe der Beihilfen, die nach Ansicht der EG-Kommission 26 Prozent der Baukosten nicht überschreiten sollen.

DIHT: Ab Geschäftsjahr 1987 muß die gewerbliche Wirtschaft beim Jahresabschluß das neue Bilanzrecht beachten. Betroffen sind sämtliche GmbH und Kommanditgesellschaften, die im Pflichtenmaßstab Aktiengesellschaften gleichgestellt werden.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	19. 12. 86	18. 12. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	148,50	145,50	165,00	266,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	79,50	77,50	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	133,00	126,75	104,00	226,00	84,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

VW: Weitere 24 Prozent des Grundkapitals von SEAT will der Automobilkonzern noch in diesem Jahr übernehmen. Das SEAT-Kapital beträgt derzeit etwa 1,3 Mrd. DM. (S. 12)

Agrar: Bis auf ganz wenige Ausnahmen bleiben nach Angaben der ZMP-Marktberichtstelle der deutschen Landwirtschaft die Verbraucherpreise 1987 unter Vorjahresniveau.

Werbung: Mit einer weiteren Zunahme der Ausgaben für die Werbung rechnet der Zentralausschuß der Werbewirtschaft für 1987. Sie sollen um fünf Prozent auf rund 17,2 Mrd. DM steigen. (S. 12)

Einzelhandel: Kräftige Lohnerhöhungen für 1987 fordert die Gewerkschaft HBV angesichts der günstigen Umsatzentwicklung der Branche.

WER SAGT'S DENN?

Erfolg hat nur, wer etwas tut, während er auf den Erfolg wartet.
Edison

Tarifpartner haben 1987 eine große Verantwortung für die Konjunktur

BDI, Institut der deutschen Wirtschaft und CDU bleiben überwiegend optimistisch

ews. **Köln**

Auf die „positive Bilanz" des Jahres 1986 und die „gute Stimmungslage" in der deutschen Wirtschaft für 1987 fallen lediglich zwei Schatten: Einmal könnten die starke Mark und der schwache Dollar im kommenden Jahr den Export beeinträchtigen und zum anderen die sich abzeichnenden tarifpolitischen Auseinandersetzungen, vor allem in Sachen Arbeitszeitverkürzung, die Konjunktur im Inland belasten.

Das stellen das Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, nach einer Befragung von 39 Wirtschaftsverbänden und der Bundespost sowie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Köln, in einem Konjunkturbericht fest. Von einem „nach wie vor aufwärts gerichteten Konjunkturtrend" sprach gestern auch der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Matthias Wissmann, in Bonn. Konjunkturprogramme lehnte er weiterhin entschieden ab. Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik der Union in der nächsten Legislaturperiode seien die Steuerreform, die weitere Privatisierung von Bundesvermögen und der Subventionsabbau.

Auch wenn die Lücken im Export durch verstärkte Nachfrage des privaten Verbrauchs und auch von einer anziehenden Bautätigkeit geschlossen würden, so sieht der BDI die deutsche Exportwirtschaft unter Druck. Der Spitzenverband der Industrie befürchtet, daß die deutschen Unternehmen auf vielen Märkten ins Hintertreffen geraten könnten. Neue Dynamik für den Export könnten aber – neben einer vertrauensbildenden Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik – auch die Sozialpartner bringen, wenn bei den bevorstehenden Tarifrunden „lohnpolitische Vernunft walten" würde. Die Verteilungsspielräume seien nämlich enger als 1986 geworden.

Einen positiven Aspekt hat die IW-Untersuchung für die Beschäftigung, die im neuen Jahr weiter steigen wird, gebracht: Unter den zwölf Branchen, die 1987 ihre Belegschaft von 5,5 Millionen Mitarbeitern vergrößern wollen, sind die personalintensiven Wirtschaftszweige stark vertreten. Nur sieben Verbände, die 1,7 Millionen Mitarbeiter repräsentieren, befürchten einen Abbau.

Obwohl die Stimmung allgemein mit „genau so gut oder besser" als vor Jahresfrist bezeichnet wurde, sind zehn (im Vorjahr waren es nur fünf) der befragten Branchen für 1987 weniger zuversichtlich. Darunter sind die exportintensiven Wirtschaftszweige Maschinenbau, Elektrotechnik und Feinmechanik/Optik, aber auch die Branchen, die schon längere Zeit von Strukturproblemen geplagt werden – wie Bergbau, Eisen und Stahl sowie Schiffbau. Die energienahen Sektoren dagegen leiden unter dem Preisverfall von Rohöl und Erdgas sowie unter der Technologie-Diskussion nach Tschernobyl.

Die Aussichten für Produktion und Umsatz werden selbst in den exportintensiven Branchen optimistisch eingeschätzt. Besonders optimistisch sind dabei der Einzelhandel und das Baugewerbe. Auch die Automobilindustrie, die für 1986 einen Produktionsrekord meldete, und der Maschinenbau – 1986 mit realem Produktionsplus von sechs Prozent – rechnen mit leichten Zuwachsraten.

Überschuß der Leistungsbilanz wird sich 1986 verdoppeln

Neue Rekorde der Bundesrepublik auch im Außenhandel

cd. **Frankfurt**

Im Außenhandel wird die Bundesrepublik in diesem Jahr einen Überschuß von knapp 120 (73) Mrd. DM und in der Leistungsbilanz einen Überschuß von mehr als 75 (39) Mrd. DM erwirtschaften. Das zeichnet sich nach den gestern vom Statistischen Bundesamt bekanntgegebenen Ergebnissen von Januar bis November ab. In dieser Zeit summierten sich die Aktivsalden im Außenhandel auf 100,6 (65,4) Mrd. DM und in der Leistungsbilanz, die auch den Dienstleistungsverkehr und die unentgeltlichen Leistungen umfaßt, auf 69,5 (31,5) Mrd. DM.

Der Rekordüberschuß im Außenhandel wurde bei einer Schrumpfung der Ausfuhr um 2,1 Prozent auf 482 Mrd. DM und der Einfuhr um elf Prozent auf 381 Mrd. DM erwirtschaftet. Schaltet man jedoch die Preisveränderungen aus, die den Durchschnittswert der Ausfuhr um drei Prozent und der Einfuhr um 16 Prozent drückten, ergibt sich für die realen Warenströme ein ganz anderes Bild: Das Aufuhrvolumen stieg um rund ein Prozent, das Importvolumen um sechs Prozent.

Im November schloß die deutsche Leistungsbilanz mit einem Überschuß von 9,8 Mrd. DM und der Außenhandel mit einem Überschuß von 10,2 Mrd. DM. Gegenüber November 1985bedeutet das ein Minus von 4,5 Prozent beim Export und ein Minus von 14 Prozent beim Import. Auch im Vorjahr ging der Außenhandel im November zurück. Überschüsse brachten die Ergänzungen zum Warenverkehr (0,7) Mrd. DM und die Dienstleistungen (1,5 Mrd. DM); dagegen schlossen die unentgeltlichen Leistungen mit 2,6 Mrd. DM Defizit.

Zahlen der Wende

cd. – 1986 wird für die Bundesrepublik das Jahr der außenwirtschaftlichen Rekorde. Beim Blick hinter diese Superzahlen zeichnet sich allerdings schon seit einiger Zeit eine Umkehr der Tendenz an. Das lassen die realen Ein- und Ausfuhren erkennen. Die deutsche Einfuhr nimmt wesentlich kräftiger zu als die Ausfuhr.

Nur kommt das in den Statistiken noch nicht zum Audruck, weil die Einfuhrpreise viel stärker gesunken sind als die Ausfuhrpreise. Hier macht sich besonders die Preisrückgang eingeführter Energie und vieler Rohstoffe bemerkbar, aber auch die wechselkursbedingte Verbilligung von Fertigwaren.

Mit derartigen Einflüssen kann aber im kommenden Jahr nicht mehr gerechnet werden. Dewegen wird der deutsche Exportüberschuß und, von ihm geprägt, auch der Leistungsbilanzüberschuß 1987 spürbar zurückgehen. Mit der kräftigen Steigerung der Einfuhr, in der sich die konjunkturelle Belebung spiegelt, hat die Bundesrepublik schon in diesem Jahr einiges zur Stimulierung der Konjunktur in anderen Ländern beigetragen.

Wenn im nächsten Jahr auch der nominelle deutsche Außenhandels- und Leistungsbilanzüberschuß sinkt, wird man der Bundesrepublik auch nicht mehr vorhalten können, sie trage nichts zum Abbau der internationalen Leistungsbilanz-Ungleichgewichte bei.

Dieser Anpassungsprozeß braucht zwar eine gewisse Zeit. Für die deutsche Wirtschaft ist das kein Unglück. Darin spiegelt sich das wirtschaftspolitisch erwünschte Umschalten von der Export- zur Binnenkonjunktur.

„Nicht jeden Existenzgründer fördern"

WELT-Gespräch: Industrieller Mittelstand plädiert für eine umfassende Steuerreform

HEINZ STÜWE, **Bonn**

Die staatliche Förderung von Existenzgründungen sollte vom Gießkannenprinzip Abschied nehmen, fordert der Vorsitzende des Mittelstandsausschusses des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans Martin Wälzholz-Junius. „Es ist widersinnig, wenn in ohnehin schon überbesetzten Branchen – wie etwa der Bauwirtschaft – noch Firmengründungen öffentlich gefördert werden", meinte Wälzholz-Junius in einem Gespräch mit der WELT. Ausnahmen will der Mitinhaber des Walzwerks C. D. Wälzholz in Hagen nur für wirklich innovative Gründer gelten lassen. Darüber hinaus müßten die verschiedenen Förderprogramme von Bund und Ländern dringend koordiniert werden.

Aus der Sicht des industriellen Mittelstandes, der mit über 100 000 Betrieben und 500 Mrd. Mark Umsatz 4,5 Millionen Beschäftigte repräsentiert, haben schon aufgrund der anhaltenden Eigenkapitalschwäche Steuerentlastungen in den nächsten Jahren Priorität.

„Vorrangig sollten die Mängel der Unternehmenssteuern beseitigt werden, die durch ihren hohen Anteil ertragsunabhängiger Komponenten eine falsche Struktur haben und überdies zu kompliziert und nicht rechtsformneutral sind", betont Wälzholz-Junius.

Die Belastung der Unternehmenssubstanz könne vor allem durch eine Streichung der Gewerbekapitalsteuer und der Vermögensteuer auf Betriebsvermögen aufgehoben werden. Darüber hinaus hält der BDI eine Reduzierung der Gewerbeertragsteuer in ihrer heutigen Form für möglich und erforderlich, um das allgemeine Steuerniveau zu senken, ohne daß die Gemeinden ihre Finanzautonomie verlieren müßten.

Eine steuerstundende Investitionsrücklage als Bonbon für den Mittelstand, wie sie CDU-Mittelstandsvereinigung und SPD fordern, lehnt Wälzholz-Junius ab. Es bestehe die Gefahr, daß sich auf diese Weise Unternehmen zu falschen Investitionen gezwungen sähen, ohne daß ein Bedarf vorliege. „Die Einführung einer Investitionsrücklage könnte zudem den Politikern als Alibi dienen, um das Thema Unternehmensbesteuerung ad acta zu legen", befürchtet er.

Als mittelstandsspezifische Komponente sollten nach Ansicht von Wälzholz-Junius dagegen die steuerliche Abzugsfähigkeit des Unternehmerlohns sowie Rückstellungen für Versorgungszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer von Personenunternehmen zugelassen werden. Die BDI-Mittelständler sehen darin keine neue Steuersubvention, sondern die Beseitigung von Wettbewerbsnachteilen gegenüber Kapitalgesellschaften.

Vorrang für Wettbewerb

Von GERD BRÜGGEMANN, Washington

In Amerika macht seit einiger Zeit ein Begriff Furore: Competitiveness, Wettbewerbsfähigkeit. Präsident Ronald Reagan will das Thema in einer seiner States of the Union-Rede im Januar aufgreifen und es zu einem der ganz wichtigen Bereiche in den beiden letzten Jahren seiner Amtszeit machen.

Der Finanz- und der Handelsminister lassen keine Gelegenheit aus, darüber zu sprechen. Die Demokraten, die seit den Wahlen im November über eine Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses verfügen, wollen die Rückgewinnung der Wettbewerbsfähigkeit zu Leitmotiven ihrer parlamentarischen Arbeit und zugleich zum Instrument der Wirtschaftspolitik ihres Präsidenten machen. Jüngst gründeten Unternehmen und Wirtschaftsforscher einen Rat für Wettbewerbsfähigkeit, dessen erklärtes Ziel es ist, aus einem politischen Slogan eine nationale Priorität zu machen.

Wer den Weg zu einer höheren Wettbewerbsfähigkeit abkürzen will, muß Fortschritte in der Produktivität zur Priorität machen. Diese Fortschritte fehlen den Amerikanern.

Dies nun erscheint in der Tat dringend nötig, denn das Land der einstmals unbegrenzten Möglichkeiten stößt immer häufiger an seine Grenzen. Es hat in den letzten Jahren weit über seine Verhältnisse gelebt und steht nun vor der wenig erfreulichen Alternative, sich einzuschränken. Das Haushaltsdefizit hat in gleicher Weise Rekorde gesetzt wie die Lücke zwischen Aus- und Einfuhren, die in diesem Jahr die unvorstellbare Summe von 107 Milliarden Dollar oder 214 Milliarden Mark erreichen soll.

Die amerikanischen Unternehmen haben nicht nur auf den Weltmärkten, sondern auch in großem Umfang auf dem heimischen Markt Anteile verloren. Die Investitionen sind zurückgegangen, die Produktivität der amerikanischen Wettbewerber ist deutlich schneller gewachsen. Die amerikanische Wirtschaft ist wesentlich von ausländischen Kapitalzuflüssen abhängig und ist zum großen Schuldnerland geworden. Die Mittel, die für den Schuldendienst aufgewendet werden müssen, stehen für Investitionen nicht zur Verfügung.

Diese Entwicklung ist nicht wie ein Naturereignis über die Amerikaner hereingebrochen. Sie war seit langem abzusehen. Dennoch hat die Regierung Reagan sich lange geweigert, dies zur Kenntnis zu nehmen und entsprechend eine Wirtschaftspolitik zu entwickeln, deren Ziel die Rückführung der Ungleichgewichte ist. Erst relativ spät hat Finanzminister James Baker begonnen, durch eine Abwertung des überbewerteten Dollars die Richtung des Handels zu ändern. Aber bisher blieb die Wirkung nur gering.

Die Demokraten versuchten in der vergangenen Legislaturperiode, die Importflut durch ein protektionistisches Handelsgesetz einzudämmen. Sie scheiterten am Präsidenten und an der republikanischen Mehrheit im Kongreß – ein Kampf, der nicht zu weniger, sondern zu mehr internationalen Handelsproblemen mit der amerikanischen Wirtschaft führen kann. Verständnis allerdings kann man für den Zorn der Demokraten über die ausländischen, vor allem asiatischen Wettbewerber der Amerikaner schon aufbringen, die ihre Produkte auf dem offenen US-Markt für Preise anbieten, die sehr viel niedriger liegen als jene, die sie in ihren heimischen Märkten fordern.

Schon aus diesem Grunde wird der neue Kongreß das Thema eines Handelsgesetzes wieder aufnehmen, wenn auch vielleicht etwas flexibler als im vergangenen Jahr. Aber die Führer der demokratischen Mehrheit des Kongresses haben ganz offensichtlich erkannt, daß es der amerikanischen Wirtschaft nur wenig hilft und schon gar keine Arbeitsplätze sichert, wenn man die Schuld über die schwierige Lage nur bei den Wettbewerbern und nicht bei sich selber sucht. Das ist die bittere Einsicht der Politiker, die zur Hinwendung zur Frage der Wettbewerbsfähigkeit des Landes geführt hat.

Das ist ein großer Schritt in die richtige Richtung. Aber die USA sind vom Ziel noch weit entfernt, nicht zuletzt deshalb, weil die Politiker unter mehr Wettbewerbsfähigkeit nicht alle dasselbe verstehen. Zwar besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß Ausbildung, Investitionen, Forschung und Entwicklung verbessert werden müssen. Aber das sind Maßnahmen, die nur langsam und langfristig wirken.

Wer den Weg zu einer höheren Wettbewerbsfähigkeit abkürzen will, muß Fortschritte in der Produktivität zur Priorität machen. Diese Fortschritte fehlen den Amerikanern. Sie werden zumindest vorübergehend eine Stagnation bedeuten. Es ist nicht sicher auszumachen, ob die Politiker auch diese Konsequenz meinen, wenn sie von Wettbewerbsfähigkeit sprechen.

Wahrscheinlich nicht. Aber da sie einmal angefangen haben, können sie es nicht so einfach wieder beiseite schieben, selbst wenn sie wollten. Eine weitere Verschuldung über das gegenwärtige Maß hinaus läßt sich kaum vorstellen.

Bonn: Forderung an Sandoz wird über Bern laufen

HH, **Bonn**

Die Bundesregierung kann auf jede Hilfe und Unterstützung der Schweizer Regierung bei der Durchsetzung möglicher Schadenersatzforderungen an das Schweizer Chemieunternehmen Sandoz rechnen. Das hat die Schweiz Umweltminister Wallmann zugesagt. Zuvor müssen jedoch die in der Bundesrepublik durch den Chemieunfall entstandenen Schäden ermittelt werden. Wie ein Sprecher des Bonner Umweltministeriums der WELT auf Anfrage bestätigte, hat Wallmann seine Länderkollegen vor eineinhalb Monaten gebeten, die entstandenen Schäden zu ermitteln. Die Erhebungen werden als „nicht einfach" und zeitraubend bezeichnet.

Zunächst war beabsichtigt, bei der Sonderkonferenz der Umweltminister in Rotterdam letzte Woche erste Erhebungen bekanntzugeben. Das hat sich jedoch – zumindest aus deutscher Sicht – als illusorisch erwiesen. Die Länder erwarten, daß sie nicht vor Februar in der Lage sind, die entstandenen Schäden zu beziffern. Allein aus Hessen sei bisher ein Betrag von 2,2 Millionen Mark genannt worden.

Die betroffenen Wirtschaftsverbände, zum Beispiel Fischerei und Gastronomie, müssen sich ihrerseits durch Umfragen bei den Mitgliedsfirmen ein Bild von der Schadenssituation verschaffen. Wenn das Gesamtergebnis vorliegt, will Wallmann der Firma Sandoz diese Forderung über die Schweizer Regierung stellen.

AUF EIN WORT



„In einem Senatsprogramm fand ich kürzlich den Plan der Förderung sogenannter künstlicher Intelligenz. Ich meine, wir sollten uns zuvörderst auf die Entwicklung natürlicher Intelligenz konzentrieren. Zum Thema Wirtschaftsförderung gehört auch das Bekenntnis zur Elite als Leistungselite. Ich vermag nicht einzusehen, warum man im Sport die Spitzenleistung bejubelt, in der Hamburger Schulpolitik aber die Gleichmacherei anstrebt."

Jobst-Heinrich Floto, Vorsitzender des Industrieverbandes Hamburg.
FOTO: DIE WELT

Deficit spending treibt US-Dollar weiter nach unten

J. Sch. **Paris**

Nachdem die USA jahrelang eine sehr expansive Politik des „deficit spending" betrieben haben, stehen sie heute vor dem Problem, ihr enormes Leistungsbilanzdefizit auf ein vertretbares Niveau zurückzubringen. Das könnte eine weitere Dollarbaisse erforderlich machen, „falls die Nachfrage in den USA stärker zunehmen sollte als bei ihren wichtigsten Handelspartnern", heißt es im OECD–Bericht zur amerikanischen Wirtschaftslage. Danach ist mit einer solchen Diskrepanz zunächst zwar nicht zu rechnen, soll doch die amerikanische Binnennachfrage 1987 nur um real 2,75 Prozent steigen gegenüber drei Prozent im OECD-Durchschnitt, wobei der japanische Zuwachs auf 3,5 und der deutsche sogar auf 4,5 Prozent veranschlagt wird. Aber schon ab Mitte nächsten Jahres dürfte sich dieses Gefälle wieder abflachen. Deshalb empfiehlt die OECD Washington vor allem neue Zinssenkungsmaßnahmen. Außerdem sollte die private Spartätigkeit stärker in den Dienst der Investitionsfinanzierung gestellt werden.

Lobend hebt die OECD in ihrem Bericht die amerikanischen Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hervor. In den letzten fünf Jahren wurden in den USA 11 Millionen neue Arbeitsplätze (30 Millionen seit 1970) geschaffen und die Arbeitslosenquote auf unter sieben Prozent gedrückt, während sie in Westeuropa bei elf Prozent verharrt.

In der Londoner City wird ein breiteres Kontrollnetz gespannt

H.-A. SIEBERT, **London**

Nach der Entbürokratisierung der Londoner City, die mit dem „Lauten Knall" am 27. Oktober abgeschlossen wurde, wird nun die Überwachung des zweitgrößten Finanzmarktes der Welt reformiert. Dabei gehen die Briten zweigleisig vor: Verschärft wird die Selbstkontrolle der Banken und Broker durch das Securities & Investments Board (Sib), deren Mitglieder vom Ministerium für Handel und Industrie bestellt werden. Überdies erhält die Bank von England, gestützt durch das Schatzamt, größere Eingreifrechte. Gespannt ist das neue Kontrollnetz vermutlich im August.

Zur Diskussion gestellt worden sind jetzt die zusätzlichen Aufgaben der britischen Zentralbank, auch „Old Lady" genannt. Die Kommentare müssen Ende Februar vorliegen. Im Kern zielen die in einer 26seitigen Broschüre dargelegten Vorschläge auf die direkte Kontrolle der Firmen, die en gros mit Depositen in Pfund und anderen Währungen, Devisen, Gold- und Silberbarren, kurzfristigen Geldmarktpapieren wie Certificates of Deposit (CDs) und Treasury Bills sowie mit den entsprechenden Optionen und Termin- und Hedgekontrakten handeln. Betroffen sind auch die ausländischen Institute, die am Londoner Platz operieren.

Dies ist eine wichtige und weitreichende Neuerung, denn bisher beschränkte sich die Kontrollfunktion der Bank of England auf die Geschäftsbanken. Nicht verändern wird sich jedoch die Marktpraxis. Aufstellen wird die „Old Lady" in den kommenden Monaten eine Liste von etwa 100 Unternehmen, die in den regulierten Bereichen tätig sein dürfen.

Voraussetzung dafür ist, daß sie als „fit and proper" eingestuft werden und „den Geist und den Buchstaben des Regelwerkes" akzeptieren. Im Gegenzug werden die Auserwählten von bestimmten Vorschriften des neuen Financial Service Act befreit, wenn die Transaktionen 100 000 Pfund (Schuldscheine) oder 500 000 Pfund (Options- und Termingeschäfte) übersteigen.

Anträge nimmt die Bank von England im neuen Jahr entgegen. Um sich zu qualifizieren, muß die Firma gesund sein, über eine konfliktfreie Besitzstruktur verfügen, von einem erfahrenen Management geleitet werden und einen ausgezeichneten Ruf besitzen. Genau festgelegt wird die Kapitalausstattung sowie die sogenannte Gearing ratio – das Verhältnis des Eigenkapitals plus Rückstellungen zu den Außenständen beziehungsweise Verpflichtungen. Erstmals soll auch den Risiken Rechnung getragen werden, die durch Geschäfte, die nicht in den Bilanzen auftauchen, entstehen (Off-balance sheet risks). So müssen künftig zum Beispiel alle Instrumente in Fremdwährung in Sterling gewichtet werden.

Ehe die „Old Lady" einem Unternehmen das Plazet erteilt, führt sie getrennte Tests durch. Ausländische Institute klopft sie selbst ab, wenn kein Gütesiegel der heimatlichen Aufsichtsbehörde präsentiert wird. Von der Liste gestrichen werden können Firmen, wenn sich die Beteiligung erheblich ändert. Als Maßstab gilt eine Verschiebung der Aktienanteile um 15 und mehr Prozent, die der Zustimmung der Notenbank bedarf. Der Kodex geht so weit, daß er dem Management und den Mitarbeitern der zugelassenen Firmen vorschreibt, welche Gefälligkeiten und Einladungen von Kunden angenommen werden dürfen.

Die breiteren Kontrollbefugnisse der Bank von England sind in der City durchweg positiv aufgenommen worden. Auch Banker und Broker vertreten die Ansicht, daß nach der Revolution ein „Wachhund" notwendig ist, um die Integrität der einzelnen Märkte und einen fairen Handel sicherzustellen. Gewährleisten soll er einen hohen Standard.

Gesetzeskraft erhält der Kodex erst, „wenn es anders nicht geht". Flankenschutz bietet jedoch die Banking Bill, deren zweite Lesung kürzlich im Unterhaus stattfand. Sie schreibt neben den neuen Risikoregeln auch vor, daß sich Buchprüfer, die nicht ihren Namen unter eine Bilanz setzen wollen, melden müssen. Sie erhalten dann Immunität.

Leicht verbessertes Ergebnis

AM-Holding: Maßnahmen zur Kapitalbeschaffung

Py. **Düsseldorf**

Die Unternehmen des Aachener und Münchener Versicherungskonzerns haben im Geschäftsjahr 1986 ihre Marktpositionen verbessern und ihre Finanzstruktur weiter stärken können. Das Geschäftsergebnis der Finanzholding, der AM-Beteiligungs-AG (AMB), Aachen, wird einem Aktionärsbrief zufolge dem des Vorjahres vergleichbar sein.

Die auf den 9. März 1987 vorgezogene Hauptversammlung der AMB wird neben einer „angemessenen Dividende (1985: 12,50 DM je 50 DM-Aktie) und einer entsprechenden Rücklagenzuführung (1985: 8,4 Mill. DM) auch Maßnahmen der Kapitalbeschaffung zu beschließen haben". Damit trage man der Verpflichtung Rechnung, bei einem Beteiligungserwerb, der die (Versicherungs-)Monostruktur der Gruppe aufhebt, die Aktionäre an der Entscheidung zu beteiligen.

Die bei der Holding vereinnahmten oder noch in diesem Jahr zu erwartenden Beteiligungserträge (1985: 42,8 Mill. DM) liegen auf der Höhe des Vorjahres. Zusammen mit den übrigen Erträgen lassen sie ein „leicht verbessertes Ergebnis erwarten". Aus dem außerordentlichen Ertrag eines Grundstücksverkaufs werden 20,6 Mill. DM einem Paragraph 6 EStG-Sonderposten mit Rücklageanteil zugeführt.

Eine „angemessene Dividende" (für 1985: 7 DM je 50 DM-Aktie) wird auch den Aktionären der AM Versicherung AG in Aussicht gestellt. Der erste Sachversicherer der Gruppe spricht von einer Prämienmehreinnahme im selbst abgeschlossenen inländischen Geschäft von 3,86 Prozent, ohne jedoch für die ersten 11 Monate einen absoluten Betrag zu nennen. Als Folge einer Reihe von Großschäden werde sich die Gesamtschadenquote nicht zurückbilden. Im Rückversicherungsgeschäft tragen die Strukturmaßnahmen der letzten Jahre Früchte.

Finanzhilfe für Wagemutige

„Management buy-outs" in Deutschland noch selten

JAN BRECH, **Hamburg**

„Management buy-outs", wie sie in den angelsächsischen Ländern seit Jahr und Tag in steigendem Maß praktiziert werden, sind in Deutschland so selten, daß noch nicht einmal ein deutsches Wort für dieses Verfahren geprägt worden ist. Den Kauf eines Unternehmens oder Unternehmensteils durch das Management in Verbindung mit einer Gruppe von Investoren auch in der Bundesrepublik populär zu machen, versucht nun die weltweit operierende Merchants Bank J. Henry Schroder Wagg & Co. Ltd., London.

Mit der Gründung der J. Henry Schroder Unternehmensberatung GmbH in Hamburg gibt es in Deutschland erstmals ein Unternehmen, das sich ausschließlich auf die Beratung im „Management buy-out" spezialisiert. Geschäftsführer Thomas D. C. Matzen sieht seine Aufgabe vordringlich darin, Unternehmen zu finden und zu studieren, die ein wagemutiges Management in eigener Regie weiterführen will. Taugt ein solches Projekt etwas, kann die Schroder Unternehmensberatung die Finanzierung und Strukturierung der Transaktion besorgen.

Die englische Privatbank hat bei institutionellen Anlegern wie Versicherungen und Pensionsfonds in den USA und Europa rund 140 Mill. DM eingeworben und in einen Fonds eingebracht, der sich an „Management buy-outs" in der Bundesrepublik und den Ländern Belgien, Niederlande und Luxemburg beteiligen soll. Dies, so Matzen, ermögliche es dem Management, auch größere Unternehmen mit relativ geringen Eigenmitteln zu übernehmen.

Schroder strebe bei „Management buy-outs" im Prinzip eine Mehrheitsbeteiligung an, räume dem Management für den Fall des Verkaufs der Anteile jedoch ein Vorkaufsrecht ein. Als Mindestgröße für ein „Management buy-out" nennt Matzen einen Kaufpreis von 10 Mill. DM für das Gesamtunternehmen. Nach oben gebe es keine Grenzen. Immerhin stelle das Fondsvermögen von 140 Mill. DM ein Finanzierungsvolumen von rund 700 Mill. DM dar. Geld zu bekommen, so Matzen, sei ohnehin nicht das Problem.

Die Schwierigkeit bestehe mehr darin, vernünftige Anlagen zu finden. Die Objekte, die gesucht werden, müssen eine Reihe von Bedingungen erfüllen. Matzen nennt einen nachhaltigen, soliden Cash-flow, gute Marktpositionen mit etablierten Produkten und ein engagiertes Management. Daß es eine Menge solcher Firmen in Deutschland gibt, davon ist Matzen überzeugt. Seine Zielgruppen sind Konzerne, die strategisch schlanker werden wollen und auch profitable Bereiche ausgliedern, oder Familienunternehmen.

Hier spielen für den Inhaber oft familiäre Gründe eine Rolle, um sich von dem Unternehmen zu trennen. Zur Zeit arbeitet die Schroder Unternehmensberatung, die im September gegründet worden ist, an acht Objekten, wobei drei in einer Größenordnung von mehr als 100 Mill. DM Umsatz sind. Insgesamt sollen die zur Verfügung stehenden Mittel innerhalb von fünf Jahren in etwa 50 Unternehmen investiert werden.

Die Schulden Lateinamerikas wachsen

Gute Erfolge bei der Inflationsbekämpfung – Offiziell 11,25 Millionen Arbeitslose

dpa/VWD, **Hamburg**

Die Schulden Lateinamerikas sind im ablaufenden Jahr erneut gestiegen, während die Inflation in den meisten Ländern zurückging. In einer Umfrage hat dpa/VWD die Wirtschaftsentwicklung in 14 lateinamerikanischen Staaten auf der Grundlage offizieller Zahlen untersucht. Die Gesamtverschuldung dieser Länder (ohne Paraguay, Nicaragua, El Salvador) beträgt 356,8 Milliarden Dollar, eine Zunahme von 11,6 Milliarden Dollar im Vergleich zu 1985.

Nach den amtlichen Angaben liegt Brasilien mit 103,7 Milliarden Dollar weiter an der Spitze der Schuldnerstaaten. Der bevölkerungsreichste Staat der Region konnte seinen Schuldenberg aber um 1,4 Milliarden Dollar abbauen. Der zweitgrößte Schuldner, Mexiko, erhöhte dagegen seine Verpflichtungen um 1,7 Milliarden Dollar. Offiziell erreichten die Verbindlichkeiten Mexikos damit 98,7 Milliarden Dollar, nach unabhängigen Schätzungen dürfte die 100-Milliarden-Grenze aber schon überschritten worden sein.

Erheblich gestiegen sind die Schulden Argentiniens, das mit neuen Krediten in Höhe von 6,7 Milliarden Dollar insgesamt 51,7 Milliarden Dollar Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland eingegangen ist. Neben Brasilien gelang es nur Venezuela (minus 1,5 Milliarden Dollar) und Chile (minus 716 Millionen Dollar), ihre Schulden ein wenig abzutragen. Venezuela liegt mit 24 Milliarden Dollar auf dem vierten Platz der „Schuldnerhitliste".

Mehr Erfolg als an der Schuldenfront verzeichneten die 14 untersuchten Staaten in der Inflationsbekämpfung. Außer in Ecuador, Guatemala und Honduras sank die Teuerung überall. Der spektakulärste Fall ist Bolivien, dessen Inflationsrate im Vergleich zu 1985 um 6915 Punkte auf 64,8 Prozent (Ende Oktober) zurückging. Auch Argentinien mit 80 Prozent (minus 295 Punkte), Brasilien 95,5 (minus 127 Punkte) und Peru 55,8 Prozent (minus 102,5 Punkte) hatten große Erfolge bei der Dämpfung der Inflation.

Die größten Schuldnerstaaten wiesen im November die umfangreichsten Währungsreserven aus. Brasilien nannte 9,1 Milliarden Dollar, Mexiko 4,5 Milliarden Dollar, Argentinien 4,3 Milliarden Dollar und Venezuela 10,8 Milliarden Dollar.

Ein genaues Bild über die Arbeitslosigkeit war wegen mangelhafter Statistiken nicht zu ermitteln. Bei einer arbeitsfähigen Bevölkerung von 132,27 Millionen Menschen waren offiziell in den 14 Staaten 11,25 Millionen Arbeitslose registriert. Die Daten sagen jedoch nichts über die Unterbeschäftigung aus, die in allen Ländern meist deutlich über der offenen Arbeitslosigkeit liegt. Guatemala verzeichnet 40 Prozent Arbeitslose, Honduras 25 und Bolivien 20 Prozent. Mit am günstigsten schneidet Costa Rica ab, das 6,1 Prozent Arbeitslosigkeit meldet.

Neuordnung der Burda-Führung

dpa/VWD, **Offenburg**

Die Burda-Gruppe in Offenburg, mit über einer Mrd. DM Jahresumsatz und einer Reihe von auflagenstarken Zeitschriftentiteln eines der führenden Branchenunternehmen in der Bundesrepublik, hat ihre Führungsstruktur neu geordnet. Wie der Verlag gestern mitteilte, sind die gemeinsamen Gesellschafter und Brüder Franz, Frieder und Hubert Burda übereingekommen, vom 1. Januar 1987 an die Führung und Verwaltung der Unternehmen und Beteiligungen der Familie in getrennter Weise fortzusetzen.

Auf der Beteiligungsseite übernehmen Franz Burda (54) und Frieder Burda (50) gemeinsam in Fortführung der bisherigen Aufgaben-Bereiche die Beteiligung an der Axel Springer Verlag AG (Gesamtumsatz 2,5 Mrd. DM) mit einem Anteil von zur Zeit 24,9 Prozent sowie unter anderem die in den USA tätigen Druckunternehmen der Meredith/Burda Corp., an der Burda mit 50 Prozent beteiligt ist. Der Umsatz der Druckereien erreicht in diesem Jahr 400 Mill. Dollar.

Der seit 1973 den Unternehmensbereich Verlag leitende Hubert Burda (46) übernimmt den gesamten Druck- und Verlagsbereich. Hubert Burda wird dementsprechend künftig als alleiniger geschäftsführender Gesellschafter die Burda GmbH und die Burda Farben GmbH + Co. einschließlich der Tochtergesellschaften sowie der deutschen und französischen Druckereien führen.

Die Neuordnung der Burda-Gruppe erfolgt drei Monate nach dem Tod des Gründers und Seniors Franz Burda. Hubert Burda, der bisherige Verlagschef, wird der alleinige Herr im Druck- und Verlagshaus sein, während seine Brüder Franz Burda und Frieder Burda sich verstärkt der Beteiligungspolitik annehmen. Dazu gehört vor allem auch das Engagement am Axel Springer Verlag, dem offenbar Burda zunehmend stärkeres Gewicht beimißt.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Umsatzplus bei Südzucker

Frankfurt (adh) – Die Südzucker AG, Mannheim, hat in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres 1986/87 (28. 2.) insgesamt 677 000 t Zucker abgesetzt. Dabei wurden die Exporte mit einem Plus von 132 Prozent mehr als verdoppelt, im Inland legte Südzucker elf Prozent zu. Das sorgte nach dem Rückgang im Vorjahr für ein Umsatzplus von 18 Prozent auf 1056 (894) Mill. DM.

Antrag stellen

Bonn (dpa/VWD) – Das Bundesverfassungsgericht wird am 10. Februar 1987 über die Verfassungsmäßigkeit der Einheitswerte des Grundbesitzes, insbesondere zur Bewertung von Ein- und Zweifamilienhäusern entscheiden. Diese Entscheidung hat erhebliche Bedeutung für die steuerliche Belastung des Grundbesitzes der Eigenheimbesitzer, deren Häuser oder Wohnungen bisher im sogenannten Sachwertverfahren bewertet wurden. Diesen Steuerzahlern empfiehlt der Bund der Steuerzahler noch 1986 vorsorglich einen Antrag „auf fehlerberichtigende Wertfortschreibung mit gleichzeitigem Ruhen des Verfahrens" zu stellen. Falls das Bundesverfassungsgericht auf eine Bewertung ihrer Grundstücke im allgemein steuerlich wesentlich günstigeren Ertragswertverfahren erkenne (statt wie bisher im Sachwertverfahren), so könnten sie dieses noch im Jahr der Antragstellung, also 1986, in Anspruch nehmen. Sonst sei dies erst im Jahr der Gerichtsentscheidung, also im nächsten Jahr möglich.

Fusion Macard/Stein

Düsseldorf (Py.) – Die Gesellschafter der traditionsreichen Privatbankhäuser, Macard & Co. und J. H. Stein fusionieren zum 1. 1. 1987 ihre Institute zu Macard, Stein & Co. Das Kapital der vereinigten Banken beträgt rund 74,2 Mill. DM, an dem als Mehrheitsgesellschafterin die französische Banque Indosuez-Gruppe, die Hannoversche Rückversicherungs-AG, die Familie von Stein sowie fünf persönlich haftende Gesellschafter beteiligt sind.

Neue Aufträge für Bilfinger

Mannheim (VWD) – Neue Aufträge für insgesamt 1,25 Mrd. DM hat die Mannheimer Bilfinger & Berger Bauaktiengesellschaft im Ausland gebucht. Die Aufträge wurden in Pakistan und Nigeria erteilt. Sie brächten für das Auslandsgeschäft des Unternehmens eine Grundauslastung für die nächsten drei Jahre.

Wintershall internationaler

Frankfurt (adh) – Stärker international ausrichten will die Wintershall-Gruppe ihre Aktivitäten im Rohölgeschäft. Ab Januar werden alle Rohöleinkäufe über die Wintershall-Oil AG in Zug, Schweiz, und die internationalen Transporte über die Londoner Wintershall-Tochter abgewickelt. Die Rohölversorgungs GmbH in Kassel stellt ihre Geschäftstätigkeit ein und wird mit der Wintershall AG verschmolzen.

Henkell & Söhnlein

Frankfurt (adh) – Eine gemeinsame Dachgesellschaft Henkell & Söhnlein Sektkellereien KG wird vom Januar an die Geschäfte von Henkell und Söhnlein übernehmen. Geschäftsführer der Gesellschaft sind Helmut Rings (Sprecher), René von Boch, Hans-Henning Wiegmann und Ulrich Kallmeyer. Der bisherige alleinige Geschäftsführer der Henkell-Geschäftsführungs-GmbH, Franzjosef Höfler, scheidet aus.

Flughafen Frankfurt

Frankfurt (adh) – Um elf Prozent auf 40 700 Mitarbeiter stieg im zurückliegenden Jahr die Zahl der auf dem Flughafen Frankfurt beschäftigten Menschen. Der Flughafen ist damit unverändert Hessens größter Arbeitgeber.

Balladurs Steuer-Revolution

Umkehr der Beweislast und erheblich geringere Strafen

J. Sch. **Paris**

Nach Abschaffung der Vermögensteuer und Wiederherstellung des Goldanonymats sowie nach der Amnesty für Kapitalflüchtlinge will Wirtschafts- und Finanzminister Balladur die Beziehungen zwischen dem französischen Staat und den Steuer- wie Zollpflichtigen auf eine neue Grundlage stellen. Der jetzt beschlossene Gesetzentwurf zu dieser umfassenden Reform wird allerdings später als geplant, wahrscheinlich im April, dem Parlament vorgelegt.

Seine wichtigste Bestimmung, die in Frankreich einer Revolution gleichkommt, besteht darin, daß bei Steuer- und Zollverfahren der Beschuldigte nicht mehr seine Unschuld beweisen muß, sondern daß die Behörden den Beweis für eine strafbare Handlung zu erbringen haben. Die den rechtsstaatlichen Prinzipien widersprechende Umkehr der Beweislast hat sich in Frankreich wegen des großen Ausmaßes der Steuerhinterziehung so lange erhalten.

Daraus erklären sich auch die horrenden Bußgelder, die bis zu 300 Prozent der Deliktsumme betragen und bei Zollvergehen sogar 500 Prozent erreichen können. Sie sollen künftig je nach der Schwere des Vergehens auf fünf bis 80 Prozent begrenzt werden. Bei betrügerischen Handlungen ist ein Höchstsatz von 150 Prozent vorgesehen. Außerdem sollen die Steuerprüfungen erleichtert und zeitlich verkürzt werden.

Bereits Mitte dieses Jahres hatte die Regierung die Verjährungsfrist für Einkommensteuernachzahlungen von fünf auf drei Prozent verkürzt. Jetzt soll auch die Ersatzbesteuerung nach den „äußeren Zeichen des Reichtums" (Wohnungsmiete, Auto-PS, Dienstpersonal und so weiter) die bisher schon bei vagem Verdacht ungenügender Erklärungen willkürlich vorgenommen werden konnten, abgeschafft werden. Wer über seine Verhältnisse lebt, konnte so über seine echten Einkommenbezüge hinaus veranlagt werden.

VW übernimmt weitere Seat-Anteile

dos, **Wolfsburg**

Die Volkswagen AG, die bereits Mitte 1986 von der spanischen Staatsholding Instituto Nacional de Industria (INI) 51 Prozent des Grundkapitals der Sociedad Espanola de Automobiles de Turismo SA (Seat) übernommen hatte, erwirbt noch in diesem Jahr weitere 24 Prozent Seat-Anteile. Die verbleibenden 25 Prozent, so heißt es in einer Mitteilung, werden „vertragsgemäß bis spätestens Ende 1990" in den Besitz von VW übergehen. Das Seat-Grundkapital beträgt umgerechnet rund 1,3 Mrd. DM.

Nach Angaben von VW hat die Integration des spanischen Automobilherstellers in den weltweiten Konzern-Fertigungsverbund weitere Fortschritte gemacht. Seat werde 1986 rund 340 000 Fahrzeuge fertigen und damit die Vorjahresproduktion um 6 Prozent übertreffen. Darin enthalten seien etwa 107 000 VW-Modelle. In Europa habe Seat in den ersten zehn Monaten 1986 rund 151 000 Fahrzeuge verkauft und damit den Marktanteil von 1,4 Prozent im Vorjahr auf jetzt 1,6 Prozent erhöht.

P+S wieder mit positivem Ergebnis

dos, **Salzgitter**

Die Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (P+S) hat das Geschäftsjahr 1985/86 (30.9.) wieder mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen. Wie der Vorstand in der Werkszeitschrift schreibt, ist dies vor allem das Verdienst des Umstrukturierungskonzeptes. Zahlen werden allerdings nicht genannt. Im Vorjahr hatte P+S einen Gewinn von 93 Mill. DM erzielt.

Weitgehend unbefriedigend verlief die Entwicklung im letzten Quartal 1985/86 (Juli bis September). Gegenüber dem Vorquartal zeigten der Auftragseingang für Walzstahl, der Walzstahlabsatz und der Umsatz rückläufige Tendenz. Neben saisonalen Einflüssen spiegele sich darin das schwächere Auslandsgeschäft wider. Die Rohstahlproduktion von P+S verringerte sich im Gesamtjahr 1985/86 um gut 10 Prozent auf rund 3,6 (3,9) Mill. Tonnen. Der Stranggußanteil erhöhte sich gleichzeitig auf 87 (83) Prozent. Ende September beschäftigte P+S noch 10 173 Mitarbeiter, knapp 3000 weniger als vor Jahresfrist. Bis Ende 1986 werde es zum Abbau von weiteren 300 Mitarbeitern kommen.

PERSONALIEN

Günter Busch, seit 1973 persönlich haftender Gesellschafter bei Vorwerk & Co., Wuppertal, tritt nach 20jähriger Firmenzugehörigkeit zum Jahresende 1986 in den Ruhestand.

Helmut Forberich, Geschäftsführer Technik bei der Rowenta-Werke GmbH, Offenbach, wurde mit Wirkung vom 1. Juli 1987 in den Vorstand der Drägerwerk AG, Lübeck, berufen. Er ist Nachfolger von **Georg-Wilhelm Oetjen**, der zu diesem Zeitpunkt in den Ruhestand tritt.

Dr. **Burkhard Block**, Mitglied der Geschäftsleitung der Dahlke & Partner GmbH Personal- und Unternehmensberatung, wurde zum geschäftsführenden Gesellschafter bestellt.

Hans Lochmann, Verlagsdirektor des Unternehmensbereiches Adreßbücher und Prokurist der Schlüterschen Verlagsanstalt und Druckerei, Hannover, tritt Ende 1986 in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist **Frank-Peter Oppenborn**.

Wolfgang Kühborth, Sprecher des Vorstands der Klein, Schanzlin & Becker AG (KSB), Frankenthal, kehrt in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zurück. Sein Nachfolger wird **Kilian von der Tann**.

Horst W. Elwenn, Bereichsleiter Wertpapiergeschäft der Helaba, tritt am 1. April 1987 als Leiter des Wertpapierhandels und der Anlageberatung in die Citibank AG, Frankfurt, ein.

Versicherer werben für 150 Millionen

DW. **Bonn**

Die Werbeaufwendungen der Versicherungsbranche haben im vergangenen Jahr erstmals die 150-Millionen-Mark-Grenze überschritten. Vor allem die Publikumszeitschriften konnten dabei ihren Anteil kräftig auf 47 Prozent ausbauen, heißt es in einem Branchen-Bericht der Axel Springer Verlag AG; auch die Tageszeitungen legten auf 17 Prozent zu. Verlierer war in erster Linie das Fernsehen, das auf 16 Prozent zurückfiel.

Die größten fünf der 141 Einzeletats vereinen 25 Prozent der Gesamtwerbeaufwendungen auf sich und die größten zwanzig knapp 60 Prozent, heißt es weiter. Um in den Kreis der Top Ten zu gelangen, war ein Bruttowerbeaufwand von mehr als 3,5 Millionen Mark erforderlich; 46 Etats waren höher als eine Million Mark und 63 höher als 500 000.

Mehr als 750 vielfach miteinander verschachtelte Unternehmen operieren auf dem deutschen Versicherungsmarkt – davon mehr als 100 Lebensversicherer, 32 Rückversicherer und mehr als 330 Schaden- und Unfallversicherer. Gemessen an den Versicherungsbeiträgen stellt die Lebensversicherung mit rund 40 Prozent Anteil die bedeutendste Sparte, gefolgt von der Kraftfahrtversicherung mit 20 Prozent und den Krankenversicherern mit 13 Prozent. Die zehn Größten in der Lebensversicherung haben einen Anteil von 50 Prozent; in der Krankenversicherung sind es sogar 75 Prozent.

Im Durchschnitt verfügt jeder Bundesbürger über mehr als sechs Versicherungspolicen. Der Lebensversicherungsbestand lag im vergangenen Jahr bei 67,5 Millionen Verträgen; bei den Kfz-Versicherungsscheinen ist die Anzahl mit mehr als 65 Millionen ebenfalls höher als die Zahl der Bundesbürger.

Die Werbewirtschaft kann die Sektkorken knallen lassen

Umsätze haben im abgelaufenen Jahr die 16-Milliarden-Grenze überschritten – Strukturwandel bereitet der Branche mancherlei Sorgen

VOLKER NICKEL, **Bonn**

Des Deutschen Lust ist der Frust? Da haben die Bürger im zurückliegenden Jahr 1986 rund 65 Milliarden Mark mehr in den Geldtaschen durch niedrige Ölpreise, höhere Löhne, geringere Steuern und phantastische Preisstabilität. Doch mit stoischer Verneinungsroutine und Spaß am Madigmachen halbwegs positiver Lebensumstände wird schlechtes Gewissen herbeigeredet. Der „Spiegel" entdeckte eine um sich greifende „Hemmungslosigkeit des Kaufens", und im „Stern" liest man vom „explosionsartigen Anwachsen des Luxuskonsums".

Die Sache kommt ins Lot, wenn man Tatsachen als solche nimmt. „Luxusartikel nicht gefragt", meldet der Handel am Ende des Weihnachtsgeschäfts. Aber die Umsatzentwicklung sei in diesem Jahr mit plus 3,5 Prozent auf rund 414 Milliarden Mark außergewöhnlich gut gewesen. Gleiches erwarte man 1987.

Die Bundesbürger in ihrer Mehrheit haben also offensichtlich wieder Mut zum Konsum. Daran werden auch jene nichts ändern, die unter dem Kunststoff-Weihnachtsbaum ihre makrobiotischen Kekse aus Körnern knabbern und darüber nachsinnen, wo sich Elend für die nächste mediengerechte Attacke auf die Wohlstandsgesellschaft ausleihen läßt. Der Neid ruht niemals, sagt ein koreanisches Sprichwort.

Doch die Stimmung, neuerdings Zeitgeist genannt, ist eine andere. Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) faßte gestern in Bonn seine Marktbeobachtungen mit Blick auf 1987 so zusammen: Die Unsicherheit bei den privaten Verbrauchern nach den Schüben der Ölkrise, der Inflation und Arbeitslosigkeit löse sich allmählich auf. Die zurückweichende Diffamierung des Konsums in den siebziger Jahren werde durch Freude am Dasein und einer betont verbrauchsorientierten Lebensweise abgelöst. „Konsum ist jetzt in der Bundesrepublik nicht mehr unanständig", so die Dachorganisation, der 42 Verbände angehören.

Diese Ausgangslage liefere ein ausgezeichnetes Werbeklima, das die Wirtschaft nutzen müsse. Volkswirtschaftlich sei ein stärkerer Anstieg des privaten Verbrauchs erforderlich, um die zurückgehenden Exporterlöse auszugleichen. Werbung könne zwar keine Konjunktur machen, in Aufschwungphasen aber solche Trends stärken und fördern. Es käme nun darauf an, daß die deutsche Wirtschaft – vor allem der Mittelstand – die Marktchancen auch mit Hilfe verstärkter Marktkommunikation ausschöpfe, wirbt der Dachverband.

Für die vergangenen zwölf Monate zumindest kann die deutsche Werbewirtschaft Sektkorken zum Jahreswechsel fröhlich knallen lassen. Im Jahr 1986 haben die Werbeausgaben der Wirtschaft erstmals die 16-Milliarden-Mark-Grenze überwunden. Mit plus sechs Prozent oder fast einer Milliarde Mark stiegen sie (nach ZAW-Vorausschätzungen) doppelt so stark an wie im Jahr zuvor (plus 2,8 Prozent oder plus 0,4 Milliarden Mark). Sie überflügeln damit das mit drei Prozent Wachstum vorausgesagte Bruttosozialprodukt für das zu Ende gehende Jahr.

Üppig, wenn auch etwas gedämpfter ebenso die Aussichten für 1987. Die Werbewirtschaft rechnet mit einem Plus der Zunahme der Ausgaben für Werbeeinschaltungen von fünf Prozent auf über 17 Milliarden Mark. Sollte diese Umsatzsteigerung bei den Medien erreicht werden, läge das Wachstum der Werbung erneut wie im Vorjahr doppelt so hoch wie der von den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten prognostizierte Anstieg der gesamten volkswirtschaftlichen Leistung.

Die Ursachen für den Optimismus entspringen der Tatsache, daß die deutsche Wirtschaft überwiegend zuversichtlich die Konjunktur 1987 beurteilt. Und auf Chefetagen ist auch der Motor dafür bekannt: der Konsum der privaten Haushalte. Das Motorenöl dafür aber ist Werbung. Und das weiß man auch immer häufiger in der mittelständischen Industrie, aus der 1986 stärkere Werbeimpulse kamen als früher.

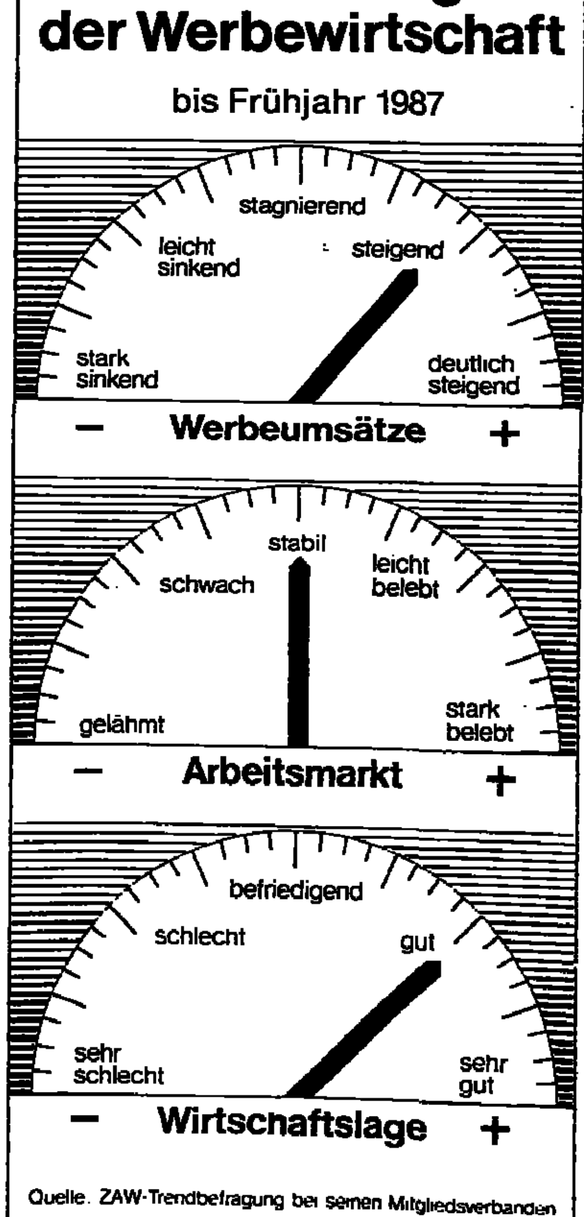
Das günstige ökonomische Klima für Werbeinvestitionen ist überdies gut verpackt durch das wachsende Ansehen der Werbung bei den Verbrauchern. Laut Verbraucher-Analyse (VA '86) kann – bei einem Vergleich zwischen 1981 und 1986 – die Aussage getroffen werden, daß Werbung bei den Konsumenten immer willkommener ist:

- 54 Prozent finden Werbung hilfreich für den Verbraucher (1980: 53 Prozent)
- 49 Prozent sehen sich Anzeigen in Zeitschriften gern an (1980: 44 Prozent)
- und 44 Prozent halten Werbesendungen im Fernsehen für unterhaltsam (1980: 43 Prozent).

Doch zufriedene Mienen anläßlich des Jahreswechsels dürfen nicht darüber hinwegwischen, daß die Werbewirtschaft vielfältige Sorgen plagen. Denn auch diese Branche, die insgesamt 310 000 Menschen beschäftigt, steckt in einem Strukturwandel. Deutlich wird das an einer Rechnung, wie sie die Werbeagentur Grey Düsseldorf jetzt aufmachte. Danach haben sich die Werbeaufwendungen in den vergangenen zehn Jahren (1975 bis 1985) zwar verdoppelt (Index 202). Die Zahl aller Werbeeinschaltungen wuchs im gleichen Zeitraum aber nur um knapp ein Fünftel (Index 119). Wiederum im Zeitraum von 1975 bis 1985 hat sich die Zahl der beworbenen Marken (Kampagnen) von einst 24 175 auf jetzt 40 934 erhöht (Index 169). Die durchschnittliche Zahl der Einschaltungen pro Kampagne ist in dieser Zeit aber von 63 auf 45 abgesackt (Index 71).

Die Werbeagenturen bekamen wegen der Marken-Explosion zwar mehr Arbeit. Die dadurch steigenden Personalkosten konnten aber für viele ihrer Betriebe wegen absinkender Rentabilität nicht ausgeglichen werden. Zu Renditeproblemen gesellt sich das Zerbröseln des Medienmarktes und dadurch der Mediennutzerschaft. Auch der Verbraucher wird in seinem Verhalten immer unkalkulierbarer. Die Folge: Vor, während und nach Werbekampagnen steigt der Forschungsbedarf.

Immerhin: Das Jahresergebnis 1986 und die Aussichten für 1987 gestatten einen verhalten-fröhlichen Jahreswechsel. Die Branche wird sich indessen einen klaren Kopf bewahren müssen, will sie nicht auf der Schwelle in das nächste Jahrtausend resigniert über ihren Zustand feststellen: „eine schöne Bescherung".



Präsentationen grundsätzlich ohne Vergütung

DW. **Frankfurt**

Agenturen und ihre Berater werden künftig noch mehr Augenmerk auf die Vereinbarungen im Vorfeld oder zur Erneuerung einer vertraglichen Zusammenarbeit haben müssen: Das Oberlandesgericht Frankfurt hat in einer jetzt veröffentlichten Entscheidung (5 U 137/84) festgestellt, daß Etat-Präsentationen als Vorarbeiten grundsätzlich nicht zu vergüten sind, und zwar auch dann nicht, wenn sie kostenintensiv sind. Soll eine Vergütung rückgezahlt werden, bedarf es einer Vergütungs-Abrede.

In den Gründen heißt es hierzu: Es läßt sich nicht sagen, daß Etat-Präsentationen regelmäßig und üblicherweise nur gegen Entgelt vorgenommen werden. Der Sachverständige hat mit hinreichender Bestimmtheit ausgeführt, es sei üblich geworden, schriftlich festzuhalten, wenn der Kunde eine Präsentation bezahlen will oder die Agentur auf einer Bezahlung besteht. Wie auch sonst sei davon auszugehen, daß Vorarbeiten nicht vergütet werden: „Es ist den Parteien zuzumuten, ausdrücklich klarzustellen, daß nur entgeltlich gearbeitet wird.

Das Gericht ließ dahinstehen, ob es sich als „Berufsstandspflicht" herausgebildet hat, Etatpräsentationen dürften nicht kostenlos durchgeführt werden. Es vertritt hierzu die Auffassung, daß die „Berufsstandspflicht" nur dann von Bedeutung sei, wenn sie sich so durchgesetzt habe, daß die Leistung nur gegen eine Vergütung zu erwarten sei.

Dies war im vorliegenden Fall nicht gegeben: Nach Auffassung der Richter geht es nicht an, zunächst eine Vereinbarung über die Entgeltlichkeit nicht zu treffen und später, wenn sich die Hoffnung auf weitere Tätigkeit nicht realisiert, vorzutragen, die Leistung sei „nur" gegen eine Vergütung zu erwarten gewesen.

Aktien leicht nachgebend

Größeres Angebot bei Siemens

Das Geschäft auf dem Aktienmarkt war schleppend. Die Kurse gaben meist leicht nach. Nur dort, wo das Angebot größer war, zum Beispiel bei Siemens, wurden die Tagesverluste spürbarer. Der schwache Dollar hatte noch keinen größeren Einfluß auf die Kurse.

Nach wie vor besteht der Eindruck, daß die Großanleger ihre Dispositionen für 1986 abgeschlossen haben. Von dieser Seite lagen Kaufaufträge kaum vor. Von der privaten Bankenkundschaft werden unmittelbar vor Weihnachten ohnehin kaum Wertpapierkäufe vorgenommen. Da aber auch die Gewinnmitnahmen sich in engen Grenzen hielten, bestand nur in Ausnahmefällen ein größerer Abgabedruck. Unverändert empfindlich blieben allerdings die Stahlwerte. Dabei sanken Thyssen auf den diesjährigen Tiefstand zurück. Unsicherheit ebenfalls im Maschinenbau-Bereich, wo sich konjunkturelle Sorgen immer mehr bemerkbar machen. Auch MAN gaben in der Nähe ihres diesjährigen Tiefstandes nach. Kaufhausaktien stagnierten auf bisheriger Basis. Im Gegensatz zur Allgemeintendenz verbesserten sich VIAG auf 160 DM. Es wird darauf spekuliert, daß zumindest am Jahresschluß der diesjährige Emissionspreis von 165 DM wiederhergestellt wird. Bei den Banken litten die Papiere der Deutschen Bank unter Abgabedruck aus dem Ausland.

Nachbörse: leichter

DW-Akt.ind.: 275,67 (276,95)
DW-Ums.ind.: 3045 (3491)
Adv.-decline-Zahl: 73 (117)
50-Tg-Linie: 275,57 (275,54)
200-Tg-Linie: 277,85 (277,86)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

AEG, BASF, Bayer, Bayer. Hypo, Bayer. Vbk., BMW, Commerzbk., Conti Gummi, Daimler, Dt. Babc. St., Dt. Babc. Vz., Dt. Bank, Dresdner Bk., FAG Kugelf., Feldmühle, Hoechst, Hoesch, Horten, Kali u. Salz, Karstadt, Kaufhof, KHD, Klöckner-W., Linde, Lufthansa St., Lufthansa Vz., Mannesmann, MAN St., MAN Vz., Mercedes-H., Metallges., Nixdorf, Preussag*, RWE St., RWE Vz., Schering, Siemens, Thyssen, Veba, VEW, VIAG, VW, Philips**, Royal D.**

[illegible]

DM-Total: in 1000 DM [illegible]

Inland

	22.12.	19.12.
H Aach M Betl. 17,5	2080	2059
H Aach. M. Vers. 7	1800T	1830G
D Aach. Rück. 9	2450G	2450bxD
D Asseg *4	606G	606G
M Ack-Gögg. 8	159,2	159,5
H Adca 3	160	164
D Adler 12+16	285G	285G
F AEG 0	332,2	334,5
D AEG KABEL 9	415G	415G
S Aesculap 9	385	380,5
F AGAB 5	166	165
D Commerzb. 8	307	307,8
D Cobk.Resto*0 RM	17,9	13,5bGr
D Conc. Chem. 4,5	250	250
B Conc. Spinne * 0	707G	707G
D Contigas 8	335	338G
D Conti Gummi 5	341,5	341,5
D DoNb. St. 7,75	273	272
D dgl. Vz. 14,75	400G	395G
S Daimler 12+2,5	1257	1240
M Deckel AG 6	708bG	200
D Dt. Atl. Tel. 10	880T	845
D Dt. Babcock St. 5	201	201
D dgl. Vz. 3,5	191	191
F Dt. Bank 12	820	826

[illegible]

Ausland

Amsterdam · Brüssel · Hongkong · Kopenhagen · London · Luxemburg · Madrid · Mailand · New York · Paris · Johannesburg · Singapur · Sydney · Oslo · Stockholm · Tokio · Toronto · Wien · Zürich

[illegible]

Tokio

	22.12.	19.12.
Bank of Tokyo	934	930
Banyo Pharma	1030	1040
Bridgestone Corp.	753	745
Canon	1090	1090
Daikin Kogyo	670	665
Daiwa Sec.	1810	1770
Daiwa House	1830	1830
Eisai	2220	2240
Fuji Bank	1800	1810
Fuji Photo	3820	3890
Hitachi	1180	1180
Honda	1440	1450
Ikegai Iron	290	289
Jujo Paper	420	421
Kansai El. P.	3960	4050
Kao Soap	1780	1800
Kirin Brewery	1650	1670
Komatsu	502	510
Kubota Iron	575	583
Matsushita El. Ind.	2200	2220
Matsushita El. Wks.	1690	1660
Minolta Camera	710	715
Mitsubishi El.	446	459
Mitsubishi H. I.	430	430

Toronto

	22.12.	19.12.
Hudson Bay Mng.	6,5	6,25
Husky Oil	11,125	11
Imperial Oil -A-	49,875	49,375
Inco	16,625	16,25
Inter City Gas Ltd.	14,25	14,375
Interprov. Pipeline	38,5	38,375
Kerr Addison	15,375	14,875
Lac Minerals	27,375	27,125
Marc Res.	8,5	8,375
Moore Corp.	28,75	28,25
Noranda Mines	19,875	19,875
Norcen Energy Res.	16,125	15,625
Northgate Expl	5,75	6
Northern Telecom.	44,25	44
Nova An Alberta 'A'	5,875	6
Nu West Group	0,5	0,41
Oakwood Petrol	1,7	1,7
Placer Development	29,875	29,75
Provigo Inc.	17,875	17,75
Ranger Oil	6,375	6
Revenue Properties	3,55	3,5
Rio Algom	20,75	20,5
Royal Bk. of Can.	32,625	32,625
Seagram	86,75	86,5

Zürich

	22.12.	19.12.
Jacobs Suchard Inh.	9000	8825
Jelmoli	4000	4000
Landis Gyr	1750	1760
Mövenpick Inh.	6700	6750
Motor Columbus	1995	1960
Nestle Inh.	9725	9725
Oerlikon-Bührle	1380	1400
Sandoz NA	4200	4175
Sandoz Inh.	11000	11025
Sandoz Part.	1710	1700
Saurer Nam.	75	79
Art. A. Saurer	120	173
Schw. Bankges.	5920	5860
Schw. Bankverein	560	557
Schw. Kredit. A. Inh.	3760	3750
Schw. Rückv. Inh.	18500	18400
Schw. Volksb. Inh.	2660	2660
Sika -B-	3650	3700
Gebr. Sulzer Part.	565	575
Swissair	1255	1275
dgl. NA	1025	1030
Winterthur Inh.	7440	7400
Winterthur Part.	1270	1250
Zür. Vers. Inh.	8600	8550
Index: Schw. Bankv.	673,70	671,00

Inlandszertifikate

[illegible]

Auslandszertifikate

[illegible]

Optionshandel

[illegible]

480/45G; 4-400/8G; 440/20G; 460/51; 7-400/15G; 420/71G; 440/30G; 460/40G; Wella 7-700/20G; Alcan 1-60/3B; 4-60/7B; 7-60/7,9B; Chrysler 1-80/4B; 4-80/7B; 7-70/2,5G; 80/8,5B; GM 1-100/9,9B; General Motors 1-170/35B; 4-140/9,6B; 150/20B; IBM 1-260/12B; 4-260/22B; Norsk Hydro 1-38,1/1,5B; 40/7,5B; 4-35/3B; 45/10,5B; 7-40/4B; Philips 1-49,5/10,5B; 4-40/7,5G; 45/8B; 7-35/1,4; 40/3,2; Xerox 1-120/10B; 4-120/16B

Rentenoptionen

Frankfurt: 19. 12. 1986

Kaufoptionen: 7 3/4 Bund 82 I (90): APR87-106/2,7G; 108/0,8G; 110/0,6B; OKT87-106/3,5G; 108/1,5B; 7 1/2 Bund 85 III (91): APR87-106/2,5B; 108/0,5G; 110/0,4B; OKT87-106/3,5B; 108/1,5B; 8 1/2 Bund 82 (92): APR87-110/2,7G; 112/0,8G; OKT87-110/3,5G; 112/1,5G; 8 3/4 Bund 82 (92): APR87-112/2,5G; 114/0,5G; OKT87-112/3,3G; 114/1G; 7 1/2 Bund 85 I (95): APR87-106/5G; 108/1,2G; OKT87-106/3,5G; 108/1,5G; 110/0,3G, 8 Bund 85 (95): APR87-108/3G; 110/1,2G; OKT87-108/4G; 110/2G; 112/0,3G; 8 1/4 Bund 85 V (95): APR87-110/3,2G; 112/1,2G; OKT87-110/4G; 112/1,8G; 7 1/2 Bund 84/94: APR87-104/5,8G; 106/4G; 108/2G; OKT87-104/6,5G; 106/4,7G; 108/2,8G; 7 Bund 85 I (95): APR87-102/5G; 104/3,2G; 106/1,2G; OKT87-102/6G; 104/4G; 106/2G; 7 1/4 Bund 86 II (96): APR87-104/4,5G; 106/2,8G; 108/0,5G; OKT87-104/4,8G; 106/3,2G; 108/1,2G; 6 3/4 Bund 86 (96): APR87-100/5,5G; 102/3,5G; 104/1,8G; OKT87-100/6,5G; 102/4,7G; 104/2,8G; 6 1/2 Bund 86 (96): APR87-100/3,8G; 102/1,8G; 104/0,3G; OKT87-100/4,8G; 102/3B; 104/1,3B; 7 1/8 Bahn 86 (96): APR87-102/2,5G; 104/0,5G; OKT87-102/3,5G; 104/1,8G; 7 Post 86 (97): APR87-100/5,2G; 102/3,5G; OKT87-100/6G; 102/4,5; 104/1,9G.

Verkaufsoptionen: 7 3/4 Bund 82 I (90): APR87-108/0,8G, 110/2,5G; OKT87-108/0,8G; 110/3,5G; 7 1/2 Bund 85 III (91): APR87-108/1G; 106/0,3G; 108/2G; 8 1/2 Bund 82 (92): APR87-112/0,8G; OKT87-112/1,8G; 8 3/4 Bund 82 (92): APR87-114/0,5G; OKT87-114/1,2G; 7 1/2 Bund 85 I (95): APR87-106/0,3G; OKT87-108/0,8G, 8 Bund 85 (95): APR87-110/0,3G; 112/2G, OKT87-110/0,8G, 112/3G; 8 1/4 Bund 85 V (95): APR87-112/0,5G; 114/2G; OKT87-112/0,8G; 114/3G; 7 1/2 Bund 84/94: APR87-108/0,3G; 110/1,5G; OKT87-106/0,8G; 108/0,8G; 110/2,8G; 7 Bund 85 I (95): APR87-106/0,5G; OKT87-104/0,3G; 106/1,8G; 7 1/4 Bund 86 II (96): APR87-108/2,5G; OKT87-106/0,5G, 108/3,5G; 6 3/4 Bund 86 (96): APR87-104/0,5G; OKT87-104/1,3G; 6 1/2 Bund 86 (96): APR87-104/1,5G; 106/3,5G; OKT87-102/0,3G; 104/2,5G; 7 1/8 Bahn 86 (96): APR87-104/0,8G; OKT87-104/1,50G; 7 Post 86 (97): APR87-106/1,5G; OKT87-104/0,5G; 106/2,5G.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 850T, VAB 2600G. **Düsseldorf:** BMW 560bG, Goldschm. 230bGrt, Lehnkering 205TG, Nixdorf 725, O & K 115, Siemens 728, Thüga 412T. **Frankfurt:** Bibl. Inst. 545G, BMW 555, Fuchs St. 155, Fuchs Vz. 152, Goldschm. 225bG, Henaga 199G, Magdeburger Feuer NA 478B, Magdeburger Feuer 1250B, Mannh. Vers. 800, Nixdorf 727, Siemens 750G, Thüga 410 **Hamburg:** –. **München:** Stumpf 115B, VAB 2650.

Bezugsrechte: **Frankfurt:** Kolbenschmidt 8. **Stuttgart:** Kolbenschmidt 8.

Devisenmärkte

Der Devisenhandel am 22. Dezember war vor allem technisch zu sehen. Der Dollar, seit Freitag wieder etwas angeschlagen, wurde weiter zurückgenommen und gab bis auf 1,9850 nach. Die ersten Kurse waren noch um 1,9970 zu hören. Änderung der labilen Situation durch wirtschaftliche Daten ist wohl für die nächsten Tage nicht zu erwarten. Die Notiz wurde mit 1,9850 festgestellt. Das Britische Pfund entwickelte trotz der Opec-Beschlüsse keine Eigendynamik und gab um 5 Promille auf 2,862 nach. Auch die norwegische Währung schwächte sich ab. Für die Lira wurde ein neues historisches Tief ermittelt. Dollar in: Amsterdam 2,2450, Brüssel 41,31; Paris 6,5165; Mailand 1377,60; Wien 13,987, Zürich 1,6611. Ir Pfund/DM 2,72; Pfund/Dollar 1,4412; Pfund/DM 2,862.

Devisen und Sorten

22.12.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Frankf. Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Sorten* Ankauf	Sorten* Verkauf
New York[1]	5,50	1,9818	1,9898	1,986	1,94	2,04
London[2]	11,0	2,855	2,869	2,836	2,80	2,95
Dublin[2]	12,0	2,713	2,727	2,664	2,63	2,78
Montreal[1]	8,47	1,4375	1,4455	1,4375	1,40	1,50
Amsterd.	4,50	88,345	88,545	88,23	87,60	89,35
Zürich	4,00	119,45	119,65	119,15	118,00	120,75
Brüssel	8,00	4,797	4,817	4,771	4,67	4,85
Paris	9,50	30,38	30,54	30,165	29,60	31,25
Kopenh.	7,00	26,345	26,465	26,18	25,50	27,25
Oslo	8,00	26,31	26,43	25,78	25,50	27,25
Stockh.	7,50	28,735	28,895	28,51	27,75	29,50
Mailand[3]**	12,0	1,4355	1,4455	1,42	1,40	1,48
Wien	4,00	14,179	14,219	14,179	14,11	14,32
Madrid	8,00	1,475	1,485	1,453	1,425	1,545
Lissabon**	14,5	1,326	1,346	1,301	0,95	1,55
Tokio	3,00	1,218	1,221	1,2245	1,18	1,24
Helsinki	8,50	40,60	40,80	39,99	39,50	41,50
Belgrad* **	–	–	–	–	0,13	0,53
Budap.* **	–	–	–	–	2,15	3,65
Athen* **	20,5	1,385	1,437	–	0,85	1,60
Ankara* **	–	–	–	–	0,15	0,32
Sydney*	–	1,334	1,353	–	1,28	1,40
Johannbg.*	10,0	0,873	0,907	–	0,56	0,81
Hongkong *	–	25,31	25,59	–	23,00	29,50

Alles in Hundert; [1]1 Dollar, [2]1 Pfund; [3]1000 Lire; [4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage. * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

Renten meist nachgebend

Das Geschäft auf dem Rentenmarkt blieb weitgehend geschäftslos. Bei öffentlichen Anleihen gaben die Kurse meist bis zu einem Viertelpunkt nach. Immerhin hielten sich nicht nur die Käufer, sondern auch die Verkäufer zurück, denn niemand scheint ein Interesse an niedrigeren Notierungen zum Jahresschluß zu haben. Ähnlich ist die Situation bei den Pfandbriefen. Auch hier ist ein marktschonendes Verhalten feststellbar.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf DM-Auslandsanleihen

F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Gut behauptet notierte Kupfer. Durchweg höher wurden Kaffee und Kakao bewertet.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	19.12.	18.12.
Dez.	262,00-261,50	279,00
März	272,50-273,00	272,25-271,75
Mai	259,50-259,75	258,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	209,58	209,58
Am. Durum	207,36	207,36

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Dez.	95,00	93,00
März	93,00	97,10
Mai	96,00	99,80

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Dez.	77,20	78,00
März	79,50	80,00
Mai	79,20	79,30

HAFER Chicago (c/bush)

Dez.	171,50	172,50
März	155,00	159,00
Mai	147,50-148,00	151,00

MAIS Chicago (c/bush)

Dez.	151,25	152,25-152,00
März	162,75-162,00	164,00-163,50
Mai	169,50-169,25	170,25-170,50

GERSTE Winnipeg (can $/t)

Dez.	90,70	91,40
März	84,10	84,90
Mai	84,00	84,20

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	19.12.	18.12.
März	139,75-139,90	137,00-137,50
Mai	139,60-140,50	138,25
Juli	141,15-141,25	139,25

KAKAO New York ($/t)

	19.12.	18.12.
März	1877-1880	1862-1867
Mai	1906-1909	1892-1895
Juli	1955	1917
Umsatz	1540	2489

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Jan.	5,25-5,40	5,30-5,50
März	6,03-6,05	6,16-6,19
Mai	6,22	6,38-6,40
Juli	6,36	6,56-6,57
Sept.	6,41	6,61
Umsatz	10553	7072

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

	19.12.	18.12.
	25,50	25,50

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

	23,00	22,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Dez.	15,13	15,14
Jan.	15,13-15,14	15,18-15,19
März	15,45-15,44	15,50-15,49
Mai	15,73-15,72	15,77
Juli	15,90-15,91	15,95
Aug.	15,88-15,90	15,95
Sept.	15,80-15,90	15,95-15,96

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb)
Mississippi-Tal fob Werk.

	16,50	16,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	14,00	14,00
Choise white hog 4 % fr. F.	14,00	12,75

TALG New York (c/lb)

top white	13,75	13,75
fancy	13,25	13,25
bleicht.	13,00	13,00
yellow max. 10% fr.F	10,25	10,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Dez.	52,65-51,92	53,35-53,50
Febr.	49,77-49,70	50,00-50,10
April	45,10-45,20	45,20-45,32

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Febr.	68,60-68,97	68,65-68,50
März	68,05-67,75	67,70-67,40
Mai	68,30-68,37	67,85-68,00

HÄUTE Chicago (c/lb)

	19.12.	18.12.
Ochsen einh. schwere River Northern	61,00	61,00
Kühe einh. schwere River Northern	60,00	60,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Jan.	487,0-486,5	485,5-485,0
März	488,5-488,25	488,0-487,5
Mai	491,25-490,7	490,75-491,0
Juli	493,0-492,75	492,75-493,0
Aug.	492,0	492,0
Sept.	485,0	485,0
Nov.	485,0	486,0

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	19.12.	18.12.
März	56,25-56,30	56,90-56,95
Mai	56,50	57,00-57,05
Juli	56,60	57,20-57,30
Okt.	56,58	57,20-57,32
Dez.	56,40	57,20-57,21
März	56,80-57,00	57,70-57,75

KAUTSCHUK New York (c/lb)
Händlerpreis loco RSS-1

	45,00	45,00

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	22.12.	19.12.
Okt.	610-623	–
–	–	–
–	–	–
Umsatz	2082	–

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	22.12.	19.12.
Okt.	ausg.	ausg.
Dez.	ausg.	ausg.
Umsatz	–	–

Tendenz: –

WOLLE Sydney (austr. c/kg)
Merino-Schweißw. Standard

	22.12.	19.12.
März	675,00-720,00	665,00-750,00
–	–	–
–	–	–
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	22.12.	19.12.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	22.12.	19.12.
Jan.	11838	11790
Febr.	11745	11685

KAUTSCHUK London (p/kg)

	19.12.	18.12.
spot	65,00-68,00	65,00-68,00
RSS 1 Jan.	63,00-64,00	63,00-64,00
RSS 2 Jan.	61,75-62,75	61,75-62,75
RSS 3 Jan.	60,75-61,75	60,75-61,75

Tendenz: ruhig

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	22.12.	19.12.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	unerh.	274,22-276,24
BLEI in Kabeln	unerh.	113,00-114,00

ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)

Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	22.12.	19.12.
MS 58, 1.VS	285	260-261
MS 58, 2.VS	310-313	208-313
MS 63	279-280	281-284

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	22.12.	19.12.
Leg. 225	235-251	235-251
Leg. 226	237-253	237-253
Leg. 231	272-283	272-283
Leg. 233	282-298	282-298

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	22.12.	19.12.
PLATIN (DM/g)	32,658	33,408

GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)

Bank-Vkfpr.	29412	29526
Rückn.-Pr.	25000	25100

GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)

Deg.-Vkfpr.	25810	25980
Rückn.-Pr.	25120	25280
verarbeitet	270808	272508

GOLD (Frankfurter Börsenkurs)

(DM/kg)	25360	25450

SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)

Deg.-Vkfpr.	354,60	356,10
Rückn.-Pr.	343,70	345,20
verarbeitet	370,208	371,808

KUPFER (c/lb)

	19.12.	18.12.
Dez.	60,25-60,30	60,15
Jan.	60,20	60,10
Feb.	60,55	–
März	60,85-60,90	60,45
Mai	61,40-61,45	60,70-60,75
Juli	61,75	61,25-61,35
Sept.	62,05	61,70
Umsatz	2000	4100

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)

	22.12.	19.12.
mitt. Kasse	782,50-783,00	788,50-789,50
3 Mon.	799,00-799,50	804,00-804,50

BLEI (£/t)

mitt. Kasse	366,00-367,00	358,00-360,00
3 Mon.	330,50-331,00	331,00-531,00

KUPFER grade A (£/t)

mitt. Kasse	929,00-929,50	933,00-933,50
3 Monate	949,00-949,50	952,50-953,00
ab. Kasse	–	935,50-936,50
3 Monate	–	954,50-955,00

KUPFER-Standard

mitt. Kasse	900,00-901,00	905,00-906,00
3 Monate	926,00-926,50	930,00-933,00

ZINK Highergrade (£/t)

mitt. Kasse	581,00-582,00	580,00-581,00
3 Monate	557,00-558,00	555,50-556,00

ZINN (£/t)

mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		

QUECKSILBER ($/Fl.)	–	155-165
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	35-40

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	19.12.	18.12.
Jan.	45,00-45,50	45,50-45,70
Febr.	46,00-46,40	46,25-46,70
März	45,50-45,90	45,80-46,00
April	45,30-45,50	44,80-45,00

GASÖL – London ($/t)

	19.12.	18.12.
Jan.	134,00-134,25	130,75-131,00
Febr.	138,00-138,25	135,50-136,00
März	139,00-139,25	136,75-137,00
April	137,00-137,25	134,00-135,00
Mai	136,00-136,25	–132,00

Devisenterminmarkt

Kapriolen im Bereich der Ultimozinssätze führten am 22. 12. zu näheren Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,37-0,32	0,76-0,71	1,37-1,27
Pfund/Dollar	0,51-0,49	1,68-1,65	3,41-3,36
Pfund/DM	2,20-0,80	5,00-3,60	9,30-7,90
FF/DM	19-3	42-26	76-60

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 22.12.: Tagesgeld 5,35-5,30 Prozent, Monatsgeld 4,80-5,00 Prozent, Dreimonatsgeld 4,70-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,90 Prozent, 6 Mon. 4,85 Prozent.
Privatdiskontsätze am 22.12.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 22.12.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 22.12. Redaktionsschluß 14.30 Uhr.

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	8¼-8⅜	5⅝-6½	5½-6
3 Monate	6⅞-7	5⅛-5⅜	4½-5
6 Monate	6⅝-6¾	4⅝-5⅛	4⅞-4⅞
12 Monate	6⅝-6⅞	4⅞-5⅛	4-4⅜

Mitgeteilt von Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 22.12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 14,00, Verkauf 17,00 DM West, Frankfurt: Ankauf 14,00; Verkauf 17,00 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 22.12. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	196,00	251,94	35,14
20 ffr. Napoleon	5,8070	144,00	192,66	33,18
20 sfr Vreneli	5,8070	161,00	212,04	36,51
1 Sovereign Neu	7,3220	172,00	224,58	30,67
1 Sovereign Alt	7,3220	175,00	228,00	31,14
100 Kronen Öster.	30,4880	735,00	906,30	29,73
20 Kronen Öster.	6,0980	145,00	188,10	30,85
10 Kronen Öster	3,0480	79,00	106,02	34,78
4 Dukaten Öster.	13,7700	340,00	421,80	30,63
1 Dukaten Öster.	3,4420	79,00	110,58	32,13
10 Rubel Tscherw.	7,7423	193,00	248,52	32,10
Krugerrand 1 Uz	31,1035	769,00	916,56	29,47
Krugerrand ½ Uz	15,5517	406,00	485,64	31,23
2 Rand Südafrika	7,3220	169,00	221,16	30,20
1 Rand Südafrika	3,6610	77,00	110,58	30,20
50 C.$ Mapl.L.1 Uz	31,1035	795,00	946,20	30,42
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1103	82,00	104,88	33,72
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	975,00	1259,70	41,86
Gold Am Eagle 1 Uz	31,1035	800,00	951,90	30,60
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	985,00	1168,50	37,57
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	98,00	127,68	41,05

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. November 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,23) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,37) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,13). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75, Kurs 100,60, Rendite 5,61.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 22.12.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	58,439	6,50
Commerzbank	100,00	22.5.95	60,75	6,10
Commerzbank	100,00	4.8.00	43,25	6,35
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	148,00	8,53
DSL-Bank R.264	137,04	2.7.90	113,40	5,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,77	5,90
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,43	6,65
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	52,75	6,96
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,69	6,30
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,81	6,70
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	59,26	6,39
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,89	6,93
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	28,76	6,82
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	27,31	6,96
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	14,40	6,84
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	59,06	6,41
WestLB 600	100,00	2.5.95	59,20	6,49
WestLB 603	100,00	1.6.01	40,55	7,00
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,65	7,08
WestLB 500	126,86	16.2.89	–	–
WestLB 501	137,01	16.2.90	117,90	4,92
WestLB 504	141,85	1.10.91	110,05	5,29
WestLB 505	143,24	1.9.92	105,55	5,54
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	116,00	6,58
Österreich	294,12	24.5.00	115,50	7,14
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	135,00	7,98
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	136,50	7,50
Prud Realty	$ 100	15.1.99	73,90	8,59
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	80,125	7,26
Pepsi-Co (AA)	100,00	4.2.92	69,25	7,41
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	61,00	10,06
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	67,25	7,99
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	67,125	7,94
Gen Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	64,00	7,49
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	55,00	8,71
Penney (A+)	100,00	17.2.94	55,75	8,48
Sears (AA)	100,00	27.5.94	56,00	8,09
Philip Morris/A	100,00	6.6.94	54,75	8,38
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	53,75	7,84

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,80 (4,75)	100,2	101,1	102,0	103,0	103,9	104,9
2	4,98 (4,95)	100,1	101,7	103,6	105,4	107,3	109,2
3	5,25 (5,25)	99,30	101,8	104,5	107,2	109,9	112,6
4	5,53 (5,52)	97,80	101,3	104,8	108,3	111,8	115,3
5	5,73 (5,72)	96,50	100,7	105,0	109,2	113,4	117,7
6	5,93 (5,93)	94,95	100,4	104,8	109,7	114,6	119,5
7	6,30 (6,30)	92,30	98,35	103,3	108,8	114,3	119,8
8	6,54 (6,54)	90,05	96,10	102,2	108,3	114,3	120,4
9	6,67 (6,67)	88,35	94,95	101,5	108,1	114,7	121,3
10	6,70 (6,71)	87,25	94,35	101,4	108,5	115,6	122,7
15	7,00 (7,00)	81,00	90,05	100,0	108,2	117,2	126,3

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,871 (112,894)
Performance-Rentenindex: 251,623 (451,521)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	19. Dez.	6,125-6,375
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,80
	60–270 Tage	5,75
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,70
	60 Tage	6,50
	90 Tage	6,19
Certificates of Deposit	1 Monat	7,00
	2 Monate	6,50
	3 Monate	6,30
	6 Monate	6,15
	12 Monate	6,30
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,50
	26 Wochen	5,58
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,09
	30 Jahre	7,37
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	8. Dez.	720,7 Mrd. $ (-0,8 Mrd.$)

NYSE-Aktienindex (New York).

Dez.	–	141,20
März	–	141,90

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

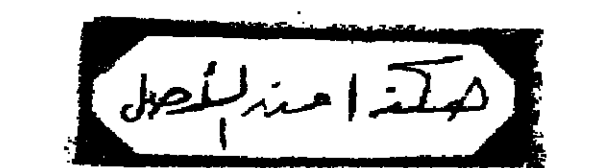
Rechnungs-Einheiten

Euro-Yen

ECU

ECU-Tageswerte

SZR-Wert



SPORTPOLITIK

„DDR“ fordert für Seoul 1988 50 Goldmedaillen

dpa, **Hamburg**

An der Schwelle zum vorolympischen Jahr machen zwei Zahlen deutsch-deutsche Verschiedenheiten deutlich: Während eine jüngst vom Bundesausschuß Leistungssport (BAL) vorgenommene Hochrechnung den Sportlern aus der Bundesrepublik insgesamt nur 38 Olympiamedaillen für die Sommerspiele in Südkorea in Aussicht stellt, erwartet die Sportführung der „DDR“ von ihren Athleten 1988 in Fernost allein 50 Goldmedaillen.

Gut informierte Kreise in Ost-Berlin behaupten, daß ein Verpassen dieser olympischen „DDR“-Rekordernte „drastische“ Veränderungen im höchsten Funktionärsbereich bewirken würde. Selbst die Zukunft von Sportchef Manfred Ewald, der sowohl dem Nationalen Olympischen Komitee (NOK) als auch dem Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB) der „DDR“ vorsteht, soll von der Medaillen-Ausbeute in Seoul abhängig gemacht werden.

Grundlage der geforderten 50 Olympiasiege (von 237 möglichen) ist eine sogenannte „Dreifach-Absicherung“. Theoretisch gehen die Sportplaner in der „DDR“ also von 150 Goldchancen aus, nach dem Motto: Wenn nicht Weltrekordler Udo Beyer das Kugelstoßen gewinnt, kann schließlich Vizeweltmeister Ulf Timmermann einspringen.

Die Vorgabe ist gewaltig und wird von so manchem Betroffenen als „unrealistisch“ und „unerreichbar“ eingestuft. „Selbst 1980 in Moskau haben wir nur 47 Goldmedaillen geholt, und da fehlten die USA und die anderen westlichen Boykottländer“, rückte ein prominenter Weltrekordler die Relationen zurecht. Bei den Sommerspielen 1976 in Montreal, dem bislang letzten Olympiagipfel unter Beteiligung aller großen Sportnationen, stellte die „DDR“ genau 40 Sieger und Siegerinnen.

Mehr als die Hälfte des Goldes soll im Schwimmen und in der Leichtathletik geholt werden. Je 14 Erfolge sind in diesen beiden Sportarten geplant, in Montreal waren es je elf. Auch bei jüngeren, vergleichbaren Anlässen konnten „DDR“-Sportler solche Triumphe wie für Seoul '88 gefordert jedoch kaum erreichen.

IM BLICKPUNKT / Ein neuer Ski-Star: Armin Bittner – Neue Tennis-Hoffnung: Patrick Kühnen

„Das war ganz bestimmt nicht mein letzter Sieg“

MARKUS SEYRER, **Krün**

Das Telefon stand nicht mehr still, seit acht Uhr morgens war Armin Bittner auf den Beinen. „Da rufen Leute an, von denen hab ich schon 15 Jahre nichts mehr gehört“, sagte der 22 Jahre alte Sensations-Sieger des Weltcup-Slaloms von Hinterstoder. Doch es störte ihn nicht, „denn der Rummel hat auch seine schönen Seiten.“ Er nimmt in Kauf, daß er statt der zwei Autogramm-Wünsche, die bisher das Haus „Am Barmsee 7a“ in Krün erreichten, einem 2000-Einwohner-Dorf zwölf Kilometer südlich von Garmisch-Partenkirchen, halt ungleich mehr Fanpost beantworten wird.

Rückblende auf den Sonntag: Ungläubig und staunend war er dagestanden im Zielraum des neuerbauten Slalom-Stadions im Stoder-Tal, er hatte den drängelnden Journalisten irgend etwas „vom schönsten Tag“ in seinem Leben erzählt. Und er brauche „einige Zeit, um das zu verkraften“. DSV-Sportwart Kuno Meßmann freilich hat Bittner vor dem großen Rennen sagen hören: „Ich gewinne.“ Noch einmal Meßmann: „Armin Bittner hat das Siegen im Europacup gelernt, da gewann er ja letztes Jahr sechs Rennen hintereinander. Nach seinem dritten Platz im ersten Lauf von Hinterstoder war er cool genug, ganz nach vorne zu fahren.“ Der große Unbekannte, der sich in Fernseh-Interviews erst vorstellen mußte, hat sehr wohl an die Sensation geglaubt.

„Nein, ich war nicht nervös“, schilderte Bittner seine Gefühle vor dem alles entscheidenden zweiten Durchgang. „Ich hatte nichts zu verlieren und habe verdient gewonnen. Da war eben keiner, der so gut gefahren ist wie ich.“ Schwache Nerven – ein Problem, das der Unteroffizier der Sportförder-Kompanie Mittenwald nicht kennt: „Ich habe noch nie versagt, wenn es wirklich um etwas gegangen ist.“

Nur einmal hat das 1,84 Meter große und 79 Kilo schwere Muskelpaket an sich selbst gezweifelt. Als der Abiturient Bittner vor einem Jahr seine ersten Weltcup-Rennen bestritten hatte, mußte er zweimal das Rennen vorzeitig beenden. Heute sagt er rückblickend: „Da wollte ich ganz aufhören, Schluß machen mit der Hatz durch den Stangenwald.“ Armin Bittner hat dann die Ski-Marke gewechselt, und die Selbstzweifel waren weg. „Das hatte zu 60 Prozent psychologische Gründe“, sagt der bullige Bittner heute, „aber auch das Material hat da mitgespielt.“

Bittner hat den selben Service-Mann wie Deutschlands Ski-Star Markus Wasmeier. „Paul König kümmert sich zwar hauptsächlich um Wasmeier, aber das macht nichts, so lange er meine Ski präpariert wie bisher.“ Der blonde Sonnyboy und Weltmeister vom Schliersee ist im DSV-Team auch nach Armin Bittners Meinung weiter „unbestritten die Nummer eins“. Der Slalom-Spezialist hat die Existenz im Schatten des Stars akzeptiert. Er sagt: „Ich und die anderen schwimmen in diesem Erfolgsstrom mit.“

Dem Mann, der am Sonntag aus der Anonymität ins Rampenlicht getreten ist, macht sein „Beruf Skifahrer Spaß“, auch wenn er bemängelt, daß „der Kopf dabei abstumpft“, daß ihm „die geistige Beschäftigung fehlt“. Auch ein Grund, warum sich Armin Bittner mit Disziplin-Trainer Rainer Gattermann so gut versteht. „Der ist immer für einen da und hat fachlich unheimlich viel drauf. Ich kann mir keinen besseren Trainer vorstellen.“

„Echte Freunde in der Mannschaft“, sagt Armin Bittner, „darauf lege ich keinen Wert. Wir verstehen uns super, nicht mehr und nicht weniger.“ Über Weihnachten geht er mit Freundin Brigitte zum Skifahren, frei, ohne Zwang und ohne Tore. Den Heiligen Abend verbringt er zu Hause mit Vater Waldemar und Mutter Gisela. Armin Bittner: „Das sind die Menschen, die für mich wirklich wichtig sind.“

Er sagt das alles ruhig und gelassen, nicht überheblich, nur bestimmt. Der 22jährige weiß, daß der Erfolgsdruck vor der Weltmeisterschaft gestiegen ist. Angst davor aber hat er nicht. „Ich weiß, was ich kann, ich mache weiter wie bisher. Der Erfolg in Hinterstoder war sicher nicht mein letzter.“

Damit hat er sich selbst in die Pflicht genommen und unter Druck gesetzt. Er wird es aushalten.

Vor zwei Jahren verlor er gegen Claudia Kohde

MARCUS BERG, **Mainz**

Mit so einem Wunsch ist Steffi Graf wohl noch nie konfrontiert worden. „Bitte, bitte spiel mich warm“, stand auf einem Zettel, den die Weltranglisten-Dritte unter ihre Zimmertür geschoben bekam. Bittsteller war der 20 Jahre alte Patrick Kühnen aus Mannheim. Steffi Graf, 17 Jahre alt und gerade zum dritten Mal deutsche Hallenmeisterin, erfüllte dem jungen Mann den Wunsch. Sie muß es vorzüglich gemacht haben, denn wenig später wurde auch Patrick Kühnen deutscher Tennismeister. Durch ein 6:3, 7:6, 6:3 über Hans-Dieter Beutel gewann der Mannheimer den Titel zum ersten Mal.

Mit den deutschen Tennis-Damen scheint es Patrick Kühnen zu haben. Noch vor zwei Jahren trainierte er im Saarbrücker Leistungszentrum regelmäßig mit Claudia Kohde-Kilsch, der zweiten deutschen Spielerin von Weltklasseformat. Jürgen Kilsch, der Stiefvater von Claudia, war schon damals das Talent des Patrick Kühnen aufgefallen. Brav machte er alle Übungen mit, absolvierte sogar zum ersten Mal ein echtes Konditionstraining mit der Weltklassespielerin. Beim Trainingsspielchen blieb er gegen Claudia Kohde-Kilsch jedoch immer auf der Strecke. Nicht einen Satz habe der junge Mann gegen seine Stieftochter gewinnen können, berichtete damals Jürgen Kilsch stolz.

Das, wonach Patrick Kühnen schon in jungen Jahren immer gesucht hat, was er aber nie fand, war eine richtige Betreuung. Jemand, der sich ausschließlich um ihn kümmert, der ihn kritisiert, aber auch aufbaut. Claudia Kohde-Kilsch hat so eine Person in ihrem Stiefvater, bei Steffi Graf ist es ebenfalls der Vater.

Nur einmal hatte Patrick Kühnen das Gefühl, daß sich jemand um ihn kümmert. Vier junge Nachwuchsspieler schickte der Deutsche Tennis-Verband (DTB) vor drei Jahren zu Turnieren um die ganze Welt. Der Trainer hieß: Günter Bosch. Neben Kühnen gehörte noch ein junger Mann der Gruppe an, den heute jedermann kennt: Boris Becker. Bei dem Aufstieg von Becker und Bosch, von Ion Tiriac geschickt gemanagt, konnte keiner mehr mithalten. Heute sagt Wolf-Dieter Späth, Vizepräsident des Badischen Tennis-Verbandes, über Patrick Kühnen: „Wenn er so Leute wie Bosch und Tiriac gehabt hätte, mit Sicherheit wäre er auch schon ganz weit vorne.“

Wolf-Dieter Späth kommt auch aus Leimen, der Geburtsstadt von Boris Becker. Er kennt beide Tennisspieler in- und auswendig. Ist der jüngere Boris heute ein Idol des älteren Patrick? Späth: „Die zwei sind Kumpels, sie trainieren zusammen, wenn der Boris hier ist. Vorbild? Nein, ganz bestimmt nicht. Der Patrick ist ähnlich wie der Boris. Er will auch immer wissen, warum er etwas machen soll. Erklärt man es ihm ruhig, macht er es auch.“

Wolf-Dieter Späth meint, Patrick Kühnen, in diesem Jahr lediglich 16. der deutschen Rangliste, sei ein Spätentwickler. Er müßte von seinen Möglichkeiten her eigentlich schon weiter sein. Er besitzt einen sehr guten Aufschlag (25 Asse gegen Beutel), eine starke Rückhand und auch einen guten Instinkt für das Doppel. So gehörte er zu dem Kreis der Leute, die Tiriac und Bosch als Doppelpartner von Boris Becker in Betracht gezogen hatten.

Was dem neuen deutschen Meister noch fehlt, umschreibt Wolf-Dieter Späth so: „Er muß noch seinen Kopf in Ordnung bringen.“ Damit sagen will der Vizepräsident dies: „Auch Boris Becker flippte immer aus, wenn es bei ihm nicht lief. Kühnen muß lernen, klaren Kopf zu bewahren, wenn er einmal nicht 25 Asse schlägt und wenn der Gegner gerade eine gute Phase erwischt hat.“ Vom Verstand her hat der Mannheimer längst begriffen, daß er schnell unter die ersten 50 der Weltrangliste (zur Zeit ist er 165.) kommen kann. Im September hat er in Helsinki sein erstes Grand-Prix-Turnier gewonnen. Unlängst beim Turnier in Basel unterlag er dem Weltklassemann Yannick Noah (Frankreich) nach einem großartigen Kampf erst im dritten Satz ganz knapp. Späth: „Nun weiß er, daß er an einem guten Tag in der Welt alle schlagen kann – die ersten fünf oder sechs ausgenommen. Wenn er es im nächsten Jahr nicht schafft, unter die ersten 50 zu kommen, bleibt er immer ein ewiges Talent. Es wäre schade drum.“

SPORT-NACHRICHTEN

Matthäus verlängerte

München (sid) – Fußball-Nationalspieler Lothar Matthäus hat seinen Vertrag beim FC Bayern München um drei Jahre bis zum 30. Juni 1990 verlängert. Matthäus war zuletzt besonders von italienischen Klubs umworben worden.

Liesen nach Paderborn

Paderborn (dpa) – Heinz Liesen, Mannschaftsarzt der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, wechselt vom Kreislauf-Institut der Deutschen Sporthochschule in Köln an die Universität/Gesamthochschule Paderborn. Liesen übernimmt dort im Januar eine Professur für Sportwissenschaft mit dem Schwerpunkt Sportmedizin.

Uwe Seelers Aktion

Düsseldorf (sid) – Uwe Seeler, Ehrenspielführer der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, wird in einer gemeinsamen Aktion mit dem Fußball-Fachblatt „Kicker-Sportmagazin“ die Deutsche Muskelschwundhilfe unterstützen. Seeler wird dabei Souvenirs von Prominenten versteigern: zum Beispiel ein Tennisdreß von Steffi Graf. Aber auch dies: eine Schiedsrichterpfeife von Bundeskanzler Helmut Kohl.

Nach Kopfstoß gestorben

London (sid) – Nach blutigen Krawallen während eines englischen Pokalspiels zwischen Scarborough und Morecambe ist der Vorsitzende von *Scarborough, Barry Adams*, an einem Herzinfarkt gestorben. Er hatte versucht, der Polizei bei den Streitereien zu helfen und war dabei durch einen Kopfstoß verletzt worden.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Bundesliga: Köln – Frankfurt 5:0, Mannheim – Landshut 4:2, Iserlohn – Rießersee 6:2, Kaufbeuren – Düsseldorf 3:2, Rosenheim – Schwenningen 3:1. – Tabellenspitze: 1. Mannheim (104:62 Tore/31:17 Punkte), 2. Köln (102:69/31:17), 3. Rosenheim (106:82/31:17). – **Iswestija-Pokal** in Moskau, letzter Spieltag: Kanada – Finnland 3:2, UdSSR – CSSR 1:0.

HANDBALL

Bundesliga, Herren: Schutterwald – Lemgo 24:18, Milbertshofen – Großwallstadt 25:24.

VOLLEYBALL

Vier-Länder-Turnier in Württemberg, letzter Spieltag: Deutschland – Kuba 3:2 (4:15, 11:15, 15:5, 15:8, 15:11), Ungarn – Japan 3:2.

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45“: 7, 17, 38, 41, 43, 45 – Zusatzzahl: 20. – **Elferwette:** 2, 1, 0, 1, 2, 2, 0, 0, 1, 2, 1. – **Rennquintett:** Rennen A: 5, 3, 8. – Rennen B: 34, 30, 29. (Ohne Gewähr)

STANDPUNKT / *Marktlücke*

Der Spitzensport ist hierzulande zumeist Männersache. Am Wochenende haben junge Mädchen eine Marktlücke entdeckt. Beim Biathlon-Europacup der Damen im österreichischen Obertauern und bei den Chiemgau-Meisterschaften in Ruhpolding konnten sich ihre Leistungen in der Loipe und im Umgang mit dem KK-Gewehr durchaus sehen lassen. Es ist nicht mehr ausgeschlossen, daß bei den ersten Weltmeisterschaften vom 24. Februar bis 1. März im finnischen Lahti Skijägerinnen aus der Bundesrepublik an den Start gehen werden.

Bisher war die WM-Teilnahme keineswegs eingeplant. „Doch wenn die Mädchen aus dem Sauerland bei den kommenden Europacup-Rennen in Antholz und Ruhpolding ihre ansprechenden Leistungen bestätigen und auch die Mädchen aus Bayern ihre Fortschritte unter Beweis stellen, werde ich beim DSV den Antrag stellen, drei Damen für Lahti zu nominieren“, erklärte Biathlon-Referent Peter Bayer, ohne den ersten Versuch auf internationalem Parkett überbewerten zu wollen. Dennoch: Auch hier sind die Frauen auf dem Vormarsch.

International muß man von Beginn an dabei sein. Die Leistungsdichte ist bei weitem nicht so stark wie im Ski-Langlauf der Frauen. Im Biathlon sind also Achtungserfolge eher möglich. Im Biathlon hängen die Medaillen also bei weitem nicht so hoch. Nicht zuletzt deshalb lassen sich die jungen Damen auch besser motivieren. W. R.

H.-B. Busses Philippika wider die Kunsthistorie

Mehr Mut zur Wertung!

Der Titel ist gut. „Was ist ‚kunsthistorische Verbildung'?" fragt Hans-Berthold Busse. Allerdings ist diese Zeile eine Anleihe bei Heinrich Wölfflin, der einst „Über kunsthistorische Verbildung" schrieb. Doch mit Wölfflin, wie auch mit Alois Riegl und den anderen Koryphäen der kunsthistorischen Zunft, geht Busse hart ins Gericht. Sie hätten lediglich richtige Antworten auf falsche Fragen gegeben. Sie hätten die Kunstgeschichte als Wissenschaft installiert, aber der Glaube, Kunstwerke wissenschaftlich fassen zu können, sei ein Irrglaube, weil die Kunst sich dem diskursiven Denken verschließe. Wissenschaftlichkeit könnten allenfalls die Ikonographie und andere auf Sachfragen gerichtete Forschungen beanspruchen, nur blieben sie auf inhaltliche oder historische Fakten fixiert,



die nicht zum Kern, „der Kunst des Kunst-Werks", wie Busse schreibt, vordringen.

Das hinge jedoch nicht mit der Intelligenz der Kunsthistoriker, sondern mit dem Wesen der Kunst zusammen. Denn bereits Jacob Burckhardt stellte fest: Könnte man „den tiefsten Gedanken, die Idee eines Kunstwerkes ... überhaupt in Worten vollständig geben, so wäre die Kunst überflüssig, und das betreffende Werk hätte ungebaut, ungemeißelt, ungemalt bleiben dürfen". Und im Zusammenhang mit der ausführlichen Interpretation, die Max Imdahl einem Werk von Joseph Beuys angedeihen läßt, kommt Busse zu dem Schluß, daß „das Gedeutete ohne die Deutung kaum bemerkenswert, geschweige denn als Kunstwerk zu erkennen" wäre.

Wölfflin hat seinerzeit bereits erkannt – und das ist eines der wenigen Zitate, das Busse zustimmend übernimmt –: „Das vollkommene Kunstwerk muß den Charakter der Notwendigkeit haben. Man muß überzeugt sein, daß gar nichts anders sein und nichts verschoben werden könnte. In dieser durch und durch bedingten Welt, wo eines sich ans andere anlehnt, etwas Unbedingtes."

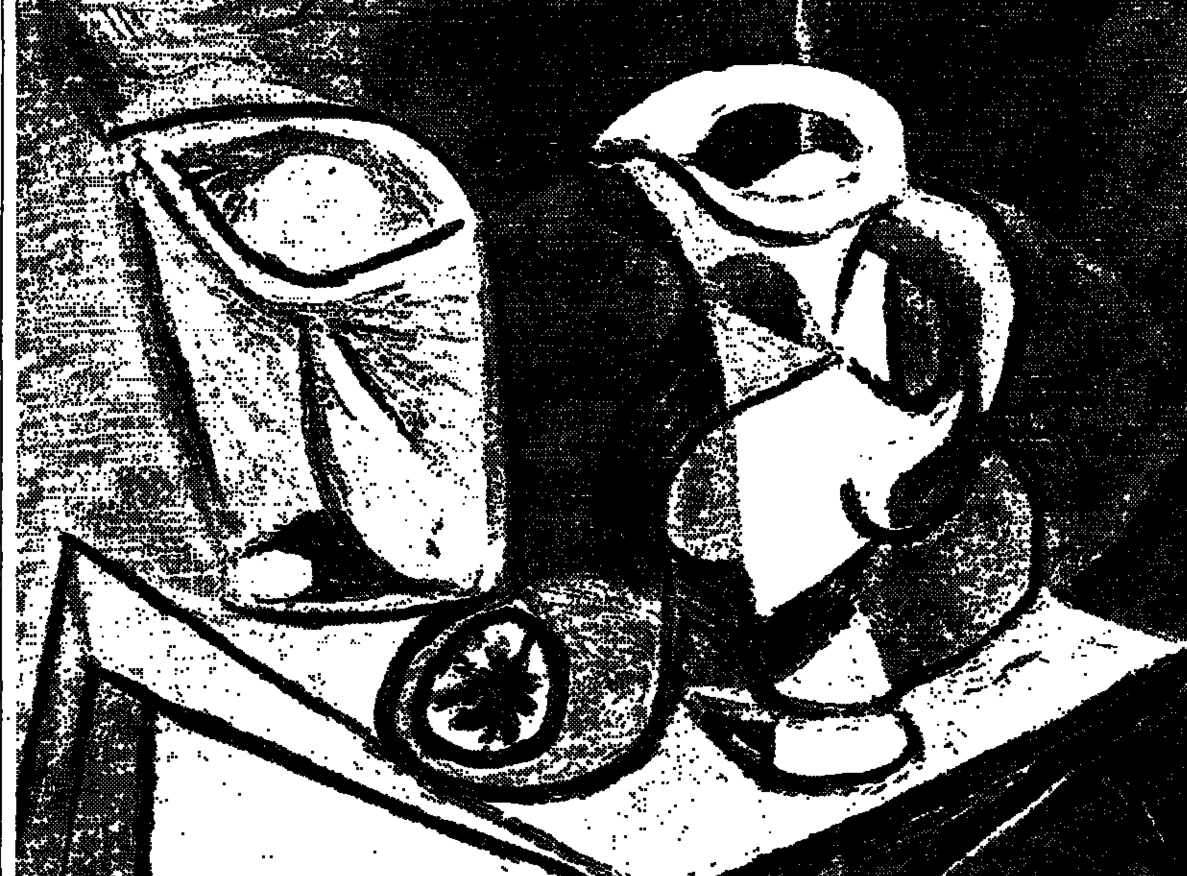
Busse weiß trefflich zu zitieren. Sein schmales Buch ist eine Fundgrube schöner Sentenzen. Gleich der erste Satz, ein Monolog von Thomas Bernhard (aus „Alte Meister"), stimmt den Leser auf eine flotte Polemik ein. „Die Kunsthistoriker sind die eigentlichen Kunstvernichter. Die Kunsthistoriker schwätzen so lange über die Kunst, bis sie sie zu Tode geschwätzt haben", liest man da. Nur leider beherzigt Busse selbst seinen Eingangssatz nicht. Auch er neigt zur Breite und zum ständigen Wiederholen. Der Satz von der Unfähigkeit zum diskursiven Denken kehrt wohl ein Dutzend Mal wieder.

Das hängt wahrscheinlich damit zusammen, daß das Buch aus Vorlesungen entstand, in denen – weil man ja nicht weiß, ob die Hörer von heute schon gestern Hörer waren – die Repetition notwendig sein mag. Den Leser aber langweilt das. Und das ist schade. Denn Busse hat eine Menge Argumente gegen die unangemessene Verwissenschaftlichung der Kunst zur Hand: „Die Avantgarde-Besessenheit des Kunstbetriebs ist an der Kunstgeschichtswissenschaft nicht spurlos vorübergegangen. So fanden und finden unterschiedlichste Interpretationsansätze und intellektuelle Moden aus den verschiedensten Wissenschaften ... in der Kunstgeschichtswissenschaft neben deren ‚klassischen' Methoden wie Stilanalyse, Ikonographie, Künstlergeschichte u. a. Anwendung". Ihnen allen aber ist die „kunsthistorische Verbildung" in Form einer „Wissenschaftsgläubigkeit" gemeinsam.

Woran es aber den Wissenschaftlern, die Busse nur als „Kunstgeschichtswissenschaftler" gelten lassen will, den Denkmalspflegern wie denen, die professionellen Umgang mit der Kunst pflegen, fehle, das sei der „Mut zur Wertung". Denn: „Es gilt, den Anspruch und die Absicht, die Kunst der Kunst-Werke restlos zu verstehen, fallenzulassen. Es gilt, sich bewußt zu halten, daß Kunstverständnis und Kunstrezeption nicht dasselbe ist, weil die Kunst der Kunst-Werke nicht intellektuell, sondern gefühlsmäßig erfaßt wird."

PETER JOVISHOFF

Hans-Berthold Busse: „Was ist ‚Kunsthistorische Verbildung'?", Deutscher Kunstverlag, München, 84 S., 16,80 Mark.



Pablo Picasso: „Glas und Krug" (1944), aus der Ausstellung in Hannover FOTO: KATALOG

Das Sprengel Museum in Hannover zeigt seine reiche Picasso-Sammlung

Ein Geschichtenerzähler voller Humor

Angeregt von dem gewaltigen Publikumserfolg der Picasso-Zeichnungen in Tübingen und Düsseldorf geht das Sprengel Museum Hannover mit der Werbung für seine hausgemachte Ausstellung in die vollen. Schließlich verfügt man über die umfangreichste deutsche Picasso-Sammlung. Rund 450 Nummern zählt die Inventarliste. Das ist eine gewaltige Fülle, auch wenn natürlich ein Großteil davon auf Druckgrafik entfällt. Trotzdem sollte man nicht erwarten, nun mit Picasso-Inkunabeln aus aller Welt oder mit neuen Thesen zum Werk konfrontiert zu werden. Man zeigt, was man hat.

Aber man zeigt das schließlich nicht immer. Gewiß, die Stars unter den Gemälden, etwa die „Drei Frauen (rhythmisierte Version)" mit ihrer das Bild sprengenden Energie, die grünlich-grämliche „Frau mit Blumenstrauß" von 1909, das malerisch gleich mehrfach gerahmte kleine Gitarrenstilleben von 1918/19 und das große, aufs äußerste reduzierte Stilleben mit Gitarre, Flasche und Obstschale von 1921, sie zählen zu den ständig präsenten Vorzeigestücken des Museums. Aber schon die Zeichnungen sind aus konservatorischen Gründen zu schonen. Erst recht die druckgrafischen Zyklen, mit denen das Museum aus der Sprengel-Stiftung reich bestückt ist.

Man kann eine ganze Reihe von Blättern aus der frühen „Suite de Saltimbanques" (um 1905) sehen. Mit den Illustrationen zu Balzacs „Le Chef-d'Œuvre inconnu" schlägt Picasso das Thema des Künstlers und seines Modells an, verbindet es mit mythologischen Bildvorstellungen. Die Minotauren und die Selbstdarstellung als herkulischer Künstler bevölkern die Blätter der Suite Vollard. Die Radierungen zu Buffons „Histoire naturelle" überraschen durch die kleinen Formate ebenso wie durch die verspielten Striche, mit denen Fell und Federkleid skizziert werden. Picassos lebenslange „Hispanidád" manifestiert sich noch Ende der fünfziger Jahre in den Stierkampfszenen der „Tauromaquia". Die Blätter aus den späten „347 Gravures", 1968 entstanden, lassen in ihrer unverschämten Alters-Erotik zartere Gemüter unter den Betrachtern noch immer erröten.

Und während man diese – leider all zu eng gehängten – Blätter, abspaziert, Erinnerungen auffrischt und natürlich auch manches aus diesem unermeßlichen Œuvre sieht, was man so nicht kannte und nicht kennen konnte, während man also noch Vertrautes bestätigt sehen will, bemerkt man plötzlich, wie man den Geschichten zuhört, die diese Bilderfolgen erzählen. Und eben das ist dann die eigentliche Überraschung und Qualität dieser Ausstellung: Sie präsentiert uns Picasso als jenen belesenen, humorvollen und phanasiereichen Geschichtenerzähler, der er eben auch war, der sich aber bei den Präsentationen isolierter Meisterwerke nie äußern darf. (Bis 15. März, Katalog 42 Mark)

Bth.

Fiat hilft, Florenz von der Autoflut zu befreien

Park und See für Novoli

Die Piazza della Signoria in Florenz gehört, wie San Marco in Venedig und der Petersplatz in Rom zu den berühmtesten Plätzen der Welt. Die Stadtverwaltung von Florenz möchte diesen Platz wieder so pflastern wie zur Zeit der Renaissance. Die Denkmalpfleger dagegen möchten ihn auf Stahlträger stellen und darunter ein Museum für die vor drei Jahren hier ausgegrabenen Reste römischer Thermen und hochmittelalterlicher Gebäude schaffen.

Das Pro und Contra wird so erregt diskutiert, wie die anderen seit Jahren erwogenen Pläne, Florenz vor dem Ersticken im Verkehr zu retten. Der Vorschlag, das Zentrum für Autos zu sperren und Tiefgaragen für errichten, ist leicht gemacht, aber kaum zu realisieren. Denn wo man in der Stadt gräbt, stößt man auf Altes und Antikes und damit auf ein Veto der Denkmalschützer. Außerdem: Woher nimmt man die Mittel und woher die Zustimmung der ewig zerstrittenen Parteien? Ja, wenn es noch Fürsten gäbe, wie einst, die das Geld und die Macht hatten ...

In Italien haben inzwischen Privatindustrie und Wirtschaft ein wenig die Rolle der Fürsten übernommen. Einer der mächtigsten von ihnen, Fiat, legte jetzt seinen Plan für Florenz vor. Es geht dabei um Novoli, die häßlichste unter den wild gewachsenen Vorstädten im Nordosten.

Kurz vor dem Ersten Weltkrieg hatte Fiat hier ein 32 Hektar großes Areal zwischen Feldern erworben und eine Fabrik für Ersatzteile gebaut. Die soll nun samt ihrer 1000 Arbeiter und Angestellten weiter in den Norden verlegt werden. Auf dem freigewordenen Gelände wird ein Wohnkomplex von mehr als einer Million Kubikmetern erbaut, während 17 Hektar in eine Parklandschaft mit See umgewandelt werden sollen. Darunter wird eine Tiefgarage Platz für 5000 Autos bieten. Zum Dank für die Genehmigung erhält die Stadt als Geschenk den Bauplatz für einen neuen Justizpalast. Das Ganze soll in sieben Jahren für etwa 600 Milliarden Lire realisiert werden. Den Auftrag, mitten in der Zementwüste von Novoli eine Parklandschaft zu schaffen, erhielt Lawrence Halprin, Amerikas berühmter Landschaftsarchitekt.

Der Vortrag, den er eben bei einem internationalen Architektenkongreß in Florenz hielt, sowie die Ausstellung seiner Entwürfe und Werke, die San Franzisco entliehen hat (Fortezza da Basso), erklären die Wahl des jugendlichen alten Herrn, der vor 70 Jahren als Sohn jüdischer Eltern in New York geboren wurde. Als früheste Inspiration für sein Lebenswerk nannte er das „Kunstwerk" Florenz, das er als Zwölfjähriger zum ersten Mal besucht hat. Weitere entscheidende Einflüsse für sein Konzept, „nicht die Natur zu imitieren, sondern die Energie ihrer lebendigen Elemente zu beschwören", waren die Erfahrungen in einem der ersten Kibbuzim, das Studium der Botanik und der Landwirtschaft, die Lehrer Frank Lloyd Wright und Walter Gropius, die Freude an Wasser und Bewegung. Der Park, den Halprin für Novoli plant, wird in der trostlos verbauten Peripherie eine Oase schaffen und könnte damit zu einen Präzedenzfall für die vielen berühmten Städte Italiens, die von scheußlichen Vorstädten umgeben sind, werden.

Aber auch Kritiker sind schon auf dem Plan. Neunzig Intellektuellen mit großen Namen und wütenden Gegnern des längst akzeptierten Projekts, mißfällt, daß Fiat dabei ein gutes Immobiliengeschäft macht, weil das Verwaltungsgebäude nahe am Bahnhof einem Hilton-Hotel Platz machen soll. Die Opposition fordert, man solle das historische Zentrum sanieren, bevor man an die Vorstädte denkt. Das ist gewiß richtig, aber die Stadt hat nicht die Mittel, das Richtige zu tun. Und die Opposition weiß auch nicht, wo man sie auftreiben könnte. So bleibt das Zentrum von Florenz, das sich immer mehr mit Fastfood-Etablissements und mit so vielen Schuhgeschäften füllt, als gelte es, Tausendfüßler zu bekleiden, ein Musterbeispiel für die traurige Tatsache, daß die berühmtesten Städte am schnellsten im Namen des Massentourismus verkommen.

Der Architekt Michelucci, mit 96 Jahren eine lebende Legende unter den großen Baumeistern unserer Zeit, sagte mir: „Wir müssen unser Mißtrauen, das nur zu ewigen Diskussionen führt und nie zu Taten, ablegen und dankbar für einen positiven Schritt sein."

Es gehört zu den freundlichen Paradoxa der Geschichte, daß sich ausgerechnet der größte Autoproduzent Italiens, nach dem Erwerb des Palazzo Grassi in Venedig, der einzigen autofreien Stadt Europas, darum bemüht, Florenz vor dem Ersticken unter Autos zu bewahren.

MONIKA von ZITZEWITZ

„Peter der Große": Was für ein schlechter Film

Schnellimbiß Mehlspeise

Was hat Ludwig Uhland mit dem russischen Zaren Peter I. gemein? Nun, Peter kannte schon 100 Jahre vor Uhland dessen Gedicht „Des Schäfers Sonntagslied" mit der Zeile: „Ich bin allein auf weiter Flur". Wie das, fragt sich der Zuschauer. Die Antwort ist wie alles in dem vierteiligen Fernsehfilm banal: Wer immer dem Akteur das in den Mund gelegt hat, er dachte an die aktuelle ironisch gemeinte Zitierung Uhlands, ohne von dessen Existenz auch nur eine Ahnung zu haben. Dies sei vermerkt, weil es die schludrige Arbeit der Filmemacher kennzeichnet.

Der Synchronisator, um ein anderes Beispiel zu nennen, läßt die Darsteller von den „Schtrelitzen" reden, als handele es sich um eine schwäbische Mehlspeise. Und als der an seinem aufsässigen Sohn verzweifelnde Zar dessen Todesurteil unterschreiben soll, legt er nach der Lektüre des Pergaments den Stift beiseite. Warum wohl? Hat er sich eines Besseren besonnen? Wir Zuschauer sehen den wahren Grund: Das Urteil war in englischer Sprache abgefaßt. Obwohl dieses harte Urteil etwas „mit dem Überleben der Nation zu tun" hat, wie wir erfahren.

Solches ist freilich mehr als nur ein Lapsus. Diese „modernisierten" Wendungen geraten in die Nähe der Geschichtsklitterung. Freilich ist es kein Dokumentarfilm, freilich hat ein Film der Wahrheit über der Wirklichkeit zu dienen, aber der Transfer heutiger Redewendungen in Peters Zeit dient nicht der Wahrheit, sondern der Leichtverdaulichkeit der angebotenen Ware. Wenn eine künstlerische Wahrheit über allem stünde, das ist die Absicht, einen Blick zu werfen in das Netz von Ehrgeiz und Triebhaftigkeit, von Machtgelüste und Menschenverachtung, von Politik und Narzißmus, dann dürften sich Autor und Regisseur im Namen des Essentiellen vom Mechanismus zufälliger Abläufe lösen.

Aber ist der umstrittene russische Selbstherrscher nunmehr besser zu verstehen? Und genauso wichtig ist die Frage: Sind wir einem Verständnis unseres Nachbarn im Osten etwas nähergerückt? Ahnen wir jetzt deutlicher den Zwiespalt Peters, der nicht nur sein persönliches Problem war, jenen Zwiespalt zwischen dem Drang, den Westen zu überholen und der inneren Verhaftung in dem, was man später die russische Seele zu nennen pflegte?

Aber was reden wir darüber! Es gibt keinen Anlaß zu vermuten, der Sechs-Stunden-Zirkus habe etwas mit Wirklichkeit oder Erkenntnis zu tun. Peter der Große als „fast food", als Schnellimbiß, das ist die Definition dieses Produkts. Wie anders wäre es sonst zu verstehen, daß die erste Hälfte dieses Massenstücks einen Titelhelden vorführt, der so handelt, als absolvierte er eine Schüleraufführung: Jan Niklas. Und wie erklärt es sich, daß in der zweiten Hälfte der turbulenten Vita-Illustration ein Maximilian Schell seine schauspielerische Dimension auf das kläglichste verkürzt? Und warum beschränken sich die Regisseure auf die (allerdings grandiose) Fähigkeit zur Führung von Schlachten und zur Plazierung der toten Soldaten? „Das wär's denn auch!" (Originalton „Peter der Große" – der letzte Teil heute um 10.23 Uhr wiederholt).

VALENTIN POLCUCH

Moskau: Grobe Fehler

„Peter der Große" stieß bei sowjetischen Kritikern, die den Film intern sahen, auf Ablehnung. Sie bemängelten insbesondere den „freizügigen" Umgang mit historischen Fakten. Die Geschichte sei so interessant, daß man nichts dazuerfinden müsse, heißt es in der „Prawda". Wozu diese historischen Schlampereien, fragt auch „Nowoje Vremja". Grobe Fehler hätten sich eingeschlichen.

So sei bekannt, daß Katharina, die Zarin werden sollte, Ausländerin war. Russische Soldaten hatten sie während des Schwedenkrieges gefangengenommen. Doch im Drehbuch hätte das so ausgesehen: Katharina wurde nicht in Schweden, sondern während Peters erstem Asowschen Feldzug den Türken entrissen. Kurzum: „Mit dem Stoff hat man eine bessere Schmierenkomödie gedreht." Kritisiert wird auch, daß Menschikow, Peters Gefährte, als „Bandit und Mörder" dargestellt wird. Kurzum: „Der Film ist ziemlich grell ausgefallen", schreibt „Nowoje Vremja".

Gelobt wird allerdings der deutsche Schauspieler Jan Niklas. Begabt sei er, er bringe die ganze Gefühlsskala über: „echtes Erlebnistheater". Hätte er den Peter von Anfang bis Ende gespielt – die Rolle hätte stärker ausgesehen. Doch Niklas sei wohl kein Star gewesen, dafür war Maximilian Schell einer. Doch, so berichtet eine Kostümbildnerin der Dreharbeiten in Rußland, mit Schell hatte man Schwierigkeiten. Er habe sich ausschließlich auf seine Gesundheit konzentriert, sich so dick eingemummelt, „daß er sich in einen Wurzelsepp verwandelt" habe.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

SAT 1 will viel an der Spree produzieren

Für Berlin und Potsdam

Der Privatsender SAT 1 kommt nach der Entscheidung des Berliner Kabelrates, den Fernsehkanal 25 für drahtlose Verbreitung an ihn zu vergeben (siehe auch WELT von gestern) demnächst nicht nur in rund 900 000 Westberliner Haushalte mit Fernsehanschluß. Auch etwa eine Million Haushalte in Ost-Berlin und in der Umgebung der Stadt, vor allem im Bezirk Potsdam, können dann den Privatsender empfangen. Allein im Westteil der Stadt – für die Werbeeinnahmen wichtig – vervierfacht sich die Zahl der SAT 1-„Kunden".

Die knappe Entscheidung zugunsten SAT 1 im Wettbewerb um Kanal 25 gegenüber Mitkonkurrent RTL plus ist von Politikern der Berliner CDU/FDP-Regierungsfraktionen begrüßt worden. „Eine Chance für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik", betont FDP-Chef Walter Rasch. „Der bisher uneinholbar erscheinende Vorsprung Münchens und Hamburgs im Bereich der Fernsehproduktionen kann nun aufgeholt werden", erklärt für die CDU Uwe Lehmann-Brauns. Um den kulturellen und wirtschaftlichen Effekt zu sichern, solle der Senat prüfen, in welcher Form Förderungen, etwa der Filmförderung entsprechend, möglich sind.

SAT 1 erhielt nicht nur den Zuschlag, weil der Sender eine verstärkte Berlin-Berichterstattung, z. B. ein regelmäßiges Berlin-Magazin zusagte. „Die große Chance für die Stadt als Medienstandort sind die Pläne des Senders, Eigenproduktionen wie Filme, Serien, Magazine usw. künftig in Berlin herzustellen", sagt Adalbert Rohloff, Geschäftsführer der Berlin-Projektgesellschaft für Kabel-Kommunikation.

Dem ARD-Sender SFB (Sender Freies Berlin) aber sitzt die Konkurrenz im Nacken. „Frühstücksfernsehen" vom RIAS, SAT 1-Programm und abends noch eine Lokalsendung vom RIAS – so sieht das Fernsehprogramm der Zukunft (von der Funkausstellung an) für ganz Berlin zusätzlich zum öffentlich-rechtlichen Fernsehen aus. Besonders die regionale SFB-Abendschau mit derzeit hohen Einschaltquoten ist dann nicht mehr konkurrenzlos.

„Für die Entwicklung unserer Zuschauerreichweite und die Perspektiven unseres Senders ist die Berliner Entscheidung wichtig", sagte SAT 1-Geschäftsführer Jürgen Doetz der WELT. „Ausnahmslos" werde zusätzlich zu den Eigenproduktionen die Synchronisation für alle SAT 1-Erstsendungen in Berlin erfolgen.

Auf rund 50 Millionen Mark jährlich beziffert Doetz das Berlin-Engagement von SAT 1. „Auf regionaler Basis sind wir offen für die Zusammenarbeit mit allen anderen privaten Interessenten", sagt Doetz. Zu Beginn der Funkausstellung 1987 wird SAT 1 (Ost-Berlin und „DDR" nicht mitgerechnet) die Zehn-Millionen-Zuschauergrenze überschreiten.

DIETER DOSE

KRITIK

Zum Wohl der Untertanen

Manche nannten ihn „sozialreformerischen Schwärmer", jenen Peter Leopold, der ein Vierteljahrhundert lang Großherzog von Toskana war, ehe er als Nachfolger seines Bruders Joseph II. zwei Jahre lang als Kaiser regierte. Daß er alles andere als ein Träumer war, zeigte die erste Folge der Serie **Aufklärung und Revolution** (West III), die dem Sohn Maria Theresias gewidmet war.

In vielem seinem Bruder Joseph ähnlich, machte der Habsburger aus seinem Territorium ein „Musterland der Aufklärung". Tortur und Todesstrafe wurden abgeschafft. Das Militär wurde durch eine Bürgermiliz ersetzt. Wie Joseph wandte sich auch Leopold gegen kirchliche Privilegien, nahm ihr Schulmonopol und Gerichtsbarkeit.

Leopold war – dies machten Erhard Kläss und Achatz von Müller deutlich – davon überzeugt, ein Fürst sei zum Wohl der Untertanen da und ihnen, nicht dem Staatswohl, habe jeder Fortschritt zu dienen. Ob Einführung der Gewerbefreiheit, Trokkenlegung der Sümpfe oder die Umgestaltung der Florentiner Uffizien aus einem Kuriositätenkabinett in ein Kunstmuseum – vieles wirkt heute noch. Peter Leopold ist einer der seltenen Habsburger, dessen sich Italiener dankbar erinnern.

Leopold (dargestellt von Peter Eschberg) war kein Utopist. An seinem Lebensende jedoch, als er die exzessiv-schematischen Reformen seines Bruders in den Erblanden revidieren mußte, erkannte er, daß angesichts der Französischen Revolution jede Evolution ihren Sinn verloren hatte. (Zweite Folge am Sonntag über Samuel Pepys.)

HENK OHNESORGE



9.45 Info: Gesundheit
Schlaflosigkeit
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Peter der Große (4)

13.20 Meisterwerke der Musik
Et incarnatus est
13.35 Souvenirs, Souvenirs
14.05 Königin Luise
Deutscher Spielfilm (1956)
Mit Ruth Leuwerik, Dieter Borsche
Regie: Wolfgang Liebeneiner
15.50 Tagesschau
16.00 Die Sklavin Isaura (18)
16.25 Rund um den Dom
Kölner Geschichten erzählt
Armin Maiwald
16.45 Spaß am Dienstag
Zeichentrickfilme
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
Mit Siggi Harreis
Vier Marias gegen vier Josefs
Gaststar: Harald Mortens
21.00 Panorama
Was ist des Deutschen Vaterland?
Zum aktuellen Streit um die Geschichte
Moderation: Peter Gatter
21.45 Miami Vice
Calderones Rückkehr (1)
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Mord als Märchen? Das Erfolgsrezept der Agatha Christie
Dokumentation von Janet Morgan
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Kurt Tucholsky: Die Redensart

11.55 Ich heirate eine Familie
12.40 Umschau
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

13.25 Als Amerika nach Olympia kam (2)
Film über die ersten Olympischen Spiele der Neuzeit in Athen 1896
14.15 Wer wird schon reich beim Militär?
Amerikanischer Musicalfilm (1941)
Mit Fred Astaire, Rita Hayworth
15.40 Enorm in Form (5)
16.04 Pinnwand
Mit Francis Best und Axel Becher
16.20 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mit dem Kopf durch die Wand
Familienquiz
18.20 Der Untermieter
Die Schatzsuche. Serie
19.00 heute
19.30 Herztransplantation
Der Wettlauf gegen die Uhr
Reportage von Günter D. Alt und Wolfgang Fandrich
20.15 Rache ist ein süßes Wort (3)
Fernsehfilm nach Sidney Sheldon
21.45 heute-journal
22.05 Die Walsche
Fernsehspiel nach dem gleichnamigen Roman von Josef Zoderer
Mit Marie Colbin, Lino Capolicchio
Regie: Werner Masten
23.40 Arcangelo Corelli
Concerto grosso op. 6 Nr. 8
Weihnachtskonzert der Academy of St.-Martin-in-the-Fields
23.55 heute

III.

WEST
20.00 Tagesschau
20.15 Im Tal des Topara
Alte Kulturen in Peru
Bericht von Heinz Eber
20.45 Rückblende
Vor 55 Jahren: Enrico Rastelli, „Weltmeister im Spiel mit der Schwerkraft", gestorben
21.00 Unterhaltung für die Königin
The Royal Variety Performance
Mit Patrick Duffy, Joan Collins
22.05 Für immer nach Carspano
Eine Familie wandert aus
Film von Karl Wien
23.05 Die Geschichte
des III. Fernsehprogramms (3)

NORD
18.00 Ach so (2)
Natur und Technik für Kinder
Gift im Wasser
18.30 Literatur und Autobiographie
Manfred Dierks im Gespräch mit der Schriftstellerin Karin Struck
19.00 Nahaufnahme
Einmal die Loreley besingen.
Japanische Touristen unterwegs
Film von Brigitte Krause
19.45 Alte Ansichten
Ostpreußen – das Land am Meer
20.00 Tagesschau
20.15 Sommernacht in Masuren
Erinnerungen an die Gegenwart – von Danzig bis Nikolaiken
Film von Michael Engler
21.15 Jane (2)
Comic-Serie der BBC
21.26 Frohe Weihnachten
Amerik. Fernsehkomödie
Mit D. van Dyke, M. Hartley
22.55 Maurice Béjart
Ballett des XX. Jahrhunderts
Film von Jürgen Wilcke

HESSEN
20.00 Die Liebe am Nachmittag
Französischer Spielfilm (1972)
Mit Bernard Verley, Zouzou
Buch und Regie: Eric Rohmer
21.35 Drei aktuell
21.55 Lindenstraße
55. Lydias Augen
22.25 Kultur aktuell in Hessen
23.10 Focus on Jazz
Aufzeichnung vom 20. Deutschen Jazz-Festival Frankfurt 1986

SÜDWEST
19.30 Ein deutsches Jahrzehnt (5)
Deutschland im Dezember 1945
Dokumentarbericht von Cornelia Freidank und Erich Bottlinger
20.15 Das Leben?
Kann nur gelebt werden!
Erinnerungen des Pädagogen Wilhelm Flitner und seiner Frau
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Der Marschall
Amerikanischer Spielfilm 1968)
Mit John Wayne, Glen Campbell
Regie: Henry Hathaway
23.20 8 x USA
7. Die Hispano-Amerikaner

BAYERN
19.00 Pygmalion
Englischer Fernsehfilm von George Bernard Shaw
Mit Twiggy, Robert Powell
Regie: John Glenister
20.30 Meine Lieblingsgeschichte
Hans Clarin liest
20.45 Unser islamisches Erbe (2)
Von der Hirtenflöte zum Bolero
21.30 Rundschau
21.45 Und morgen werde ich weinen
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit Susan Hayward

SAT 1

15.35 Indian River
Eine lange Nacht
16.00 Lassie
Lassies Weihnachtsgeschenk (2)
16.25 Die Waltons
17.10 Fuzzy und der Peitschenheini
US-Serie „Western von gestern"
18.00 Verliebt in eine Hexe
Fröhliche Weihnachten
18.30 blick
18.45 Schirm, Charme, Melone
Weekend auf dem Lande
19.45 Love Boat
Im Duett singt es sich besser
Vater wider Willen
Ein Papagei macht Ärger
20.40 Airwolf
Der Tag der Abrechnung
21.30 blick
22.15 F. A. Z. etten
Thema: Fernsehwerbung
22.45 Vegas
Rauchzeichen über dem Berg
23.35 Nachrichten



19.00 Die „Stimme der Kritik" wird 75
Friedrich Luft, portraitiert von M. Strauven
19.45 Rückblende
Vor 75 Jahren: Roald Amundsen am Südpol
20.00 Tagesschau
20.15 Nach der Scheidung
Fernsehspiel von Peter Stripp
Mit Marlies Engel, Klaus Barner
Regie: Peter Beauvais
22.00 Der Wolfsjunge
Französischer Spielfilm (1969)
Mit Jean-Pierre Cargol, François Truffaut
Regie: François Truffaut
23.20 Nachrichten



18.00 Mini-ZIB
Nachrichten für Kinder
18.10 Jugend und Justiz
Das Messer
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Die Strangmüllers (4)
Wie treu sind deine Blätter. Serie
20.30 Auslandsjournal
Korrespondenten berichten
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 3 x Claude Debussy
Syrinx. Feu d'Artifice. Scherzando
22.00 Club 2
Die ersten zehn Jahre
0.00 Nachrichten



19.22 Karichos
19.30 Street Hawk
Joe Cannon kommt. Krimiserie
20.20 Filmvorschau
20.30 Tot oder lebendig
Ungarischer Spielfilm (1979)
Regie: Tamas Renyi
22.00 Nachrichten
22.10 Blick in die Welt
Heute vor 30 Jahren
22.25 Das Gästebuch 1986
Die besten Sprüche von Dagmar Koller, O. W. Fischer, Carlos Thompson
22.56 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.35 Wallstreet Final

Glykol ist wieder da

egw – Von Kellerdüften umnebelt wird man demnächst in Österreich über die beschneiten Straßen gleiten, wenn die Erfindung des Herrn Toni Kahlbacher von den Behörden endgültig gutgeheißen ist. Es geht um die Verbesserung des Streusalzes. Das Grundmaterial ist am Ort reichlich vorhanden. Es ist nämlich mit Glykol versetzter Wein. Das von dem Straßenräumgeräteerzeuger Kahlbacher entwickelte Produkt übertrifft das übliche Streusalz so stark an Wirkung, daß bei seinem Einsatz ein Drittel von diesem eingespart werden kann.

Was aber nicht die einzige vorteilhafte Wirkung ist. Es soll auch die Korrosionsanfälligkeit der Wagen vermindern und, last not least, die Kummerfalten im Antlitz der zuständigen Beamten glätten, die nicht wissen, wohin mit den beschlagnahmten enormen Mengen an Glykolwein.

Sie wären dann, wenn's einmal so weit ist, die Sorge um die Entsorgung des fragwürdigen Produkts los, das sie derzeit treulich bewachen. Das tun sie so gut, daß es dem Erfinder des „Superenteisers KF" nicht möglich gewesen war, das nötige Grundmaterial für seine Experimente zu kaufen – weshalb er die nicht ungewöhnlichen Umwege beschreiten mußte, die in Österreich häufig zum Ziel führen.

Wie kam er aber auf seine Idee? Das hatte eine semantische Ursache: Die Benennung des Glykolweins als „Frostschutzperle" war es, die ihn darauf hinführte. (Offenbar kein Automobilist, war ihm Glykol als Frostschutz für den Kühler wohl nicht vertraut.)

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen, denken wohl die inzwischen im Gefängnis sitzenden Erzeuger des Glykolweins, der sich jetzt zu einer Wohltat für die Autobesitzer entwickelt, ohne aber das Strafmaß für seine Produzenten herabzumindern. Es scheint der Justitia nicht im Handgelenk zu zucken.

Bonn: Puccinis „Tosca" unter G. del Monaco

Im Zauber der Kulissen

Wenn Mario Cavaradossi mit brennender Zigarette im Mundwinkel auf die Bühne kommt, der Mesner die achtlos auf den Kirchenboden geworfene Kippe aufliest und zu Ende schmaucht, wundert man sich wohl, was da den Bonnern für eine „Tosca" ins Haus steht. Zigaretten gab es schließlich anno 1800, da das Stück doch spielen soll, in Rom noch nicht und auch nicht in Paris, von wo der republikanische Maler vielleicht ein paar Moden hätte nachahmen können. Cavaradossi als Abbild des Kettenrauchers Puccini vielleicht? Das ganze Stück 100 Jahre weiter transportiert, von 1800 nach 1900, dem Jahr der Uraufführung? Oder gleich noch weiter ins faschistische Italien, in dem ein paar neunmalkluge Regisseure das Stück jüngst angesiedelt haben mit ihren Inszenierungen?

Nein, keine Bange, beim Regisseur Giancarlo del Monaco und seinem Bühnenbildner Michael Scott spielt Puccinis „Tosca", wann sie zu spielen hat. Das Stück ist ja tatsächlich historisch genau festgelegt: am 14. und 15. Juni 1800, unmittelbar nach der Schlacht bei Marengo. Ohne diese genaue historische Folie bliebe von „Tosca" nichts als eine zwar dramatische, aber doch ziemlich belanglose Liebes-, Eifersuchts- und Notzucht-Geschichte mit dreifach tödlichem Ausgang. Daß es diese Episode, aus der Sardou einen Theaterreißer für Sarah Bernhardt gesponnen hat, tatsächlich so hätte geben können, macht schon einen großen Teil der Eindringlichkeit der Oper aus.

Del Monaco kennt dieses Stück wie seine Westentasche. Sein Vater hat schließlich den Cavaradossi oft genug gesungen. Aber seltsam: Bei jenen Stücken, mit denen er aufgewachsen ist, konserviert del Monaco das überkommene, etwas gedankenlose Sängertheater fast zu sorgsam. Dem markanten Auftritt Cavaradossis, forsch, präzis, provozierend, folgt nichts Entsprechendes mehr. Aus dem Mann, dem man ansieht, daß er auf diesen Staat, diese Obrigkeit, diese Gesellschaft und diese Kirche spuckt, der an der nächsten Revolution mitzündeln wird, wie er die vorigen mit angestiftet hat, aus dieser Figur wird im Nu der Sänger Giacomo Aragall, der heute abend Cavaradossi singt.

Er singt den Part mit schönen, üppigen, kernigen Tönen in der Mittellage und solange ihn Puccini nicht wirklich in die höchsten Tenorlagen schickt. Da bricht Aragalls Stimme dann ein paarmal zusammen. Da sein Atem ein bißchen kurz ist, drückt er aufs Tempo. Das hört der Dirigent Garcia Navarro, Stuttgarts künftiger GMD, gar nicht gern und beharrt auf seinem langsamen Grundzeitmaß. Die Harmonie ist nicht vollkommen zwischen Bühne und Orchester. Aber Navarro setzt sich durch.

Bonn bietet für die Titelpartie Eva Marton auf, die wohl gesuchteste Sängerin dieser Rolle heute. Ihre große Stimme hat ziemlich früh schon von der Wärme und Üppigkeit verloren, die sie einmal auszeichnete, sie neigt doch hörbar zur Schärfe, aber den ersten Teil ihres „Vissi d'arte" singt sie dann doch sehr schön. Ihr Problem mit der Tosca ist eher ein darstellerisches: Sie hat nicht jene natürliche Autorität der Primadonna. Sie ist Scarpia keine wirkliche Gegenspielerin. Sie hat den zweiten Akt verloren, kaum daß sie auf der Bühne ist. Scarpia, der dritte im Bunde der großen Stimmen, ist Ingvar Wixell, noch immer imponierend in der Entladung seines donnernden Baritons, mit seinem großen Ton, seinem durchschlagenden Höhen. Ein subtiler Gestalter, der aus Worten etwas macht, ist er nicht.

Die Kulisse für diese Sänger des großen Kalibers, nämlich Michael Scotts Bühnenbild, besticht in seiner wuchtigen Louis-XVI.-Eleganz, Gold auf Schwarz in Scarpias Arbeitszimmer, grandiose Klassizismus-Architektur im Kirchenbau. Da werden sich die anreisenden Singstars wohlfühlen können: Kostbarkeit zu Kostbarkeit.

REINHARD BEUTH

John Hughes' neuer Film „Ferris macht blau"

Bitte nur rote Ferraris!

Schon der galaktische Wundergnom „E. T." schüttete sein gutes Herz nur Kindern aus, während ihn der frevelhafte Forscherdrang der Erwachsenen fast das Leben kostete. Denn immer häufiger reserviert Hollywood die ehrlichen Gefühle und die großen Abenteuer für seine junge Zielgruppe. So mußte natürlich ein Teenager die riskante Reise „Zurück in die Zukunft" wagen. Als besonders einfallsreicher Prediger des neuen Jugendlichkeitskults tut sich dabei Regisseur John Hughes hervor. Sein „Frühstücksclub" blieb pubertären Problemen vorbehalten, und in „Lisa – der helle Wahnsinn" wurden die störenden Erwachsenen notfalls gar in den Wandschrank gesperrt.

Diese ohnehin unüberwindlich scheinende Mauer zwischen den Generationen hat Hughes in seinem jüngsten Film noch einmal kräftig aufgestockt. Sein Titelheld „Ferris" nämlich, ein 17jähriger Schüler mit elektronischen Talenten, ist in Elternhaus und High-School von Humorlosigkeit, Langeweile und Unverständnis umzingelt. Die Lehrer leiern ihre weltfremden Lektionen mit aufreizender Monotonie herunter, und die Eltern scheinen im Alltagstrott längst vergessen zu haben, welche wilden Früchte der Lebensbaum bereithält.

Kein Wunder also, daß Ferris solch unerquicklicher Routine immer wieder einfallsreich den Rücken kehrt. Da wird der Mutter eben rasch eine lästige Krankheit vorgespielt, da werden der beste Freund Cameron kurzerhand mit dem trickreich programmierten Telefoncomputer beim Direktor entschuldigt und die hübsche Freundin im heimlich geliehenen Ferrari von der Schule abgeholt. Schon braust man mit geöffnetem Verdeck durch Chicago, um sich zwischen Sportstadion und Museum nach Herzenslust im Selbstbedienungsladen der Zerstreuungen zu tummeln.

Irgendwie muß Regisseur John Hughes freilich gespürt haben, daß allein dieses frisch-fröhlich propagierte Nichtstun den Film kaum tragen könnte. Also begnügt er sich nicht mit seiner anbiedernden Huldigung ans überschäumende Lebensgefühl der Teenies, sondern er zielt mit der grotesken Dauerfehde zwischen dem Genießer Ferris und dem verklemmten Direktor Rooney geschickt aufs Zwerchfell. Klug sind die Fettnäpfchen auf Rooneys kurvenreichen Leidensweg plaziert, wie die Regie überhaupt in den Slapstick-Momenten am ehesten überzeugt. Nur ersetzen solche gelegentlichen Scherze eben nicht jenen satirischen Stachel, der auch das Selbstverständnis der jugendlichen Helden kritisch ritzen könnte. Doch Hughes sucht ja gar nicht die anstrengende Auseinandersetzung, sondern die naive Identifikation.

In seinem clever gemixten Cocktail aus verdünntem Existentialismus und modischem Luxusstreben würden ernste Probleme auch nur stören. Gewiß darf der schlaksige Cameron in einer schwachen Minute seine Zukunftsangst bekennen. Doch insgesamt haben weder Pessimismus noch Nachdenklichkeit gegen den schlichten Appell zum ungestümen Genuß eine Chance. Das liegt zweifellos auch an Hauptdarsteller Matthew Broderick, der Ferris mit forschem Charme zum Guru einer schicken Oberflächlichkeit macht. Seine Botschaft klingt denkbar einfach: Es besteht kein Grund zur Sorge, so lange man noch rote Ferraris in der Garage, die Cartier-Uhr am Handgelenk und natürlich die ebenso reichen wie ahnungslosen Eltern zu Hause hat.

WILM HART

Österreichs Beitrag zum Expressionismus – Zum 100. Geburtstag des Dichters Albert Ehrenstein

Mit Albert Einstein gegen das Sonett

Albert Ehrenstein, das ist ein heute verschollener Name, ein fast gänzlich vergessenes Werk von Prosa, Lyrik, Essays und Übersetzungen. Selbst Literaturkundige haben Mühe, das Profil Albert Ehrensteins aus dem Gedächtnis zu zeichnen. Einen bescheidenen Zugang bietet noch der Büchermarkt an: eine Auslese in der Edition „text + kritik". Jörg Drews, der Herausgeber, hat ihr eine symptomatische Versstelle vorausgeschickt: „Wie bin ich vorgespannt dem Kohlenwagen meiner Trauer." Eine charakteristische Metaphorik; Pathos des Seelenhaften und Banales sind bildsinnlich kombiniert: der klagend Leidende zugleich als armer, versklavter Hund.

Gewiß, man glaubt sich einig über Ehrensteins Zeitort: Expressionismus. Seither hat sich nicht nur in der Literatur viel geändert; er ist historisch ferngerückt. Ehrenstein ist in die Vorstellungen vom Expressionismus eingegangen – ist er mit ihm auch untergegangen? Er hat seine Motive, seine Sprache nicht innovativ bestimmt – andere waren ihm darin voraus und überlegen. Aber er hat der expressionistischen Stimmungslage und Stilgebärde den wohl heftigsten, dissonantesten Ausdruck gegeben.

Das erste Prosawerk (1911) des ehrgeizigen, jungen, hochintellektuellen und antibürgerlichen Literaten aus Wien, Sohn von jüdisch-ungarischen und slowenischen Eltern, blieb seine gültigste dichterische Leistung. Der Monolog eines Außenseiters, heimatlos, bindungslos und bestimmungslos, dem als einzige Idenfikation sein bezugloser Name „Tubutsch" eignet, ist eine ironisch-schwermütige Selbstbeschreibung und eine Figur, die für viele zur Schlüsselfigur wurde: Entfremdung gegenüber der Stadt- und Bürgerwelt, Entfremdung sich selbst gegenüber, melancholisch-sarkastisch bis zur Selbstzerstörung. Tubutsch erkennt sich selbst in allen hilflosen, leidenden Kreaturen, noch in der ersoffenen Fliege, die sich in sein Tintenfaß gestürzt hat.



Wie ihn sein Freund Oskar Kokoschka sah: Porträt von A. Ehrenstein, aus der Anthologie „Menschheitsdämmerung" von 1920 FOTO: ROWOHLT VERLAG

Diese schmale, ungemein sensible Erzählung brachte neue Ton- und Stimmungsmischungen in die deutsche Erzählkunst ein. Noch niemals war so sinnlich-intensiv im Lächerlich-Banalen das Weltleid eines Vereinsamten gespiegelt worden, der, enttäuscht und verloren, sich fremd gegenüber allen Sinnzusammenhängen seiner Umwelt fühlt und erfährt.

Österreichisches Literaturerbe ist unverkennbar: Es stammt von Lenau und Grillparzer, von der Wiener Volkskomödie – es rückt den „Tubutsch" in die Nachbarschaft von Rilkes „Malte Laurids Brigge", von Schnitzler und nicht zuletzt von Kafka. Ehrenstein verarbeitete viele Anregungen, er vereinigte sie zu einem singulären Erzählgewebe. Weltironie und Weltschmerz verknüpften sich in einem lockeren und dichten Erzählgefüge. Der junge Autor hatte eine Erfolgsspitze erreicht – ein glanzvoller, aber auch gefährlicher Aufstieg.

Schon die nächste Prosa-Sammlung, „Der Selbstmord eines Katers" (1912), konnte ihn nicht rundum einholen. Lyrisches schwang bereits in dieser Prosa mit, und fast Jahr für Jahr folgten Gedichtsammlungen. Das private Weltleid verstärkte sich radikal, bis zur Unerträglichkeit durch das Entsetzen, das die Erfahrung des Ersten Weltkriegs auslöste. Die bisher noch durchschimmernde romantische Erwartung von ein wenig Glück durch Schönheit der Natur und Liebe erweist sich als Illusion.

Ehrensteins expressionistische Epoche bis zum Beginn der 20er Jahre ist überfüllt von Weltklage und Weltanklage. „Der Mensch schreit" – dieser Titel eines Gedichtbandes wurde zum Leitwort der Kriegsgeneration, die sich dem Kriegstaumel verweigerte. Ehrensteins Stimme, in seinen Anfängen eher leise nuanciert, wird laut, grell, geradezu brutal, er provoziert zunehmend Dissonanzen, zerreißt die der Harmonisierung verdächtige lyrische Sprache zu Fetzen.

Ehrenstein war wie andere seiner Generation von Hölderlins großen elegischen Gesängen fasziniert. Aber bei ihm verwandelte sich der elegische Ton, der die Wiederkehr der Götter erwartete, zur Sprache einer götterlosen Welt des Hasses und der Verzweiflung. Sein Gedicht wird im Verlangen nach unvermitteltem Ausdruck zur Prosa aufgebrochen, es wird überanstrengt und entwertet sich im Übermaß expressionistischer Rhetorik. Daß dennoch der traditionelle Typus des Erlebnis- und Stimmungsgedichts strukturell durchschlägt, konnte er nicht verstecken.

Mehr und mehr stellten sich bei ihm Zweifel an der Legitimation ästhetischer Formung, an der Wandlungsmacht des Wortes, am Sinn des dichterischen Sprechens ein. In den Sammlungen „Wien" (1920/21) und „Herbst" (1923) setzt sich in Auswahl und Zusammenstellung ein gedämpfterer Ton, eine schlichtere Sprache, eine Vereinfachung der Form durch. Die expressionistische Sprach- und Stilhandhabung wird zurückgenommen, die lyrische Innenthematik gewinnt wieder Oberhand.

Dies alles ist wiederum, als Skepsis und Müdigkeit angesichts des Versagens der Illusion, durch die Dichtung eine negative Welt umschaffen zu können, generationstypisch und ein Indiz der Umwendung zur „Neuen Sachlichkeit", die Ehrenstein allerdings kreativ nicht mehr mitvollziehen konnte. Seine Enttäuschung war zu tief und drang zu zerreißend in seine Existenz als Dichter ein. Er sah sich einem Scheitern ausgeliefert, das sich für ihn zum Scheitern von Dichtung überhaupt radikalisierte.

Er schrieb 1925, späteren Verwerfungen von Dichtung vorgreifend, die im „Kursbuch" von H. M. Enzensberger zum vieldiskutierten Ausdruck kamen und das Ästhetische in der Wortkunst zur Vergeblichkeit verurteilten: „Dieser Erde kann nicht die Dichtung weiterhelfen, nicht das dem armen Volk noch immer unverständliche Wort. Jeder Finder und Erfinder, jeder Helmholtz, Röntgen, Ehrlich, Einstein wiegt ein Dutzend Sonettklassiker auf ... Dichtung ist letztlich Krankenkost, ein Opium, ein Haschisch, dessen ein leidendes, schmerzbetäubtes, irdisch unerlöstes, vom Kapital bis in den Tod geschundenes Volk bedarf."

Er muß erkannt haben, daß seine kreative Imagination sich erschöpft hatte. Er schloß sich in Berlin der Gruppe 1925 an, einer Vereinigung linksradikaler Autoren, die sich schon 1928 auflöste, und er flüchtete, Mitarbeiter des Malik-Verlages, ins Literaturhandwerk, in eine Übersetzer-Tätigkeit, Spezialist für chinesische Literatur, vor allem ihre Lieddichtung und deren sozialrevolutionäre Akzente („China klagt an", 1924).

Er hatte sich wiederholt in die Schweiz zurückgezogen. Im Jahr 1942 flüchtete er mittellos, ein Gescheiterter, in das ihm wesensfremde New York. Dort starb er, vereinsamt, verbittert, gänzlich verstummt, 1950 in einem Armenspital. Einige wenige verbliebene Freunde konnten verhindern, daß er anonym auf einem Armenfriedhof verscharrt wurde.

Tragödie eines Dichters – Tragödie in einer erbarmungslosen Zeit – in einem Volk, das ihn nicht vernahm oder vernehmen wollte. Er hatte seit langen Jahren Zeit und Volk vor das Gericht seiner Verse gezogen. Zuletzt gab er sie und sich selbst auf – ein gebrochener armer Hund, müde vom Schleppen des Kohlenwagens seiner Trauer.

FRITZ MARTINI

Köln: Dian – ein versunkenes Königreich in China

Das Opfer am Pfahl

Das wichtigste Stück ist ganze zwei mal zwei Zentimeter groß – und nur als Replik ausgestellt. Es ist das goldene „Siegel des Königs von Dian", für China ein nationales Dokument, dem die Ausreise nicht gestattet wird. Dieses Siegel stellt das „missing link" für Historiker und Archäologen dar. Denn durch diesen Fund von 1956 wurde bestätigt, was man bislang nur aus dem „Shiji", den „Historischen Aufzeichnungen" des berühmten Geschichtschreibers Sima Qian vom Ende der Han-Zeit im zweiten nachchristlichen Jahrhundert wußte: daß das Königreich von Dian zwischen 600/500 bis 100 v. Chr. tatsächlich existiert hat.

Auf seine Spuren waren Bauern 1954 durch einen Zufallsfund auf ihren Feldern in der Nähe des Dian-Sees in Yünnan, der südwestlichen Provinz, gestoßen. Bei systematischen Nachforschungen wurden dann mehrere reichbestückte Gräber entdeckt, so daß das Museum von Kunming inzwischen mehr als 7000 Gegenstände besitzt, von denen jetzt (nach Zürich und Wien) hundert in Köln zu sehen sind.

Es handelt sich – bis auf ganz wenige Ausnahmen – um Bronzen, um technisch und künstlerisch ausgefeilte Stücke, die jedoch keine stilistischen Gemeinsamkeiten mit der gleichzeitigen chinesischen Kultur aufweisen. Auf den Waffen, dem Gürtelschmuck mit reichem Reliefzierat, den Bronzetrommeln und den Kultgegenständen fallen die sehr lebendigen und realistischen Menschen- und Tierdarstellungen – vollplastisch, als Relief oder als Gravur – ins Auge.



Schatzbehälter der Dian mit goldenem Reiter FOTO: KATALOG

Damit unterscheiden sich diese Funde grundlegend von den Bronzen aus Nordwestchina und Zentralasien, die speziell bei Tieren stark abstrahierende Formen bevorzugten. Das bestätigt die Vermutung der Historiker, daß es sich bei dem Volk von Dian – wie wohl auch bei den anderen beiden großen Stämmen in Yünnan – nicht um Chinesen handelte. Eher sind Verwandtschaften zu den südlichen Nachbarn, den vietnamesischen Ethnien, anzunehmen.

Da die Bronzefunde die einzigen Zeugnisse über das Dian-Volk sind – es gibt keine schriftlichen Überlieferungen, man kennt seine Sprache, seine Bräuche, seine Religion nicht – bleiben für die Wissenschaftler noch viele Fragen offen. Aber das muß den Besucher nicht tangieren. Er kann sich von der Wirklichkeitsnähe der szenischen Darstellungen, die ganze Geschichten erzählen, fesseln lassen.

Da sieht man einen Opfertisch in der Form eines großen Stieres, der von einem Tiger angefallen wird, während ein kleiner Stier zwischen seinen Beinen Schutz sucht. Auf den Schmuckplatten erscheinen wiederholt gepanzerte Soldaten, die einen Stier wegführen (und dazu noch eine Frau mit Kind). Die Archäologen vermuten deshalb, daß es eine Art rituellen Rinderdiebstahls zum Beschaffen der Opfertiere gab.

Tiere waren offensichtlich nicht die einzigen Opfer. Unter den figurenreichen Szenen auf den Deckeln der Kaurimuschelbehälter, in denen die Häuptlinge die als Zahlungsmittel benutzten Muscheln aufbewahrten, findet sich auch die detaillierte Schilderung eines Menschenopfers. Da ist ein Mann an einen Holzpfahl gefesselt, während vor ihm eine Frau mit dem Ausdruck des Entsetzens kniet. Ein Knabe beobachtet interessiert die Szene, und die anderen Leute gehen ungerührt ihren Beschäftigungen zur Vorbereitung des Opfers nach.

Daß der Untertitel der Ausstellung „Ein versunkenes Königreich in China" heißt, hat einen einfachen Grund: Um das Jahr 109 v. Chr. erbat der König im Kampf gegen die anderen beiden Stämme in Yünnan die „Brüderliche Hilfe" der Chinesen. Die kamen – und blieben.

PETER DITTMAR

Bis 27. März: Berlin, Museum für Ostasiatische Kunst: 14. März bis 24. Mai; Stuttgart, Linden-Museum: 4. Juni bis 16. August: Katalog 22 Mark.

Wiederentdeckung: Carl Hauptmanns „Lange Jule"

Mit Brettern vernagelt

Die Württembergische Landesbühne Esslingen macht auf ihrem Premierenplakat einen möglichen Fehler im vornhinein gut: Nicht Gerhart Hauptmann ist der geistige Vater der „Langen Jule". Sein älterer Bruder Carl beansprucht die Autorenschaft eines Stückes, das man seit Jahrzehnten auf unseren Theatern nicht mehr hat sehen können.

Die Landesbühne tut gut daran, einem drohenden Irrtum vorzubeugen. Schließlich hat Carl Hauptmann so lange im Schatten seines berühmten Bruders gestanden, daß man sich seiner heute kaum noch erinnert. Dabei ist er es gewesen, der Gerhart die Wege geebnet, der ihm zum Künstlertum ermutigt hat. Daß er selbst, der eigentlich von Haus aus Wissenschaftler war, aus einer Art Frustration heraus 1917 zu schreiben begann, hat sich nie so richtig bezahlt gemacht. Keiner seiner Romane, nicht einmal „Einhart der Lächler", keine seiner unzähligen Novellen, keines seiner Stücke hat seinen Namen so bekannt gemacht, daß er mit seinem Bruder jemals hätte konkurrieren können. Carl Hauptmann war fast zwangsläufig ein Verlierer. Erstaunlich, daß ihn der unentwegte Vergleich niemals gelähmt hat.

Natürlich hat sich vieles in seinen Dramen überlebt. Kein Mensch bedient sich heute seiner holzschnitthaften Sprache. Die Bodenständigkeit seiner Gestalten ist nicht für jedermann mehr nachvollziehbar. Aber die Kraft, die der „Langen Jule" innewohnt, der Wille, der sie am Leben erhält, die Verbohrtheit, mit der sie gleich einer Menade um ihr vorenthaltenes Erbteil kämpft: all das bleibt auch heute nicht ohne Eindruck auf den Zuschauer. Das Stück, 1913 geschrieben, hat manchmal die Wucht einer antiken Tragödie.

Warum freilich der greise Großbauer Vinzenz Hallmann (Kurt Wendolin) noch auf dem Totenbett seine unbeugsame Tochter Jule verflucht, warum er sich überhaupt mit dem „Satan", sprich: mit dem Winkelagenten Dreiblatt (Ronald Reder) einläßt und ihm zur Sicherheit gleich seine Hypothek überschreibt, bleibt ebenso im Dunkel wie der Schluß, der nicht erklärt, warum das Vatergut zuletzt in Flammen aufgeht, warum sich die lange Jule am Ende die Pulsadern aufschneidet. Entscheidend ist allein der Kampf, den Carl Hauptmann zeigt, ein Kampf auf Leben und Tod, bei dem Jule sogar sich selbst, d. h. ihren Körper, als Preis aussetzt.

Regisseur Rudolf Seitz läßt sich erst gar nicht auf eine verfälschende Gegenwärtigkeit ein. Er gibt dem Stück seine Zeit. Er zwingt es hinein in die Enge einer mit Brettern vernagelten Wohnstube des vorigen Jahrhunderts. Die Ausweglosigkeit wird zum theatralischen Ereignis. Unterstützt von seinem Bühnenbildner Christoph Wagenknecht schafft Seitz eine Welt, die ein Wilhelm Leibl mit unbarmherziger Genauigkeit gemalt haben könnte. Sein Naturalismus hat Größe. Er gibt dem Drama einen eindeutigen Hintergrund, vor dem sich Jules Schicksal fast überlebensgroß abhebt. Isa Schlubach verkörpert die harsche Frau mit einer Deutlichkeit, die unter den Verkrustungen ihrer Seele immer wieder auch die Empfindsamkeiten zum Vorschein kommen läßt. Eine Leistung, die keinen Vergleich zu scheuen braucht.

HARTMUT REGITZ

KULTURNOTIZEN

Die „Chronik Berlin", die in diesem Herbst zur 750-Jahr-Feier der Stadt erschien, ist restlos vergriffen. Es können zur Zeit nur Gutscheine für das Buch gekauft werden, das im Februar wieder lieferbar ist.

Deutsche Kleinkunstamateure aus den Bereichen Kabarett, Liedermacher, Musiktheater, Gaukler und Pantomime können sich für die „Dritte St. Ingberter Woche der Kleinkunst" vom 4. bis 11. September 1987 bewerben.

„Indien in der Schweiz" ist das Motto eines kulturellen Programms mit Ausstellungen, Konzerten und Theateraufführungen, das sieben Schweizer Städte von Ende Mai 1987 bis Anfang 1988 veranstalten.

Arturo Toscanini steht im Mittelpunkt eines Films, den der italienische Regisseur Franco Zeffirelli im kommenden Frühjahr dreht.

Hugo Claus, der flämische Dichter hat den niederländischen Literaturpreis für 1986 erhalten.

Die Musik-Tradition in Wien wird in einer bis zum 8. März geöffneten Ausstellung im historischen Museum der Stadt vorgestellt.

JOURNAL

Lebensgroße Statuen in Mexiko entdeckt

AFP, Washington

Archäologen haben in Mexiko 22 präkolumbianische Tonstatuen in gut erhaltenem Zustand entdeckt, die möglicherweise Göttinnen darstellen (600 bis 900 n. Chr.). Wie die „Washington Post" berichtete, wurden die lebensgroßen Figuren bereits vor einigen Monaten im Ausgrabungsgebiet von El Zaptal bei Jalapa und Veracruz im Osten Mexikos entdeckt, jedoch erst jetzt in einem Museum in Jalapa der Öffentlichkeit vorgestellt. Die halbnackten Frauengestalten tragen einen langen Rock, der in der Taille mit zwei Schlangen verknotet ist. Um Hals und Handgelenke liegen Geschmeide, und am Kopf fallen die kunstvollen Hauben auf.

In Mailand soll ein Caruso-Museum entstehen

dpa, Mailand

In Mailand soll 1987 in Erinnerung an den Opernsänger Enrico Caruso (1873–1921) ein Museum entstehen. Wie in der norditalienischen Metropole mitgeteilt wurde, hat die Stadtverwaltung bereits ein Gebäude zur Verfügung gestellt. Zahlreiche Persönlichkeiten des Kulturlebens haben ihre Unterstützung zugesagt. In dem Museum sollen Erinnerungsstücke, Dokumente, Platten und Fotografien des großen neapolitanischen Tenors ausgestellt werden. Es soll gleichzeitig als internationales Zentrum zum Studium der Opernkunst dienen.

Industrie-Designer wollen mehr Förderung

lnw, Düsseldorf

Eine aktivere Designpolitik hat der Verband Deutscher Industrie-Designer (VDID) von den Technologie- und Wirtschaftsministern der Länder und des Bundes gefordert. Die Fördermaßnahmen im Designbereich seien „an die Bedeutung des Exportlandes Bundesrepublik endlich anzupassen". Es könne nicht mit rechten Dingen zugehen, so VDID-Präsident Prof. Stefan Lengyel (Universität Essen) in Düsseldorf, wenn das deutsche Design im Ausland hohes Ansehen genieße, aber zuwenig für den Exportfaktor „Design" getan werde.

Grünes Licht für Frankfurter Museum

dpa, Frankfurt

Die Bauarbeiten für das Museum für zeitgenössische Kunst in Frankfurt sollen Anfang des nächsten Jahres beginnen. Das sieht ein Magistratsbeschluß vor, den die Stadtverordneten noch bestätigen müssen. Voraussichtlich in zwei bis zweieinhalb Jahren soll das Haus eröffnet werden. Für den Bau sind 48,5 Millionen Mark veranschlagt. In den vergangenen Jahren hatte es um die Errichtung des Instituts in unmittelbarer Nähe von anderen Museumsneubauten im Frankfurter Citybereich Auseinandersetzungen gegeben.

Lübeck hat den jüngsten Generalmusikdirektor

dpa, Lübeck

Zum neuen Generalmusikdirektor der Städtischen Bühnen der Hansestadt Lübeck ist der 28jährige Wolfgang Dörner gewählt worden. Der Wiener, unter anderem 1984 erster Preisträger eines internationalen Dirigentenwettbewerbs in Besancon, ist der jüngste Generalmusikdirektor in der Bundesrepublik. Dörner tritt sein neues Amt am 1. August 1987 an.

Kunst und Kultur der Südsee in Köln

dpa, Köln

Zwei Sonderausstellungen kündigt das Rautenstrauch-Joest-Museum für Völkerkunde in Köln an: Die Kunst und Kultur der Südsee soll vom 20. Februar 1987 für ein knappes Jahr lang zu sehen sein. Zu der Schau „Gold und Macht" über den Einfluß Spaniens in der Neuen Welt (vom 11. April bis 12. Juli 1987) werden wichtige Kunst- und Goldobjekte aus spanischen Museen und südamerikanischen Sammlungen nach Köln kommen.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Zwei ungleichere Charaktere sind schwer vorzustellen: Der gewissenhafte Assessor am Warschauer Gericht und nachmalige Kriminalrat am Kammergericht zu Berlin, Julius Hitzig, und der „expressiv verwilderte Visionär" E. T. A. Hoffmann. Dennoch verband die beiden eine lebenslange Freundschaft, die in Hitzigs Biographie des romantischen Dichters ihre Krönung fand. Dabei trifft der Biograph zwischen der Faszination und der Abscheu, welche das Verhältnis zu dem bewunderten Poeten kennzeichneten, einen sachlichen Ton, der mehr zu trockener Bestandsaufnahme denn zu dichterischen Höhenflügen tendiert.

no

Julius Eduard Hitzig: „E. T. A. Hoffmanns Leben und Nachlaß". Insel Taschenbuch, 483 Seiten, 18 Mark.

In Bonn gibt so mancher Senior freiwillig den Führerschein ab

WOLFGANG GESSLER, Bonn

„Mit soviel Trubel habe ich gar nicht gerechnet, sonst hätte ich mir's nochmal anders überlegt!", meinte die Dame schmunzelnd. Der „Trubel" fand im Haus der Bonner Stadtwerke statt und galt Liselotte Kemper. Sie hatte am 12. Dezember um 11.05 Uhr als tausendster Senior den Führerschein freiwillig beim Straßenverkehrsamt zurückgegeben, und wurde dafür mit einer Jahres-Freifahrkarte der Bonner Stadtwerke belohnt.

Seit Februar 1984 wird älteren Mitbürgern ab 60 Jahren dieser Anreiz geboten, um ihnen den Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu erleichtern. Wer den Führerschein abgibt – und damit rechtskräftig auf die Fahrerlaubnis verzichtet –, erhält eine Halbjahres-Freifahrkarte, gültig für den Bereich der Stadt Bonn und die Strecken bis Siegburg und Bad Honnef. Der Jubilarin „spendierte" man ausnahmsweise eine Jahreskarte.

Wer sich wieder hinters Steuer setzen will, muß erneut Fahrstunden nehmen und die Führerscheinprüfung ablegen. Der unerwartete Andrang führerscheinmüder Senioren war für die Verantwortlichen Grund genug, die auf zwei Jahre angelegte Aktion bis zum Februar 1988 zu verlängern. Stadtwerkechef Reiner Schreiber sagte bei der Begrüßung der entschlußfreudigen Dame: „Uns ist keine andere Stadt bekannt, die so etwas anbietet."

Ihr Alter mag Liselotte Kemper zwar nicht nennen, aber soviel darf verraten werden: Der Glückspilz hat im Berlin der dreißiger Jahre nach nur vier Fahrstunden die Fahrprüfung bestanden. Das Auto mußte damals noch mit einer Handkurbel in Bewegung gesetzt werden. Seither ist sie unfallfrei gefahren, aber dann wurden die Augen schlechter – und auch die Verkehrsbedingungen. Liselotte Kemper: „Ich hab' immer Probleme, in die Garage reinzukommen, in meiner Gegend ist das entsetzlich." Frau Kemper wohnt nahe der Beethovenhalle in der Bonner Innenstadt.

Etwa gleichviele Frauen und Männer haben nach Beginn der Aktion freiwillig ihren Führerschein zurückgegeben. Der „Alterspräsident" war ein Senior des Jahrganges 1891, der jüngste Teilnehmer eine 57jährige Dame – hier machte man mit Blick auf die Altersgrenze von 60 Jahren gerne eine Ausnahme.

Im Dezember vergangenen Jahres gab ein Mann seine Fahrerlaubnis zurück, der in seiner Zeit als Chauffeur wohl mehr als die meisten anderen Autofahrer erlebt hat: Der 83jährige Peter Seibert war langjähriger Fahrer von Bundeskanzler Konrad Adenauer.

In der Vorweihnachtszeit lockt das breite Warenangebot zehntausende Niederländer nach Düsseldorf





Wo geht's denn hier zur Kö", fragen sich die beiden jungen Leute aus den Niederlanden. Sie stehen in der Altstadt von Düsseldorf und studieren den Stadtplan (links). Im „Düsseldorf-Krant", der Extraausgabe der „Westdeutschen Zeitung" in holländischer Sprache, haben sie vom verlockenden Angebot in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt gelesen. Gekommen sind sie mit Tausenden von Landsleuten in Bussen, die Tag für Tag dichtgedrängt am Rheinufer geparkt sind.

FOTOS: ANDREAS HÖLZ

„Kerst-inkopen" heißt das Zauberwort

De geur van Glühwein en gebakken appels", den ebenso aufdringlichen wie verführerischen Duft eines deutschen Weihnachtsmarktes, werden Pim Engel und Barbara Koemann wohl ihr Leben lang mit Düsseldorf verbinden. Die beiden jungen Amsterdamer, der Angestellte im Arbeitsamt und die Apothekenhelferin aus der größten Stadt der Niederlande, bummelten am letzten verkaufsoffenen Samstag zum ersten Mal über die „Kö", staunten in die „prachtig" dekorierten Schaufenster auf der Luxusmeile der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt und freuten sich immer noch über ihren Besuch auf dem „Kerstmarkt", dem nostalgischen Weihnachtsmarkt in der Altstadt.

Die „duitse" Weihnacht stellt, auch wenn sie noch so sehr vom Konsumrausch geprägt wird, für Niederländer allemal eine Attraktion dar. Der hochgewachsene, semmelblonde Pim und seine zierliche, dunkelhaarige Barbara waren deswegen am vergangenen Wochenende nur zwei der vielen Tausend Niederländer, die sich in der festlich glänzenden Düsseldorfer Innenstadt drängten, in den Kaufhäusern mit ihrem harten „Nederlands" den Ton angaben und am Abend zur Freude des Einzelhandels hochbepackt wie „kerstmannetjes", wie freundliche und zufriedene Weihnachtsmänner, über die nahe Grenze nach Hause rollten.

„Hallo, gasten uit Nederland, hartelijk welkom in Düsseldorf!" Dieser in immer größerer Auflage verbreitete Willkommensgruß des Düsseldorfer Verkehrsvereins und des Einzelhandelsverbandes ist in Holland und dem benachbarten Belgien längst zum Begriff geworden. Denn seit Jahren wirbt eine Düsseldorfer Zeitung mit wachsendem Erfolg in ihrem „Düsseldorf-Krant", einer gratis verteilten Zeitung mit holländischem Text, gezielt um die begehrte Kundschaft jenseits der Grenzen, die diesem vertrauten Lockruf gern zu folgen scheint. Es sind vor allem die mehr als 20 Busunternehmen in Holland und Belgien, die 1986 rund 85 000 Gäste nach Düsseldorf brachten, gern gesehene Gäste, die mit Ausgaben von 25 Millionen Mark ein wichtiger Faktor für die Geschäftswelt Düsseldorfs geworden sind – nicht nur zur Weihnachtszeit.

Jeanne Meerxens, Anni und Mike Smitts waren am Morgen in Helmond in den Bus geklettert und hatten für 15 Mark die Tagestour nach Düsseldorf gebucht. Die drei 40jährigen Hausfrauen, die einmal „Urlaub von der Familie" machen wollten und sich wie Schulkinder über den „lekker" Glühwein freuten, bewunderten an diesem Samstag die luxuriöse, neue „Kö-Galerie" und waren überrascht von dem großen, modischen Textil- und Lederwaren-Angebot, „das es auch in Amsterdam oder Brüssel so nicht gibt" und zudem im Heimatland „oft unbezahlbar teurer" sei.

Auch Pit Engel und Barbara Koeman, die in ihrem Auto von Amsterdam gekommen waren, bestätigten dieses Urteil, das Aloys Bruns, der Geschäftsführer des Düsseldorfer Verkehrsvereins, für das Hauptmotiv der wachsenden Kauflust der Holländer und Belgier hält. Bruns ist der Feldherr dieser friedlichen Invasion, der mit gezielter Marktforschung und Werbung in den beiden Nachbarländern seine Heimatstadt Düsseldorf fast zum Markenartikel gemacht hat und stolz auf eine Erfolgsbilanz verweist, die am dritten Adventssamstag allein 346 und am vergangenen Wochenende noch einmal 200 große Reisebusse zählte.

Während es früher meist die Deutschen waren, die sich bei Kaffeefahrten nach Venlo, Nijmwegen und Enschede preisgünstig mit Butter, Kaffee und Zigaretten eindeckten, ist es heute meist andersrum. Düsseldorfs Geschäftsleute rühmen die „freundliche und ruhigere Art" ihrer ausländischen Kunden, die diszipliniert an den Kassen warteten und ihre Mitmenschen nicht anrempelten, „wie viele Deutsche es nun einmal gewohnt sind". Für diese begehrten Kunden geben die großen Kaufhäuser der Stadt am Rhein denn auch gern einen aus und verteilen inzwischen in sechsstelliger Auflage den „Hartelijk-Welkom-Gutschein" über „1 kopje koffie".

Schließlich braucht auch der Holländer in der Weihnachtszeit etwas Warmes, das nicht wie der Glühwein „hop, hop in de kop" geht.

HELMUT BREUER



Vor dem Ladentisch: Teure Kosmetika sind begehrte Artikel bei Kunden aus dem Nachbarland. Rechts eine Anzeige im „Krant"

„Sorgentelefon" des Vatikan an den Festtagen

dpa, Vatikanstadt

Radio Vatikan richtet auch in diesem Jahr aus Anlaß der Festtage wieder ein „Sorgentelefon" ein. Am Heiligen Abend (17 bis 23 Uhr) und in der Neujahrsnacht (20 bis 2 Uhr) können Anrufer aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, die mit ihren Sorgen alleine sind, beim Papstsender Rat und Hilfe suchen. Die Durchwahlnummer von Deutschland und der Schweiz ist 00396/6 98 31 37.

Bombe auf Bierlokal

dpa, Dingolfing

Bei einem Sprengstoffanschlag auf ein Bierlokal in der niederbayerischen Stadt Dingolfing ist am Sonntag abend ein Schaden von 10 000 Mark entstanden. Verletzt wurde niemand. Die fünf Gäste und eine Bedienung kamen mit dem Schrecken davon. Der etwa 20 Jahre alte Täter flüchtete unerkannt.

Kälteopfer in Indien

dpa, Neu Delhi

Die anhaltende Kältewelle in Indien hat bereits 149 Menschenleben gefordert. In Neu Delhi wurden 3.5 Grad Celsius gemessen, die niedrigsten Temperaturen seit 20 Jahren.

Auf Fahrer geschossen

dpa, München

Der Fahrer eines Geldtransporters ist gestern morgen bei einem bewaffneten Raubüberfall in Unterföhring bei München durch Schüsse lebensgefährlich verletzt worden. Die Täter flüchteten ohne Beute in einem Auto.

Urteil zu Sirenen

dpa, Koblenz

Eigentümer und Mieter von Wohnhäusern sind verpflichtet, staatliche Warnsirenen auf dem Dach ihrer Häuser entschädigungslos zu dulden. Das entschied das Koblenzer Verwaltungsgericht (Az.: 1 K 180/85).

Nicht steuersparend

dpa, Münster

Trotz seines Orgelspielens „zur höheren Ehre Gottes" erhält ein Kirchenmusikus für seine große Hausorgel keinen Steuernachlaß. Nach Auffassung des Finanzgerichts Münster ist sie kein Arbeitsmittel im steuerrechtlichen Sinn (Az.: VI 4424/84 E).

Verräterische Spuren

dpa, Datteln

Die Schneespuren eines flüchtenden Bankräubers immer im Blick, hatte die Besatzung eines Polizeihubschraubers gestern in Datteln leichtes Spiel: Weniger als 800 Meter von der überfallenen Sparkassenfiliale entfernt ging der 22jährige den Verfolgern ins Netz. Von den erbeuteten 13 800 Mark fehlte kein Pfennig.

Aus dem Fenster geworfen

AFP, Kopenhagen

Ein arbeitsloser Mann warf nach einem Streit mit seiner Frau am Sonntag abend in Kopenhagen seine elf Monate alte Tochter aus dem 13. Stockwerk in die Tiefe. Das Baby war auf der Stelle tot.

Forderungen verjähren

dpa, Bonn

Nach dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom Juli 1986 verjähren die Rückforderungsansprüche bei sittenwidrigen Kreditverträgen nach vier Jahren. Wer 1982 einen Ratenkreditvertrag abgeschlossen hat, muß bis zum Jahresende Klage auf Rückzahlung von Zinsen und Kosten oder einen Mahnbescheid einreichen. Wer länger wartet, kann keine Ansprüche mehr geltend machen.

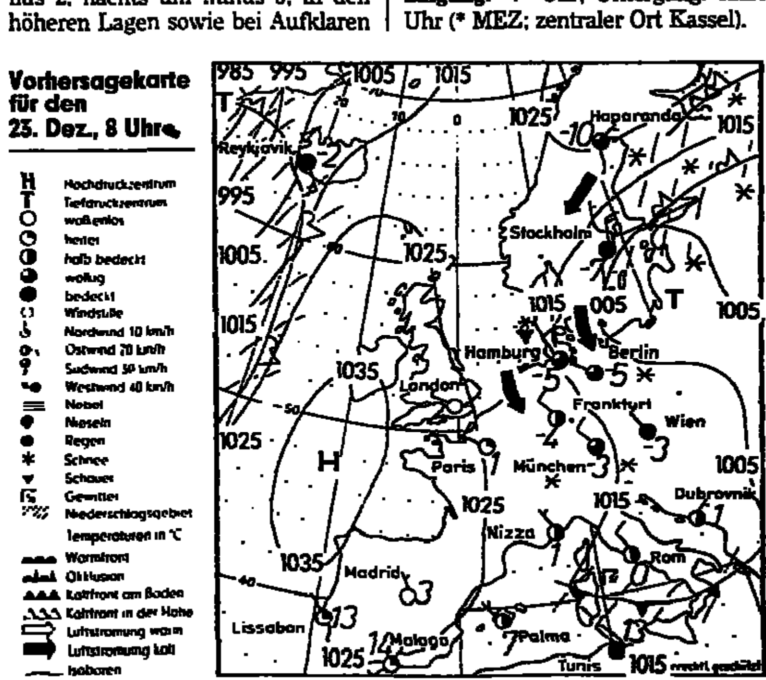
WETTER: Dauerfrost, Schneefälle

Lage: Zwischen einem Hoch westlich der Britischen Inseln und einem Tief über dem Baltikum wird Kaltluft aus dem skandinavischen Raum nach Deutschland geführt.

Vorhersage für Dienstag: Überwiegend wechselnd bewölkt und gelegentlich Schneefall, im Nordosten und Berlin auch länger andauernd. Tagestemperaturen minus 4 bis minus 2, nachts um minus 5, in den höheren Lagen sowie bei Aufklaren bis minus 15 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Nord.

Weitere Aussichten: Fortbestand des Dauerfrostes, am zweiten Weihnachtstag Milderung und von Westen einsetzende Schneefälle, im Flachland in Regen übergehend.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 8.26 Uhr*, Untergang: 16.17 Uhr; **Mondaufgang:** –.– Uhr, Untergang: 12.24 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 13 Uhr (MEZ):

Ort	°C	Wetter	Ort	°C	Wetter	Ort	°C	Wetter	Ort	°C	Wetter
Deutschland:			Lübeck	-3	bd	Faro	17	he	Ostende	1	bw
Berlin	-4	S	Mannheim	-1	he	Florenz	9	wl	Palermo	13	he
Bielefeld	-4	he	München	-1	S	Genf	0	S	Paris	3	bw
Braunlage	-8	bw	Münster	-2	he	Helsinki	-9	bw	Peking	0	bw
Bremen	-2	bw	Norderney	-3	he	Hongkong	18	he	Prag	-5	bw
Dortmund	-3	bw	Nürnberg	-4	bw	Innsbruck	-2	S	Rhodos	16	bd
Dresden	-3	bw	Oberstdorf	-4	S	Istanbul	5	Re	Rom	7	he
Düsseldorf	-2	bw	Passau	-2	S	Kairo	19	wl	Salzburg	-1	S
Erfurt	-6	bw	Saarbrücken	-1	he	Klagenfurt	-10	bw	Singapur	30	bw
Essen	-3	bd	Stuttgart	-2	bw	Konstanza	6	he	Split	8	bd
Feldberg/S.	-7	S	Trier	-1	he	Kopenhagen	-3	bw	Stockholm	-5	S
Flensburg	-3	he	Zugspitze	-19	S	Korfu	12	bd	Straßburg	-1	bw
Frankfurt/M.	-1	he	**Ausland:**			Las Palmas	22	he	Tel Aviv	18	he
Freiburg	1	bw	Algier	10	Re	Leningrad	-4	S	Tokio	12	bw
Garmisch	-3	S	Amsterdam	2	S	Lissabon	13	bw	Tunis	12	bd
Greifswald	-4	S	Athen	12	Re	Locarno	5	he	Valencia	12	he
Hamburg	-3	wl	Barcelona	11	wl	London	3	S	Varna	5	bd
Hannover	-2	bw	Belgrad	0	bw	Los Angeles	14	wl	Venedig	7	he
Kahler Asten	-8	S	Bordeaux	6	he	Luxemburg	-2	he	Warschau	-4	bw
Kassel	-3	he	Bozen	1	he	Madrid	7	he	Wien	-3	bw
Kempten	-3	S	Brüssel	0	he	Mailand	8	wl	Zürich	0	bd
Kiel	-1	he	Budapest	2	bd	Malaga	17	bw			
Koblenz	-1	S	Bukarest	0	wl	Mallorca	10	bw			
Köln-Bonn	-3	S	Casablanca	18	bw	Moskau	-2	S			
Konstanz	-1	bw	Dublin	2	he	Neapel	10	he			
Leipzig	-4	bd	Dubrovnik	3	bd	New York	-1	wl			
List/Sylt	-1	he	Edinburgh	3	he	Nizza	11	he			
						Oslo	-7	he			

bd = bedeckt, bw = bewölkt; Gr = Graupel, Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; -- = keine Angabe

Die Temperaturen fallen

Verkehrschaos in Nordrhein-Westfalen / Lawinenopfer

dpa/AP, Hamburg/Graz

Schnee, Glatteis und Nebel sorgten gestern morgen in weiten Teilen der Bundesrepublik für ein Verkehrschaos. Vor allem in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg kamen Tausende zu spät zur Arbeit.

In Nordrhein-Westfalen bewegte sich auf einigen Autobahnen nichts mehr. Einige Autobahnauffahrten mußten wegen Glatteis ganz gesperrt werden. Streu- und Räumdienste hatten Großeinsatz. Der dichte Nebel in Rheinnähe verkürzte die Sicht bei Bonn auf 20 Meter. Da viele Autofahrer trotzdem mit unverminderter Geschwindigkeit weiterfuhren, kam es zu zahlreichen Unfällen. Auf der Autobahn 1, Hansalinie, geriet ein mit Branntwein beladener Laster bei Schneematsch ins Schleudern und prallte bei Tempo 90 gegen die Leitplanke. In Baden-Württemberg schneite es in allen Landesteilen. Staus gab es vor allem auf der Autobahn Karlsruhe–Stuttgart bei Pforzheim und Heimsheim.

Fast im gesamten Bundesgebiet wird sich voraussichtlich der Traum von der weißen Weihnacht erfüllen. Nahezu überall in den Mittelgebirgen reicht der Schnee bereits für Wintersport. In den nächsten Tagen soll es jedoch weniger Schnee, dafür aber strengen Frost geben. Im Norden der Bundesrepublik breitete sich schon gestern wolkenarme und nebelfreie Polarluft aus, die die Temperaturen in Schleswig-Holstein bis unter minus acht Grad fallen ließ.

Der plötzliche Wintereinbruch in den Alpen forderte Todesopfer: Drei österreichische Alpinisten kamen am Sonntag bei einem Lawinenunglück in den Seckauer Alpen in der Steiermark ums Leben. Aufgrund heftiger Schneefälle in den letzten Tagen haben die Lawinenwarndienste in den österreichischen Alpen zu erhöhter Vorsicht bei Bergtouren gemahnt.

Deutsche Gänse begehrt

Mastbetriebe konnten große Nachfrage nicht decken

RUTH WARKEN, Bonn

Alle Jahre wieder, kurz vor Weihnachten, stürmt die deutsche Hausfrau in die Lebensmittelabteilung ihres Supermarktes, um das hohe Fest mit einem Geflügelbraten zu krönen. Und da steht trotz Tschernobyl die polnische Hafermastgans neben der frischen deutschen Weihnachtsgans nach wie vor hoch in der Gunst des deutschen Verbrauchers.

95 Prozent der Gänse stammen nach wie vor aus dem Ostblock, vorwiegend aus Polen und Ungarn; von den 20 000 Tonnen Gänse, die in der Bundesrepublik Deutschland 1986 verkauft wurden, kommen nur 2000 Tonnen aus deutscher Produktion.

Der von der Europäischen Gemeinschaft zugelassene Wert von 600 Becquerel für Fleisch wird bei weitem unterschritten. Bei Gänsen wurde auch nach Tschernobyl nur ein Spitzenwert von acht Becquerel gemessen. So warnten denn auch deutsche Geflügel-Erzeuger vor Panikmache. Für sie ist das Geschäftsergebnis des Jahres 1986 übrigens so gut wie schon lange nicht mehr.

An das hervorragende Ergebnis von 13 000 Gänsen, die die Firma Möhlenplage, eine der drei größten Gänseproduzenten Deutschlands, allein innerhalb der vergangenen Woche als Frischware absetzen konnte, hatte Vertriebsleiter Michaelis vor vier Wochen noch nicht im Traum gedacht. „50 000 Gänse hätten die deutschen Erzeuger an diesem letzten Wochenende vor Weihnachten noch verkauft bekommen – wenn wir sie nur gehabt hätten", seufzte er.

Früher wurden auf dem deutschen Markt auch kanadische Gänse verkauft. Der Verbraucher aber nahm sie nicht an, da ihm die weiße Farbe des tiefgefrorenen Geflügels nicht geheuer war. Die entsteht durch die unterschiedliche kanadische Frostungsmethode.

Funktionäre registrieren „Dekadenzerscheinung"

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Das Ergebnis war niederschmetternd: Sechs Prozent der 14jährigen Schüler in einer Moskauer Mittelschule waren süchtig. Untersuchungen in Berufsschulen in der Sowjetmetropole brachten ähnliche beängstigende Tatsachen ans Tageslicht und alarmieren nun die Gesundheitsbehörden des Landes. Nicht nur der unter den sowjetischen Jugendlichen wachsende Drang zur Flasche bereitet den Genossen Sorgen, sondern der Hang zu Tabletten und Haschischpfeife.

Ein Tabu ist gefallen – in der Sowjetunion grassiert die Drogensucht. Waren bisher Rauschgiftsucht und -handel in den Sowjetmedien als eine einzig in der westlichen Welt vorhandene Dekadenzerscheinung dargestellt worden, so hat die Sucht „auch unser Land erreicht", stellt resignierend die „Sowjetskaja Rossija" fest.

Mediziner, Pädagogen, Psychologen sind tief beunruhigt. Die Darstellungen Tag für Tag in der Sowjetpresse zeigen eindeutig, daß die Sowjetgesellschaft auf die Bekämpfung des Drogenproblems nicht im mindesten vorbereitet ist. Es fehlt nicht nur an medizinischen Einrichtungen zur Behandlung der Süchtigen, sondern auch an juristischen Voraussetzungen. Anders allerdings als im Westen greifen die meisten Sowjetjunkies offenbar noch nicht zu harten Drogen wie Heroin oder Kokain. Dafür schnüffeln sie Stoffe, schmauchen Marihuana und Haschisch, das im mittelasiatischen Teil der Sowjetunion gedeiht, und schlucken Tabletten.

Vom Ehemann verführt

Mit gefälschten Rezepten – die Formulare entwenden sie aus Polikliniken – besorgen sich die Süchtigen ihre Betäubungsmittel aus den Apotheken. Wieder andere stehlen die Stoffe aus chemischen Laboratorien oder bestechen pharmazeutische Mitarbeiter, wie „Krokodil", die satirische Zeitschrift, berichtete.

Die meist minderjährigen Drogensüchtigen wurden durch Freunde – oder gar wie im Fall der jungen Jekaterina – vom eigenen Ehemann verführt. „Ich hatte Glück", erzählte sie dem Reporter, „daß ich mich von ihm getrennt habe, er wurde zu langen Freiheitsstrafen wegen Herstellung und Verbreitung von Drogen verurteilt." – Ein anderer berichtet, er sei süchtig geworden, als er „Schwierigkeiten an der Hochschule" hatte. Fünf Jahre lang nahm er täglich Drogen, sein Gesundheitszustand verschlechterte sich rapide, „doch die Ärztekommission, die mich untersuchte, hat nichts bemerkt".

In einem Artikel heißt es, „vor mir saßen sympathische, nach der neuesten Mode angezogene junge Leute, Jungen und Mädchen. Sie waren in Jeans, die Jungen trugen Krawatten und elegante Jacketts. Wir unterhielten uns über das Studium, über die Musik und über Tanzen. „Wenn unser Treffen nicht im Untersuchungsgefängnis stattgefunden hätte", so der Reporter, „ich hätte nie gewagt, ihnen gegenüber das Wort Rauschgiftsüchtige zu verwenden."

Ernüchternd wirken die Angaben des Gesundheitsministers Potapow. Laut Anordnung des Gesundheitsministeriums müßte in jeder psychiatrischen Klinik ein Zimmer für Drogensüchtige sein. Doch in der Praxis sieht es düster aus. Selbst in Kliniken mit bis zu 3000 Betten gibt es keinen Raum für die Behandlungen von Süchtigen. Vor allem aber gibt es keine Ärzte mit ausreichender Erfahrung für Rauschgiftsüchtige, Spezialkurse an medizinischen Hochschulen, die sich mit diesem Problem befassen, fehlen gänzlich, so der Gesundheitsminister.

Auch der Direktor einer neueingerichteten Abteilung für Suchtkranke in einem Moskauer Hospital kritisiert, daß die Sowjetsoziologen sich erst heute mit diesem Problem befassen. „Dabei brauchten wir die Resultate dringend, es wäre besser gewesen, wir hätten uns schon früher dieser ‚Erscheinung' zugewandt."

Mit ultraneuen Tänzen

Erstmals wird in der jetzt wogenden Pressekampagne gegen Drogen auch die Frage nach der sozialen Ursache aufgeworfen. Dazu der Gesundheitsminister: „Unserer Kenntnis nach liegen die Wurzeln der Drogensucht in der Unfähigkeit der Jugend, ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten." Und der Ausweg? Nicht Verbote helfen hier, so Potapow, „wir müssen den Jungen etwas bieten, müssen sie unterstützen in ihrer Freizeitgestaltung, und seien es ultraneue Tänze oder ausgefallene Sportarten".

ZU GUTER LETZT

Der Amerikaner Ronald Rawls aus Atlanta (US-Staat Georgia) hat einen neuen Erwerbszweig entdeckt: Wenn Eltern ratlos vor den Teilen des Puppenhauses stehen, das sie der kleinen Tochter zu Weihnachten geschenkt haben, oder es ihnen nicht gelingt, das neue Fahrrad des Sohnes betriebsbereit zu machen, dann ist es an der Zeit, ihn anzurufen. Rawls ist Spielzeughelfer.